47. Jahrgang 1999 / 4. Heft / Oktober ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

IGOR LUKES
Der Fall Slánský

WERNER ABELSHAUSER
Die NS-Kriegswirtschaft und das westdeutsche Wirtschaftswunder nach 1945

HÉLÈNE MIARD-DELACROIX
François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984

LOTHAR GRUCHMANN
Ludendorffs „prophetischer" Brief an Hindenburg vom Januar/Februar 1933

DOKUMENTATION
Kritische Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung (Bogdan Musial)

OLDENBOURG

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg†
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27,
E-mail: vfz@ifz-muenchen.de

47. Jahrgang | Heft 4 | Oktober 1999

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Igor Lukes — Der Fall Slánský. Eine Exilorganisation und das Ende des tschechoslowakischen Kommunistenführers 1952 459

Werner Abelshauser — Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit . . 503

Hélène Miard-Delacroix — Ungebrochene Kontinuität. François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984 539

MISZELLE

Lothar Gruchmann — Ludendorffs „prophetischer" Brief an Hindenburg vom Januar/Februar 1933. Eine Legende 559

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Bogdan Musial Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" 563

NOTIZEN

Nachruf auf Theodor Eschenburg *(Hans-Peter Schwarz)* 593

MV-Data. Biographische Internet-Datenbank für Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952 *(Rolf Bartusel/Damian van Melis)* 601

ABSTRACTS 605

MITARBEITER DIESES HEFTES 607

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet
http://www.vierteljahrshefte.de
Redaktion:
http://www.ifz-muenchen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 101,– (DM 85,– + DM 16,– Versandspesen); Ausland DM 106,60 (DM 85,– + DM 21,60 Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 82,– (DM 66,– + DM 16,– Versandspesen); Einzelheft DM 29,– zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis × 7,3 = öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 aberundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis × 0,86 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 58,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:
Verlag J. H. W. Dietz: *Geschichte*
Oldenbourg: *EdG/OGG-Neuerscheinungen*
Oldenbourg: *Deutsche Einheit. Sonderedition*

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IGOR LUKES

DER FALL SLÁNSKÝ

Eine Exilorganisation und das Ende des tschechoslowakischen Kommunistenführers 1952

I.

In einem Artikel, den er in den dreißiger Jahren schrieb, als in Moskau gerade einer der schändlichen stalinistischen Schauprozesse stattfand, nahm Ferdinand Peroutka, Doyen der tschechischen Intellektuellen, Zuflucht zu schwarzem Humor, um die Moskauer Szene zu beschreiben[1]. Die Sowjetunion sei in der Tat ein seltsames Land geworden. Überall sonst müßten Staatsanwälte dem Gericht überzeugende Beweise vorlegen, wenn sie einen Schuldspruch erreichen wollten, wohingegen die meisten Angeklagten alles mögliche unternähmen, um sich herauszuwinden und der Bestrafung zu entgehen. Sowjetische Gerichte seien anders. Die Beschuldigten stünden auf und gäben die schwersten Verbrechen mit eben der Leichtigkeit zu, mit der ein routinierter Opernsänger Abend für Abend die gleiche Arie schmettere. Was seien die Gründe für dieses absurde Theater? Sei es als Signal einer unmittelbar bevorstehenden Schwenkung in Stalins außenpolitischer Orientierung zu verstehen? Habe der Kreml alle Pläne für die Weltrevolution aufgegeben? Eine klare Antwort sei nicht zu finden, gab Peroutka zu. Aber Josef Stalin, der Regisseur des Spektakels in Moskau, sei ein brutaler, unmenschlicher und vulgärer Mann, der Prozeß ein monströses Justizverbrechen[2].

Peroutka konnte nicht ahnen, daß er sich fünfzehn Jahre später im Exil befinden, sein geliebtes Prag, nun unter einem stalinistischen Regime, die Bühne für eine Serie gleichartiger pseudoforensischer Tragikomödien sein und als Hauptangeklagter im größten dieser Prozesse Rudolf Slánský fungieren werde, kurz zuvor noch General-

---

[1] Forschung und Reisen für diesen Aufsatz sind zum Teil durch ein Stipendium des Committee on Research der American Philosophical Society in Philadelphia ermöglicht worden. Ich bin für diese großzügige Unterstützung sehr dankbar. Ferner bin ich Jiří Šolc vom Militärhistorischen Institut in Prag verpflichtet, der mich in das Thema eingeführt hat. Zwischen 1996 und 1998 habe ich folgende Personen interviewt: Frau Louisa Schaffner Armstrong, Herrn und Frau Walter W. Birge, Jr., Herrn und Frau Hermann Field, General und Frau Miloš Knorr, Oberst František Zdeněk Ostrýs Familie, Oberst Adolf Rázek, General und Frau Alois Šeda, Frau Dulce-Ann Steinhardt Sherlock. Alle zeigten sich sehr freundlich und hilfsbereit.

[2] Vgl. Ferdinand Peroutka, Po neděli, in: Lidové noviny, 24. 8. 1936.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch). Jetzt waren die Richter und die Folterknechte nicht „barbarische Asiaten", wie Peroutkas Bezeichnung für Stalin und dessen Schergen gelautet hatte, sondern seine Landsleute. Wie war es dazu gekommen?

Viele Tschechen zeigten in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Bereitschaft, ein politisches System zu akzeptieren, das sich deutlich von dem unterscheiden sollte, das sich in den dreißiger Jahren als zu schwach erwiesen hatte. Aber weit davon entfernt, sich der Annehmlichkeiten und Wohltaten politischer und ideologischer Einheit zu erfreuen, war die tschechoslowakische Gesellschaft vom Frühjahr 1945 über den kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 bis weit in die fünfziger Jahre hinein in hohem Maße polarisiert. Die folgende Studie zur Slánský-Affäre ist – im weitesten Sinne – die Untersuchung eines Ringens auf Leben und Tod zwischen zwei gegensätzlichen Gruppierungen, von denen jede – mit der Hilfe eines auswärtigen Protektors – die von ihr für die Nachkriegs-Tschechoslowakei gewünschte politische Ordnung durchsetzen wollte.

Auf der einen Seite der politischen Szene standen die Demokraten und Loyalisten der Ersten Republik. Ihre Orientierung an Frankreich war in der Sudetenkrise von 1938 diskreditiert worden, und so schauten sie nun auf das mächtige und reiche Amerika, das auf der Prager Bühne auch nicht zu übersehen war, da als erster Nachkriegsbotschafter der USA mit Lawrence A. Steinhardt eine recht farbige Figur erschienen war[3]. Präsident Edvard Beneš, Symbol und Mittelpunkt jener Gruppe, hoffte darauf, daß Washington und Moskau auch in den Nachkriegsjahren zusammenarbeiten und der Tschechoslowakei Raum für eine Existenz als souveräner Staat lassen würden. Er hatte früher als andere begriffen, daß die Sowjetunion zur Weltmacht aufsteigen werde. Dies müsse, so glaubte Beneš, das Resultat der französisch-britischen Appeasementpolitik und des militärischen Sieges der Sowjetunion über das Dritte Reich sein, von dem er seit Juni 1941 fest überzeugt war[4]. Es ist bemerkenswert, daß der Präsident und viele seiner Anhänger bereit waren, „Sozialismus" als Organisationsprinzip der tschechoslowakischen Wirtschaft einzuführen. Beneš hatte schon zwei Jahrzehnte zuvor geschrieben, man könne kein wirklicher Demokrat sein, ohne auch Sozialist zu sein[5]. Natürlich hatte sich der Präsident Sozialismus als Instrument sozialer Gerechtigkeit und rationaler Planung vorgestellt. Sein Sozialismus hatte nichts gemein mit der Abart, die von den sowjetischen Bolschewiken geschaffen worden war.

Tschechische und slowakische Stalinisten besetzten das andere Ende des politischen Spektrums. Ihre Kraftquelle befand sich im Kreml. Obwohl auch sie, wie die

[3] Darstellungen des Botschafters Steinhardt finden sich beispielsweise bei Gräfin Cecilia Sternberg, The Journey, London 1977, S. 26–44, und David Mayers, The Ambassadors and America's Soviet Policy, New York 1995.

[4] Die Unterhaltungen zwischen Beneš und Jaromír Smutný in Aston Abbots am 23. 6. und 5. 7. 1941 bei Libuše Otahálová/Milada Červinková (Hrsg.), Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943, Bd. 1, Prag 1966, S. 234–239.

[5] Vgl. Edvard Beneš, Nesnáze demokracie, Prag 1924, S. 20.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppe um Beneš, „Sozialismus" auf ihre Fahnen schrieben, verfolgten sie in Wahrheit das Ziel, das Land ins Reich des Bolschewismus einzugliedern. Die führende Stimme in diesem Lager gehörte Klement Gottwald. In den zwanziger Jahren hatte Gottwald in der Nationalversammlung vorhergesagt, er und seine Genossen würden ihren Klassenfeinden einmal „den Hals umdrehen". Zu ihren Instrumenten, alle dem sowjetischen Arsenal entnommen, zählten, so sagte er voller Stolz, Aufstände, Revolutionen und Terror[6]. Bis 1945 war Gottwald jedoch ein geschickter Politiker geworden, der überzeugend vorgab, die Auffassung angenommen zu haben, daß politische Differenzen am besten durch Kompromisse und freie Wahlen ausgebügelt werden[7].

Slánský spielte in dieser Kampagne eine wichtige Rolle. Er wies das Gerücht, die KPTsch sei bereit zu einem Staatsstreich, entschieden als „Untergrundlüge" zurück; er verlachte die Behauptung, die Partei beabsichtige die Kollektivierung der Landwirtschaft; er schloß aus, daß die Kommunisten Beneš durch Gottwald ersetzen wollten, und er hob hervor, daß für seine Partei ein katholischer Geistlicher kandidiere, der die Ansicht vertrete, wer immer die Lehren des Neuen Testaments zu verwirklichen gedenke, müsse auf seiten des Kommunismus sein[8]. Sowohl Gottwald wie Slánský wurden nie müde, nachdrücklich zu versichern, daß es Stalin fernliege, sich in die innenpolitische Entwicklung der Tschechoslowakei einzumischen.

Dies alles war Täuschung. Gestützt auf neue Quellen, kann nun dargetan werden, wie und in welchem Maße Stalin in die sich laufend verschärfende tschechoslowakische Krise vom Sommer 1945 bis zum kommunistischen Sieg drei Jahre später – und auch noch danach – eingriff. Vor dem Staatsstreich vom Februar 1948 mußten Stalins Weisungen für die KPTsch an den offiziellen staatlichen Kanälen in den zuständigen Ministerien, dem Außen- und dem Innenministerium, vorbeigeleitet werden[9]. Der Kreml wandte sich daher an den Generalsekretär der KPTsch, Rudolf Slánský, an einen der wenigen Männer in Prag, denen in solch heiklen Angelegenheiten Vertrauen geschenkt wurde, und beauftragte ihn mit der Schaffung eines geheimen Kommunikationssystems, das Stalin im Kreml mit Gottwald und Slánský in Prag verbinden würde. Der Generalsekretär bewies seinen Enthusiasmus und seine Loyalität, indem er sein eigenes Haus für das Vorhaben zur Verfügung stellte[10]. Im

---

[6] Klement Gottwald, Spisy, Bd. 1, Prag 1950, S. 322f.

[7] Vgl. Archiv des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Prag (künftig: AZK KPTsch), fond Politicke zpravy, Washington, Juraj Slavík, tschechoslowakischer Botschafter, Washington, an Außenministerium Prag, 9. 9. 1947. Slavík hatte Walter Lippmann versichert, Präsident Beneš sei überzeugt davon, daß Gottwald und die Führung der KPTsch ihm und der Sache der Demokratie in der Tschechoslowakei gegenüber loyal seien.

[8] Vgl. Rudé Právo, 20. 2. 1946 und 14. 5. 1946.

[9] Viele tschechoslowakische Funkspezialisten, die jetzt in den beiden Ministerien arbeiteten, hatten während des Zweiten Weltkriegs in den tschechoslowakischen Einheiten in Großbritannien gedient. Daher konnte man sie nicht mit geheimen KPTsch-Missionen betrauen.

[10] Vgl. Archiv des Ministeriums des Innern, Prag (künftig: AMI). Diese Episode ist in einem ungezeichneten, undatierten und nicht mit einer Überschrift versehenen Dokument aus dem tschecho-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Juli 1945 bestellte er Karel Smíšek zu sich, einen tschechischen Bürger und zugleich NKWD-Agenten im Prager Innenministerium, den er aus dem gemeinsamen Moskauer Exil während des Zweiten Weltkriegs kannte[11]. An dem Treffen im Büro des Generalsekretärs nahmen auch zwei sowjetische NKWD-Offiziere teil. Sie vereinbarten, daß von nun an jeden Montag, Mittwoch und Freitag Smíšek um 17 Uhr zu Slánskýs Villa kommen und dort mit einem Funkgerät eine direkte Verbindung zwischen der KPTsch und Stalin herstellen werde. Die beiden Russen lieferten das Gerät und installierten es im obersten Stock der Villa Slánskýs; das ganze Stockwerk wurde für diese Operation reserviert. Das Nachrichtenmaterial brachte ein Sonderkurier, der dreimal in der Woche vom KPTsch-Hauptquartier zum Hause Slánskýs in einem exklusiven Teil des Stadtbezirks Dejvice fuhr. Diese Verbindung bestand vom August 1945 bis zum Mai 1948[12]. Aus der Episode geht nicht zuletzt hervor, daß der Kreml im Nachkriegs-Prag neben Gottwald und Smíšek, dem NKWD-Agenten, Slánský am meisten vertraute.

Das änderte sich dramatisch im November 1951 mit der Verhaftung Slánskýs durch *Státní bezpečnost (StB)*, die tschechoslowakische Geheimpolizei. Sein kafkaesker Prozeß und seine Hinrichtung – ein Jahr später – stellten in der Frühphase des Kalten Krieges eine Sensation dar. Eine ganze Woche lang konnte das Verfahren im Prager Rundfunk mit angehört werden. Die Sitzungsprotokolle wurden veröffentlicht und allenthalben verbreitet[13]. Dennoch blieb die Affäre rätselhaft[14]. Slánský, bis kurz zuvor Generalsekretär der KPTsch, und dreizehn seiner Genossen, allesamt langjährige Parteimitglieder, gestanden Hochverrat an der Prager Regierung, Spionage im Dienste des Westens und Sabotage der sozialistischen Wirtschaft. Mit matter, monotoner Stimme schilderten sie ihr Leben als vom Haß auf die KPTsch bestimmt und von der Loyalität zu einer wahrlich seltsamen Mixtur von Auftraggebern: der Gestapo, des Zionismus, westlicher Nachrichtendienste und des internationalen Kapitals[15].

---

slowakischen Innenministerium geschildert, das sich mit der Geschichte des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes befaßt. Die Slánský-Smíšek-Operation findet sich auf S. 11f.

[11] Vgl. AZK KPTsch, 100/50, Bd. 16, Einheit 166, Smíšek-„Tagebuch" vom 26. 10. 1944 bis zum 7. 4. 1945. Smíšek und Slánský kannten sich seit 1944, als sie von den Sowjets in die besetzte Slowakei geschickt worden waren. Sie überlebten den schwierigen Rückzug in die Tatra, aber nur Smíšek überlebte auch die Säuberungen in der kommunistischen Tschechoslowakei.

[12] Im Mai 1948 wurde Smíšek Leiter der Technischen Sektion des Innenministeriums, in der nur die konsequentesten Stalinisten die Säuberung überstanden. Für die nächsten zwei Jahre setzte er, dreimal pro Woche, seinen regelmäßigen Funkkontakt mit dem Kreml fort, wobei er nun das Gerät des Ministeriums benutzte.

[13] Ministerstvo spravedlnosti, Proces s vedením protistátního spikleneckého centra v čele s Rudolfem Slánským, Prag 1953.

[14] Vgl. National Archives, Washington D.C. (künftig: NA), 749.001/12-55, Oliver L. Troxel, Jr., Amerikanische Botschaft Tel Aviv, an State Department, 5. 12. 1951: „Die kürzliche Verhaftung von ... Slansky ist Gegenstand vieler Spekulationen und Quelle zahlreicher Theorien."

[15] Vgl. NA, RG 84, Spencer M. King, Amerikanische Botschaft Prag, an State Department, 25. 11. 1952: „Die meisten Tschechen ... scheinen zu glauben, einzige Erklärung liegt in An-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In ihren Schlußworten verlangten alle Angeklagten vom Gericht die Todesstrafe. Der Vorsitzende enttäuschte nur drei, die mit lebenslanger Haft davonkamen[16]. Slánský und zehn weitere wurden hingerichtet. Ihre Asche wurde aus einem löcherigen Leinwandsack auf eine vereiste Straße am Stadtrand von Prag gestreut.

Versuche, die Slánský-Affäre aufzuhellen, haben sich bezeichnenderweise meist auf die antisemitische Färbung des Verfahrens konzentriert; außer dreien waren alle vierzehn Angeklagten jüdischer Herkunft[17]. Manche Autoren zogen diese Linie der Argumentation noch etwas weiter und interpretierten den Prozeß als Teil einer geopolitischen Veränderung der sowjetischen Position im Mittleren Osten – weg von Israel und näher zu dessen arabischen Feinden[18]. Die Prager Regierung war eine der ersten gewesen, die Israel völkerrechtlich anerkannt hatte[19]. Edvard Beneš hatte sich schon während des Zweiten Weltkriegs für den Zionismus eingesetzt, und selbst tschechoslowakische Kommunisten zeigten Sympathie: Der erste Ehrenvorsitzende der Gesellschaft für Tschechoslowakisch-Israelische Freundschaft war Václav Kopecký[20]. Überdies war die Tschechoslowakei ein wichtiger Lieferant von Rüstungsmaterial für Israel gewesen, und bestimmte Einheiten der israelischen Streitkräfte hatten in der Tschechoslowakei ihre – geheime – Ausbildung erhalten. Daraus zogen manche den Schluß, die Exekution derjenigen, die in Prag zur Zeit der Kooperation mit Israel am Ruder gewesen waren, könnte das Ende der Verständigung des Ostblocks mit Israel signalisiert haben[21].

Indes fanden die Prozesse in Prag und ihre Pendants in Warschau, Budapest und anderen osteuropäischen Hauptstädten im Schatten des sowjetisch-jugoslawischen Konflikts statt[22]. Die Gefahr weiterer „Jugoslawiens" oder „Titos" verringerte die

---

wendung von Drogen. Botschaft neigt eher zu psychischer, wenn nicht physischer Folter als Erklärung."

16 Die drei waren Artur London, Vavro Hajdu und Evzen Löbl.

17 Vgl. Meir Kotik, The Prague Trial. The first anti-Zionist Show Trial in the Communist Bloc, New York 1987; Louis Harap, The Truth about the Prague Trial, New York 1953; Nemiah Robinson, The Significance of the Prague Trial, New York 1952; Wolf Oschlies, Antizionismus in der Tschechoslowakei, Köln 1970.

18 Vgl. G. P. Muraschko, Delo Slanskogo, in: Voprosy istorii 3 (1997), S. 16. Siehe auch Paul Barton, Prague à l'Heure de Moscou. Analyse d'une démocratie populaire, Paris 1954, S. 16, und Karel Kaplan, Nekrvavá revoluce, Toronto 1985, S. 345.

19 Vgl. Amt des Präsidenten der Republik, Prag, D 11484/47, und AZK KPTsch, 100/24, Folder 130, Einheit 1493.

20 Vgl. AZK KPTsch, 100/45, Bd. 2, Einheit 72, Karel Kreibich an das Sekretariat des Zentralkomitees der KPTsch, 2. 12. 1952.

21 Vgl. NA, 949.61/11-1651, Ellis O. Briggs, Amerikanische Botschaft Prag, an Secretary of State, Washington, 17. 11. 1951.

22 Zuletzt abgehandelt von Vojtech Mastny, The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years, New York 1996, vor allem S. 30–115. Der jugoslawische Aspekt der Slánský-Affäre wird hervorgehoben in Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, vor allem im Kapitel von Jan Osers. Vgl. auch Richard Löwenthal, Why was Slansky Hanged? in: The Twentieth Century, Bd. CLIII, Nr. 911 (Januar bis Juni 1953), S. 18–23.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowjetischen Optionen in Prag. Im Sommer 1948 stellte der tschechoslowakische Botschafter in Washington eine bemerkenswert zutreffende Spekulation an: Nach Stalins Streit mit Tito sei wohl die Tschechoslowakei an der Reihe. Die Sowjets würden entweder das Land militärisch besetzen oder die kommunistische Führung derart säubern, daß nur die gehorsamsten Typen übrigblieben. Eine Säuberung scheine wahrscheinlicher zu sein und werde dann ebenso brutal ausfallen wie die in Moskau in den dreißiger Jahren. Gottwald, Clementis und Nosek, so schloß der Bericht, sollten sich vorsehen[23].

Die Slánský-Affäre zeigt in der Tat Moskaus Entschlossenheit, ein „jugoslawisches" Problem in Prag im Keim zu ersticken. Es ist von Bedeutung, daß der Gerichtshof den ehemaligen Generalsekretär beschuldigte, der konterrevolutionären Idee „des sogenannten besonderen tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus" anzuhängen[24]. Das war im Hinblick auf einige der führenden Funktionäre der KPTsch tatsächlich nicht frei erfunden. Sobald sie die Macht an sich gerissen hatte, startete die Partei eine chauvinistische Kampagne, die darauf zielte, die rein tschechischen Wurzeln jener Art von Kommunismus herauszustellen, die sie in der Tschechoslowakei verwirklichen wolle. Die ersten Filme, Theaterstücke und Bücher, die unter dem neuen Regime von 1948 bis Mitte der fünfziger Jahre produziert wurden, feierten nicht die Geschichte und die Helden der KPTsch, sondern damit anscheinend nicht in Beziehung stehende Persönlichkeiten wie den im 15. Jahrhundert wirkenden Kirchenreformer Jan Hus, einen Heiligen des tschechischen Nationalismus, der 1415 auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden war, oder den legendären militärischen Führer Jan Žižka (ca. 1360–1425), der die tschechischen Truppen befehligte, die damals eine Reihe von Kreuzzügen gegen die hussitische Rebellion abgewehrt hatten. Die Partei adoptierte sogar durch und durch bürgerliche Figuren, so den patriotischen Schriftsteller Alois Jirásek (1851–1930), dessen idealisierte, schwarz und weiß malende Darstellungen tschechischer Geschichte die vorbehaltlose Billigung der KPTsch fanden[25]. (Seltsamerweise schien es die Partei nicht zu stören, daß es Jirásek gewesen war, der 1918 im Namen der Nation den ersten Amtseid des Präsidenten Tomáš G. Masaryk in der Nationalversammlung entgegengenommen hatte.) Zweifellos hat Moskau ein derartiges Schwelgen in der Vergangenheit mit Argwohn betrachtet, weil eine im tschechischen Nationalismus verankerte und vom ungeliebten russischen Patron losgelöste KPTsch womöglich ein beträchtliches Maß eigenständiger Legitimität erreicht hätte; sie hätte an Sicherheit gewonnen und wäre daher widerstandsfähiger gegen sowjetische Manipulation gewesen.

---

[23] Vgl. Akten des Außenministeriums, Prag, Fond: Politische Berichte, Washington, Vladimír Outrata, tschechoslowakischer Botschafter, Washington, an Außenministerium Prag, 6. 7. 1948.

[24] Ministerstvo spravedlnosti, Proces, S. 61. Das Gericht hat nie zu erklären versucht, wie Slánskýs Neigung zu einem „tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus" mit der generellen Anklage zusammenpaßte, er habe im Solde westlicher Kapitalisten gestanden.

[25] So Gottwald 1951: „Wir beanspruchen Jirásek, und er steht uns nahe – näher als der alten kapitalistischen Gesellschaft." In: Derek Sayer, The Coasts of Bohemia. A Czech History, Princeton 1998, S. 299–303.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun war aber Slánský, im Vergleich zu den meisten seiner Genossen, Gottwald nicht ausgenommen, ein ausgeprägter Internationalist, der mit der nationalistischen Kampagne in Kunst und Wissenschaft nichts zu tun hatte. Ein zeitgenössischer Beobachter hielt ihn für den Wachhund Moskaus, der auf Gottwald aufpassen sollte. Letzterer schien „zuerst Tscheche und dann Kommunist" zu sein[26]. Doch gerade Slánskýs sklavische Annahme alles Sowjetischen machte ihn zum bestgeeigneten Opfer. Die Botschaft, die der Kreml mit der Hinrichtung Slánskýs an die osteuropäischen Regierungen richtete, lautete: Wenn nicht einmal dieser Generalsekretär „sicher war, ist niemand sicher."[27] Zweifellos schwächte sein Tod das Selbstvertrauen der Osteuropäer und ließ sie besser im Dienste Moskaus funktionieren.

Die genannten Interpretationen des Schauprozesses von 1952 sind nicht unvereinbar[28]. Man kann den Prozeß als Teil eines Machtkampfs zwischen Moskau und Prag verstehen, in dem Stalin vornehmlich jüdische Opfer wählte[29]. Er tat das, weil er im Begriff war, seine Strategie im Mittleren Osten neu zu orientieren, und weil er die Angeklagten als wurzellose Kosmopoliten präsentieren wollte, die für die kommunistische Bewegung untypisch seien[30].

Mit Hilfe von Beweismaterial, das seit kurzem in verschiedenen öffentlichen und privaten archivalischen Sammlungen zugänglich ist, soll im folgenden versucht werden, das bislang unvermessene Gelände zu kartographieren, das von den Lebensläufen Rudolf Slánskýs, Noel und Hermann Fields und Major (später Oberst) František Zdeněk Ostrýs abgesteckt ist. Zwar kamen sie aus ganz unterschiedlichen Milieus und lernten einander nie kennen, doch sollten ihre Rollen in der tschechoslowakischen Politik sie enger verbinden, als man es in ihren jungen Jahren für möglich gehalten hätte. Daß und wie diese Männer, ihre Ideale und ihre Anschauungen von der Welt aufeinandertrafen, hat der hier zu behandelnden Episode des Kalten Krieges ihre besondere Dramatik gegeben.

II.

Um die Wurzeln der Slánský-Affäre freizulegen, ist vor allem die Rolle zu untersuchen, die OKAPI spielte, eine nachrichtendienstliche Organisation tschechoslowakischer Emigranten, deren Operationsbasis die amerikanische Besatzungszone in

[26] Dana Adams Schmidt, Anatomy of a Satellite, Boston 1952, S. 464, 466.

[27] Tony Judt, Past Imperfect. French Intellectuals 1944–1956, Berkeley 1992, S. 110.

[28] Aus dem Rahmen fällt Stewart Steven, Operation Splinter Factor, Philadelphia 1974, der behauptet, ohne irgendeinen Beweis vorzulegen, daß Slánskýs Sturz von Allen Dulles bewirkt worden und Stalin das getäuschte Opfer gewesen sei.

[29] Vgl. NA, 749.001/12-55, Oliver L. Troxel, Jr., Amerikanische Botschaft Tel Aviv, 5. 12. 1951; NA, 749.00/11-2052, King, Amerikanische Botschaft Prag, an Secretary of State, Washington, 20. 11. 1952. King schrieb zutreffend, daß „Slansky als Zionist nicht plausibler ist denn Slansky als potentieller Tito". Vgl. auch Mastny, The Cold War, S. 154.

[30] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 29. 11. 1951.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland war; sie wollte Slánskýs Flucht in den Westen arrangieren. Der Verfasser will damit eine zentrale These Karel Kaplans widerlegen, eines Slánský-Spezialisten, derzufolge der Anlaß zur Verhaftung des Generalsekretärs, nämlich ein an Velky metar (Großer Feger, das heißt Slánský) adressierter Brief, vom kommunistischen Geheimdienst in Prag oder Moskau fabriziert worden war, um Slánskýs verräterische Beziehung zum Westen darzutun und so seinen Sturz zu bewirken[31]. Der Verfasser kann zeigen, daß der Brief in Wahrheit zu einer ernsthaften Anstrengung gehörte, Slánskýs Übertritt in den Westen zu erleichtern, und das Werk von OKAPI war[32]. Er vertritt jedoch nicht die Ansicht, daß Slánský ohne den Brief die Säuberung unbeschadet überstanden hätte: Es gibt Belege dafür – wie noch zu zeigen sein wird –, daß Stalin bereits im Juli 1951 Zweifel an der Loyalität des Generalsekretärs äußerte. Schon das allein ruinierte Slánskýs Stellung in der KPTsch und brachte sein Leben in Gefahr.

Die Argumentation des Verfassers läuft darauf hinaus, daß der Anstoß zu einem Schauprozeß in Prag aus Moskau kam, während die Slánský geltende OKAPI-Operation als das auslösende Moment zur Vernichtung des Generalsekretärs fungierte. Die Slánský-Affäre wird damit als eine Episode im Kalten Krieg gesehen, bei der die widerstreitenden Kräfte des Ostens und des Westens unbeabsichtigt, im Endeffekt jedoch harmonisch zusammenwirkten.

Rudolf Slánský

Wer war Rudolf Slánský? Die Antwort ist einfach: Er war ein hingebungsvoller Bolschewik. Slánský wurde 1901 in Nezvěstnice geboren, einem kleinen tschechischen Dorf zwischen Pilsen und Nepomuk[33]. Der Name des Dorfes kommt von dem tschechischen Wort *nezvěstný*, was verschollen oder verloren bedeutet. Er war aber weder das eine noch das andere. Vielmehr kannte Slánský seinen Weg sehr genau. Als er neunzehn wurde, ging er nach Prag. Daß er schon früh vom Marxismus und von der leninistischen Ideologie fasziniert war, brachte ihn in Berührung mit radikaler Politik. Als die KPTsch im Oktober 1921 ins Leben trat, hatte Slánský bereits drei Jahre aktiver politischer Betätigung hinter sich. Von nun an widmete er seine ganze Zeit der Parteiarbeit. Auch zwei seiner drei Brüder traten in die Partei ein, ebenso seine Frau Josefa und deren zwei Brüder, Schwester und Mutter.

Die Partei belohnte ihn großzügig für seine Dienste und seine unerschütterliche Loyalität. Sie wurde zu einem Vehikel, das Slánský, einen noch unbeholfenen Dorfbuben, aufnahm und als respektablen Mann zu den Salons der Macht transportierte.

---

[31] Vgl. Kaplan, Nekrvava revoluce, S. 342, und Karel Kaplan, Report on the murder of the General Secretary, Columbus/Ohio 1990, S. 139–151.

[32] Zum ersten Mal im Druck wird OKAPI erwähnt von Jiří Šolc, Operace „Velký metař", in: Historie a vojenství 4 (1995), S. 79–101.

[33] Vgl. AZK KPTsch, 100/50, Akt 1, Einheit 1. Die folgende Information ist Slánskýs eigenem Lebenslauf entnommen, der, undatiert, während des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion geschrieben wurde.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Zwischenkriegszeit garantierte die Tschechoslowakei allen ihren Bürgern Meinungsfreiheit, doch betrachtete der Staat Menschen, die verdeckt für andere Mächte arbeiteten, nicht gerade freundlich, und Slánský war ein Funktionär der Kommunistischen Internationale (Komintern). In den zwanziger Jahren landete er daher, weil faktisch ein sowjetischer Agent, mehrmals im Gefängnis. Die Haft machte ihn hart, und die ganze Erfahrung steigerte noch seine Entschlossenheit und seinen Radikalismus. 1934 drohte ihm eine Anklage wegen Hochverrats[34]. Aber die KPTsch schützte ihn, indem sie ihm einen Sitz im Parlament gab, und von nun an genoß der Abgeordnete Rudolf Slánský für seine gesamte politische Aktivität parlamentarische Immunität.

Nach dem Kollaps der demokratischen Tschechoslowakei im Jahre 1938 gewährte Stalin nur einer Handvoll kommunistischer Flüchtlinge Asyl. Daß Slánský und seine Familie zu den wenigen auserwählten Führern der KPTsch gehörten, die im Dezember 1938 in die Sowjetunion einreisen durften, beweist seine bedeutende Position in der Partei und in der Komintern-Hierarchie.

Rudolf und Josefa Slánský schafften es auch, die Säuberung, die bei ihrer Ankunft in der sowjetischen Hauptstadt im Gange war, unbeschadet zu überstehen. Am 3. Oktober 1943 wurden sie jedoch einer Prüfung unterzogen, wie man sie sich schlimmer kaum vorstellen kann. An jenem Tag fiel das gewöhnliche Arrangement, das Frau Slánský zur Unterbringung ihrer Kinder getroffen hatte, im letzten Augenblick aus, gerade als sie zu ihrem 10-Minuten-Dienst als Ansagerin der tschechoslowakischen Abteilung von Radio Moskau aufbrechen mußte. Sie setzte ihr jüngstes Kind, Nadia, in den Kinderwagen und brachte ihn in einen Park in der Nähe des Rundfunkgebäudes, wo sie ihn unter der Aufsicht ihres acht Jahre alten Sohnes, Rudolf Jr., stehenließ. Als sie zurückkam, waren beide Kinder weg. Nach verzweifelter Suche rief sie ihren Mann an, der schließlich Slánský Jr. fand – erschöpft und schlafend im Park. Den Kinderwagen hielt er fest. Aber Nadia war verschwunden.

Es stellte sich heraus, daß, bald nachdem Frau Slánský Sohn und Tochter im Park gelassen hatte, eine Frau erschienen war, die dem kleinen Rudolf erklärte, seine Mutter habe zu dringlicher Behandlung einen Zahnarzt aufsuchen müssen und sie, die Frau, gebeten, Nadia zu sich nach Hause zu nehmen und ihr etwas zu essen zu geben; der Bruder solle im Park warten. Der Junge glaubte der Fremden nicht und fragte: „Wie heißt meine Mutter? Wo arbeitet sie? Bei welchem Programm? Was macht sie da?" Auch nachdem die Frau jede Frage bereitwillig und richtig beantwortet hatte, war Rudolf nicht überzeugt und hielt den Kinderwagen fest. Er war bestimmt mehr als einmal ermahnt worden, gegen Fremde mißtrauisch und immer auf der Hut zu sein. Überall sagen Eltern solche Dinge, doch in Stalins Sowjetunion ist den Kindern Vorsicht, eine fast schon paranoide Vorsicht, vor Fremden förmlich eingedrillt worden.

[34] Eine romantische Version dieser Periode in Josefa Slánský, Report on My Husband, London 1969, S. 73–89.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jetzt wurde es der Frau zu dumm. Sie riß das kleine Mädchen an sich und rannte davon. Rudolf wollte die Entführerin verfolgen, da er aber den Kinderwagen nicht losließ, konnte er sie bald nicht mehr sehen; auch hatte er rasch die Richtung verloren. Schließlich, nachdem er, wie es ihm vorkam, stundenlang im Kreis gelaufen war, setzte er sich auf eine Bank und schlief ein. So fand ihn dann sein Vater.

Obwohl sich die Eltern an die Polizei wandten und Briefe an die sowjetischen Behörden, auch an Stalin persönlich, richteten, kehrte die kleine Nadia nie mehr zu ihrer Familie zurück. Die Briefe der Slánskýs blieben unbeantwortet, und Nadia, der Liebling der ganzen Familie, war in den Weiten Rußlands verschollen[35].

Die Sowjetunion hatte das ausgeklügeltste und effizienteste System der Bevölkerungskontrolle. Niemand konnte in der Kriegszeit verreisen, die Bahn benutzen, in einem Hotel absteigen oder eine Wohnung mieten, ohne zahllose Formulare, Unterschriften und Stempel sowjetischer Funktionäre vorzuweisen, deren Leben von ihrer Wachsamkeit gegen Saboteure und Spione abhing. Ohne Bezugsscheine konnte man auch keine Lebensmittel, ganz zu schweigen von Babynahrung, kaufen. Das galt überall, erst recht aber in Moskau. Die Slánskýs wußten das natürlich, und so fragt man sich, ob sie die amtliche Erklärung zu glauben vermochten – daß die Übeltäterin eine verwirrte Frau gewesen sein müsse, die auf mysteriöse Weise verschwunden sei, mit der kleinen Nadia in ihren Armen. Wie aber kam es dann, daß die Entführerin in der Lage war, alle Fragen zu beantworten, die ihr der kleine Rudolf stellte? Wie sollte sie es fertiggebracht haben, dem allgegenwärtigen Polizeiapparat zu entgehen, zumal wenn sie „verwirrt" war, und mit dem Kind einer anderen zu verschwinden? Die Slánskýs kannten das sowjetische System zu genau, als daß sie solche Fragen gestellt hätten. Sie riskierten das lieber nicht und trugen ihren Verlust mit der stoischen Festigkeit wahrhafter Bolschewiken[36].

An einer solchen Erfahrung wäre wohl der Glaube der meisten zerbrochen, jedoch nicht der Glaube der Slánskýs. Ihre Liebe zu Stalin, der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung blieb unvermindert. 1944 meldete sich Slánský freiwillig zu dem gefährlichen Dienst bei einer sowjetisch kontrollierten Partisaneneinheit in der besetzten Tschechoslowakei.

Solche Loyalität wurde durchaus bemerkt: Im März 1945 stieg er zum Generalsekretär der Partei und zu ihrem führenden Strategen auf. Zwar behielt Gottwald nominell die Spitzenposition – er fungierte als Vorsitzender der Partei –, aber Slánský war für die Operationen der KPTsch im politischen Alltagsgeschäft verantwortlich. Eine derartige Arbeitsteilung zwischen Vorsitzendem und Generalsekretär war bei

[35] Vgl. ebenda, S. 121–125.

[36] Vgl. AZK KPTsch, 100/50, Akt 1, Einheit 1. Slánský hat in seinem etwa 1944 geschriebenen Lebenslauf den Vorfall und seine Tochter nicht erwähnt. Selbst heute, da mehr als fünfzig Jahre vergangen und viele osteuropäische Archive für die Forschung zugänglich sind, ist der Fall Nadia Slánský nicht aufzuklären. Ein Mitglied der Familie Slánský, das in offizieller Funktion in Moskau gearbeitet hat, soll Anfang der neunziger Jahre versucht haben, Licht in das Dunkel zu bringen – doch ohne Erfolg. Wenn es überhaupt eine Antwort gibt, dann dürfte sie in den noch immer verschlossenen Archiven der sowjetischen Sicherheitsorgane zu finden sein.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anderen sowjetisch kontrollierten kommunistischen Parteien nicht üblich. Wahrscheinlich kam darin ein gewisses Mißtrauen Moskaus gegenüber Gottwald zum Ausdruck; Slánský wurde ihm zur Seite gestellt, um zuverlässigen Gehorsam zu sichern[37].

Im Februar 1948 inszenierten Slánský und seine Genossen einen Staatsstreich. Es war eine eindrucksvolle Leistung, eine Aktion wie aus dem Lehrbuch, die nahtlos – im klassischen Clausewitzschen Sinne – Diplomatie und Gewalt verband. Das demokratische Lager wurde völlig überrascht[38]. Selbst westliche Diplomaten mit ausgezeichneten Verbindungen in der tschechischen Gesellschaft verblüffte eine so plötzliche und entschlossene, doch elegante und ohne offene Gewaltanwendung auskommende Machtergreifung. Etliche einflußreiche Personen in Prag, darunter auch der amerikanische Botschafter Lawrence A. Steinhardt, hatten sogar einen allmählichen Rückgang des kommunistischen Einflusses in der Tschechoslowakei vorhergesagt – und das am Vorabend des Staatsstreichs! Viele Tschechen hatten sich vorgemacht, ihrer „Masarykschen Demokratie" könne niemals eine kommunistische Diktatur oktroyiert werden[39].

Im Juni 1948 nahm Gottwald im Palais des Staatspräsidenten die Stelle des gebrochenen Edvard Beneš ein. Nachdem die Tschechoslowakei ein Einparteienstaat geworden war, kam dem Amt des Staatspräsidenten eine geringere Bedeutung zu als der Funktion des Generalsekretärs der KPTsch. Die Partei feierte Rudolf Slánský mit Elogen, die selbst für jene extravagante Zeit ungewöhnlich extravagant waren[40]. Viele hielten ihn nun für den mächtigsten Mann im Lande.

Jetzt konnte es sich die Partei leisten, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Vor ihrer Machtübernahme hatte die KPTsch stets versichert, daß sie einen moderaten und allen gerecht werdenden Sozialismus suchen und verwirklichen wolle[41]. Nach dem Februar 1948 verwandelte sie sich jedoch in einen Götzen, der auf seinem Wege alle Widersacher zertrat; sie wurde zu einer „Dampfwalze, geschoben von einem russischen Panzer"[42]. 1949 saßen 25 000 tschechoslowakische Bürger wegen politischer

---

[37] Vgl. Schmidt, Anatomy of a Satellite, S. 463.

[38] Vgl. AZK KPTsch, fond: Politicke zpravy, Washington, Josef Hanč, tschechoslowakischer Geschäftsträger, Washington, an Außenministerium, Prag, 17. 3. 1948. Hanč zitiert den früheren tschechoslowakischen Botschafter Slavík, der um politisches Asyl in den Vereinigten Staaten gebeten hatte: „Die revolutionäre Methode war für alle demokratischen Parteien eine Überraschung. Sie selbst folgten demokratischen Prinzipien und glaubten nicht daran, daß irgend jemand in der Tschechoslowakei anders handeln könne."

[39] Vgl. Interview mit Louise Schaffner Armstrong, 11. 6. 1998. Frau Armstrong diente zur Zeit der kommunistischen Machtübernahme als Dritter Sekretär an der Prager US-Botschaft.

[40] Vgl. AZK KPTsch, 100/50, Akt 1, Einheit 2; ebenda, Akt 19, Einheiten 184 und 185.

[41] Slánský sagte Adolf Klimek von der Katholischen (Volks-)Partei, es gebe „keinen Grund, warum Katholiken und Kommunisten nicht zusammenarbeiten könnten ... Sie hätten die gleichen Interessen und strebten beide danach, das Los des einfachen Menschen zu bessern." Zitiert in der unveröffentlichten Dissertation von James E. Mrazek (Oberst der US-Armee), Georgetown University 1953, S. 68.

[42] Viktor Fischl, Hovory s Janem Masarykem, Prag 1991, S. 37.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Verbrechen" im Gefängnis[43]. Vor dem Ende der stalinistischen Ära waren etwa 27000 zu fünf Jahren Haft und mehr verurteilt worden; 300000 Tschechen und Slowaken hatten zur Strafe oder „Umerziehung" eine gewisse Zeit in Arbeitslagern verbracht; 15726 waren in Haft gestorben, mehr als 400000 emigriert[44]. Als prominentes Mitglied mehrerer nicht zur Justiz gehörender Gremien, die von der Partei zur Manipulation des Rechtssystems geschaffen worden waren, hat Slánský harte Strafen gegen politische Gegner bestätigt, oft völlig unschuldige Anhänger des alten demokratischen Regimes[45]. In seinen Reden warnte er vor Spionen und Saboteuren; gegen sie forderte er „bolschewistische Wachsamkeit" und „strenge und exemplarische Bestrafung"[46]. Wie er predigte, so handelte er auch. Wenn sich jemand der Parteiherrschaft aktiv widersetzte, kannten der Generalsekretär und seine Genossen oft nur eine Antwort, den Tod[47]. Zu den Exekutierten gehörten viele junge Männer, die aus der Arbeiterklasse kamen. Dennoch trompetete eine typische Schlagzeile in der kontrollierten Presse: „Die Arbeiterklasse hat heute mehr Freiheit und Rechte als je zuvor!"[48]

Im Juli 1951, als Slánský fünfzig Jahre alt wurde, brachte die KPTsch ihrem Gründungsmitglied und nunmehrigem Führer pflichtgemäß Huldigungen dar. Offizielle Fotografen hielten einen Mann ohne Lächeln und mit tieftraurigen Augen fest – als habe er gespürt, daß sich über ihm Wolken zusammenzogen[49]. Doch hätte nur ein Spezialist für esoterische Kommunikation bemerkt, daß die Feier schon unter einem Schatten stattfand. Äußerlich stand alles zum besten: Der Chefideologe der Partei, Václav Kopecký, sang Oden auf Slánskýs „Treue zur sowjetischen Kommunistischen Partei und seine brennende Liebe zur Sowjetunion und zu Josef Stalin". Präsident Gottwald überreichte ihm den Orden des Sozialismus; er war der erste Empfänger

[43] Státní ústřední archív [Staatliches Zentralarchiv] Prag (künftig: SÚA), Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 202.

[44] Ministerstvo školství, Svědectví z doby totality, 1948–1989, 5. 5. 1998 [als Broschüre veröffentlicht].

[45] Frau Dulce-Ann Steinhardt Sherlock, die Tochter von Lawrence Steinhardt, dem ersten amerikanischen Botschafter in Prag nach dem Zweiten Weltkrieg, erzählte mir, daß ihr Vater „Gottwald und Fierlinger nicht gemocht, aber Slánský gehaßt hat". Interview, Chevy Chase, 18. 1. 1998. Vgl. auch NA, 749.00/11-2052, King, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, Washington, 20. 11. 1952. King meinte, Slánský sei „der Tschechoslowakei rücksichtslosester Kommunist und ein hervorstechender Diener Moskaus".

[46] Jiří Pelikán (Hrsg.), The Czechoslovak Political Trials 1950–1954. The Suppressed Report of the Dubcek Government's Commission of Inquiry 1968, Stanford 1971, S. 50.

[47] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 34, Einheit 866, und AMI, 310-23-1. Slánský saß den sogenannten „Sicherheits-Fünfen" vor (Slánský, Karel Šváb, Václav Nosek, Josef Pavel und Ladislav Kopřiva). Diese Männer, nicht die Gerichte, fällten das Urteil in allen Fällen von Kapitalverbrechen. Ich schätze, daß Slánský vor seiner Verhaftung für 139 Todesurteile gegen politische Häftlinge mitverantwortlich zeichnete. Ich erörterte das am 14. 8. 1998 mit Oberst Adolf Rázek vom Institut für die Dokumentation und Untersuchung kommunistischer Verbrechen, Prag.

[48] Rudé Právo, 13. 7. 1951.

[49] Vgl. AZK KPTsch, 100/45, Bd. 16, Einheit 271 und 273, ferner ebenda, 100/50, Bd. 22, Einheit 188.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Auszeichnung[50]. Seine gesammelten Werke erschienen in zwei Bänden, eingebunden in feines Leder[51]. Obwohl der Lebensstandard rapide sank, sandten die gelenkten Betriebe des Landes, die Schulen und viele einzelne dem Generalsekretär Glückwunschtelegramme[52].

Am 6. September 1951, als die Geburtstagsfeiern abflauten, wurde Slánský plötzlich seines Amtes als Generalsekretär enthoben[53]. Manche sahen in seiner neuen Stellung – er wurde stellvertretender Ministerpräsident – eine Beförderung[54]. Aber für Slánský war es ein Schock. Als erfahrener Politiker und vertraut mit Stalins Modus operandi wußte er, daß seine Abhalfterung von Moskau verlangt worden sein mußte.

So war es auch. Im Juli 1951 hatte Gottwald eine Einladung in den Kreml erhalten. Der vorsichtige Präsident lehnte ab, als Grund Krankheit vorschützend, und schickte an seiner Stelle seinen Schwiegersohn Alexej Čepička. Stalin sagte zu Gottwalds Vertreter während einer Sitzung des Politbüros der KPdSU, die am 23. Juli im Kreml stattfand, Slánský habe eine Anzahl schlechter Personalentscheidungen getroffen, „der Partei großen Schaden zugefügt" und müsse gehen. Der Sitzung folgte der obligate Abstecher zu Stalins Datscha am Rande von Moskau; dabei waren, wie üblich, die Schoßhunde des „großen Führers". Die Lustbarkeit dauerte bis in den Morgen des nächsten Tages. Während des scharfen Zechens wandte sich Stalin plötzlich an Čepička und fragte, ob man sich darauf verlassen könne, daß die Tschechen die von ihnen erwartete Stahlmenge produzierten. Čepička ergriff die Gelegenheit und machte darauf aufmerksam, daß die Tschechoslowakei zur Planerfüllung nicht genügend Rohstoffe aus der Sowjetunion bekomme. Stalin wischte die Entschuldigung beiseite. Er verlangte, die Tschechen sollten erst einmal nach mehr Eisenerz in den westböhmischen Bergen suchen, und zweitens müßten sie, so sagte Stalin allen Ernstes, damit aufhören, menschliche Exkremente aus den öffentlichen Bädern zu verschwenden. Verdutzt, verängstigt und da er nicht wußte, wie er reagieren sollte, schwieg Čepička. In seinem schriftlichen Reisebericht für Gottwald gab er Stalins Äußerungen wörtlich wieder, fügte aber hinzu: „Wenn ich Genossen Stalin richtig verstanden habe."[55]

Nach dieser Nacht in Stalins Datscha wurde Čepička ein Brief Stalins an Gottwald ausgehändigt, mit der Weisung, das Schreiben prompt zu übermitteln. Als Gottwald den Brief las, war er wie vor den Kopf geschlagen: Slánský war sein lebenslanger

---

50 Vgl. ebenda, 100/50, Akt 1, Einheit 2.

51 Vgl. Rudolf Slánský, Za vítězství socialismu, Bde. 1 und 2, Prag 1951. Vgl. auch AZK KPTsch, 100/50, Akt 21, Einheit 185; Muraschko, Delo Slanskogo, S. 16. Die sowjetische Botschaft berichtete, daß der Generalsekretär für seine gesammelten Werke recht gut bezahlt worden sei; er solle 1 200 000 Kronen erhalten haben. Es ist mir nicht gelungen, diese Angabe zu verifizieren.

52 Vgl. AZK KPTsch, 100/50, Akt 22, Einheit 188.

53 Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 15. Das Präsidium des ZK der KPTsch faßte am 5. 9. 1951 einstimmig den Beschluß, „den Genossen Slánský vom Amt des Generalsekretärs abzuberufen". Dazu auch NA, 749.00/0-1051, Ellis O. Briggs, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, Washington, 10. 9. 1951.

54 Vgl. The New York Times, 9. 9. 1951.

55 SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 12.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitstreiter, und auch ihre Ehefrauen verband ein freundschaftliches Verhältnis; Frau Gottwald nannte Frau Slánský „Kleiner Star"[56]. Wichtiger war natürlich, daß die KPTsch die Kampagne zur Feier des 50. Geburtstages von Slánský bereits eröffnet hatte[57]. Gottwald zögerte und entwarf sogar ein Schreiben, in dem er Zweifel an der Weisheit von Stalins Verlangen andeutete: „Erstens", so sagte er, „traue ich der politischen und persönlichen Ehrenhaftigkeit und dem guten Willen des Genossen Slánský. Zweitens weiß ich nicht, wer ihn in seiner derzeitigen Position ersetzen könnte. Und schließlich fühle ich mich an den Fehlern, die gemacht wurden, nicht ganz unschuldig."[58]

Indes hatte Gottwald während seiner Moskauer Jahre zuviel gesehen, als daß er sein Leben riskiert hätte, indem er Stalin widersprach. Er legte seinen Briefentwurf beiseite und teilte dem sowjetischen Führer mit, daß er die Anweisung, Slánský abzusetzen, akzeptiere. Jedoch hielt er die Türe für eine glimpfliche Lösung einen Spalt offen. Er unterrichtete Stalin, daß er beabsichtige, Slánský „eine andere verantwortliche Stellung zu geben, wenn auch anderswo"[59]. Stalin antwortete sofort: „Wir haben Ihren Brief erhalten. Wir sind einverstanden. Stalin."[60] Derart beruhigt, dämpfte Gottwald einige der Lobgesänge der Partei zum Geburtstag des Generalsekretärs, ließ aber viele zu, um so eine gewisse Sicherheit gegen etwaige Moskauer Forderungen nach dem Kopf Slánskýs zu haben. Sodann leitete er dessen Wechsel auf einen anderen Posten, die sogenannte Beförderung, in die Wege und hoffte, die Affäre werde doch noch verpuffen.

Im Kreml hatte Stalin dem Schwiegersohn Gottwalds die ausdrückliche Frage gestellt, ob „Slánský wisse oder fühle", daß seine Stellung prekär geworden sei. Čepička versicherte ihm, daß der Generalsekretär keine Ahnung habe[61]. Das traf damals auch zu, doch Anfang September verstand Slánský sehr wohl, daß er bei Stalin in Ungnade gefallen war. Er kannte den internationalen Rahmen, in den seine Absetzung mit deprimierender Genauigkeit paßte, nur allzugut. Moskaus Bruch mit dem Jugoslawien Josip Titos war schon seit langem offenkundig. In Rumänien dauerte die Säuberung seit Frühjahr 1948 an. Im Dezember 1949 war in Bulgarien der kommunistische Führer Traitscho Kostoff zum Tod verurteilt worden. Neuerdings hatte die *Állanvedelmi Hivatal* (ÁVH), die von dem schrecklichen Gábor Péter geleitete ungarische Geheimpolizei, mit intensiven Ermittlungen gegen etliche führende Kommunisten begonnen. Und im nahen Warschau sah sich im Juli 1951, als Slánskýs Geburtstagsfeiern noch im Gange waren, der polnische Generalsekretär Władysław Gomułka verhaftet[62]. Alle diese in der Wolle gefärbten Kommunisten wurden plötzlich

[56] AZK KPTsch, 100/50, Bd. 19, Einheit 184, Frau Gottwald: „Mein lieber, kleiner Star, Vielen Dank für Deine lieben und aufmunternden Worte und für den schönen Blumenstrauß. Deine Marta."

[57] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 12.

[58] SÚA, Fond Komise II, Bd. 25, Einheit 504.

[59] Ebenda, Bd. 14, Einheit 380, und Bd. 25, Einheit 504.

[60] Ebenda.

[61] SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 12.

[62] Vgl. George Hodos, Show Trials. Stalinist Purges in Eastern Europe 1948–1954, New York 1987.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als geschworene Feinde des Kommunismus entlarvt, als Feinde der Bewegung, der sie ihr Leben lang gedient hatten. Ein vorausschauender amerikanischer Diplomat sagte zur Zeit der Degradierung Slánskýs, sie „kann zum Teil als ein Zug erklärt werden, der auf [seine] Liquidierung zielt"[63]. Man darf mit gutem Grund annehmen, daß Slánský den gleichen Schluß gezogen hat.

Die Brüder Field

Noel Field wurde 1904 in eine New Yorker Quäker-Familie geboren. Er und sein Bruder Hermann, der 1910 zur Welt kam, wurden im Geiste des Pazifismus und des Dienstes am Nächsten erzogen[64]. 1925, nachdem er das Harvard College absolviert hatte, trat Noel als Beamter des Auswärtigen Dienstes in das State Department ein. Während seiner Zeit in Washington stand er im Rufe, exzentrisch zu sein[65]. Einige seiner Kollegen betrachteten ihn als „einen christlichen Kommunisten"[66]. Doch ging er mit seiner Abneigung gegen den Kapitalismus und mit seiner Sympathie für dessen russische Alternative über die Grenzen der bloßen Theorie hinaus: Er wurde ein Agent des sowjetischen Nachrichtendienstes. Das ist von ihm selbst und von etlichen seiner Genossen im Spionagegeschäft mehrmals bestätigt worden[67]. 1936 verließ Noel Field den Diplomatischen Dienst und nahm eine Stelle beim Völkerbund an. Als er aus Washington abreiste, mußte er sich von vielen Freunden verabschieden. Manche sollten berühmt werden, zum Beispiel Allen W. Dulles, der mit ihm zusammen im State Department gedient hatte.

---

[63] NA, 749.02/9-1051, Oliver L. Troxel, Jr., Zweiter Sekretär an der US-Botschaft in Tel Aviv, an State Department, 20. 9. 1951.

[64] Vgl. Flora Lewis, Red Pawn. The Story of Noel Field, Garden City 1965. In den Archiven in Prag, Warschau und Budapest ist dazu jetzt Neues zu entdecken. Im folgenden stütze ich mich in erster Linie auf AMI, Z-84, Osobní svazek, Nr. 4528, und AMI, 302-103-3, Treuhandfonds. Aus Platzgründen muß der Fall von Erika Glaser Wallach, der 1922 geborenen Adoptivtochter von Noel und Herta Field, übergangen werden. Siehe ihr Light at Midnight, Garden City 1967.

[65] Vgl. Archiv von Flora Lewis, Boston University (künftig: AFL-BU), Box 1, Loy Henderson an Flora Lewis, 22. 11. 1959.

[66] Ebenda, Vladimir Sokolin an Flora Lewis, 30. 9. 1960.

[67] Vgl. AMI, 302-103-3, Noel Fields Verhör in Budapest, 4. 1. 1950. Dies wird bestätigt in der tschechischen Zusammenfassung des Falles, in: AMI, Z-84, Nr. 4528. Siehe auch Fond 100/24, Bd. 62, Einheit 947. Noel sagte zu Ludvik Frejka in Prag, daß er 1927 zum sowjetischen Nachrichtendienst angeworben worden sei. Überdies hat mir Hermann Field (Interview vom 25. 4. 1998) mitgeteilt, daß Noel seine Arbeit für den sowjetischen Nachrichtendienst in einem Manuskript bestätigte, das er in ungarischer Haft vorbereitete und das die Ungarn nun Hermann Field zugänglich machten. Noel ist auch von Hede Massing, der Frau, die ihn in Washington rekrutiert hat, und von ihrem Mann Paul Massing als sowjetischer Agent identifiziert worden. Vgl. AFL-BU, Hede Massing an Flora Lewis, 23. 9. 1959 und 16. 4. 1960. Hede Massing hat Noel auch in Anhörungen vor dem Kongreß als sowjetischen Agenten benannt (House of Representatives, 8th Congress, 2nd session, 27. 8. 1948). Dazu auch Henry Jordan, Where is Noel Field?, in: Argosy Magazine, November 1958. Jordan zitiert Walter Krivitsky, der gesagt habe, Noel habe, während er beim Völkerbund beschäftigt gewesen sei, für ihn gearbeitet. Noel sagt das gleiche in: AMI, Z-84.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im März 1941 bestellte ihn die „American Unitarian Association" zum Leiter des „Unitarian Service Committee" (USC), einer Wohlfahrts- und Hilfsorganisation, die 1939 ins Leben gerufen worden war, um das Leiden im wieder vom Krieg geplagten Europa zu lindern. Er kam mit der Empfehlung, ein „kultivierter, humaner Mann" zu sein[68]. Das USC hatte sein Hauptquartier erst in Marseille; nach der Besetzung Vichy-Frankreichs wurde der Sitz nach Genf verlegt. Der Hauptzweck des USC bestand darin, Flüchtlingen unter die Arme zu greifen, die sich den deutschen Organen ohne Geld und ohne Papiere zu entziehen vermocht hatten. Die Natur des Feindes bestimmte die Zusammensetzung der Klientel Fields, das heißt, viele seiner „Kunden" waren jüdische Kommunisten aus dem deutschen Machtbereich in Europa[69].

Wie während des Krieges Noel Fields Verbindung mit dem sowjetischen Nachrichtendienst genau beschaffen war, bleibt unklar. Ein gut informierter Amerikaner meinte, einige der von Field geleiteten Einrichtungen seien lediglich Zwischenstationen für kommunistische Kader gewesen[70]. Es ist ebensogut möglich, daß Moskau die direkte Beziehung zu ihm abbrach, nachdem er an der Ermordung eines sowjetischen Überläufers beteiligt gewesen war[71]. Doch gab es noch eine andere Seite Fields. Er arbeitete mit Allen W. Dulles zusammen, den er im State Department kennengelernt hatte und der während des Krieges als Vertreter von OSS (Office of Strategic Services) in der Schweiz tätig war[72]. Ihre Kooperation verlief glatt. Field lieferte Informationen, die er von den Flüchtlingen bekam, und Dulles zeigte sich mit Geld, Pässen und anderen Dokumenten, die in den Lagern stets Verwendung fanden, erkenntlich. Einige der von Noel Field betreuten Flüchtlinge haben vielleicht OSS-Missionen hinter den feindlichen Linien übernommen[73]. Die New York Times bezeichnete den Noel Field der Kriegsjahre als Dulles' „Verbindungsmann zu kommunistischen Untergrundgruppen im NS-besetzten Europa"[74]. Wie immer sein Verhältnis mit dem OSS gewesen sein mag, Noel Field hatte jedenfalls beste Möglichkeiten, Hunderte von kommunistischen Flüchtlingen kennenzulernen. Viele wurden seine Freunde, was bald gegen sie benutzt werden sollte – und gegen ihn.

Noel, der Schutzengel von Flüchtlingen, Noel, der sowjetische Agent, und Noel, der mit dem OSS kooperierte, verschmolzen zu einer komplexen Persönlichkeit. Es mag als weit hergeholt erscheinen, daß ein bekannter Sympathisant des Kommunismus mit dem OSS zusammenarbeitete und sogar Empfehlungsbriefe von Allen W. Dulles bekommen konnte[75]. Aber viele von denen, die gegen das Dritte Reich

[68] AFL-BU, Box 1, USC-Akten, Helen Fogg, 4. 12. 1959.
[69] AFL-BU, Box 1.
[70] Vgl. AFL-BU, Bert Jolis an Flora Lewis, 11. 6., o. J.
[71] Vgl. AFL-BU, Paul Massing an Flora Lewis, 2. 11. 1959. Noel hat sich gegenüber Hede Massing seines Anteils an diesem Mord gerühmt (siehe Massing an Flora Lewis, 16. 4. 1960) und seine Rolle auch später bestätigt, in: AMI, Z-84.
[72] Vgl. AFL-BU, Arthur Schlesinger an Flora Lewis, Dezember 1959.
[73] Vgl. AMI, Z-84, und AFL-BU, Bert Jolis an Flora Lewis, 11. 6., o. J.
[74] The New York Times, 14. 9. 1970.
[75] Vgl. AFL-BU, Arthur Schlesinger an Flora Lewis, Dezember 1959.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kämpften, hatten aufgehört, die Ideologien ihrer Mitstreiter genauer unter die Lupe zu nehmen, solange der Krieg im Gang war.

Nachdem jedoch im Mai 1945 das Feuer eingestellt war und nun die Konflikte zwischen der Sowjetunion und dem Westen an die Oberfläche traten, fand Noel Field es zunehmend schwieriger, eine Position zwischen den zwei Welten zu behaupten. Er kehrte für kurze Zeit in die Vereinigten Staaten zurück. Es war für ihn und für seine Frau Herta – deutscher Herkunft – keine glückliche Zeit. Hede Massing, die Frau, die Noel Field für den sowjetischen Nachrichtendienst angeworben hatte, ließ ihn wissen, daß sie die Absicht habe, sich zu stellen und vor dem Kongreß über ihre Dienste für den NKWD auszusagen. Er antwortete, er fürchte sich nicht davor, als sowjetischer Agent identifiziert zu werden, er sei stolz auf die Arbeit, die er für Moskau geleistet habe[76]. Als Hede Massing aussagte, hielt sich Noel Field wieder in Europa auf; als er vorgeladen wurde, entschied er sich dafür, nie mehr in die Vereinigten Staaten zurückzugehen[77].

Im Herbst 1947 wurde seine Situation kritisch, weil er seine Stelle beim USC verlor[78]. Als ihn Monate danach ein Bekannter zufällig traf, sah er „dünn, krank, arm, schlecht angezogen aus, das Hemd ausgefranst". Ihm stehe, so vertraute Noel Field seinem Bekannten an, nur noch eine Möglichkeit offen. Er werde nach Prag gehen. Aber – kam der Einwand – sei es nicht eine schlechte Zeit, in die Tschechoslowakei zu gehen? Schließlich hätten die Kommunisten gerade die Macht übernommen und dem Land ein strenges Regime aufgezwungen. „Ich habe keine Stellung, ich bin hungrig und krank", erwiderte Noel. Offenbar hoffte er, ein akademisches Amt an der Karls-Universität zu bekommen[79]. Stellungslos, von den amerikanischen Behörden verdächtigt, ein sowjetischer Agent zu sein, und ohne Aussicht auf Sympathien in Westeuropa, sobald seine Beziehung zum NKWD ruchbar wurde, sah er in Prag eine seiner wenigen Optionen.

Die tschechoslowakische Geheimpolizei, die StB, betrachtete Noel Field mit Mißtrauen, als er im September 1948 in Prag eintraf; er wurde unter Beobachtung gestellt[80]. Ihn schienen die schattenhaften Gestalten nicht zu stören, die ihm folgten, und er suchte so viele alte Bekannte zu treffen wie möglich. Die einst staatenlosen kommunistischen Flüchtlinge, denen er während des Krieges geholfen hatte, waren nun an der Macht. Jedoch lehnten es gerade die wichtigeren ab, ihn zu sehen. Sie waren kommunistische Apparatschiks geworden, die ihr System zu gut kannten, als daß sie mit einem solchen Amerikaner zusammenkommen wollten, auch wenn er sie einmal gerettet hatte. Andere, weniger hochrangige Funktionäre, waren bereit, sich mit ihm abzugeben[81].

---

[76] Vgl. AFL-BU, Hede Massing an Flora Lewis, 16. 4. 1960.

[77] Noel Field starb 1970 in Budapest.

[78] Vgl. AFL-BU, Box 1, Bragg an Flora Lewis: „Als ich einige unserer Einrichtungen [in Frankreich] besuchte, wurde ich als Genosse begrüßt." Noels Gehalt wurde im Oktober 1947 eingestellt.

[79] Ebenda, Helen Fogg, USC-Akten, 4. 12. 1959.

[80] Vgl. AMI, Treuhandfonds, 302-103-3.

[81] Vgl. AMI, Z-84 und AMI, Treuhandfonds, 302-103-3.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im November 1948, nach Wochen ergebnisloser Beobachtung, verlor die StB die Geduld. Noel Field wurde festgenommen und verhört. Die Tschechen hatten von seiner Beziehung zu Allen W. Dulles erfahren und waren nun bereit, ihn in die Mangel zu nehmen[82]. Aber Noel Field überraschte sie: Er erklärte, Offizier des sowjetischen Nachrichtendienstes zu sein, und verlangte, mit dem NKWD in Verbindung gebracht zu werden. Die StB-Funktionäre waren auf eine solche Wendung nicht gefaßt. Sie lehnten es zwar ab, seinetwegen in Moskau nachzufragen, hielten es jedoch für klüger, ihn für den Augenblick laufenzulassen. Der Amerikaner gab ihnen abermals Rätsel auf. Einige Wochen später, gegen Ende 1948, verließ Noel Field die Tschechoslowakei und kehrte in den Westen zurück[83].

Im Januar 1949, als er sich in Paris aufhielt und sich schlüssig darüber zu werden suchte, was er als Nächstes tun sollte, traf in Prag Oberst Istvan Szücs von der ÁVH ein. Mittlerweile waren in Budapest etliche alte Kommunisten verhaftet und dazu gebracht worden, fiktive Verbrechen im Dienste der Amerikaner zu gestehen. Einer davon, Tibor Szönyi, hatte ausgesagt, er habe während des Krieges Briefe zwischen Noel Field und Allen W. Dulles befördert. Oberst Szücs verlangte nun von den tschechischen Sicherheitsbehörden, Noel Field festzunehmen und an die Ungarn auszuliefern. Die Prager Regierung stimmte zu. In der Sprache des StB-Berichts: „Auf Grund unserer Vereinbarung mit Szücs wurde Noel Field aus der Schweiz nach Prag gelockt (verantwortlich: Genosse Šindelář)." Josef Šindelář, ein Offizier des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, hatte sich nicht schwergetan, Field aus der Schweiz in die Tschechoslowakei „zu locken". Er hatte ihm einfach gesagt, seine verlorene Sowjet-Konnexion solle „geklärt" werden[84]. Darauf hatte Noel ja gewartet, und so kam er bereitwillig nach Prag.

Im Mai 1949 traf Noel Field in Prag ein. Die StB verständigte die ÁVH, und die Ungarn ersuchten offiziell um seine Verhaftung[85]. Oberst Szücs erschien wieder und verlangte seine Beute. Am 11. Mai 1949 wurde Field aus dem Palast Hotel, früher luxuriös, inzwischen aber auf absteigendem Ast, „gelockt" – das tschechische Polizeidokument verwendet abermals dieses Wort[86] –, „chloroformiert", gefesselt und wie ein betäubtes, eingefangenes Tier den Ungarn übergeben.

---

[82] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 20. Die StB-Akte über Noel bestand anfänglich „nur aus einer winzigen Notiz ohne jeden Zusatz, aus dem hervorgegangen wäre, daß Field ein amerikanischer Agent sein sollte".

[83] Vgl. AMI, 372-Z-82.

[84] AMI, Z-84.

[85] Vgl. SÚA, Fond Komise II, Bd. 25, Einheit 504, Mátyás Rákosi an Klement Gottwald, 9. 5. 1949: „An Genossen Gottwald. Bitte, tu uns einen Gefallen und verhafte Field, der gerade nach Prag zurückgekehrt ist. Rákosi."

[86] Vgl. AMI, Z-84. Ich habe im Palast-Hotel nach einem Beleg für Noels Aufenthalt gesucht. Leider scheinen alle Register zerstört worden zu sein. Es gibt nur noch ein Gästebuch, das die Namenszüge von Film- und Opernstars aus den vorkommunistischen Tagen enthält: des Soprans Ema Destinova, der Schauspieler Oldřich Nový und Hugo Haas, der Schauspielerin Lida Baařová und vieler anderer.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fields Frau Herta, die sich in Genf aufhielt, während all dies geschah, wurde unruhig, als sie von ihrem Mann nichts mehr hörte. Sie kam am 4. August 1949 nach Prag und begann nach ihm zu forschen. Artur London, der kommunistische Stellvertretende Außenminister, der während des Krieges sowohl Hermann wie Noel Field gekannt hatte, erklärte sich bereit, sie zu empfangen – auf Weisung der StB, die das Gespräch aufzeichnen wollte. Herta bekannte ihre Befürchtung, daß die CIA ihren Mann entführt habe. Doch glaubte sie, daß es noch eine zweite Möglichkeit gebe: Vielleicht sei Noel vom sowjetischen Nachrichtendienst reaktiviert worden. Sie müsse diese Möglichkeit ausschließen können, ehe sie eine Kampagne für die Freilassung ihres Mannes beginne[87]. Gottwald fügte sich erneut einer sowjetisch-ungarischen Forderung und autorisierte Hertas Verhaftung. Am 27. August 1949 versicherte ihr die StB, sie werde zu ihrem Mann gebracht. Man fuhr sie zur ungarischen Grenze und übergab sie der ÁVH. Sie sollte Noel Field erst nach fünf schrecklichen Jahren wiedersehen.

Am 22. August 1949, nur wenige Tage vor Hertas Auslieferung an die ÁVH, war Noels jüngerer Bruder, der Architekt Hermann Field, in die Falle gegangen[88]. Er hatte sich bereit erklärt, nach Prag zu kommen und Herta bei der Suche nach Noel zu helfen. Er hatte die Paßkontrolle am Warschauer Flughafen hinter sich, doch ehe er in das Flugzeug nach Prag einsteigen konnte, wurde er von der *Urząd bezpieczeństwa* (UB), der polnischen Geheimpolizei, verhaftet und in ein Spezialgefängnis außerhalb Warschaus verbracht. Hermann war eine wichtige Akquisition, die prächtig in das fiktive Schema paßte, das in den Zentralen der Geheimpolizei in Moskau, Warschau, Prag und Budapest ausgeheckt worden war. Nachdem Hitler im März 1939 die Tschechoslowakei besetzt hatte, wurde Hermann Field Leiter eines Flüchtlingslagers in Kattowitz, einer polnischen Stadt nahe der tschechischen Grenze. Das Lager hatte der sogenannte Trust Fund eingerichtet, eine englische Wohltätigkeitsorganisation[89]. Hermann suchte jenen Flüchtlingen britisches Asyl zu sichern, die am stärksten gefährdet waren, sollten sie in deutsche Hände fallen, und dabei lernte er viele tschechoslowakische Kommunisten kennen. Dank Hermann Fields Trust Fund in Kattowitz und Noel Fields Unitarian Service Committee in Marseille und Genf konnten Hunderte von Flüchtlingen vor nationalsozialistischer Verfolgung gerettet werden. Zwischen 1945 und 1949 erreichten etliche der Geretteten wichtige Posten in der tschechoslowakischen – aber auch der polnischen, der ostdeutschen und der ungarischen – Regierung.

Unter dem Druck sowjetischer Berater stellten die StB und ihre Schwesterorganisationen in Polen und Ungarn Noel und Hermann Fields Motive und politische Gesinnung auf den Kopf und begannen sowohl den Trust Fund wie das USC als westliche Spionageorganisationen zu behandeln. Die von den beiden Fields geleiteten Lager seien, so behauptete die StB, vom britischen und vom amerikanischen Nachrichtendienst

[87] Vgl. AMI, Z-84.

[88] Hermann und Kate Field, Departure Delayed. Stalins Geisel im Kalten Krieg, Hamburg 1996.

[89] Vgl. Interview mit Hermann Field, 21. 1. 1998.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

benutzt worden, um Flüchtlinge zu rekrutieren, die nach Kriegsende zu hohen Ämtern aufsteigen und in diesen Ämtern als westliche Spione wirken würden[90]. Seine Häscher verlangten von Hermann Field, die Menschen zu identifizieren, denen er geholfen hatte. Nachdem er aufs Übelste geschlagen worden war, nannte er den kommunistischen Innenminister der Tschechoslowakei, hohe Funktionäre der KPTsch, des Außen- und des Handelsministeriums[91]. Das war sehr brauchbar. Noel Field in Ungarn und Hermann Field in Polen wurden nun gefoltert und zu dem Geständnis gezwungen, daß sie im Auftrag von Allen W. Dulles und der CIA führende Rollen in einer Verschwörung gegen die kommunistischen Regime in Osteuropa gespielt hatten.

Die Allen W. Dulles zugeschriebene Planung war ohne jede Plausibilität. Sie hätte nur das Werk eines Mannes sein können, der bereits im Frühjahr 1939 fähig war, die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, die deutsche Niederlage, den sowjetischen Sieg und die Etablierung kommunistischer Regierungen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vorherzusehen. Es liegt auf der Hand, daß ein menschliches Wesen mit einer solchen intellektuellen Kraft nie existiert hat. Aber teleologisches Denken war ein wesentlicher Bestandteil des stalinistischen Repertoires und fand rasch Eingang in die Köpfe von Polizeifunktionären, deren Leben von ihrer Fähigkeit abhing, sich Stalins Denkweise zu eigen zu machen.

Nach einem Monat in der Hand der ÁVH, am 5. Juni 1949, gestand Noel Field, daß er häufig Kontakt mit einem gewissen Gejza Pavlík gehabt habe, einem tschechoslowakischen Staatsbürger, der als Flüchtling während des Krieges vom USC betreut worden war. Im Juli 1951 gestand Noel ferner, daß Pavlík sein Agent und Allen W. Dulles der oberste Chef seines nachrichtendienstlichen Netzes gewesen sei. Dem Vernehmungsprotokoll war eine Liste weiterer tschechoslowakischer Staatsbürger beigeheftet, die ebenfalls als Informanten für „Field, den amerikanischen Spion", gearbeitet haben sollten[92].

Wir wissen jetzt, was dann folgte. Oberst Szücs kam wieder nach Prag und verlangte von der StB, Pavlík und seine Frau zu verhaften und den Ungarn zu übergeben. Nachdem dies erreicht war, floß alsbald ein Strom von Protokollen nach Prag, die Pavlík unterschrieben hatte und in denen er gestand, ein amerikanischer Spion unter der Leitung Noel Fields gewesen zu sein[93]. Mit Pavlík reichte der Oktopus der fiktiven Konspiration in die Tschechoslowakei.

---

[90] Vgl. SÚA, Fond Komise II, Bd. 6. Einheit 72, Befragung von Ladislav Kopřiva, 28./29. 1. 1963: „Treuhandfonds wurde als ein Deckunternehmen für den englischen Nachrichtendienst geschaffen, wo Leute mit langfristigen Perspektiven rekrutiert werden konnten."

[91] Vgl. AMI, 302-103-3, Treuhandfonds, Aufzeichnung Nr. 4, 5 und 22.

[92] Vgl. ebenda, Treuhandfonds, Vernehmung von Noel Field, 5. 6. 1949.

[93] Vgl. ebenda, Treuhandfonds, Václav Koštál, 10. 6. 1952. Eine Gruppe von StB-Ermittlern fuhr nach Budapest, um an einigen Verhören Pavlíks in der ÁVH-Zentrale in Budapest (60 Andrássy Út) teilzunehmen. Ihrem Bericht zufolge hat sie die Brutalität, die sie in Budapest sahen, schokkiert. Ihre Aufzeichnungen über Pavlíks Behandlung durch die ÁVH fand ihren Weg bis auf Slánskýs Schreibtisch. Er demonstrierte seine Härte als Bolschewik, indem er seinen Kommentar auf die kühle Bemerkung beschränkte: „Anderes Land, anderer Stil."

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Slánský fühlte sich nicht bedroht, als Gejza Pavlík den ÁVH-Wölfen vorgeworfen wurde. Schließlich war Pavlík lediglich Chef der staatlichen Reiseagentur CEDOK, stand also in der kommunistischen Hierarchie weit unter ihm. Aber der Druck auf die Prager Regierung, den verborgenen Feind auszuräuchern, nahm zu. Im Vergleich zu Ungarn und Polen schienen die Tschechen lau und weich zu sein[94]. In Moskau wurde besonders vermerkt, daß Prag die einzige kommunistische Hauptstadt war, die bislang noch keine sowjetischen Sicherheitsberater eingeladen hatte. Der NKWD führte fortwährend Klage über diesen offenbaren Affront[95].

Am 3. September 1949 schrieb Mátyás Rákosi, der ungarische Kommunistenführer, Gottwald einen Brief, in dem er die Tschechoslowakei mit unzweideutigen Worten aufforderte, sich den anderen sozialistischen Ländern bei einer gründlichen Suche nach Verrätern in ihrer Führung anzuschließen. Es sei unrealistisch, warnte Rákosi, anzunehmen, daß die von ihm in Budapest aufgedeckte Verschwörung nicht auch in Prag Wurzeln gefaßt habe; tatsächlich besitze die ÁVH Beweise für das Gegenteil. In einem Zusatz, der Gottwald am 9. September erreichte, mahnte Rákosi, es sei „besser, ein paar Unschuldige zu treffen, als den Feind in der Partei zur Entfaltung kommen zu lassen"[96]. Warschau schloß sich dem Budapester Drängen an. Jindřich Veselý, der Chef der StB, wurde am 12. September 1949 nach Polen bestellt. Er erfuhr, daß im Laufe der Rajk-Untersuchung mindestens fünfzig Verräter in der polnischen Führung entlarvt worden seien; mehr würden folgen. Und was, so fragten die Polen Vesely, ist mit Euch[97]? Stanisław Radkiewicz, der polnische Minister für öffentliche Sicherheit, erklärte dem StB-Offizier, er sei auch weiterhin zu härtestem Vorgehen entschlossen, „ohne Rücksicht auf die Möglichkeit, daß, hier und da, eine unschuldige Person verhaftet werden kann"[98].

Jetzt, da in Budapest der Beginn des Prozesses gegen László Rajk, den ehemaligen Innenminister, unmittelbar bevorstand, erkannten Gottwald und Slánský, daß es zu riskant für sie sei, passiv zu bleiben, während all die anderen kommunistischen Parteien vorgebliche Feinde in ihren Reihen aufspürten. Am 16. September 1949 unternahm Slánský einen entscheidenden Schritt, der die Zukunft vieler Mitglieder der KPTsch und seine eigene bestimmen sollte. Er entwarf ein Telegramm an den Kreml: „Im Zusammenhang mit der Entlarvung der Rajk-Bande in Ungarn sind etliche ihrer Verbindungen zur Tschechoslowakei erkannt worden. Wir bitten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, einige Spezialisten nach Prag zu entsenden, die, wenn möglich, mit den Resultaten des ungarischen Falles vertraut sind."

---

[94] SÚA, Fond Komise II, Bd. 6, Einheit 72, Vernehmung Ladislav Kopřiva, 28./29. 1. 1963. Kopřiva erinnerte sich daran, daß die sowjetischen Berater immer wieder ihre Prager Kollegen darauf hinwiesen, die in Ungarn angewandten harten Methoden seien „korrekt". „Genossen", so lautete die Ermahnung eines der Berater, „hört auf zu glauben, daß die Imperialisten euch vergessen werden."

[95] Vgl. Jan Frolík, Plukovník Antonín Prchal a jeho doba, in: Minulostí západočeského kraje XXXI (1996), S. 162.

[96] SÚA, Fond Komise II, Bd. 25, Einheit 504.

[97] Vgl. ebenda.

[98] SÚA, Fond Komise II, Bd. 14, Einheit 383.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Telegramm wurde mit Gottwalds Unterschrift abgeschickt. Moskau antwortete sehr schnell: „Hinsichtlich Ihrer Anforderung sind dem Ministerium für Nationale Sicherheit Anweisungen erteilt worden, das notwendige Personal auszusuchen und zu entsenden."[99]

Die ersten sowjetischen „Berater" trafen Anfang Oktober 1949 ein. Sie machten sofort klar, daß sie nun das Heft in die Hand nähmen und daß nach ihrer Ansicht die StB zu lasch gewesen sei[100]. Als einer der sowjetischen Berater Informationen über einen hochrangigen KPTsch-Funktionär verlangte, der den Zweiten Weltkrieg in Großbritannien verbracht hatte, zögerten die StB-Offiziere. Der Berater explodierte: „Ich bin nicht hierhergekommen, um zu diskutieren. Ich bin in die Tschechoslowakei gekommen, um Köpfe rollen zu sehen. Ich breche lieber hundertfünfzig anderen das Genick als mir selber." Einer der StB-Offiziere wies schüchtern darauf hin, daß das Begehren des NKWD-Mannes auf der höchsten Ebene der KPTsch entschieden werden müsse. In gröbster Sprache antwortete der sowjetische Spezialist, er sei bereit, sich jeden in Prag vorzunehmen, welche Position er auch innehabe[101].

Zur gleichen Zeit unternahmen Gottwald und Slánský noch einen weiteren Schritt. Sie verfügten, daß bei der StB eine Spezialeinheit zur Überwachung und Verhaftung hochgestellter Funktionäre zu bilden sei; ihr Deckname war „Modřín"[102]. Wer immer den Krieg im Westen überlebt und Verbindung zu Noel und Hermann Field gehabt hatte, war verdächtig. Die Spezialeinheit erwies sich, unter der Aufsicht der sowjetischen Berater und angetrieben von Slánský, als bemerkenswert effizient. Als erster wurde im November 1949 Evzen Löbl festgenommen, der stellvertretende tschechoslowakische Handelsminister. Ein knappes Jahr später folgte Otto Sling, ein bekannter regionaler Parteisekretär. Dann, Anfang 1951, wurden verhaftet, einer nach dem anderen: Vladimír Clementis (Außenminister), Artur London (stellvertretender Außenminister), Bedřich Reicin (stellvertretender Verteidigungsminister) und Karel Šváb (stellvertretender Minister für Nationale Sicherheit)[103]. Diese Männer waren Stalinisten. Ihr Leben hatte der KPTsch gehört. Doch jetzt wurden sie ins Schlachthaus der Partei geworfen. Das war zuerst Koloděje, eine von der StB übernommene Burg, wo die Häftlinge von einigen Sadisten, an ihrer Spitze Bohumil Doubek und

---

[99] AZK KPTsch, 100/24, Akt 62, Einheit 947.

[100] SÚA, Fond Komise II, Bd. 25, Einheit 504.

[101] SÚA, Fond Piller Komise, Der Fall der bürgerlichen Nationalisten, Information Nr. 32, Dezember 1968. Weder der draufgängerische sowjetische Berater (Lichatschew) noch der vorsichtigere StB-Offizier (Baláž) sollten den Fängen ihres eigenen Systems entgehen: Lichatschew wurde in die Sowjetunion zurückgerufen, zum Tode verurteilt und am 19. 12. 1956 hingerichtet; Baláž wurde 1953 zu 25 Jahren Haft verurteilt.

[102] Vgl. Frolík, Plukovník Antonín Prchal, S. 163–167. „Modřín" wurde von Antonín Prchal befehligt. Anfang Januar 1951 zählte „Modřín" 40 Offiziere, Mitte Januar bereits 118.

[103] Vgl. SÚA, Fond Komise II, Bd. 2, Einheit 11. Aus der Sicht der Drehbuchschreiber von der StB war die Schlüsselfigur bis dahin Artur London. Er war es, der in der Schweiz einen Mann als tschechoslowakischen Agenten rekrutiert hatte, der ihm sagte, Noel Field sei ein amerikanischer Spion. Paradoxerweise nahm er die Rekrutierung auf Weisung Slánskýs und Bedřich Geminders vor (Erklärung von Zdeňka Micková, 3. 4. 1951).

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jaroslav Janoušek, „wahrhaft mittelalterlichen Bedingungen" ausgesetzt wurden. (Letzteren hatte sogar die StB pervers gefunden und 1949 entlassen; doch bestanden die sowjetischen Berater, die seine Methoden billigten, auf seiner Wiedereinstellung.) Am 24. Februar 1951 wurden die Vernehmungsbeamten, die Häftlinge und das Wachpersonal in das eben renovierte Gefängnis in Ruzyně am Rande von Prag verlegt[104].

Die partei-interne Säuberung hatte in der Tschechoslowakei später begonnen als in anderen osteuropäischen Ländern, machte nun aber rasche Fortschritte[105]. Es war klar, daß ein großes Verfahren gegen führende Persönlichkeiten von Partei und Staat bevorstand, die der Verschwörung angeklagt werden würden, doch zeichnete sich zunächst noch nicht deutlich ab, wem die „Ehre" zufallen sollte, das Haupt der Konspiration gewesen zu sein. Mehrere Kandidaten waren ausgewählt, dann aber wieder fallengelassen worden, als ein noch größerer Fisch in den Blick geriet[106].

In den spannungsgeladenen Monaten seit Ende 1949 waren alle Spitzenfunktionäre der kommunistischen Tschechoslowakei nervös. Keiner wußte, wann ihm die Stunde schlagen würde. Aber Slánskýs Stellung schien sicher zu sein, da die Säuberung ein erkennbares Muster aufwies: Mit wenigen Ausnahmen traf sie nur diejenigen, die mit Hermann oder Noel Field in Verbindung gestanden und den Krieg im Westen verbracht hatten. Slánský hatte die Fields nie kennengelernt und den Krieg unter den wachsamen Augen des NKWD überlebt. Einen loyaleren und vertrauenswürdigeren Genossen sollte sich der Kreml eigentlich nicht vorstellen können. Rudolf Slánský wußte aber nicht, daß er seit September 1951 Objekt eines geheimdienstlichen Manövers aus dem Westen geworden war, das seinen Weg zum Galgen ebnen half.

Major František Ostrý und OKAPI

František Zdeněk Ostrý, 1913 geboren, war Berufsoffizier im Heer[107]. Als Hitler im März 1939 die Tschechoslowakei besetzen ließ, floh der junge Leutnant ins Ausland, um dort gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen[108]. Am 12. Mai 1940, nach einer Odyssee, die ihn über ein Lager für emigrierte Soldaten in Polen, sieben Monate Zwangsaufenthalt in der Sowjetunion und quer durch die Türkei geführt hatte, kam er in Marseille an.

---

[104] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 12, Einheit 202.

[105] Vgl. NA, 749.001/10-451, Ellis O. Briggs, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, 4. 10. 1951.

[106] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 12, Einheit 202. Paradoxerweise beruhte das erste Konzept für einen Prozeß in Prag auf der Annahme, daß die Verschwörung entweder von Sling oder Geminder geführt werde und gegen Slánský gerichtet sei. Siehe auch Muraschko, Delo Slanskogo, in: Voprosy istorii 3 (1997) und 4 (1997), S. 15f.

[107] Das Folgende ist zum Teil auf den privaten Nachlaß von Oberst Ostrý und auf verschiedene Dokumente in: SÚA, 2-1-617-3, gestützt. Danach hat Ostrý die Militärakademie 1936 absolviert. Erste Erwähnung Major Ostrýs und seiner Aktivitäten in einer gedruckten Arbeit bei Šolc, Operace „Velký metař", S. 79–101.

[108] Vgl. AMI, H-235/2. Er entkam im August 1939.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er wollte gegen Hitler kämpfen, und dafür war er nun zur rechten Zeit am rechten Ort. Der „Sitzkrieg" war zwei Tage zuvor zu Ende gegangen, und Ostrý trat, im französischen Agde, sogleich ins Erste Regiment der Tschechoslowakischen Armee ein. Bald war er an der Front. Als aller organisierter französischer Widerstand zusammenbrach, geriet er in deutsche Gefangenschaft. Doch für ihn war der Krieg noch lange nicht vorbei. Er floh aus dem Lager, und es gelang ihm, sich falsche französische Papiere zu beschaffen. Sein Name war nun Bojkov, Sproß einer weißrussischen Familie, die in Montpellier wohnte. Mit den gefälschten Dokumenten erreichte Ostrý die unbesetzte Zone im Süden Frankreichs. In Marseille genoß er die Protektion von Noel Fields USC[109]. Aber Ostrý wollte kämpfen, nicht in einem Flüchtlingslager untätig herumsitzen. Mit einer Gruppe gleichgesinnter tschechoslowakischer Offiziere gelangten Ostrý und seine Freunde – nach einer erfolglosen Reise nach Casablanca, die mit Verhaftung und Deportation nach Clermont-Ferrand geendet hatte, wo sie fünf Monate später aus Mangel an Beweisen freigelassen wurden – über die Pyrenäen nach Spanien[110]. Dort wurden sie erneut eingesperrt. Das Lager befand sich in Miranda del Ebro. Francos Spanien war für Ostrý und seine Freunde kein sicherer Ort. Sie hatten es nur der mutigen Haltung ihres rangältesten Offiziers, des Stabskapitäns – und späteren Generals – Alois Šeda, zu verdanken, daß sie nicht der Gestapo ausgeliefert wurden, die diese Tschechen zu Verrätern am Dritten Reich erklärte, welche in ein Konzentrationslager gehörten[111]. Am Ende brachten sie es fertig, mit amerikanischen Visa und über Gibraltar nach Großbritannien zu kommen, wo sie sich wieder einem tschechoslowakischen Truppenteil anschließen konnten[112]. Der Wagemut und die Entschlossenheit, die Ostrý bei seiner gefährlichen Reise um die halbe Welt bewiesen hatte, fielen Oberst (später General) František Moravec auf, dem Leiter des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes[113]. Er forderte den jungen Ostrý auf, sich seiner Organisation anzuschließen.

Ostrý war stolz darauf, für Moravec zu arbeiten. Eine solche Kommandierung brachte Prestige. Das tschechoslowakische „Zweite Büro", untergebracht im Porchester Gate, einem Appartementhaus am Westrand des Hyde Parks, hatte sich unter den alliierten Diensten in London Ansehen erworben, da seine Offiziere die Fallschirmspringer ausgebildet und in Marsch gesetzt hatten, denen im Mai 1942 SS-Obergruppenführer und SD-Chef Reinhard Heydrich zum Opfer gefallen war, Stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen und Mähren und einer der Organisatoren des Holocaust. Ostrý fühlte sich in der spannungsvollen Atmosphäre, die im Eng-

[109] Vgl. die Interviews mit General Alois Šeda, 8.–10. 3. 1997.

[110] Vgl. Lewis M. White, On All Fronts. Czechoslovaks in World War II, Bd. 2, Boulder 1995, S. 295.

[111] Vgl. SÚA, 2-77-3, Der tschechoslowakische Außenminister, London, an das Ministerium für nationale Verteidigung, London, 2. 10. 1942. Der britische Militärattaché in Madrid hatte nach London berichtet, daß „die Disziplin und die Organisation der tschechoslowakischen Einheit unter dem Befehl von Hauptmann Šeda hervorragend und allen anderen überlegen" seien; der Bericht erwähnt speziell „Leutnant Francis Ostrý, Infanterie, Berufssoldat".

[112] Vgl. Interviews mit General Alois Šeda, 8.–10. 3. 1997.

[113] Vgl. AMI, H-664, Operation General.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land der Kriegsjahre herrschte, wohl, und zu vielen Angehörigen der militärischen Nachrichtendienste knüpfte er enge freundschaftliche Beziehungen.

Als er im Juli 1945 in die Tschechoslowakei zurückkehrte, war Ostrý ein sehr gut ausgebildeter Nachrichtenoffizier. Eine glänzende Zukunft schien vor ihm zu liegen. Aber im Februar 1948 rissen die Kommunisten die Macht an sich, und im August mußte Major Ostrý die Armee verlassen. Wohl war ihm sein Beruf teuer, doch kam es ihm nie in den Sinn, seine Karriere durch den Eintritt in die KPTsch zu retten; er gehörte der Lidova strana an, der katholischen Volkspartei. So ergriff er einen zivilen Beruf und machte nach außen gute Miene zum bösen Spiel[114]. Tatsächlich aber waren sein patriotischer Stolz und seine Liebe zur Armee tief verletzt, und der verabschiedete Major hielt wieder nach einer Möglichkeit Ausschau, seine militärischen Talente zur Geltung zu bringen. Er brauchte nicht lange zu warten.

Gleich nach dem Staatsstreich vom Februar 1948 entkamen General Moravec, Major Miloš Knorr, Oberstleutnant Alois Šeda, dessen Bruder Oberstleutnant Ferdinand Šeda, Major Herbert Němec und viele ihrer Kollegen abermals in den Westen, meist in die amerikanischen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich. Etliche Offiziere begannen sofort für das amerikanische CIC (Counter Intelligence Corps) zu arbeiten. Die erste tschechoslowakische Sektion war bereits im März 1948 funktionsfähig[115]. Ihr Chef war Oberst Charles Katek, ein amerikanischer Militär und Diplomat, den Prag kurz zuvor wegen Spionagetätigkeit ausgewiesen hatte[116]. Katek war ein großer, kräftig gebauter Soldat, der fließend tschechisch sprach; er kam aus Chicago, wo seine Familie ein Umzugsunternehmen – spezialisiert auf Klaviere – besaß[117]. Er war ein attraktiver und gewinnender Mann mit einer großen und loyalen Anhängerschaft in tschechischen Kreisen, während des Krieges in London und nach dem Krieg in Prag[118]. Meist machte er sich nicht die Mühe, seine Beteiligung an nachrichtendienstlichen Angelegenheiten zu verbergen, gleichwohl war er ein durchaus vertrauenswürdiger Profi[119]. Die tschechischen Demokraten, mit denen er während seines dienstlichen Aufenthalts in Prag eng zusammenarbeitete, schätzten

---

114 Vgl. AMI, H-235, KV-StB Prag an KV-StB Karlsbad, 22. 6. 1949.

115 Vgl. AMI, H-235.

116 Vgl. AMI, Z-621. Oberst Katek diente in Prag vom 25. 3. 1946 bis zum 18. 3. 1948.

117 Vgl. Interview mit Walter W. Birge, 11. 9. und 2. 11. 1998. Birge hat Oberst Katek während dessen Zeit in Prag und später in Deutschland gut gekannt.

118 Vgl. SÚA, 61-19-5. Am 26. 1. 1945 wurde Major Katek, dem Leiter der tschechoslowakischen Abteilung von OSS, von der tschechoslowakischen Exilregierung in London der Orden des Weißen Löwen verliehen. Die Begründung hebt seinen Einsatz für die ČSR hervor.

119 Vgl. AMI, 310-66-14, und AMI, Z-651, Bd. 13. Katek trat in Prag unter diversen durchsichtigen Tarnbezeichnungen auf. Anfänglich behauptete er, seine Aufgabe sei die Suche nach Kriegsverbrechern. Später leitete er eine „Kommission für die Repatriierung von Amerikanern". Daraus wurde dann die Militärmission mit Sitz am Loretánské-Platz. Schließlich gab er vor, für die Exhumierung amerikanischer Soldaten, die während des Krieges auf tschechoslowakischem Territorium gestorben waren, zuständig zu sein. Tschechoslowakische Abwehroffiziere zeigten sich über die Offenheit, mit der Katek vorging, ebenso erbost wie über seine offenkundigen Erfolge.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihn sehr; sie sprechen noch heute, ein halbes Jahrhundert später, in hohen Tönen von ihm[120].

Aber die tschechischen Offiziere, die sich in Deutschland sammelten, wollten taktische Selbständigkeit, und die Amerikaner gestanden ihnen das – möglicherweise durch Nachlässigkeit – auch zu. Als General Moravec von einem kurzen Aufenthalt in den USA zurückkehrte, wurde ihm das Kommando übertragen[121]. Er verlegte die ganze Gruppe nach Bensheim, einem verschlafenen Städtchen zwischen Darmstadt und Mannheim. Ihr Deckname war nun OKAPI[122]. Sie hatte eine amerikanische Regierungsadresse (APO 175), und es gab auch eine amerikanische Verbindungssektion[123]. Aber Moravec nahm von den Amerikanern nur ganz allgemeine Direktiven entgegen. Spezifische Operationen wurden ohne erkennbare amerikanische Beaufsichtigung von ihm und seinem Stab in Bensheim geplant und geleitet[124].

Die Jahre nach 1948 waren die rauschhaften Pionierzeiten antikommunistischer Geheimdienste, und so kann es kaum überraschen, daß die Tschechen in Deutschland Verbindung mit ihren Kameraden in der Tschechoslowakei aufnahmen, um Informationen zu sammeln. Bald waren junge Kuriere unterwegs, die zwischen den Zeilen unschuldig aussehender Briefe mit unsichtbarer Tinte geschriebene Botschaften hin und her transportierten. Die nach Prag gerichteten Schreiben, meist von Oberstleutnant Alois Šeda entworfen, waren an Major Ostrý adressiert, der nun bei Ligna angestellt war, einem kleinen Unternehmen in Prag. Es kam, wie es kommen mußte. Der StB gelang es, einen – und später zwei – der Kuriere zu erwischen, „umzudrehen" und als Doppelagenten einzusetzen. Das war der Beginn des Unternehmens ZOBAK[125]. Ostrý tat sein bestes, für seine jetzt im Westen tätigen Kriegskameraden Informationen zu beschaffen, und sie wiederum hielten ihn über die größeren politischen Entwicklungen auf dem laufenden. StB-Offiziere lasen den größten Teil dieser Korrespondenz mit und freuten sich zweifellos schon auf den Tag, da ihnen Ostrý in einer der vielen Folterkammern, die sie in Prag eingerichtet hatten, ausgeliefert sein

[120] Vgl. Interviews mit General Knorr und General Šeda.

[121] Vgl. NA, RG 59, LOT 54D426, Akten der Abteilung für osteuropäische Angelegenheiten.

[122] Okapi ist ein Tier, das der Giraffe ähnelt, jedoch ohne den langen Hals. Manche haben es als Kreuzung zwischen Zebra und Giraffe beschrieben. Es ist scheu und bevorzugt die Dunkelheit. Knorr glaubt, daß die Bezeichnung von Moravec gewählt wurde, der betonen wollte, daß es sich bei OKAPI um eine gemeinsame tschechoslowakisch-amerikanische Organisation handle. Auch habe ihm die Vorliebe für die Dunkelheit gefallen, die den echten Okapi eignet (telefonisches Interview, 11. 5. 1998).

[123] Vgl. Papiere František Ostrý [im Privatbesitz des Autors] (künftig: PFO). Nach Ostrýs Aufzeichnungen war der Leiter der amerikanischen Sektion ein L. P. Fitzgerald. Auch gab es Howard Emmunds mit einer Adresse in Washington, D. C. (P. O. Box 8143, SW Station). Schließlich hatte OKAPI noch einen Verbindungsoffizier in New York, Walter Freund.

[124] Vgl. Interview mit Knorr, 15. 5. 1997, mit Šeda, 9. 3. 1997. Knorr: „Es war schwer, Moravec zu kontrollieren." Šeda: „Wir handelten eigenständig. Die Amerikaner hatten keine Ahnung, was um sie herum vorging. Nachrichtendienstliche Operationen in der Tschechoslowakei waren unsere Initiativen."

[125] Vgl. AMI, H-235-1. Der erste Agent war „Robert", der andere „Adam" oder AKP-308.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

würde. Sie wußten, daß er ein sehr entschlossener Mann war; in einem der Briefe an Šeda hatte er um Giftpillen gebeten – „für den Notfall". Zunächst hielt die StB ihr Objekt jedoch nur unter Beobachtung und lauerte darauf, in die Organisation, die Oberstleutnant Šeda in der Tschechoslowakei aufzubauen hoffte, noch tiefer einzudringen.

Aber Major Ostrý war ein Profi des Geheimdienstgeschäfts. Im September 1949 wurde ihm klar, daß seine Tätigkeit kompromittiert war, und ohne Zögern flüchtete er aus der Tschechoslowakei. Nachdem er den Westen erreicht hatte, brachte er es auch noch fertig, die Flucht seiner Frau und seiner Kinder – unter der Nase der erbosten StB – zu organisieren. Nach einer gewissen Zeit in Wien, wo er mit Knorr für das CIC arbeitete (die StB glaubte, die Adresse sei Porzellangasse 51, Wien IX), erhielt er den Befehl, sich OKAPI in Bensheim anzuschließen[126]. Er machte sich dort gut und rechtfertigte bald das Vertrauen, das Moravec in ihn setzte.

Ende Juli und Anfang August 1951 studierte Ostrý aufmerksam das Zentralorgan der KPTsch, Rudé Právo. Es fiel ihm auf, daß die Zeitung Slánskýs 50. Geburtstag mit Erklärungen von großenteils unbedeutenden regionalen Organisationen der KPTsch würdigte. Telegramme von kommunistischen Bruderparteien waren selten. Am 31. Juli 1951 fand sich gar nichts, am nächsten Tag gab es nur zwei kurze Grußbotschaften aus Polen und der DDR. Am 2. August folgten lediglich drei weitere Telegramme von zweitklassigen Akteuren: den kommunistischen Parteien Rumäniens, Belgiens und Österreichs. Viel mehr Botschaften hätten erwartet werden können, insbesondere von den anderen osteuropäischen Parteien und – dies vor allem – von Stalin selbst. Ostrý war ein geschulter Analytiker und brauchte nicht lange, um die Bedeutung der fehlenden Telegramme richtig einzuschätzen. Es war die Situation, die uns Conan Doyle gezeigt hat: „Der Hund, der nicht gebellt hat!" Ostrý nahm sich vor, den Generalsekretär der KPTsch im Auge zu behalten.

III.

Nachdem Slánský im September 1951 seine Parteifunktion verloren hatte, begann Ostrý den Fall in den Kontext von Verhaftungen und Prozessen in anderen osteuropäischen Ländern und in der Tschechoslowakei einzuordnen. OKAPI kamen auch Gerüchte zu Ohren, in der tschechoslowakischen Arbeiterklasse mache sich zunehmend Unruhe bemerkbar. Das war die Geburtsstunde des Unternehmens Großer Feger. Das Ziel des Unternehmens ist einfach zusammenzufassen: OKAPI wollte die wachsende Ungewißheit um Slánský nutzen, um sein Überlaufen in den Westen zu bewirken. Sollte sich Slánský bereit finden, in die US-Zone zu flüchten, wäre das für die westlichen Nachrichtendienste ein großer Gewinn. Überdies mußte der Abfall eines Mannes, der eben noch Generalsekretär der KPTsch gewesen war, dem Kommunismus in aller Welt Abbruch tun. Natürlich konnte Slánský das Angebot

[126] Vgl. AMI, H-235-2.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Überlaufen auch ablehnen. Für diesen Fall durfte angenommen werden, daß OKAPIs Fühler – ob von Slánský pflichtgemäß gemeldet oder von ihm verschwiegen und dann von OKAPI der StB zur Kenntnis gebracht – seinen Untergang beschleunigen und die Führer der KPTsch in ihrem wechselseitigen Mißtrauen noch bestärken werde. Nach Ostrýs Meinung war also das Unternehmen Großer Feger eine Operation, von der OKAPI und der Westen nur profitieren konnten, wie immer Slánský reagieren mochte.

Eine wichtige Rolle spielte in der Planungsphase Herbert Kauders, ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger, der nach seiner Flucht in die Bundesrepublik von OKAPI rekrutiert worden war[127]. Kauders erzählte Ostrý, daß er in Prag eine Frau kenne, Daniela Kaňkovská, die sich als Geliebte Rudolf Slánskýs zu bezeichnen pflegte[128]. Ostrý erfuhr auch, daß Kauders und Kaňkovská den ehemaligen Generalsekretär der KPTsch manchmal den „großen Feger" nannten – eine Anspielung auf dessen Vorliebe für Säuberungen[129].

OKAPI entschied sich dafür, den „Großen Feger" zur Flucht in den Westen mit einem Brief einzuladen, den ein Agent Frau Kaňkovská überbringen sollte, die das Schreiben dann ihrem Freund Slánský auszuhändigen hatte[130]. Ostrý und Kauders entwarfen den Brief, General Moravec redigierte den Text, der am Ende folgendermaßen lautete: „Wir sind im Besitz von Informationen, die darauf hindeuten, daß Ihre Situation schwierig geworden ist. Besorgnis hinsichtlich Ihrer Zukunft ist hier zum Ausdruck gebracht worden und wird gedeckt durch Informationen von gut unterrichteten Kreisen, wonach Sie für einen Prozeß bestimmt sind und dem gleichen Los entgegensehen wie Gomułka.

Wir hoffen, daß Sie dieser Brief noch rechtzeitig erreicht. Wir bieten Ihnen einen sicheren Weg in den Westen, garantiertes Asyl, einen ruhigen Hafen und Unterstützung, ausgenommen für eine politische Laufbahn. Sollten Sie zustimmen, so sind wir in der Lage, Ihren sofortigen Aufbruch zu arrangieren. Als Zeichen Ihrer Annahme reißen Sie, bitte, die untere Hälfte dieses Briefes ab und schreiben darauf das Datum, an dem Sie zu gehen bereit sind. Sie werden dann durch den gleichen Kanal

---

127 Vgl. AMI, H-784-13. Kauders und seine Frau Anna konnten zwischen April und Mai 1951 in den Westen entkommen.

128 Vgl. AMI, H-784-13. Frau Koňkovská, 1922 geboren, hat Kauders 1947 kennengelernt. Es ist wahrscheinlich, daß sie ihr Verhältnis mit Slánský nur vorgegeben hat. Der StB erklärte sie (24. 11. 1962), daß sie das Verhältnis erfunden habe, weil sie als wichtige Person erscheinen wollte. Jedoch sprach sie über das Verhältnis nicht nur mit Kauders, als sie noch in Freiheit war, sondern auch im Gefängnis. Ein Mithäftling, auf sie angesetzt, berichtete: „Kaňkovská rühmte sich, mit Slánský intime Beziehungen gehabt zu haben" (AMI, H-784-13, Zdena Dittrichová, 23. 11. 1962).

129 Ein Blick auf die Schlagzeilen der damaligen Zeitungen zeigt, daß „zu fegen" oder „auszufegen" recht häufig in einem politischen Zusammenhang verwendet wurde: „Es ist notwendig, die Armee von feindlichen Elementen frei zu fegen" (Rude Pravo, 9. 1. 1948); „Slánský fegt die Armee sauber" (Svobodne slovo, 11. 1. 1948).

130 Vgl. PFO. Das folgende ist auf den Bericht über das Unternehmen Großer Feger gestützt, den Ostrý 1953 für die CIA machte, und auf Notizen in seinen persönlichen Papieren.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weitere Instruktionen erhalten. Seien Sie vorsichtig und reden Sie nicht. Überbringer dieses Briefes [das heißt Frau Kaňkovská] weiß nichts.

Um zu verifizieren, daß diese Operation im Westen arrangiert ist, wird eine Botschaft für Sie von Radio Freies Europa, 48,9 m, am 10., 17. und 24. November und am 1. Dezember, jeweils um 19.53 Uhr, gesendet werden. Die Botschaft: ‚Üble Dinge passieren alle auf einmal. Diese Botschaft von Podpora.' «[131]

Nachdem der Brief geschrieben war, mußte noch der beste Kurier gefunden werden, um ihn durch den Eisernen Vorhang zu Frau Kaňkovská zu bringen. Ostrýs Wahl fiel auf einen Mann mit dem Decknamen „Hoffman", der solche Missionen schon durchgeführt hatte. Dieser war jedoch von seiner letzten Reise nicht zurückgekehrt und wurde als „gefallen" vermerkt[132]. Ostrý wandte sich dann an Rudolf Nevečeřal. Das erwies sich aber als böser Mißgriff.

Nevečeřal, geboren 1922, war am 23. März 1951 nachts aus der Tschechoslowakei geflohen, nachdem er verurteilt worden war, weil er während einer Namenstagsfeier in einem Landgasthof einen antikommunistischen Witz erzählt hatte[133]. Die Amerikaner nahmen ihn am nächsten Tag gut auf. Ihre erste Frage lautete: „Hast du Hunger?" Nachdem er etwas gegessen hatte, leerte er mit drei Amerikanern vier Flaschen Cognac – so berichtete er später der StB. Nach solcher Leistung und einer recht oberflächlichen Befragung akzeptierte er das Angebot, als amerikanischer Agent zu arbeiten. Ernsthaftere und tiefer dringende Verhöre folgten[134]. Schließlich entschlossen sich die Amerikaner, ihn zu erproben, und betrauten ihn mit zwei aufeinanderfolgenden Missionen in die Tschechoslowakei. Die erste Mission verlief gut. Während der zweiten besuchte er jedoch seine Frau und seine Kinder, wonach er zu dem Schluß kam, daß er sich eine viel zu gefährliche Tätigkeit ausgesucht habe. Er faßte sich ein Herz und stellte sich den kommunistischen Behörden.

Wie das ablief, mutet wie eine Geschichte aus Jaroslav Hašeks „bravem Soldaten Schweijk" an. Nevečeřal fuhr nach Prag. Dort ging er zum Hintereingang des Verteidigungsministeriums und überreichte dem Offizier vom Dienst ein Stück Papier mit einer kurzen Mitteilung, die er zuvor formuliert hatte: „Ich habe wichtige militärische Informationen und muß darüber mit zuständigen Leuten sprechen." Der Offizier las die Notiz und machte sich auf die Suche nach jemandem, der Nevečeřals Erwartungen entsprechen mochte. Ein Herr erschien, der Nevečeřal recht beiläufig erklärte, er selber sei im Augenblick zu beschäftigt und alle anderen seien beim Mittagessen in der Cafeteria. Er bat den potentiellen Überläufer, in zwei Stunden wiederzukommen, und wies ihm dann die Türe. Tief befriedigt begab sich Nevečeřal zu einem

[131] AMI, H-784-13, Akt 13/2, S. 11. „Podpora", Ostrýs Deckname, bedeutet Unterstützung.

[132] Vgl. PFO. Hoffmans letzte Aufgabe war es, die sechzehnjährige Tochter von Milada Horáková, einer bekannten demokratischen Politikerin, die im Juni 1950 von den Kommunisten umgebracht worden und deren Mann ein OKAPI-Offizier war, in den Westen zu schmuggeln. Die Tochter schaffte es schließlich 1968, während des „Prager Frühlings", in die Vereinigten Staaten zu kommen.

[133] Vgl. AMI, H-780.

[134] Vgl. ebenda. Nevečeřal überschritt die Grenze zur amerikanischen Zone im März 1951 bei Hundsbach. Seine formelle Rekrutierung durch das CIC fand in Weiden statt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahegelegenen Restaurant und leistete sich eine gute Mahlzeit. Zum Ministerium zurückgekehrt, trug er abermals sein Begehr vor. Jetzt wurde er zum Pankrác-Gefängnis gebracht, wo er alsbald mit Jaroslav Saksl, dem Leiter der StB-Sektion 28 (Feindagenten), und Jaroslav Skřivánek sprechen konnte. Nevečeřal legte ein umfassendes Geständnis ab und nahm den Vorschlag an, als Doppelagent zu arbeiten: Sein Decknamen wurde „Rudla" und Skřivánek sein Führungsoffizier[135].

Nevečeřal reiste daraufhin wieder nach Deutschland, wo ihn aber das CIC, mißtrauisch geworden, weil er für seine Mission viel länger als vorgesehen gebraucht hatte, entließ[136]. Genau zu diesem Zeitpunkt wurde er von OKAPI rekrutiert. Das Schreiben an Slánský sollte also von einem StB-Agenten nach Prag gebracht werden.

Ausgerüstet mit einem gefälschten tschechoslowakischen Personalausweis, den OKAPI fabriziert hatte, überquerte Nevečeřal am 8. November 1951 nachts die bayerisch-tschechoslowakische Grenze[137]. Er hatte einen Umschlag in der Tasche, der wichtige Briefe enthielt: einen von Kauders an Frau Kaňkovská, einen anderen von OKAPI an den Großen Feger, den Frau Kaňkovská an Slánský, dessen Name nicht erwähnt wurde, weitergeben sollte. Auch hatte er eine Pistole und zwei Handgranaten bei sich. Wie er das schon zuvor geschafft hatte, passierte Nevečeřal die Grenze ohne Schwierigkeiten, danach aber suchte er einen Offizier der tschechoslowakischen Grenzpolizei auf und wies sich mit einem vorher vereinbarten Satz als StB-Agent aus. So landete der Umschlag mit den beiden Briefen am Morgen des 9. November 1951 in der Prager StB-Zentrale.

Die StB-Offiziere wußten zunächst nur, was ihnen Nevečeřal sagen konnte, nämlich daß er den Umschlag Frau Kaňkovská geben sollte; den Inhalt des Umschlags kannte er nicht. Die Öffnung der beiden Briefumschläge erwies sich als überraschend schwierig, da jeder mit einer Art von Band zugeklebt war, das den StB-Technikern nicht vertraut war[138]. Um die Dinge noch komplizierter zu machen, waren die Briefe in den Umschlägen in Kohlepapier eingewickelt. Das gab bei einem der Briefe Probleme, da Dampf, die übliche Technik für das Öffnen von Briefen, Flecken auf dem Umschlag produzierte. Am Ende konnten die Briefe aber doch geöffnet, fotografiert und wieder verschlossen werden. Was nun geschehen sollte, war indes keineswegs klar.

Die StB und ihre sowjetischen Berater begannen sich mit Ostrýs Text zu beschäftigen. Er ergab keinen rechten Sinn. Zuerst stellte sich die Frage: Wer war der Große Feger? Der sowjetische Chefberater berief eine Konferenz auf hoher Ebene ein. Es wurde der Schluß gezogen, daß es sich bei dem Adressaten – da ja in den Schreiben auf den polnischen KP-Führer Gomułka Bezug genommen worden war – höchstwahrscheinlich um Slánský handle[139]. Plötzlich schwirrten Gerüchte und Spekulatio-

[135] Vgl. AMI, H-780, Nevečeřals Vernehmung am 6. 5. 1951 und 24. 9. 1956. Siehe auch AMI, H-784-13. Nevečeřal unterschrieb seine Verpflichtung für die StB am 15. 5. 1951.

[136] Vgl. AMI, H-784-13. Die Mission, mit der das CIC Nevečeřal betraut hatte, war auf sechs Tage angesagt, doch kam er erst nach siebzehn Tagen aus der Tschechoslowakei zurück.

[137] Vgl. AMI, ZV 119, Mappe 13/5, Vernehmung von Rudolf Nevečeřal, 12. 6. 1956.

[138] Vgl. AMI, H-784-13, Vernehmung von Bohumil Miller, 20. 10. 1962.

[139] Vgl. ebenda, Vernehmung von Josef Novotný, 5. 11. 1962.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen durch die Zentrale, erst recht nachdem die sowjetischen Berater den Brief zu einer äußerst wichtigen Sache erklärt und jedes Gerede verboten hatten[140]. Ein StB-Offizier bezeugte 1962: „Unmittelbar nachdem die Briefe von Technikern geöffnet worden waren, gingen sie an [Kamil] Pixa, StB-Sektionschef. Am selben Tag fand in dessen Büro eine Konferenz statt, an der, wie ich hörte, [der Stellvertretende Minister für Nationale Sicherheit und Stellvertretende StB-Chef Antonín] Prchal, [der sowjetische] Berater Smirnov teilnahmen ... Die Konferenz dauerte bis in die Nacht und ihr Ergebnis war ein Verbot jeglicher Diskussion über die Briefe, selbst innerhalb der Sektion. Wie ich mich erinnere, begann dann das Gerücht zu kursieren, bei dem Großen Feger handle es sich wahrscheinlich um Slánský."[141]

Nevečeřals Führungsoffizier Skřivánek glaubte von Anfang an, daß der Große Feger ein hochrangiger KPTsch-Funktionär sein müsse. Aber weder er noch irgend jemand sonst wagte es zunächst, offen und sozusagen offiziell einen Namen zu nennen. Im November 1951 hatte die Säuberung bereits die StB selbst erreicht, und die Atmosphäre in der Zentrale war geladen und von Nervosität bestimmt. Ein Offizier sprach später von „Psychose". Es war bezeichnend für diese Atmosphäre, daß die StB-Offiziere es nicht wagten, Nevečeřal in ihren Büros zu vernehmen. Um jede Möglichkeit auszuschließen, in der Nähe versteckter Mikrofone zu sprechen, nahmen sie Nevečeřal zu Spaziergängen im Šárka mit, einem Waldgebiet am Rande von Prag. Als sie sich mit dem Brief befaßten, fühlten sie, so erinnerte sich ein StB-Offizier, daß etwas faul war. Sie fürchteten, in eine von den eigenen Leuten oder von den Sowjets gestellte Falle zu geraten. StB-Veteranen bekamen Angst um ihr Leben und trafen sogar Vorkehrungen für den Fall ihrer plötzlichen Verhaftung durch Kollegen. Es ist bemerkenswert, daß sie nicht einmal eine solche Entwicklung dazu brachte, das Regime, dem sie dienten, kritisch in Frage zu stellen[142].

Schließlich war es Kamil Pixa, der die Briefe dem damaligen StB-Chef Josef Hora vorlegte. Er kam mit rotem Gesicht wieder. Anscheinend hatte er sich in Horas Büro die Spekulation erlaubt, daß es sich bei dem Adressaten um Slánský handeln könne. Daraufhin „geriet Hora in Zorn, riß Pixa die Papiere aus der Hand und begann zu brüllen – ‚Was fällt Dir ein! Ich steck Dich für den Rest Deines Lebens ins Gefängnis.' Er behielt das Material und untersagte jede weitere Aktivität in der Sache."[143] Natürlich blieben die Briefe nicht lange auf Horas Schreibtisch. Sie wurden ins Russische übersetzt und nach Moskau geschickt[144].

Im Kreml schlug die Sendung aus Prag wie eine Bombe ein. Wie erwähnt waren die Umschläge, die Nevečeřal von OKAPI brachte, am 9. November 1951 nach Prag gelangt. Genau einen Tag später traf General Alexei D. Beschastnow, der neue Chef der sowjetischen Berater, in Prag ein und begab sich ungesäumt zur StB-Zen-

[140] Vgl. ebenda, Vernehmung von Otakar Suchý, 9. 11. 1962.
[141] Vgl. ebenda, Vernehmung von Josef Novotný, 7. 11. 1962.
[142] Vgl. ebenda, Vernehmung von Jaroslav Saksl, 19. 10. 1962.
[143] Ebenda, Vernehmung von Jaroslav Skřivánek, 18. und 19. 10. 1962.
[144] Vgl. ebenda. Der Übersetzer war Petr Bechyné, dessen Vernehmung am 2. 11. 1962.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trale, wo ihm das Schreiben an den Großen Feger vorgelegt wurde. Am folgenden Tag, am 11. November, kam Anastas Mikojan, Mitglied des sowjetischen Politbüros, in die tschechoslowakische Hauptstadt. Er teilte Gottwald mit, daß Stalin die Verhaftung Slánskýs wünsche. Der sowjetische Emissär erwähnte den Brief an den Großen Feger nicht und lehnte es überhaupt ab, Stalins Verlangen zu erklären.

Gottwald, der keine Ahnung hatte, daß der Brief existierte und sich bereits rund 48 Stunden in den Händen der StB befand, begriff aber, daß Slánskýs Entlassung als Generalsekretär – im September – Stalin nicht besänftigt hatte. Er wußte andererseits, daß er selber, Gottwald, in Nöte geraten konnte, sollte der ehemalige Generalsekretär der KPTsch als Verräter entlarvt werden; schließlich war er als Vorsitzender der Partei nominell Slánskýs Chef, und absolute Verantwortung für Untergebene gehörte zu den integralen Elementen des stalinistischen Systems. So nahm Gottwald seinen ganzen Mut zusammen und wies Stalins Empfehlung zurück. Mikojan erhob sich und sagte in aller Ruhe, er werde sich jetzt zur sowjetischen Botschaft begeben, den Kreml anrufen und Stalin informieren; er versprach, bald wiederzukommen. Gottwald, der offensichtlich seinen KPTsch-Kollegen nicht mehr traute, ließ sogleich seine Tochter und seinen Schwiegersohn auf die Burg kommen, wo er, der „erste proletarische Präsident", umgeben von aristokratischem Prunk lebte. Nachdem die beiden gekommen waren, nahm er Čepička mit in sein Arbeitszimmer und setzte ihn ins Bild. Dann wurde das Essen serviert. Noch ehe abgetragen worden war, kehrte Mikojan zurück. Nach einigen Liebenswürdigkeiten zogen sich die Damen zurück, und Čepičkas Bericht zufolge „teilte Mikojan mit, er habe Stalin über Gottwalds Ablehnung unterrichtet. Stalin müsse jedoch auf seiner Empfehlung bestehen, erkläre die Notwendigkeit zu handeln mit der Gefahr seiner [Slánskýs] Flucht und erinnere Gottwald an dessen schwere Verantwortung in der Angelegenheit." Gottwald erwiderte, er habe noch keinen Beweis gesehen, der eine solche Maßnahme rechtfertigen könne. Jedoch ließ sich Mikojan nicht auf eine juristische Diskussion ein und betonte, Stalin verlange, „daß die Verhaftung je früher, desto besser stattfinde". Das war für Gottwald denn doch zuviel. Er spekulierte laut darüber, daß Stalin vielleicht Beweise für Slánskýs Verrat in Händen habe, von denen niemand sonst wisse, und daß ja Stalins Rat stets vernünftig sei. Danach bat er Mikojan darum, Stalin zu versichern, daß seine Empfehlung akzeptiert werde[145]. Indes unternahm Gottwald vorerst nichts.

Am 14. November 1951 wies die StB Nevečeřal an, die Umschläge Frau Kaňkovská auszuhändigen[146]. Sie las den an sie adressierten Brief, nachdem Nevečeřal wieder gegangen war. Wie das für Slánský bestimmte, so enthielt auch ihr Schreiben eine Art Parole, die zur Beglaubigung des Kuriers diente: Sie sollte Radio Freies Europa hören und auf die Worte „Grüße an mein Kind von Kabeš" warten. Frau Kaňkovská zeigte sich an der Sache genügend interessiert, um am nächsten Tag – mit beigefügtem Geld – das beste Radiogerät zu kaufen, das aufzutreiben war; offensichtlich

[145] SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 12.

[146] Vgl. AMI, H-784-13, Vernehmung von Frau Kaňkovská, 24. 11. 1962.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte sie die Absicht, RFE zu hören[147]. Sie beriet sich auch mit zwei Freunden, denen sie sagte, sie glaube, der geheimnisvolle Adressat sei Rudolf Slánský. Was solle sie tun? Einer der beiden Freunde, ein Offizier der Armee, meinte, es sei ihre Ehrenpflicht, den Brief zu übergeben. Er bot sogar an, selber mit dem Schreiben zu Slánský zu gehen[148]. Aber am 23. November 1951 erfuhr Frau Kaňkovská von der Hausmeisterin ihres Appartementhauses, daß sich zwei StB-Offiziere über sie erkundigt hatten. Sie erkannte, daß ihr anfängliches Mißtrauen gegen Nevečeřal berechtigt gewesen war, und verbrannte die Briefe sofort[149].

IV.

So bekam Slánský den Brief von Major Ostrý nie zu sehen. Aber wie OKAPI vorhergesehen hatte, war das keineswegs das Ende des Unternehmens Großer Feger. Im Gegenteil. Für die kommunistische Welt war dies lediglich das Ende vom Anfang.

Slánský verhaften zu lassen, fiel Gottwald nicht leicht. Schon seit Juli 1951 hatte er ja gewußt, daß Stalin hinsichtlich Slánský Zweifel hegte. Aber Mikojans Besuch im November hob die Affäre auf eine ganz andere Ebene. Slánský galt nun nicht mehr bloß als schlechter Administrator, sondern als Verräter, der die Flucht in den Westen plante. Auch konnte der Druck, den General Beschastnow ausübte, nicht einfach ignoriert werden[150]. Gleichwohl suchte Gottwald noch immer Zeit zu gewinnen; von Tag zu Tag verschob er die Entscheidung, den ehemaligen Generalsekretär den Wölfen vorzuwerfen.

Genau zu dieser Zeit wurde Gottwald der Brief an den Großen Feger vorgelegt. Der exakte Hergang ist unklar. Beschastnow behauptete, das Schreiben persönlich Gottwald übergeben zu haben, doch ist seine Erinnerung nicht zuverlässig[151]. Čepička sagte etwas vage, daß „kurz nach Mikojans Besuch die StB Gottwald Beweise für die Vorbereitung der Flucht Slánskýs unterbreitet" habe[152]. Eine StB-Studie vermerkte, daß Gottwald den Brief einige „Stunden" vor seiner Autorisierung der Verhaftung Slánskýs erhalten habe[153]. Eine Sonderkommission, die 1957 auf Anweisung der KPTsch den Fall Slánský untersuchte, stellte fest, daß Gottwald den Brief

147 Vgl. ebenda, Frau Kaňkovská erhielt in ihrem Umschlag 5000 Kronen.

148 Vgl. AMI, H-784-13. Der Offizier war Leutnant Ladislav Doubravský.

149 Vgl. ebenda, Vernehmung von Frau Kaňkovská, 24. 11. 1962.

150 Vgl. NA, RG 84, Spencer M. King, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, Washington, 19. 11. 1952. King spekulierte, daß es zwischen dem Eintreffen des neuen sowjetischen Botschafters in Prag, A. I. Lawrentiew, am 15. 11. 1951 und der Verhaftung Slánskýs einen Zusammenhang geben könne: Man sage, Lawrentiew habe „aus dem Kreml Weisungen" zur Verhaftung Slánskýs „mitgebracht". Es gibt für diese Version keine Beweise.

151 Vgl. AMI, H-784-13. Beschastnow sagt aus, er habe den Brief Gottwald am 11. 11. 1951 übergeben, nur Stunden vor Slánskýs Festnahme. In Wirklichkeit ist Slánský erst fast zwei Wochen später verhaftet worden.

152 SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 12.

153 Ebenda, Einheit 202.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„kurz" nach Stalins Warnung, Slánskýs Flucht stehe unmittelbar bevor, von der StB bekommen habe[154]. Minister Ladislav Kopřiva sagte aus, er und General Beschastnow hätten den Brief auf der Burg „etwa vierundzwanzig Stunden" vor Slánskýs Verhaftung übergeben. Bei der Übergabe wartete Kopriva mit einer zusätzlichen Information zur Beruhigung Gottwalds auf: Die StB sei darauf gekommen, daß sich Slánský einen neuen Anzug machen lasse und seinen Schneider gedrängt habe, sich mit den letzten Änderungen zu beeilen; Frau Slánský wiederum habe eine große Summe von ihrem Bankkonto abgehoben[155]. Es ist wahrlich erstaunlich, daß Gottwald auch jetzt noch zögerte. Er wies die StB an, noch zu verifizieren, ob RFE die in den Briefen genannten Parolen tatsächlich sende. Sollte er geargwöhnt haben, daß die Briefe eine sowjetische Provokation waren?

RFE hat die angekündigten Parolen in der Tat gesendet; sie wurden vom Geräusch des tschechischen Störsenders zwar fast überdeckt, waren aber zu verstehen[156]. Jetzt fand sich Gottwald endlich bereit, Slánskýs Verhaftung anzuordnen. Beschastnow erinnerte sich an den Augenblick der Entscheidung: „Gottwald erklärte, daß wir genügend Zeit gehabt hätten, nachzudenken und die ganze Sache zu überlegen. Es sei nicht länger möglich, die Entscheidung hinauszuschieben ..., und er gab Minister Kopriva sofort die entsprechende Anweisung."[157] Laut Kopřiva hat Gottwald resigniert gesagt: „Was können wir machen, Genossen? Bereitet die Verhaftung vor!"[158] Kopřiva rief am Abend Bohumil Doubek, einen StB-Funktionär, in dessen Wohnung an und befahl ihm, unverzüglich in sein Büro zu kommen. Als sich Doubek dort meldete, fand er neben dem Minister zwei sowjetische Berater und drei weitere StB-Offiziere vor, Karel Koštál, Antonín Prchal und Josef Čech. Die Berater eröffneten den vier Tschechen, sie seien ausersehen, Slánskýs Verhaftung vorzunehmen[159].

Während das geschah, am Abend des 23. November 1951, nahmen Slánský und seine Frau an einem Dinner teil, das Ministerpräsident Antonín Zápotocký gab. Die StB-Gruppe wartete mit zwei sowjetischen Beratern in Koprivas Büro. Zápotocký, der Slánský und dessen Frau seit fünfundzwanzig Jahren kannte, begleitete seine Gä-

---

154 SÚA, Fond Komise II, Bd. 14, Einheit 382.

155 SÚA, Fond Komise I, Bd. 12, Einheit 202, und Fond Komise II, Bd. 6, Einheit 72. Nach Muraschko, Delo Slanskogo, S. 16, hatte die sowjetische Botschaft gehört, Frau Slánský habe 200000 Kronen abgehoben. Die Summe ist in keinem der von mir eingesehenen Dokumente spezifiziert.

156 Vgl. AMI, H-784-13. Offiziere der Abteilung, die 1951 die Sendungen von RFE abhörten, erinnerten sich daran, daß sie angewiesen worden waren, vor allem auf „Üble Dinge geschehen alle auf einmal. Botschaft von Podpora" und auf „Grüße an mein Kind von Kabeš" zu warten. Zu jedermanns Erleichterung sind beide Sätze von München tatsächlich gesendet und in Prag aufgezeichnet worden. Leutnant Jaroslav Zeman erhielt den Befehl, das damals kostbare Tonbandgerät (es hieß „Paratus") mit der Aufzeichnung der beiden Botschaften zum StB-Chef zu bringen, der dann damit zu Gottwald ging.

157 Ebenda, „Bericht betreffend die Umstände, die der Verhaftung Slánskýs vorausgingen", von A. D. Beschastnow.

158 SÚA, Fond Komise II, Bd. 6, Einheit 72.

159 Vgl. ebenda, Bd. 5, Einheit 44.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ste am Ende der Party hinaus und wünschte ihnen, ein falsches Lächeln auf den Lippen, eine gute Nacht. Sobald die beiden im Auto saßen, eilte der Regierungschef ins Haus zurück, um telefonisch zu melden: Slánský ist auf dem Weg.

Nach Mitternacht, also schon am 24. November 1951, kehrten die Slánskýs in ihre geräumige Villa zurück, die nur einen Steinwurf von der sowjetischen Botschaft entfernt war. Der oberste Stock wurde nicht mehr für geheime Funksprüche zwischen Stalin und den KPTsch-Führern benutzt, und Karel Smíšek, der Funker, der dort zahllose Stunden verbracht hatte, war nicht länger Slánskýs Freund. Rudolf Slánský hatte keine Freunde mehr.

Der ehemalige Generalsekretär bemerkte, daß im Haus alles dunkel war – ungewöhnlich! In diesem Augenblick fand er sich von mehreren Händen gepackt und mit Handschellen gefesselt[160]. Das Licht wurde eingeschaltet. Der verwirrte Mann, ein lebenslanger Atheist, wiederholte ständig: „Jesus Maria, Jesus Maria!" Dann wurde er, eine Kapuze über den Kopf gestülpt, in ein Auto gezerrt. Selbst blind konnte Slánský noch fühlen, daß der Wagen die Richtung nach dem vor kurzem renovierten Ruzyně-Gefängnis am Rande von Prag nahm. Man fragt sich, ob er sich dabei an die Korrespondenz erinnerte, die er mit Karel Šváb und Josef Frank über die Finanzierung der Haftanstalt geführt hatte. Damals hatten alle drei darin übereingestimmt, daß „die Bedeutung dieses Bauprojekts auf der Hand liegt"[161]. Wie das manchmal geht, lernten alle drei Ruzyně als Insassen kennen. Innerhalb seiner Mauern sollten sie alsbald Verbrechen gestehen, die sie an den Galgen brachten.

Der Wagen erreichte den großen Hof von Ruzyně. Nach recht rauher Behandlung stand der ehemalige Generalsekretär nackt vor StB-Offizieren, die seine Unschuldsbeteuerungen mit Verachtung quittierten. Wie so viele seiner Opfer bekam auch Slánský eine Nummer – die seine war 2359/865. Zuerst, so wurde dem Häftling gesagt, müsse er auf seine parlamentarische Immunität verzichten. Slánský tat das sofort und ohne Protest in einem Schreiben an Ministerpräsident Zápotocký, der ihn noch zwei Stunden zuvor, als Gastgeber der letzten Abendgesellschaft seines Lebens, so warm angelächelt hatte[162]. Er machte sich über seine Zukunft keine Illusionen. Zu einem Mithäftling – der natürlich ein professioneller StB-Informant war – sagte er, er „kenne die Ruzyně-Methoden und verstehe, daß ihn nichts mehr retten könne; er wisse, was ihm bevorstehe"[163].

Am Morgen unterrichtete Gottwald eine kleine Gruppe seiner Kollegen, daß Slánský verhaftet worden war. Er selber sagte nur wenig und überließ es Innenminister Kopřiva, den Anwesenden mitzuteilen, daß ein Brief aufgefangen worden sei, in dem Slánský zur Flucht in den Westen aufgefordert werde. „Daher sind nachts

[160] Vgl. Slánský, Report on My Husband, S. 139.

[161] AZK KPTsch, 100/2, Bd. 56, Einheit 614.

[162] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 16.

[163] SÚA, Fond Komise II, Bd. 25, Einheit 504. Der Informant war Karel Benda. Er hatte die doppelte Aufgabe, Slánskýs Äußerungen zu berichten und ihn psychisch fertigzumachen. Das änderte sich, nachdem Slánský im Januar 1952 einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Danach sollte Benda ein wachsames Auge auf Slánský halten.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maßnahmen zur Verhaftung Slánskýs getroffen worden." Danach las er den ganzen Brief vor und zog das Fazit: „Dies hat uns dazu gezwungen, die Entscheidung zu treffen." Alle waren sich einig, daß der Fall „politisch äußerst unangenehm" sei, aber unmöglich geheimgehalten werden könne. Eine Bekanntgabe sei unumgänglich. Gottwald verlangte dann, über die Richtigkeit der Verhaftung Slánskýs abzustimmen. Die Festnahme wurde einstimmig gebilligt[164].

Am folgenden Tag, Sonntag, den 25. November 1951, versammelten sich die verbliebenen KPTsch-Führer abermals auf der Burg. Niemand protestierte gegen Slánskýs Verhaftung. Zápotocký bemerkte, daß „der Brief zwar nicht direkt [an Slánský] adressiert sei, doch sehe es so aus, als könne niemand anders der Adressat sein"[165]. Gottwald zeigte sich nicht mehr bereit, die Ergebnisse der Untersuchung – geschweige denn einen Prozeß – abzuwarten. Er bezeichnete Slánský als Verräter und als das Haupt einer partei- und staatsfeindlichen Konspiration. Die KPTsch, so sagte er jetzt, verfüge über „unwiderlegliche Beweise dafür, daß ein Nachrichtendienst westlicher Imperialisten Rudolf Slánskýs Flucht in den Westen organisiert und vorbereitet habe". Daher sei er festgenommen worden. Mit Schurken dieser Art werde man streng verfahren, kündigte Gottwald an[166]. Die Bedeutung des Schreibens an den Großen Feger hob auch Václav Nosek hervor, der erster kommunistischer Innenminister gewesen war, nun aber selber am Rande des Abgrunds stand, da er während des Krieges mit Hermann Field in Verbindung gestanden hatte. Er hätte die Schlüsselfunktion des Briefes nicht stärker betonen können: „Ein Spionagedienst westlicher Imperialisten hat Slánskýs Flucht in den Westen organisiert und vorbereitet. Erst nachdem man das herausgefunden hatte, war es möglich, gegen Slánský vorzugehen. Natürlich wäre ohne diese Entdeckungen und Fakten kein Vorgehen gegen Slánský möglich."[167]

Slánský und seine Mitangeklagten standen im November 1952 vor dem Staatsgerichtshof. Josef Urválek, der Chefankläger, brachte den OKAPI-Brief bereits am ersten Tag des Verfahrens aufs Tapet[168]. Er zitierte korrekt Ostrýs Text und fragte: „Was haben Sie dazu zu sagen?" Slánský antwortete wahrheitsgemäß, daß er das fragliche Schreiben nie erhalten habe. Aber dessen Existenz, so räumte er ein, zeuge für die Tatsache, daß der Westen sein Überlaufen wünsche und ihn für Aktivitäten gegen das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei einspannen wolle[169]. Es

---

164 SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 18.

165 SÚA, Fond Piller Komise, Akt 32, Information Nr. 23.

166 Svobodne slovo, 7. 12. 1951.

167 SÚA, Fond 60, Einheit 5/1, Rede Noseks vom 12. 12. 1951.

168 Vgl. NA, RG 84, Spencer M. King, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, 21. 11. 1952. King berichtete, der Anklagevertreter habe den (OKAPI-)Brief verlesen und dazu bemerkt, das Schreiben zeige „das Interesse offizieller amerikanischer Kreise", Slánský zur Flucht zu verhelfen. „Der Ankläger legte dann zusätzliches Material dafür vor, daß amerikanische Nachrichtendienstler Slánskýs Flucht in den Westen vorbereiteten. Signal zur Auslösung der Operation angeblich mehrmals durch [RFE] gegeben, ‚das zum amerikanischen Nachrichtendienst gehört'."

169 Ministerstvo spravedlnosti, Proces, S. 88f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, daß diese Bemerkung zu den wenigen richtigen Passagen gehört, die in rund 550 Seiten Prozeßprotokoll zu finden sind.

Das Schreiben von OKAPI verlieh dem ganzen schaurigen Spektakel einen Anschein von Legitimität, in den Augen der StB-Funktionäre, des Anklägers, der sogenannten Richter und insbesondere der KPTsch-Führung. Alle Eingeweihten wußten sehr wohl, daß Slánský gezwungen wurde, Verbrechen zu gestehen, die er nicht begangen haben konnte, die vielmehr von – meist sowjetischen – Drehbuchschreibern erfunden worden waren, oft während sie direkt neben dem Verlies arbeiteten, in dem Slánský von der StB traktiert wurde. Aber da war der Brief! Die StB-Schergen glaubten – begreiflicherweise – in der Tat, daß er amerikanischen Ursprungs und an Slánský adressiert sei. Prag hatte also Grund zu der Annahme, daß die Flucht des ehemaligen Generalsekretärs im Bereich des Möglichen liege[170]. Vielleicht sind sogar im Grenzgebiet Maßnahmen getroffen worden, die der Flucht anderer Spitzenfunktionäre vorbeugen sollten[171]. Jedenfalls glaubten die StB und Gottwald, daß an den Anklagen etwas dran sei.

Im November 1951 hatte Minister Kopřiva den fünf StB-Offizieren, die mit Slánskýs Verhaftung beauftragt waren, erklärt, Gottwald habe bis jetzt gezögert, die Festnahme Slánskýs zu autorisieren. „Jetzt aber ist die Operationsabteilung in den Besitz eines Dokuments gelangt, das über jeden Schatten eines Zweifels hinaus beweist, daß Slánský tatsächlich ein bewußter Feind mit Beziehungen zu einer auswärtigen Macht ist. Auf Grund dieses Dokuments hat der Präsident Slánskýs sofortige Verhaftung genehmigt."[172] Kopřiva hat später bestätigt, daß Slánský schon einige Zeit unter Verdacht stand. „Doch reichte das, was wir gegen ihn hatten, bevor uns der Brief in die Hände kam, für eine Festnahme nicht aus."[173]

Der Hinweis Kopřivas auf das OKAPI-Schreiben lenkte freilich von Stalins Abneigung gegen Slánský und deren Rolle beim Sturz des ehemaligen Generalsekretärs ab; dies war nur Gottwald, Čepička und möglicherweise Zápotocký bekannt. Ebenso unerklärt bleiben die Fälle der Mitangeklagten Slánskýs, die ja nicht anders behandelt wurden als er, obwohl es keine Hinweise auf verräterisches Einverständnis mit dem Westen gab[174]. Nach Ansicht des Verfassers waren es Stalins Verlangen nach einem Schauprozeß in Prag, dessen Mißtrauen gegen Slánský und der OKA-

---

[170] Vgl. AMI, H-784-13, Aussage von František Klíma. Er arbeitete als Agent des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes in Österreich; sein Deckname war Agent Třináct.

[171] Vgl. NA, 749.00/12-1351, Ellis O. Briggs, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, 14. 12. 1951. Der amerikanische Militärattaché berichtete, zwischen der Grenze und Pilsen acht Straßensperren gesehen zu haben. Er „war in Deutschland in strengstem Vertrauen über Gerüchte informiert worden, daß die Flucht eines wichtigen Tschechen bevorstehe".

[172] SÚA, Fond Komise II, Bd. 5, Einheit 44.

[173] SÚA, Fond Komise II, Akt 14, Einheit 377.

[174] Mastny, The Cold War, S. 154, bemerkt zu Recht, daß Slánskýs angebliche Mitverschwörer „nicht so sehr nach dem ausgewählt wurden, was sie waren – noch weniger für das, was sie getan hatten –, als vielmehr danach, was man aus ihnen auf Grund ihrer besonderen Verbindung mit einem Anliegen oder einer Institution, die ins Licht gerückt werden sollten, machen konnte.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PI-Brief, die Gottwald und die StB dazu trieben, Slánský festzunehmen, zu einem Geständnis zu zwingen, vor Gericht zu stellen und hinzurichten. Jaroslav Saksl, einer der StB-Offiziere, die im Mai 1951 Nevečeřal rekrutierten, kam der Wahrheit recht nahe, als er meinte: „Es ist möglich, daß die ganze Sache um den Brief für Slánský eine ‚Kombination' war, die im Westen vorbereitet wurde und auf die wir hereingefallen sind. Es ist aber ebenso möglich, daß jemand im Innenministerium so eine Geschichte [Ostrýs Brief für Slánský] brauchte und deren Bedeutung bewußt übertrieb."[175] Eine StB-Studie aus dem Jahre 1963 kam zu dem Schluß, daß es hinsichtlich der Herkunft des Schreibens, das Nevečeřal aus Deutschland brachte, zwei Alternativen gebe: Entweder sei der Brief von StB-Offizieren, die Slánskýs Sturz herbeiführen wollten, gefälscht worden, oder „es war eine raffinierte Provokation, ausgeheckt von einer nachrichtendienstlichen Einheit aus tschechischen antikommunistischen Emigranten unter den Auspizien der Vereinigten Staaten"[176]. Die zweite Alternative ist allerdings nie öffentlich diskutiert worden. Selbst während des Prager Frühlings wurde die Öffentlichkeit nicht über OKAPI ins Bild gesetzt.

Nach sieben Tagen gut geprobter und einem Drehbuch gehorchender Rezitationen wurden Slánský und zehn weitere Angeklagte am 27. November 1952 zum Tode verurteilt. Der ehemalige Generalsekretär legte keine Berufung ein, er verzichtete auch auf einen letzten Brief. Als Henkersmahlzeit ließ er sich simple Semmeln geben. Dann führten ihn die Wachen zum Galgen, als letzten der elf Verurteilten. Ehe er gehängt wurde, die Schlinge bereits um den Hals, sagte er noch: „Danke! Ich bekomme, was ich verdient habe." Am 3. Dezember 1952, 5.42 Uhr, wurde er für tot erklärt[177].

Gleich nach den Hinrichtungen beeilten sich die Parteiführer, die von der Säuberung verschont worden waren, das Eigentum Slánskýs und seiner angeblichen Mitverschwörer – auch das der Familien – unter sich aufzuteilen. Alles wurde zu niedrigsten Preisen verramscht. Antonín Novotný etwa, der 1953 „Erster Sekretär" der KPTsch und damit faktisch Slánskýs Nachfolger wurde, nützte die Gelegenheit, um aus dem Besitz eines der Gehängten Bettwäsche und ein Tee-Service zu erwerben[178]. Daß er und seine Frau Božena es fertigbrachten, auf Leintüchern zu schlafen und aus Tassen zu trinken, die einem ermordeten Genossen gehört hatten, bedarf keines Kommentars.

Die StB wollte bei der Verteilung der Beute nicht hinter den Spitzen der Partei zurückstehen. Die für das tödliche Spektakel direkt Verantwortlichen wurden sogleich belohnt. 321 Offiziere wurden befördert; 14 erhielten den Orden der Republik, sechs

---

[175] AMI, H-784-13, Vernehmung von Jaroslav Saksl, 19. 10. 1962.

[176] SÚA, Fond Komise II, Bd. 25, Einheit 504.

[177] Ebenda, Bd. 49, Einheit 93. Bei den Hinrichtungen waren Bohumil Doubek und Karel Koštál zugegen, die am 3. 12. 1951 Oberst Antonín Prchal Bericht erstatteten. Siehe auch Americké listy, Co říkali pod šibenicí, 8. 6. 1962.

[178] Zdeněk Mlynář, Nightfrost in Prag. The End of Humane Socialism, New York 1980, S. 66.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Orden der Arbeit, 47 die Tapferkeitsmedaille. Slánskýs 14 Wachen wurden, zusammen mit den 56 Wachen der anderen Teilnehmer an der fiktiven Konspiration, ehrenvoll erwähnt[179].

V.

Die StB hat den Fall Großer Feger Mitte der fünfziger Jahre mehrmals und dann wieder in den sechziger Jahren geprüft. Letztere Untersuchungen waren besonders „objektiv", was sich mindestens zum Teil daraus erklärt, daß sich damals niemand vorzustellen vermochte, die Protokolle könnten einmal für Historiker zugänglich werden.

Die Studie aus den sechziger Jahren kam zu dem Ergebnis, daß der Brief an den Großen Feger für die Entscheidung zur Verhaftung Slánskýs maßgeblich gewesen sei[180]. Über die Frage, ob der ehemalige Generalsekretär auch dann festgesetzt worden wäre, wenn es den Brief nicht gegeben hätte, wurde nicht weiter spekuliert. Major Ostrý erscheint in den Tausenden von Seiten, die für die StB-Studie zusammengetragen worden sind, nur gelegentlich. Vielmehr zogen die Ermittler den Schluß, daß die Operation das Werk von Oberstleutnant Alois Šeda gewesen sei[181]. Im übrigen nahm die StB an, daß OKAPI fest in die Strukturen der amerikanischen Dienste eingebaut sei und daß die Amerikaner jeden Schritt der Organisation bestimmten[182]. Diese Auffassung brachte das tschechoslowakische Außenministerium im Oktober 1952 auch der amerikanischen Botschaft in Prag zur Kenntnis. In einer Protestnote hieß es, zu der Zeit, da die Slánský-Verschwörung aufgedeckt worden sei, habe „der amerikanische Nachrichtendienst über seinen Agenten Kauders versucht, Slánský zu retten, und dessen Flucht ins Ausland organisiert. Die amerikanische Rundfunkstation ‚Radio Freies Europa' spielte eine Rolle in dieser Operation."[183] Tatsächlich hatte es die StB geschafft, jedermann in Prag davon zu überzeugen, daß das Unternehmen Großer Feger Sache der Amerikaner war. Eine tschechoslowakische Note

---

179 Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 23. Als Datum ist nur 1953 angegeben.

180 Andere Untersuchungen des Falles Slánský stimmten damit überein. So Fond Komise I, Bd. 2, Einheit 26: „Der bekannte Brief an den Großen Feger war der unmittelbare Grund für Slánskýs Verhaftung."

181 Šeda gehörte in der amerikanischen Zone Deutschlands bei den unter tschechoslowakischen Emigranten Tätigen zu den aktivsten. Aber die Amerikaner hatten ihn schon vor der Verhaftung Slánskýs in den Ruhestand geschickt. Er und seine Familie kamen am 26. 3. 1951 in die USA (Interview, 9. 3. 1997).

182 Vgl. NA, RG 84, Spencer M. King, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, 19. 11. 1952. King stellt fest, daß die Prager Regierung die Vereinigten Staaten häufig der Verwicklung in diverse Spionagefälle bezichtigt. „Ob den Anklagen irgendwelche Tatsachen zugrunde liegen ... muß das Department besser wissen als diese Botschaft ... es scheint aber Gründe für den Verdacht zu geben, daß die Beschuldigungen in vielen Fällen zumindest ein Körnchen Wahrheit enthalten."

183 AZK KPTsch, Politisches Sekretariat, 02/5, Mappe 52, Einheit 137, 24. 1. 1953. Die Note selbst trägt das Datum 13. 10. 1952.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an die amerikanische Botschaft in Prag vom 30. Januar 1953 enthielt sogar die Behauptung, die Vereinigten Staaten hätten die ganze Slánský-Verschwörung geplant und organisiert. Als die Verhaftung des Hauptverschwörers unmittelbar bevorgestanden sei, hätten die Vereinigten Staaten „über ihren Agenten Kauders" die Flucht Slánskýs in den Westen zu arrangieren versucht[184]. Die StB schloß ihre Untersuchung des Falles Slánský folgendermaßen: „Unsere Studie hat gezeigt, daß die ganze Affäre und der Brief für den Großen Feger sehr wahrscheinlich das Resultat von Aktivitäten des amerikanischen Nachrichtendienstes gewesen ist."[185]

In Wirklichkeit erfuhren amerikanische Nachrichtenoffiziere von OKAPIs Verwicklung in die Slánský-Affäre und von dem Brief, den angeblich sie selbst geschrieben hatten, erst Monate nachdem Rudolf Nevečeřal im November 1951 – Ostrý sagt wenig hilfreich: an einem „Freitag" – die verhängnisvolle Sendung in die Tschechoslowakei gebracht hatte[186]. Sie waren sehr aufgebracht. „Das Unternehmen", so Ostrý etwas schalkhaft, „war nur intern genehmigt", das heißt nur von General Moravec und nicht von dessen amerikanischen Vorgesetzten. Moravec und Ostrý wurden angewiesen, sofort einen vollständigen Bericht vorzulegen. Im Mai 1952, nachdem OKAPI dem CIC die komplette Akte zum Unternehmen Großer Feger übergeben hatte, erhielten Moravec und Ostrý für ihre Mißachtung der Befehlsverhältnisse offizielle Rügen. Der Große Feger, so notierte Ostrý, verursachte einen „Zusammenstoß" zwischen General Moravec und Washington. Als Folge wurde OKAPI von Bensheim zu einem amerikanischen Armeestützpunkt in München verlegt, wo die Organisation noch ein paar Jahre existierte, aber ohne operative Freiheit. Moravec fand sich alsbald auf ein Abstellgleis in Washington abgeschoben[187]. Er starb 1966 an einem Herzanfall.

František Ostrý, die Seele des Unternehmens Großer Feger, war schon zwei Monate vor Slánskýs Erscheinen im Gerichtssaal gefeuert worden. Im Dezember 1952, in dem Monat, in dem Slánský hingerichtet wurde, hörte auch Ostrýs Bezahlung auf. Die Ostrýs bekamen amerikanische Visa, aber sonst recht wenig von der Regierung. Ende 1952 trafen sie, mit der „United States", in New York City ein. Der alte Soldat schrieb sofort, als J. H. Ridgeway zeichnend, an einen gewissen Howard Emmunds, daß er zur Planung weiterer Unternehmen bereit sei. Emmunds antwortete: „Ich bin von den zuständigen Stellen, bei denen Sie beschäftigt waren, unterrichtet worden, daß Sie noch den Betrag von 640 Dollar zu bekommen haben; ein ‚cashier's check' in dieser Höhe ist beigefügt. Der Betrag stellt die endgültige Regelung nach den Bestimmungen Ihres Kontrakts dar."[188]

---

[184] AZK KPTsch, Politicke zpravy, Washington. Die Note ist von Ministerpräsident Viliam Siroky Botschafter George Wadsworth am 30. 1. 1953 übergeben worden. In Rude Pravo wurde sie am 1. 2. 1953 auch veröffentlicht.

[185] AMI, H-784-13.

[186] Vgl. NA, 749.00/11-2152, Spencer M. King, Amerikanische Botschaft, Prag, an Secretary of State, 21. 11. 1952. Dies ist die erste Erwähnung von Kauders und Frau Kaňkovská in einer offenen Quelle.

[187] Vgl. Interview mit Knorr, 19. 1. 1998.

[188] PFO.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ostrý gab nicht auf. Er versuchte mehrere Male, die Verbindung zum amerikanischen Nachrichtendienst wieder anzuknüpfen, da er überzeugt war, das Unternehmen Großer Feger sei ein voller Erfolg gewesen. Mit der gleichen Taktik, so glaubte er, könnten nun andere Ziele angegangen werden[189]. In New York kam es auch noch zu einigen Treffen zwischen Ostrý und Vertretern der CIA, am Ende aber reagierten die US-Dienste auf Ostrýs Initiativen nur mehr mit Schweigen. Wieder einmal fing Ostrý von vorne an, und er schaffte es tatsächlich, sich in New York eine neue und respektable Existenz aufzubauen und dazu eine liebevolle, solide Familie großzuziehen. Der alte Soldat lebte lange genug, um beglückt die Wende von 1989 zur Kenntnis zu nehmen, und er war höchst erfreut, als ihn Präsident Havel 1990 zum Oberst beförderte. In den neunziger Jahren flog er nach Kalifornien, um seinen älteren und ranghöheren Kameraden aus dem Zweiten Weltkrieg, Alois Šeda, zu besuchen, den die Prager Regierung gerade zum General ernannt hatte. Im Januar 1996 starb er, nach einem noblen Kampf gegen Krebs, friedlich und umgeben von seinen Kindern. In den Monaten vor seinem Tod kam er immer wieder auf den Fall Slánský zu sprechen, namentlich in allwöchentlichen Unterhaltungen mit seinem Sohn, einem hochgeschätzten amerikanischen Wissenschaftler[190].

Herbert Kauders erhielt vom CIC 480 DM als Entlassungsgeld und den Rat zu verschwinden. Das tat er auch. Durch schlechte Englischkenntnisse behindert, übte er in Deutschland und den USA zunächst Tätigkeiten als ungelernter Arbeiter aus und verschwand dann von der Bildfläche. Der tschechoslowakische Nachrichtendienst stellte in Wien, Deutschland, Manhattan und Queens wiederholt Nachforschungen an. Verschiedene Adressen wurden gefunden, Kauders selbst aber nicht[191].

Daniela Kaňkovská sagte im Slánský-Prozeß aus und stand danach selbst vor Gericht. Sie wurde zu dreizehn Jahren Haft verurteilt, und ihr Freund Ladislav Doubravský, der ihr geraten hatte, den OKAPI-Brief an Slánský zu übermitteln, erhielt sechzehn Jahre zudiktiert. Ein anderer Freund, Jaroslav Inneman, der von Frau Kaňkovská etwas über den Brief gehört, sie jedoch nicht angezeigt hatte, bekam drei Jahre.

Den Mann, der das Unternehmen Großer Feger verraten hatte, Rudolf Nevečeřal, entband die StB nach Slánskýs Hinrichtung aller seiner Verpflichtungen – am 4. September 1953. In einem Schriftstück hieß es einfach, er habe seine Mission in Deutschland erfüllt, eine weitere Verwendung im Ausland sei nicht beabsichtigt. Er war dann in vielen Stellungen als Handarbeiter beschäftigt und ist am 1. Juni 1981 in einem kleinen Dorf gestorben[192].

---

189 PFO. Ostrýs Privatbrief: „Die KPTsch erklärte meinen Brief an den Großen Feger zu einem Dokument, das sie selber gefälscht habe, um so der Schande zu entgehen, daß Tschechoslowaken im Exil den Sturz Slánskýs fertiggebracht hatten." Ostrýs Papiere enthalten Listen anderer KPTsch-Führer, die als Objekte für weitere Operationen nach dem Muster des Unternehmens Großer Feger in Frage kämen.

190 Vgl. Interview, 22. 3. 1997.

191 Vgl. AMI, H-784-13, Mappe 13/2.

192 Vgl. AMI, H-780.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Unternehmen Großer Feger war als nachrichtendienstliche Operation gescheitert, als OKAPI das Schreiben an Slánský dem StB-Agenten Nevečeřal ausgehändigt hatte. Es erbrachte keinen realen nachrichtendienstlichen Gewinn. Das erklärt vielleicht, warum das Unternehmen den pragmatischen Amerikanern so sehr mißfiel, die es ja vorziehen, die Kapazität ihrer Dienste danach zu bemessen, wie sehr sie zur Beschaffung von Informationen über die Waffen eines Gegners, seine militärische Doktrin und seine politische Strategie beitragen.

Jedoch half das Unternehmen, viele der Resultate zu erzielen, die Ostrý im Auge gehabt hatte[193]. Der Slánský-Prozeß lähmte die KPTsch: Von Gottwald abgesehen, gab es kein Mitglied des Politbüros, das über jeden Verdacht erhaben gewesen wäre[194]. Überdies ermordete die Partei ihren loyalsten und fähigsten Führer und all die anderen, die öffentlich gestanden, Agenten der Gestapo und Spione des Westens gewesen zu sein. Um für diesen absurden Vorgang die Kooperation der Opfer zu sichern, mußten die abscheulichsten Methoden angewandt werden. Als Folge verlor die KPTsch erheblich an Prestige.

Die Affäre schadete nicht weniger OKAPIs direkter Gegenspielerin, der StB. Nachdem Ostrýs Brief in Prag angelangt war, wurde die Organisation von Panik befallen. Die pflichteifrigsten Offiziere sahen sich auf Grund diverser aus der Luft gegriffener Anklagen verhaftet, und diejenigen, die mit Nevečeřal arbeiteten, mußten um ihr Leben fürchten: Hätte Stalin nicht Slánskýs Verhaftung verlangt, dann wären wohl die StB-Offiziere, die den ehemaligen Parteiführer beschuldigt hatten, der Große Feger zu sein, also ein Verräter, der mit dem CIC unter einer Decke steckte, an seiner Stelle gesäubert worden[195]. Wir dürfen sicherlich annehmen, daß dies alles für General Moravec und Major Ostrý eine sehr willkommene Folge ihres Unternehmens war.

Der Slánský-Prozeß bescherte auch der kommunistischen Ideologie eine schwere Niederlage. Anders als frühere Krisen dieser Art, etwa die Krise der KPTsch von 1929, blieb der Fall Slánský nicht auf den Elfenbeinturm der Prager Intelligentsia beschränkt. Er hatte vielmehr klar erkennbare Konsequenzen im ganzen Land. Anfang Dezember 1951 bemühte sich ein Apparatschik der unteren Ebene, einer Versammlung von Parteiaktivisten zu erklären, warum Slánský hatte verhaftet werden müssen. Seine Zuhörer schauten ihn mißtrauisch an. „Wem sollen wir denn jetzt noch glauben?", fragte eine Stimme. „Glaubt der Partei!", erwiderte der Funktionär. „Aber wer ist die Partei?", insistierte der wackere Skeptiker[196].

In den allerersten Nachkriegsjahren stand die Partei für Zukunft, Jugend, leidenschaftliche politische Debatten und Optimismus. Nach dem Slánský-Prozeß assozi-

[193] Vgl. PFO. Auf grausige Weise hat der Prozeß Ostrýs Erwartungen übertroffen. Er hatte „nur" sechs Todesurteile vorhergesagt.

[194] Vgl. SÚA, Fond Komise I, Bd. 12, Einheit 202.

[195] Vgl. AMI, H-784-13, Vernehmung von Jaroslav Saksl, 19. 10. 1962.

[196] Jiří Pernes, Brno 1951. Příspěvek k dějinám protikomunistického odporu na Moravě, Prag 1997, S. 134.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ierte man mit ihr das Ruzyně-Gefängnis, Hinrichtungen, Folter und kriecherische Nachahmung von allem Sowjetischen. Dabei war die Wirkung des Slánský-Prozesses keineswegs auf die Tschechoslowakei beschränkt; sie war in ganz Osteuropa zu spüren und auch im Westen, wo die Prager Exekutionen dem Stalinismus, dem Marxismus und sogar dem Sozialismus viele Sympathisanten kosteten[197]. Allein schon deshalb war das Unternehmen Großer Feger in den Augen des Generals Moravec, des Majors Ostrý und anderer Angehöriger ihres OKAPI-Teams ein Erfolg.

(Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml)

[197] Siehe Judt, Past Imperfect, S. 131, und Marcel Péju, Hier et aujourd'hui: le sens du procès Slánský, in: Les Temps Modernes, Bd. 8., Nr. 90 (Mai 1953), S. 1776. Vgl. auch PFO. Ostrý schreibt, das Unternehmen Großer Feger habe „Linksintellektuellen" die wahre Natur des „Sozialismus" gezeigt. Beifällig notiert er, daß nach dem Slánský-Prozeß viele Intellektuelle ihre Parteibücher zurückgaben.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WERNER ABELSHAUSER

KRIEGSWIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSWUNDER

Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit

Die Erforschung der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft nahm ihren Anfang, noch bevor das Dritte Reich vollends untergegangen war. Im März 1945 – angloamerikanische Truppen setzten gerade zur Eroberung des Ruhrgebiets an – begann die US-Luftwaffe Bilanz zu ziehen. Sie berief eine Gruppe von Wirtschaftsfachleuten, um die Auswirkungen des strategischen Bombenkriegs auf die deutsche Rüstungswirtschaft zu messen: Der United States Strategic Bombing Survey (USSBS) entstand[1]. Vordergründig ging es dabei um die Lehren, die aus den deutschen Erfahrungen für den noch anhaltenden Krieg im Fernen Osten gezogen werden mußten. Tatsächlich wollte die US-Luftwaffe schon jetzt ihren Anteil am Sieg dokumentieren. Unter der Leitung von John K. Galbraith versammelte sich in Bad Nauheim ein Team jüngerer Wissenschaftler, deren Namen sich wie Auszüge aus dem „Adelsregister der kommenden Ökonomen-Generation"[2] lesen. Die Gruppe verfügte über die ausgelagerten Bestände des Statistischen Reichsamts, dessen „statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion" bis zuletzt die Anstrengungen der deutschen Industrie dokumentierten, mit den Anforderungen des Krieges Schritt zu halten. Einen geeigneten Interpreten fand man in dem Leiter der Industrieabteilung des Instituts für Konjunkturforschung, Rolf Wagenführ, der diese Statistik für Albert Speers Planungsamt bearbeitet hatte[3]. Unter diesen günstigen Rahmenbedingungen gelang es dem Team nicht nur, das Ausmaß der Verluste, die die deutsche Kriegswirtschaft im Bom-

[1] Vgl. USSBS, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, October 1945. Insgesamt: USSBS, 10 Bde, hrsg. v. David MacIsaac, New York/London 1976.

[2] U. a. Burton H. Klein (California Institute for Technology), Nicholas Kaldor (Kings College, Cambridge), Ernst Friedrich Schumacher („Small is beautiful"), Paul A. Baran (Stanford University), Edward Denison (The Brookings Institution), und Jürgen Kuczynski (Akademie der Wissenschaften, Berlin Ost). Siehe dazu John K. Galbraith, Leben in entscheidender Zeit, München 1981, S. 201 f.

[3] Siehe Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–45, Berlin 1955; Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–44, hrsg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949; Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik (Schriftenreihe des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1), Berlin 1939.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

benkrieg erlitten hatte, zu erfassen, sondern weit darüber hinaus auch eine Bilanz der wirtschaftlichen Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg zu ziehen.

Seitdem hat das wissenschaftliche Interesse an der deutschen Kriegswirtschaft kaum nachgelassen – und dies nicht nur, weil allein vier Mitglieder des USSBS-Teams, Nicholas Kaldor[4], Burton H. Klein[5], Jürgen Kuczynski[6] und Rolf Wagenführ[7], diese Debatte weiterführten. Von Anfang an spielten dabei drei Fragestellungen eine besondere Rolle. Unmittelbar nach Kriegsende interessierte vor allem der Vergleich der deutschen Anstrengungen mit denen der Anti-Hitler-Koalition. Im Mittelpunkt dieser Debatte stand der Versuch einer genaueren Einschätzung der deutschen Rüstungsausgaben und der Gründe für den sprunghaften Anstieg der Rüstungsproduktion seit 1942, des „deutschen Rüstungswunders". Der zweite Themenkreis behandelte den Charakter des wirtschaftlichen Aufschwungs der dreißiger Jahre, des „deutschen Wirtschaftswunders". Anhänger und Gegner der Keynesianischen Revolution in der Wirtschaftspolitik machten die dreißiger Jahre zu einem Testfeld für ihre Überzeugungen. Es geht dabei um die Frage, ob der wirtschaftliche Aufschwung nach 1933 eine notwendige Voraussetzung für die Mobilisierung aller Ressourcen für die deutsche Kriegswirtschaft darstellte oder lediglich ein „Abfallprodukt" der Rüstungsanstrengungen gewesen war. Hieran schloß sich die Debatte darüber an, ob die Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches am Ende der dreißiger Jahre als eine „Kriegswirtschaft im Frieden" oder die Kriegswirtschaft der frühen vierziger Jahre als „Friedenswirtschaft im Kriege" charakterisiert werden kann, die den Gesetzen der „Blitzkriegstrategie" folgte[8].

Die Antworten der Forschung auf viele dieser Fragen fallen noch immer kontrovers aus. Sie sind auch in besonderem Maße dem Mißverständnis und der unduldsamen Kritik durch eine auf sozialpädagogische Konventionen und „political correctness" festgelegte öffentliche Meinung ausgesetzt, wie der Rücktritt des Bundestagspräsidenten Dr. Philipp Jenninger nach seiner Rede zur 50. Wiederkehr des Tages der „Reichskristallnacht" des Jahres 1938 zeigt[9]. Dies gilt tendenziell auch für einen weiteren Themenkreis, der im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ursachen des westdeutschen „Wirtschaftswunders" der langen fünfziger Jahre aufgekommen ist, der aber bei weitem noch nicht das Interesse gefunden hat, das er verdient: Die Frage nach dem wirtschaftlichen Nachlaß des NS-Regimes, d. h. nach den langfristigen Auswirkungen der rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Anstrengungen des Dritten Reiches auf die Entwicklung nach 1945. Im folgenden sollen diese vier Fra-

[4] The German War Economy, in: The Review of Economic Studies 13 (1945/46), S. 33–52.

[5] Germany's Economic Preparations for War, Cambridge/Mass. 1959.

[6] Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918–1945, Berlin (Ost) 1965.

[7] Die deutsche Industrie im Kriege, 1939–1945, Berlin ²1963.

[8] Hierzu vor allem die Kontroverse zwischen Richard J. Overy, War and Economy in the Third Reich, Oxford 1994, und Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966.

[9] Zur Dokumentation dieser Affaire siehe: Das Parlament 48 (25. 11. 1988), S. 8f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen erneut aufgeworfen werden, um den Forschungsstand mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende zu bilanzieren – auch wenn immer noch nicht in allen Fällen eine klare Antwort möglich ist.

1. Das „deutsche Wirtschaftswunder": Nebenprodukt oder Voraussetzung der Aufrüstung?

Als die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, lag die deutsche Wirtschaft im Koma. Sie war nicht mehr weit vom volkswirtschaftlichen „Existenzminimum" entfernt und verharrte seit Monaten in diesem Zustand: Die Industrieproduktion war fast auf die Hälfte des Vorkrisenstandes (1928) geschrumpft; die Investitionen in der Industrie deckten nur noch zu einem Drittel den Ersatzbedarf, von arbeitsplatzschaffenden Neuanlagen ganz zu schweigen; die Zahl der Arbeitslosen überschritt erneut, wie schon im vorangegangenen Winter, die Katastrophenmarke von 6 Millionen. Jede dritte Erwerbsperson war ohne Arbeit. Die Krise hatte sich schon im Frühjahr 1932 ihrem tiefstmöglichen Punkt angenähert und „stabilisierte" sich – unter saisonalen Schwankungen – auf diesem Niveau. Das Ende der Talfahrt mochte auf die Wirkung der ersten Konjunkturprogramme zurückzuführen sein. Eine Trendwende oder gar ein Ende der Depression waren aber noch nicht in Sicht. Zum Jahreswechsel 1932/33 erreichte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Gegenteil einen neuen Tiefstand, der für drei Monate sogar noch unter dem des Vorwinters lag. In der Analyse der Konjunkturindikatoren findet sich jedenfalls kein Beleg für die These, zum Zeitpunkt der „Machtergreifung" sei die Krise im Grunde bereits überwunden gewesen, so daß der Aufschwung auch ohne die konjunkturpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes gekommen wäre. Es spricht vielmehr vieles für die Auffassung, daß die eigentliche Aufgabe der Krisenüberwindung durchaus noch bevorstand[10].

Unstreitig ist, daß dieses Ziel schneller und gründlicher erreicht wurde, als es sich die Zeitgenossen in Deutschland und im Ausland selbst in ihren optimistischen Vorstellungen ausgerechnet hatten: Bis 1937 waren wieder 6 Millionen Arbeitslose in den Produktionsprozeß eingegliedert. Es machte sich sogar ein empfindlicher Arbeitskräftemangel bemerkbar. Gleichzeitig überschritt die Industrieproduktion deutlich ihren Höchststand vor der Krise (1928/29). Das reale Sozialprodukt je Einwohner lag sogar schon wieder um mehr als ein Viertel höher und wuchs unvermindert

[10] Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Die zeitliche Einordnung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1975, S. 172f.; Christoph Buchheim, Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit, in: Ders./Michael Hutter/Harold James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 97–122; Richard J. Overy, The Nazi economic recovery 1932–1938, Cambridge [2]1996; Dan P. Silverman, Hitlers Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936, Cambridge/Mass. 1998.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiter[11]. Ein lange zurückgehaltener Wachstumsstau löste sich auf[12]. Brachliegende Ressourcen verbanden sich mit einer leistungsbereiten und -fähigen Arbeiterschaft. Seit den Jahren der Inflation war das Wachstum der deutschen Wirtschaft weit unter seinen Möglichkeiten geblieben. Selbst in der Prosperitätsphase 1925–29 lag die Zuwachsrate eher am unteren Rand des langfristig gewohnten Wachstums, um dann in den Depressionsjahren 1929–32 jährlich durchschnittlich um 7,2 Prozent zu schrumpfen. Dazu standen die durchschnittlich zweistelligen Wachstumsraten der Jahre 1933–1938 im scharfen Kontrast. Zur gleichen Zeit lag die Arbeitslosigkeit in den USA noch immer bei 20 Prozent, in England immerhin noch bei mehr als 10 Prozent. Hinter dieser Entwicklung schien eine umwälzende wirtschaftspolitische Leistung zu stehen, die bald von ausländischen Beobachtern mit oder ohne ironischen Bezug auf vermutete konjunkturelle Effekte der Aufrüstung als „deutsches Wirtschaftswunder" mystifiziert wurde[13]. Deutschland bediente sich offenbar am wirkungsvollsten des neuen Instrumentariums der Konjunkturpolitik, das von Außenseitern in Wissenschaft und Politik zu Beginn der dreißiger Jahre angeboten wurde, um das Versagen der liberalen Wirtschaftspolitik auszugleichen[14].

John Maynard Keynes war auf dem Gebiet der Krisenpolitik nur einer unter vielen, die zum Einsatz „kompensatorischer Finanzpolitik" rieten[15]. Im Extremfall – so Keynes – könne es sogar sinnvoll sein, Arbeitslose einzusetzen, um Löcher zu graben und diese wieder zuzuschütten, wenn nur durch das so entstehende zusätzliche Einkommen die Nachfrage wiederbelebt und die Krise überwunden würde. Ganz ähnliche Methoden der Krisenüberwindung setzten die Nationalsozialisten zunächst in Deutschland ein, so daß im Ausland der Eindruck entstand, Adolf Hitler habe „die Krumme Lanke begradigen, den Schwarzwald weiß streichen und den Polnischen Korridor mit Linoleum auslegen lassen"[16]. Tatsächlich pumpten die Nationalsozialisten bis Ende 1935 zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung fast 5 Mrd. RM (bis Ende 1934 rund 4 Mrd. RM) zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf – d. h. mehr als das Dreifache des gesamten industriellen Investitionsvolumens in diesem Zeitraum[17]. Dahinter verbargen sich vor allem Aufwendungen für den Ausbau der öffentlichen

[11] Vgl. zum Volkseinkommen Angus Maddison, Monitoring the World Economy: 1820–1992, Paris 1995, S. 148f., 180f., 194–201; zur Industrieproduktion siehe Dietmar Petzina/Werner Abelshauser/Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978, S. 61.

[12] Vgl. dazu Werner Abelshauser/Dietmar Petzina, Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter, Königstein/Ts. 1981, S. 47–93.

[13] So etwa von Hans Priester, Das deutsche Wirtschaftswunder, Amsterdam 1936.

[14] So dargelegt im Vorwort von John M. Keynes, Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936 (deutsche Ausgabe von „The general theory of employment, interest and money").

[15] Vgl. Gottfried Bombach/Hans-Jürgen Ramser/Manfred Timmermann/Walter Wittmann (Hrsg.), Der Keynesianismus, Bd. 2, Berlin 1976.

[16] Joan Robinson, What has become of the Keynesian Revolution? In: Challenge 166 (1974), S. 53.

[17] Vgl. Karl Schiller, Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland, Berlin 1936, S. 158ff.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Infrastruktur, wozu auch der Autobahnbau zu zählen ist, und zur Förderung des privaten Wohnungsbaus. Dazu kamen erhebliche Ausgaben für die Reichswehr, die jedoch vor Ende 1934 schon deshalb nicht das Übergewicht erlangten, weil sich die Reichswehr außerstande sah, die Anlaufzeit ihrer Rüstungsplanung wesentlich zu verkürzen. Die vom NS-Regime selbst aufgestellten staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme des 1. und 2. Reinhardt-Plans (1. Juni 1933 bzw. 21. September 1933), die als „Arbeitsschlacht der Reichsregierung" und als „Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit" apostrophiert wurden, dienten dagegen nicht der Rüstungsfinanzierung. Neben den direkt wirksamen Ausgaben für den Infrastrukturausbau erwies sich die eine oder andere indirekte Maßnahme ebenfalls als äußerst wirkungsvoll.

Die Regierung Hitler schoß in den ersten Monaten ihres Bestehens einen ganzen Fächer arbeitsbeschaffungspolitischer Initiativen ab, die sich in zahlreichen Gesetzen niederschlugen: dem Kraftfahrzeugsteuergesetz[18] vom 10. April, dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit[19] vom 1. Juni, das so unterschiedliche Maßnahmen wie Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen von Wirtschaftsgütern und die Förderung der Eheschließung („Ehestandsdarlehen") vorsah, dem Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen"[20] vom 27. Juni, dem Gesetz über Steuererleichterungen[21] vom 15. Juli, dem zweiten Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit[22] vom 21. September, das günstige Kredite für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden sowie Steuerbefreiung für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime in Aussicht stellte, und dem Gemeindeumschuldungsgesetz[23], ebenfalls vom 21. September. Ein Jahr später, am 16. Oktober 1934, folgten das Umsatzsteuergesetz[24], das die Umsatzsteuer im Großhandel einheitlich auf 0,5 Prozent absenkte, und das neue Einkommensteuergesetz[25], das die Abschreibung „kurzlebiger Wirtschaftsgüter" begünstigte. Zu den populärsten Maßnahmen gehörten die „Ehestandsdarlehen". Sie wurden an Ehewillige in Form von „Bedarfsdeckungsscheinen" für Möbel und Hausrat vergeben (Wert: max. 1000 RM), sofern die künftige Ehefrau sechs Monate vor der Ehe erwerbstätig war und nun ihren Arbeitsplatz aufgab. Der Erfolg war auf den ersten Blick verblüffend: Bereits im Jahre 1933 wurden etwa 200000 Ehen mehr als im Vorjahr geschlossen; bis Anfang 1935 wurden 378000 Ehestandsdarlehen in Höhe von insgesamt 206 Millionen RM ausbezahlt. Die Kredite waren unverzinslich und wurden später in eine Geburtenprämie umgewandelt („abgekindert"). Die bevölkerungspolitische Wirkung blieb dabei wesentlich geringer als die konjunkturpolitische. Es handelte sich meist um Ehen, die während der Krise aufgeschoben wurden, so daß die Heiratsziffer nur kurzfristig anstieg. Die Auswirkung der Darle-

[18] RGBl. I, 1933, S. 192f.
[19] RGBl. I, 1933, S. 323–329.
[20] RGBl. II, 1933, S. 509f.
[21] RGBl. I, 1933, S. 491f.
[22] RGBl. I, 1933, S. 651–653.
[23] RGBl. I, 1933, S. 647–650.
[24] RGBl. I, 1934, S. 942–946.
[25] RGBl. I, 1934, S. 1005–1018.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hen auf die Beschäftigung der Verbrauchsgüterindustrie war jedoch nichtsdestoweniger beträchtlich. Auch die im September 1933 erlassenen Gesetze zur Förderung des öffentlichen und privaten Bauens wirkten sich in Verbindung mit den zusätzlichen staatlichen Zuwendungen aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen bis hinunter auf die Ebene der Kreise und Gemeinden aus und mobilisierten durch die Bedingungen, die an ihre Vergabe geknüpft waren, zusätzliche private Investitionsmittel[26]. Davon profitierten vor allem das Handwerk und die Bauindustrie.

Eine ähnlich stimulierende Wirkung auf den Fahrzeugbau hatte die Aufhebung der Kraftfahrzeugsteuer. Vor allem diese Maßnahme und die Ausgaben für den am 23. September 1933 mit der Strecke Frankfurt-Heidelberg begonnenen Bau der Reichsautobahnen werden immer wieder zitiert, um den latent militärischen Charakter auch der „zivilen" Arbeitsbeschaffung zu belegen. Einer Konfrontation mit den von der Forschung erhobenen Tatsachen hält diese These indes nicht stand. In den Augen der Wehrmacht war der strategische Wert der Reichsautobahnen gering; sie gab der Eisenbahn den Vorzug und sah auch während des Krieges in besonderen Autostraßen keine Notwendigkeit. Die Trassen der neuen Autobahnen wurden deshalb ausschließlich nach ingenieurtechnischen Prinzipien geplant. Eine „strategische Mitbestimmung" der Wehrmacht fand nicht statt[27]. Wo das Reichskriegsministerium gegen den Verlauf besonders exponierter Straßen – wie 1935 einmal im Falle der Schwarzwald-Hochstraße – Einspruch erhob, wurde er unter Hinweis auf den landschaftlichen Reiz der Straße, den es zu erhalten gelte, im wesentlichen abgewiesen[28]. Seit 1936 standen die aufwendigen Autobahnbauten in Konkurrenz zur Rüstungsindustrie, ein Umstand, den Hitler selbst sehr bedauerte. Auch dem Ausbau des Volkswagenwerkes hätten die militärischen Rüstungsplaner lieber „reine Rüstungsindustrien" vorgezogen, wenngleich sie sich 1933 einer leistungsfähigen Autoindustrie zuliebe gegen die Kraftfahrzeugsteuer ausgesprochen hatten.

Viel mehr als strategische Überlegungen waren es Hitlers an amerikanischen Verhältnissen orientierte Visionen, „daß spätestens in 10 Jahren die Straßen nirgends mehr ausreichten, um den Verkehr zu bewältigen"[29], die ihn veranlaßten, die Pläne der „HAFRABA"-Gesellschaft zu übernehmen: Mit der Strecke Hamburg-Frankfurt-Basel beginnend, wollte sie das deutsche Autobahnnetz schon in den zwanziger Jahren aufbauen. Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren die „Straßen des Führers" nicht ideal. Es dauerte zu lange, bis ein konjunkturell spürbares Ausgabenvolu-

[26] Typisch dafür dürften die Verhältnisse im Kreis Herford gewesen sein, der nahezu ohne rüstungswirtschaftliche Bedeutung war. Vgl. Werner Abelshauser: „Zur Vorbeugung der Armuth ..." Der Kreis Herford im Spiegel seiner Sparkasse 1846–1996, Stuttgart 1996, S. 165–170.

[27] Karl-Heinz Ludwig, Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 52f.

[28] Vgl. ebenda, S. 52.

[29] Hitler über Volkswagen, Reichsautobahnen und die Zukunft der Motorisierung (5. 9. 1938), in: Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Major Engel, hrsg. u. kommentiert v. Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974, S. 35f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men „verbaut" werden konnte. Ende 1934 waren erst 350 Millionen RM genehmigt und weniger als die Hälfte davon ausgegeben. Ihr Bau wurde dennoch bis 1941 fortgeführt, weil er Hitlers persönlichen Interessen entsprach und dem Reich als technische Großleistung im In- und Ausland eine gewisse Reputation verschaffte.

Finanziert wurde das Arbeitsbeschaffungsprogramm im wesentlichen mit Hilfe der Reichsbank. Wichtiger noch als die schon vor 1933 eingeführten Praktiken der Wechselfinanzierung, die zumindest gegen den Geist des Reichsbankgesetzes verstießen, war die Neubesetzung der Reichsbankleitung. Schon am 16. März 1933 löste Hjalmar Schacht den konservativen Hans Luther als Präsident der Zentralbank ab. Damit wurde die Reichsbank von einem Mann geführt, der seit seiner Mitwirkung an der Währungsstabilisierung von 1923 in der Öffentlichkeit das Renommé eines Finanzgenies hatte, der eine Vertrauensperson Hitlers, der Großindustrie[30] und der Bankenwelt war und der vor allem die nötige wirtschaftspolitische Einsicht besaß, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung – aber auch für die Rüstung – jede notwendige Summe zur Verfügung zu stellen. In der Person Schachts hatte Hitler einen für weite Kreise des In- und Auslands akzeptablen Mann gefunden, der die Reichsbank mit seinen Plänen in Übereinstimmung brachte, ohne daß ihre gesetzlich verankerte Autonomie aufgehoben werden mußte. Damit war eine früher nur schwer zu überwindende Engstelle der deutschen Wirtschaftspolitik beseitigt.

Eine andere Beschränkung der konjunkturpolitischen Handlungsfreiheit war mit dem Ende der Reparationen schon vor der Machtergreifung gefallen: Die Finanzierung aufwendiger Arbeitsbeschaffungsprogramme im Inneren stand nicht länger im Gegensatz zu dem deutschen Bestreben, gegenüber den Reparationsgläubigern als zahlungsunfähig zu gelten. Auch die Großindustrie, die bisher der Aufstellung großzügiger direkter Arbeitsbeschaffungsprogramme im Weg stand, weil sie sich von indirekten Investitionsanreizen höhere Gewinne versprach, war nun dabei, ihre Haltung zu revidieren. Inzwischen war auch im Unternehmerlager deutlich geworden, daß in der Krisenpolitik mehr auf dem Spiel stand als kurzfristige Gewinninteressen oder die Aussicht, die von ihm so gesehene sozialpolitische Überlastung des ökonomischen Systems von Weimar im Laufe der Krise wieder abzubauen: Die Existenz der Privatwirtschaft an sich war in Frage gestellt, wenn es nicht bald gelang, die Katastrophe aufzufangen. Die Großindustrie freundete sich mit konjunkturpolitischen Milliardenprogrammen um so leichter an, als die längerfristigen Aussichten durch die Ausschaltung der gewerkschaftlichen Gegenmacht und die in Aussicht genommene Aufrüstung nun doch sehr positiv erschienen.

Auch die Landwirtschaft, ein anderer Stolperstein auf dem Wege einer erfolgreichen Konjunkturpolitik, lag nicht mehr auf Gegenkurs, zumal in der Person Alfred Hugenbergs das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium zunächst vereinigt waren. Damit hatten die Nationalsozialisten wichtige Widerstände von seiten der In-

[30] Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte sich gleichwohl noch am Tage vor seiner Ernennung für das Verbleiben seines konservativen Vorgängers Hans Luther eingesetzt, in: Historisches Archiv Krupp, Familienarchiv Hügel (künftig: FAH), IV E 885, p. 36 f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stitutionen und der Interessengruppen aufgehoben oder überwunden – Widerstände, die auch noch so zögernde Versuche früherer Regierungen, die Wirtschaftskrise mit Hilfe einer expansiven Haushaltspolitik zu bekämpfen, schon im Ansatz zunichte gemacht hatten. Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 ist nur ein äußeres Zeichen für die Fülle der diktatorischen Gewalt, die Nationalsozialisten ausüben konnten, um ihr Ziel der Arbeitsbeschaffung durchzusetzen.

Die Konjunkturpolitik nach 1933 unterschied sich aber nicht allein durch günstigere außenpolitische Bedingungen, durch die Größenordnung der eingesetzten Finanzvolumina oder durch die Rigorosität des Vorgehens bei ihrer Durchsetzung von der Politik der vorangegangenen Jahre; die Nationalsozialisten unterschieden sich von ihren Weimarer Vorgängern auch dadurch, daß sie klarere Vorstellungen von den Grundsätzen einer Politik der Krisenüberwindung hatten und diese in eine wirksame Strategie umsetzten. Gegen diese These spricht nicht, daß das NS-Regime bei seinem Start eine Reihe konjunkturpolitischer Instrumente vorfand, die es nur anzuwenden brauchte. Schließlich hatten sich die NSDAP und ihr nahestehende Publizisten schon seit Anfang 1932 jene Grundsätze und Methoden direkter, kreditfinanzierter Arbeitsbeschaffung zu eigen gemacht, die deutsche Keynesianer vor Keynes[31] entwickelt hatten. Die Nationalsozialisten können sogar für sich in Anspruch nehmen, in ihrem „Sofortprogramm" von 1932 solchen Gedanken zuerst Eingang in das Programm einer Massenpartei verschafft und damit ihre Verwirklichung – schon vor der Machtergreifung – gefördert zu haben.

Gewiß hatten auch die Freien Gewerkschaften des ADGB schon Ende 1931/Anfang 1932 den nach seinen Verfassern Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade genannten WTB-Plan zur Arbeitsbeschaffung vorgelegt, aber die Sozialdemokraten und vor allem ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Rudolf Hilferding unterstützten noch immer die Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning und lehnten den gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplan als „unmarxistisch" und „inflationär" ab[32]. Es ist für die konjunkturpolitische Debatte am Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise bezeichnend, daß die SPD den Plan gar nicht erst in den Reichstag einbrachte, während der Repräsentant des linken Flügels der NSDAP, Gregor Straßer, dort im WTB-Plan ein Programm sah, „über das man absolut reden kann, und bei dem wir jederzeit unter entsprechenden Bedingungen zur Mitarbeit bereit sind"[33]. Straßers eigenes „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP"[34], das un-

[31] So der Aufsatz von George Garvy, Keynesianer vor Keynes, in: Bombach/Ramser/Timmermann/Wittmann, Keynesianismus, S. 21–34.

[32] Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929–1933, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 219. Eine wichtige Quelle des NS-Konjunkturprogramms war die Arbeit von Robert Friedlaender-Prechtl, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931.

[33] Reichstagsrede am 10. 5. 1932, Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2510c–2521a, S. 2519a, S. 2512.

[34] Kampfschrift, Heft 12 (Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP), München 1932.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ter dem Titel „Arbeit und Brot!" als Broschüre der Reichspropagandaleitung der Partei im Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 weite Verbreitung fand, enthielt bei aller propagandistischen Überspitzung bereits alle Grundsätze und Methoden, die sich später als erfolgreich erwiesen. In dem sich seit Herbst 1932 abzeichnenden Machtkampf um eine mögliche Kanzlerschaft Hitlers hätte sich die antikapitalistische Stoßrichtung des Straßerschen Programms jedoch nachteilig auswirken können, so daß es Hitler politisch klüger erschien, das „Sofortprogramm" durch das sogenannte „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP" zu ersetzen. Letzteres vermied zwar den Appell an die antikapitalistische Grundstimmung der Massen und die Forderung nach dem – auch gegen die Industrie durchzusetzenden – „Recht auf Arbeit". Die konjunkturpolitisch entscheidenden Programmpunkte „direkte Arbeitsbeschaffung" in Milliardenhöhe und „produktive Kreditschöpfung" durch die Reichsbank fehlten aber auch im „Aufbauprogramm" nicht. Es wäre gewiß weit übertrieben, der NSDAP eine originäre Rolle bei der Entwicklung der neuen deutschen Krisenpolitik zuzuschreiben. Andererseits kann aber auch nicht übersehen werden, daß die Parteiführer von Anfang an in engem Kontakt zum Kreis der „deutschen Keynesianer" standen, deren Vertretern parteiamtliche Publikationsmittel zur Verfügung stellten und ihre Forderungen frühzeitig ins eigene Wirtschaftsprogramm übernahmen. Auf dem Gebiet der Krisenpolitik war die NSDAP daher nach der Machtergreifung weder auf Improvisation noch – wie auf so vielen anderen Feldern der Innenpolitik – auf politisches Plagiat oder blanken Terror angewiesen.

Hitler hatte den Wählern bereits am 1. Februar 1933 in seiner Regierungserklärung konkrete Erfolge in der Arbeitsbeschaffung versprochen[35]: „Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein." Tatsächlich sank die Arbeitslosigkeit nach 1933 deutlich, und schon zwei Jahre nach seiner „Machtergreifung" hatte Hitler sein Versprechen für jedermann sichtbar eingelöst: Die Arbeitslosenziffer verringerte sich in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte, und im Laufe des Jahres 1936 wurde die Vollbeschäftigung – zum ersten Mal seit der Inflation der frühen zwanziger Jahre – in Deutschland erreicht. Der Erfolg wurde von der öffentlichen Meinung – durchaus zu Recht – der NS-Krisenpolitik gutgeschrieben. Keinem anderen Problem wurde in den dreißiger Jahren von der Bevölkerung eine höhere Bedeutung eingeräumt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen war damals wie heute das zentrale Kriterium erfolgreicher Politik. Gerade auf diesem Gebiet konnte nun Hitler sachliche Kompetenz und politische Wirksamkeit demonstrieren und sich positiv von seinen Vorgängern unterscheiden. Hitler selbst war dieser Zusammenhang von Anfang an bewußt. Auf der Führertagung der NSDAP im August 1933 brachte er dies in einer Rede zum Ausdruck: Aus der Lösung des Arbeitslosenproblems, mit dem seine weltanschaulichen Gegner nicht fertig geworden

[35] Aufruf der Reichsregierung an das Deutsche Volk, in: Die Reden Hitlers als Kanzler. Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden, München 1934, S. 7.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seien, zöge die NSDAP – so Hitler – einen ungeheuren Gewinn an Autorität, wie sie noch kein Regime vor dem Nationalsozialismus besessen habe[36]. Das hohe Maß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen, das sich Hitler schon bald nach 1933 in der Krisenpolitik erwarb, erklärt das Phänomen seiner Popularität gewiß nur zum Teil, sicherte aber mehr noch als raffinierte Manipulationstechniken und terroristische Einschüchterungsmethoden die wachsende Stabilität des Regimes.

Das „Wirtschaftswunder" der dreißiger Jahre schuf aber auch in seinem materiellen Ergebnis die Grundlagen für die Durchsetzung wichtiger Ziele des Nationalsozialismus, sei es in der Außen- und Militärpolitik, sei es in der „Gesellschaftspolitik" des Regimes: Nicht die Demokratien des Westens, sondern die deutsche Diktatur fand zuerst eine praktische Lösung auf der Suche nach einem Weg aus der sozialen Katastrophe. Nicht ohne Bitterkeit stellt die englische Nationalökonomin Joan Robinson diesen für die weitere Entwicklung der deutschen und internationalen Politik verhängnisvollen Sachverhalt fest: „Hitler hatte bereits herausgefunden, wie man Arbeitslosigkeit kurierte, bevor Keynes mit der Erklärung fertig war, warum sie eintrat."[37] Vor diesem Hintergrund muß die „Staatskonjunktur" der Nationalsozialisten in doppelter Hinsicht als Revolution vor der Revolution gewertet werden[38]. Das NS-„Wirtschaftswunder" nahm die „Keynesianische Revolution" im kapitalistischen Wirtschaftssystem experimentell vorweg und festigte das materielle und nicht zuletzt auch das psychologische Fundament der deutschen Diktatur und ihren sozialrevolutionären Anspruch. Vor allem aber legte es die Grundlage für die Mobilisierung aller Ressourcen für den kommenden Krieg.

2. Soviel Butter wie nötig, soviele Kanonen wie möglich: Aufrüstung und die Folgen

Primat der Aufrüstung

Seit 1935 übertrafen die Rüstungsausgaben das Volumen der öffentlichen Investitionen beträchtlich und lösten die zivilen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in ihrer Schrittmacherfunktion für die Staatskonjunktur ab. Hätten sich Hitlers Vorstellungen realisieren lassen, wäre dies von Anfang an so gewesen. Schon in einem vermutlich im Mai 1932 stattfindenden Gespräch mit Otto Wagener offenbarte er, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise primär ein psychologisches Problem sei: „Es gibt zwei Arten, wie man eine Not lindern, ja sie vielleicht sogar beseitigen kann: entweder indem man die Not tatsächlich beseitigt, – das aber geht nicht immer,

[36] Zit. nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, S. 89ff.

[37] Joan Robinson, The Second Crisis of Economic Theory, in: American Economic Review, Papers and Proceedings 62 (May 1972), S. 8.

[38] Siehe dazu Werner Abelshauser/Anselm Faust, Wirtschafts- und Sozialpolitik: eine nationalsozialistische Sozialrevolution? Tübingen 1983, S. 13–60.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum mindesten nicht sofort, – oder indem man *das Gefühl für die Not beseitigt! Und das geht,* wenn man es richtig anfängt!"

Für Hitlers weiteres Verständnis von Konjunkturpolitik, das er im August 1932 gegenüber Hermann Rauschning dargelegt haben soll, bedeutete dies vor allem eine Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft: „Ich kann beiläufig mit der Wiederaufrüstung ebensoviel erreichen wie mit Häuserbau oder Siedlung. Ich kann auch den Arbeitlosen mehr Geld in die Hand drücken, daß sie ihren Bedarf eindecken. Damit schaffe ich Kaufkraft und zusätzliche Umsätze."[39]

Keynes' intellektuell zugespitzte Vorstellung, die Krise sei auch durch die nutzlosesten Arbeitsprojekte zu überwinden, sofern diese nur durch Staatskredite finanziert würden, spiegelte sich auf perverse Art auch in Hitlers Plänen. Bereits in der Ministerbesprechung vom 8. Februar 1933 forderte er deshalb in der Reichskanzlei die instrumentelle Verknüpfung von Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung: „Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen."[40]

Allerdings stieß Hitler damit im Kabinett auch auf Widerspruch. So gab in derselben Besprechung Reichsarbeitsminister und Stahlhelm-Führer Franz Seldte zu bedenken, „daß es neben den rein wehrpolitischen Aufgaben auch andere volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten gebe, die man nicht vernachlässigen dürfe". Im Juli war der Streit eindeutig zugunsten der „volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten", d. h. arbeitsschaffenden Maßnahmen entschieden, weil jetzt auch Hitler seine Prioritäten in der Arbeitsbeschaffung setzte: „Jede Maßnahme ist so anzusehen: Was hat sie für eine Folge? Schafft sie mehr Arbeit oder schafft sie mehr Arbeitslose?"[41]

Vorerst mangelte es an militärischen Projekten, die in kürzester Frist zur Arbeitsbeschaffung hätten eingesetzt werden können. Selbst die „Rüstungsschmiede des Reiches", die Fried. Krupp AG, konnte erst in ihrem Jahresbericht für das Geschäftsjahr Oktober 1934 bis September 1935 verkünden: „Erstmalig nach jahrelanger Unterbrechung haben wir auch wieder größere Aufträge der deutschen Wehrmacht ausgeführt und sind damit zu einer ehrenvollen Tradition unseres Hauses zurückgekehrt."[42] Tatsächlich ging dort die erste Anzahlung des Reichswehrministeriums für Aufträge nicht vor Januar 1935 ein[43]. Das Rüstungsziel war damit 1933 freilich nicht

[39] Henry A. Turner, Jr. (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1978, S. 331; Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler 1932–1934, New York 1940, S. 27.

[40] Ministerbesprechung vom 8. 2. 1933, Protokoll in: Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bd. 1, hrsg. von Konrad Repgen und Hans Booms, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, S. 50f.

[41] Reichsstatthalterkonferenz vom 6. 7. 1933, Protokoll in: Ebenda, S. 632.

[42] Bericht des Direktoriums, S. 5, in: FAH, 23/4E195.

[43] Vgl. „Erläuterungen zu den hauptsächlichsten Veränderungen in den flüssigen Mitteln des Krupp-Konzerns", in: FAH, 23/750.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufgegeben oder auf die lange Bank geschoben. Arbeitsbeschaffung wurde lediglich als eine wichtige Voraussetzung für seine Realisierung erkannt. Hitler war überzeugt, daß die Lösung der Arbeitslosenfrage „dem neuen System eine derartige Stellung verschafft, daß, damit ausgestattet, diese Regierung Schritt um Schritt ihre anderen Aufgaben verwirklichen kann". Zu diesen Aufgaben gehörte, das machte Hitler gleichzeitig deutlich, bereit zu sein, als die „Erben" eines durch den Bolschewismus ruinierten Rußland „aufzutreten"[44].

Als die Aufrüstung schließlich 1935 auf Hochtouren lief, hatten die vorangegangenen Arbeitsbeschaffungsprogramme schon Wirkung gezeigt und die deutsche Wirtschaft wieder deutlich aus dem Tief der Weltwirtschaftskrise herausgehoben. Entsprechend positiv entwickelten sich Arbeitslosenziffer und Beschäftigungsrate: Gemessen sowohl am Verhältnis der Zahl der beschäftigten Arbeiter zur Arbeitsplatzkapazität als auch am Verhältnis der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden zur Arbeitsstundenkapazität näherte sich die Auslastung allmählich wieder dem Stand vor der Krise. Dem entsprach die Entwicklung der Industrieproduktion, die ebenfalls Mitte 1935 den Stand von 1928 wieder erreichte[45]. Die Zahl der Arbeitslosen – sie gehört eher zu den „späten" Indikatoren der Konjunkturentwicklung – hatte sich von 5,6 Mio. (im Jahresdurchschnitt 1932) über 4,8 Mio. (1933) und 2,7 Mio. (1934) auf 1,7 Mio. (Mitte 1935) verringert. In Teilen der Industrie machte sich bereits wieder ein empfindlicher Facharbeitermangel bemerkbar. Kurz: Die deutsche Volkswirtschaft war dabei, sich aus der tiefen Depression zu erholen, wobei der Aufschwung von jenen Bereichen (z. B. Bauindustrie, Fahrzeugbau) ausging, die von den Konjunkturprogrammen direkt berührt wurden und sich nun allmählich auch auf die Konsumgüterindustrien ausbreitete.

Eine Fortsetzung des „deficit spending", wie es nun verstärkt und fast ausschließlich zum Zwecke der Aufrüstung betrieben wurde, konnte diesen Prozeß nicht mehr beschleunigen. Im Gegenteil, die resultierende Überlastung der Ressourcen stand einem Übergreifen der Konjunktur auf den Massenkonsum im Wege und mußte darüber hinaus zu schweren Verwerfungen der Wirtschaftsstruktur und der Einkommensverteilung führen. Nun wurde deutlich, daß Hitler gar nicht daran dachte, seine Außen- und Militärpolitik den Postulaten der Wirtschafts- und Währungsstabilität unterzuordnen. Unkenntnis über konjunkturpolitische Zusammenhänge konnte jedenfalls nicht die Ursache dafür sein, daß jetzt zum falschen, ja wirtschaftlich schädlichen Zeitpunkt das seit 1933 langsam anlaufende Aufrüstungsprogramm beschleunigt und auf das zwei- bis dreifache des zivilen öffentlichen Investitionsvolumens ausgedehnt wurde. Selbst die Nationalsozialisten hatten 1932 durch ihren wirtschaftspolitischen Sprecher Gregor Straßer im Reichstag diese Gefahr angesprochen und für beherrschbar gehalten[46]: „Eine solche produktive Kreditschöpfung ist so lan-

[44] Reichsstatthalterkonferenz vom 6. 7. 1933, in: Die Regierung Hitler, S. 633.

[45] Vgl. Ernst Wagemann (Hrsg.), Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Berlin 1935, S. 52.

[46] Reichstagsrede am 10. 5. 1932, in: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2510c–2521a, S. 2519a.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ge unbedenklich, als ein starker sauberer Staat zur rechten Zeit abzudrehen und einer unerwünschten Entwicklung vorzubeugen in der Lage ist." Es zeigte sich nun, daß das Regime nicht „abdrehen", sondern erst richtig „aufdrehen" wollte und sich von den unter theoretischem Aspekt zu erwartenden wirtschaftlich und sozial „unerwünschten Entwicklungen" nicht in seiner Entscheidung für eine hemmungslose Aufrüstung beeinflussen ließ, sondern sie in Kauf nahm. Während die konjunkturelle Entwicklung mit ihrer Annäherung an den Zustand der Vollbeschäftigung nur mehr eine zurückhaltende Ausgabenpolitik des Staates geboten hätte, sprengte das Regime gerade jetzt den Rahmen des wirtschaftspolitisch zweckmäßigen Einsatzes von „deficit spending". Nun wurde deutlich, daß sich der NS-Staat bisher nicht aus konjunkturpolitischen Überlegungen mit Rüstungsausgaben zurückgehalten hatte, sondern lediglich von den Anlaufproblemen und Zeitbedürfnissen der wehrwirtschaftlichen Planung daran gehindert worden war, Arbeitsbeschaffung gänzlich auf dem Wege der Aufrüstung zu betreiben.

Rüstungsausgaben und ihre Finanzierung

Die Höhe der deutschen Rüstungsausgaben bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ist heftig umstritten[47]. Es gibt viele Ursachen dafür, daß die offiziellen Angaben, aber auch die zahlreichen Schätzungen weit auseinanderfallen. Fraglich ist, welche Ausgaben überhaupt als Rüstungsausgaben zu klassifizieren sind. Rüstungsausgaben umfassen neben der Summe aller Warenkäufe für die Wehrmacht auch die Betriebsausgaben zur Erhaltung von Baulichkeiten und Waffensystemen sowie Ausgaben zur Förderung rüstungsbezogener Forschung und Entwicklung. Schätzungen über die Höhe der Rüstungsausgaben, die dieser symbiotischen Verflechtung von privaten Unternehmen und ihren Verbänden mit der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation gerecht werden, sind sehr schwierig anzustellen. Auch umfaßt der Militärhaushalt keineswegs sämtliche Rüstungsausgaben des Staates; sie erscheinen indirekt auch in anderen Ressorts, sofern diese rüstungsrelevante Investitionen und sonstige Ausgaben tätigen. Zu diesem definitorischen Problem treten im deutschen Fall noch zwei weitere, eine präzise Quantifizierung erschwerende Eigenarten: Erstens bedingen der Instanzenpluralismus des NS-Regimes und die ihm eigene Konkurrenz der staatlichen und regimespezifischen Apparate untereinander eine weitere institutionelle Auffächerung der Rüstungsausgaben mit schwer zu überblickenden finanztechnischen Folgen. Zweitens existieren offizielle Angaben über die Höhe der Rüstungsausgaben lediglich bis 1933 – danach bestimmen Geheimhaltung und Verschleierung das Bild und machen eine gründliche Bestandsaufnahme durch die Forschung auch heute fast unmöglich.

[47] Die Angaben in der Literatur schwanken zwischen den Extremen 34,2 Mrd. RM in: Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (IMT), Bd. 41, Dok. Schacht – 7, Nürnberg 1949, S. 249, und 74 Mrd. RM in: Kuczynski, Studien, S. 132, für die Haushaltsjahre 1933/34 bis 1938/39.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Anteil der Wehrmachtsausgaben an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand stieg in den folgenden Jahren ständig an (1933: 4 Prozent, 1934: 18 Prozent, 1936: 39 Prozent), bis schließlich 1938, im letzten Vorkriegsjahr, nicht weniger als die Hälfte aller Staatsausgaben in die Rüstung floß[48]. Auch das Verhältnis der Rüstungsausgaben zu den öffentlichen Investitionen und zum Volkseinkommen machen diese Entwicklung deutlich[49]. Die von Hitler am Vorabend des Zweiten Weltkrieges genannte Rüstungsgesamtsumme von 90 Mrd. RM erweist sich damit zwar als weit übertrieben und eher als ein Mittel der psychologischen Kriegführung[50]. Doch sind auch ernsthafte Schätzungen der Rüstungsausgaben, die sich bis zur Hälfte (dies entspricht etwa dem gesamten Volkseinkommen von 1932, d. h. 45,1 Mrd. RM) dieser Phantasiezahl bewegen, eindrucksvoll genug, um das wirtschaftlich überzogene Ausmaß deutscher Aufrüstung zu illustrieren[51]. Die Rüstungsausgaben waren schließlich auch dafür verantwortlich, daß 1938 in Deutschland der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen mit 35 Prozent weit an der Spitze der westlichen Industriestaaten lag[52]. 1929 hatte dieser Anteil noch bei 23 Prozent gelegen. Es bedurfte schon außergewöhnlicher Maßnahmen, um dem Staat in so kurzer Zeit einen derart hohen Anteil am Sozialprodukt zu finanzieren und ihn gegen die Ansprüche des privaten Konsums und der privaten Investitionen auch güterwirtschaftlich durchzusetzen.

Unter den Finanzierungsinstrumenten der Aufrüstung haben die sogenannten Mefo-Wechsel eine berüchtigte Berühmtheit erlangt. Sie waren jedoch nur eine Methode unter vielen, um den Prozeß der Aufrüstung zu finanzieren und gleichzeitig vor den kritischen Augen des In- und Auslandes zu verschleiern. In der Frühphase des Regimes, als das Volumen der Rüstung noch klein war, konnten die Käufe von Rüstungsgütern aus Haushaltsmitteln und vor allem aus dem von Reichskanzler Kurt von Schleicher initiierten Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung finanziert werden. Mit dem Ende 1934 einsetzenden sprunghaften Anstieg der Rüstungsausgaben reichten diese Möglichkeiten nicht mehr aus. Das Regime griff deshalb immer stärker auf die Finanzierung durch Finanzwechsel zurück, denen durch Zwischenschaltung einer reichsbankfähigen „Adresse" scheinbar die Qualität „guter Handelswechsel" verliehen wurden, und die deshalb bei der Reichsbank zum Diskont eingereicht werden konnten.

---

48 Vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 117.

49 In Petzina/Abelshauser/Faust, Arbeitsbuch III, S. 149.

50 „Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden Reichsmark für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914! Mein Vertrauen auf sie ist unerschütterlich!" Vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II: Untergang, München 1965, S. 13, 15.

51 Siehe beispielsweise die neueren Schätzungen bei Overy, War, S. 203.

52 Vgl. Suphan Andic/Jindrich Veverka, The Growth of Government Expenditure in Germany since the Unification, in: Finanzarchiv N. F. 23/164 (1964), S. 243 u. 247f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für dieses Täuschungsmanöver stand eine Reihe von alten und neuen Einrichtungen zur Verfügung. Zu den bestehenden und nunmehr „umfunktionierten" Finanzierungsinstrumenten zählt die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Aufgaben A. G. (Öffa), die schon am 1. August 1930 mit einem Grundkapital von 150 Mio. RM gegründet worden war. Sie sollte die Krise durch „Errichtung und Ausbau wertschaffender Anlagen durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen im In- und Ausland" bekämpfen. Hinzu traten nun die „Metallurgische Forschungsgesellschaft mbH" (Mefo) und die „Handelsgesellschaft für Industrieerzeugnisse mbH" (Hafi), die im Juli 1933 bzw. November 1934 als Scheinfirmen von der Reichsbank gegründet wurden und deren Gesellschafter zu je $^1/_5$ bedeutende Rüstungskonzerne (Gewerkschaft August Thyssen, Fried. Krupp A. G., Siemens-Schuckert Werke, Gutehoffnungshütte Oberhausen A. G. und Deutsche Industriewerke Spandau GmbH) waren. Sie wurden mit einem bescheidenen Grundkapital von je 1 Mio. RM ausgestattet, auf das die Gesellschafter lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Stammeinlagen von 50 000 RM leisteten. Weil es sich bei den Gründungsfirmen um „erste Adressen" gemäß dem Reichsbankstatut handelte, war die Reichsbank formal in der Lage, Akzepte der Mefo zu refinanzieren, die zusätzlich die dritte Unterschrift eines Giranten, der Hafi, trugen. Sie gab ihnen damit den Charakter von Zahlungsmitteln. Firmen, deren Rüstungsaufträge nicht aus dem Haushalt oder aus Anleihen der öffentlichen Hand finanziert wurden, konnten Wechsel auf die Mefo ziehen und diese dann über eine Geschäftsbank bei der Reichsbank einlösen. Da sie als Handelswechsel galten, wurden der wahre Umfang staatlicher Rüstungsaufträge und ihr kreditärer Charakter verdeckt. Die Kreditmanipulation mit Mefo-Wechseln verstieß, wenn nicht gegen den Buchstaben, so gegen den Geist der geltenden Finanzverfassung. Dies allein macht sie noch nicht zu einem verwerflichen Instrument staatlicher Finanzpolitik. Auch die zivile Arbeitsbeschaffung war – nicht zum Schaden der Menschen – unter Umgehung des geltenden Reichsbankgesetzes finanziert worden. Dies war jedoch – zumindest anfangs – ganz offen geschehen. Die Mefo-Wechsel dagegen dienten der Verschleierung der Aufrüstung. Mefo-Wechsel zirkulierten von 1934/35 bis 1937/38 und erreichten zuletzt einen Umlauf von 12 Mrd. Reichsmark. Reichsbankpräsident Schacht, der als „Erfinder" der Mefo-Wechsel gilt, hatte ihre Ausgabe von Anfang an auf dieses Datum terminiert. Danach sollte der Versuch gemacht werden, den umlaufenden Bestand zu konsolidieren. Statt dessen wurde das Instrument der Mefo-Wechsel aber nur durch Methoden ersetzt, die im Sinne der Zielsetzung des NS-Regimes noch wirkungsvoller, weil unauffälliger und „geräuschloser", waren. Das Reich bezahlte Aufträge bei seinen Rüstungslieferanten mit Lieferschatzanweisungen, d.h. Schuldenpapieren des Staates mit halbjähriger Laufzeit, die im Bankensystem untergebracht wurden. Auch Steuergutscheine, wie sie in der ersten Phase der Arbeitsbeschaffungspolitik ausgegeben wurden, spielten noch einmal eine Rolle.

Das Regime wurde immer hemmungsloser in der Wahl der Mittel, je deutlicher sich der kommende Krieg abzeichnete und das Verschuldungsproblem in den Hintergrund treten ließ. Dies gilt auch für den Versuch, sich auf direktem Weg bei Sparkassen, Banken, Kreditgenossenschaften, Versicherungen (einschließlich der Sozialversi-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cherung) und sonstigen „Geld- und Kapitalsammelstellen" langfristigen Kredit zu verschaffen. Seit 1935 plazierte das Reich seine Anleihen nicht mehr beim sparenden Publikum, sondern bei eben jenen Geld- und Kapitalsammelstellen selbst. Praktisch alle Spar- und Versicherungsgelder wurden auf diesem „geräuschlosen" Wege abgeschöpft und durch mittel- und langfristige Schatzpapiere des Staates ersetzt. Die Sparer wurden damit, ohne es zu wissen, zu mittelbaren Gläubigern des Reiches. Während des Krieges haben auch Großbritannien und die USA dieses Verfahren in großem Stil angewandt. Es ist jedoch bezeichnend, daß es in Deutschland schon seit 1935 wirksam war. Das kreditpolitische Ermächtigungsgesetz vom Juni 1939 legalisierte nur noch in der Praxis längst Vollzogenes. Es beseitigte endgültig alle institutionellen Kontrollen staatlicher Kredit- und Finanzpolitik und setzte den Schlußpunkt einer Entwicklung, welche die Aufrüstung ohne nennenswerte Steuererhöhung und ohne offenen Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Wert der Reichsmark möglich machte.

Während der Jahre 1933 und 1934 hatte die staatliche Kreditaufnahme die Konsumchancen der Bevölkerung nicht vermindert, sondern erhöht, weil von ihr eine Initialwirkung auf die Produktion und damit auf die Entstehung von Masseneinkommen ausging. In dieser Phase und darüber hinaus bis zum Erreichen der Vollbeschäftigungsgrenze im Jahre 1936 ließ sich beides – der private und der staatliche Konsum – gleichzeitig ausweiten, zumal der 1933 verordnete und rigoros gehandhabte Lohnstopp die Expansion der privaten Nachfrage von Anfang an zügelte. 1936 änderte sich diese Lage: Vorher nicht genutzte Produktionskapazitäten und Arbeitskraftreserven waren jetzt im wesentlichen ausgelastet, so daß über die künftigen Prioritäten im Produktionsprogramm der deutschen Volkswirtschaft entschieden werden mußte. Im Prinzip war diese Entscheidung zwar schon 1933 gefallen, doch wurden nun auch direkte Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß erforderlich, um den wachsenden Staatsanteil zu Lasten des privaten Verbrauchs sicherzustellen. Diese Aufgabe übernahmen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft der „Neue Plan" des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht sowie in der Wirtschaftspolitik generell – unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsproduktion – der von Hermann Göring verantwortete „Vierjahresplan". Beide Maßnahmenbündel zielten darauf ab, die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Ausland – vor allem im Hinblick auf den kommenden Krieg – zu verringern und ihre Struktur sowie ihr Lenkungssystem entsprechend zu verändern.

Der Neue Plan

Der „Neue Plan" wurde 1934 aus der Notwendigkeit geboren, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und die Aufrüstung außenwirtschaftlich abzusichern: Eine Entwicklung des Außenhandels, die dem schnellen Aufschwung im Inneren entsprochen hätte, war angesichts geschrumpfter und noch immer schrumpfender Welthandelsströme vollkommen unrealistisch. Auch stiegen die Einkaufspreise für importierte Rohstoffe schneller als die Verkaufspreise deutscher Exporte. Deshalb versickerten die deut-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Gold- und Devisenreserven von 2,5 Mrd. RM (1929) bis auf einen kärglichen Rest von 165 Mio. RM im Jahre 1934. Vor diesem Hintergrund muß der Neue Plan gesehen werden: Er bedeutete praktisch die Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols, das die Importströme auf „volkswirtschaftlich wichtige", d. h. rüstungs- und ernährungswirtschaftlich notwendige Einfuhren lenkte, Exporte durch Prämien förderte und bilaterale Handelsverträge mit anderen Staaten abschloß. Für die beteiligten Vertragsstaaten versprach der Handel mit Deutschland gewiß ebenfalls Vorteile, doch glaubte das Reich in zweiseitigen Abkommen seine wirtschaftliche und politische Stärke besser ins Spiel bringen zu können. Im Sinne einer langfristig angestrebten (wehr)wirtschaftlichen Autarkie und der Schaffung eines deutschen Großwirtschaftsraumes schien die Umlagerung des deutschen Außenhandels von Westeuropa und Nordamerika nach Südosteuropa, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Nordeuropa auch strategisch bedeutsam. Das Deutsche Reich schuf sich ein wirtschaftsstrategisches Hinterland, das im Falle einer militärischen Auseinandersetzung im Westen weniger anfällig gegen Blockademaßnahmen war als die früheren Handelsströme und das gleichzeitig bereits jetzt eine mögliche Stoßrichtung künftiger deutscher Expansion wirtschaftlich vorbereitete.

Kaum ein Instrument des Neuen Plans mußte wirklich neu geschaffen werden. Sowohl Devisenkontrollen als auch die Methode der gezielten Ausfuhrförderung durch ein System von Teilabwertungen der Reichsmark waren bereits von Reichskanzler Brüning eingeführt worden. Die Idee der Autarkie war schon während der Krise weit verbreitet, weil sich kaum ein Land vom Außenhandel noch günstige Effekte versprechen konnte. Andererseits entspricht die nach 1934 eingetretene Entwicklung aber sehr weitgehend jenen Vorstellungen von Autarkie, die schon früher das nationalsozialistische Programm einer künftigen großraumwirtschaftlichen Neuordnung bestimmten. So sehr der Neue Plan auch als eine pragmatische deutsche Antwort auf die aktuelle Problemlage der Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren erscheint, so entsprach er doch auch zutiefst dem Geiste nationalsozialistischen Autarkiedenkens. Beides, Realität und Ideologie, findet sich gerade im „Neuen Plan" über weite Strecken in Übereinstimmung. Diese Konstellation ist für viele wirtschafts- und außenpolitische Problemlagen der dreißiger Jahre typisch und erklärt einen guten Teil der Anerkennung und Zustimmung, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik am Ausgang der Weltwirtschaftskrise fand.

Ganz im Gegensatz zu einer erfolgsbetonten Rhetorik des Vierjahresplans und zur zeitgenössischen Kritik des Auslandes an der angeblichen deutschen Ausplünderung des Balkan-Raumes unter der Ägide von Hjalmar Schachts Neuem Plan muß der Versuch einer wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas zum Vorteil des Reiches heute als gescheitert angesehen werden. Dies gilt einmal im Kontext der Göringschen Vierjahresplanung, die schon 1937 die großen Erwartungen auf die im südosteuropäischen Raum liegenden Möglichkeiten dämpfen mußte[53]. Es trifft aber auch

[53] Siehe den Briefwechsel zwischen Schacht und Göring am 5. und 22. 8. 1937, in: IMT, Bd. 36, S. 568–580 und 549–564. „Die einzige [. . .] vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe" der verfah-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf die Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem sogenannten Reichsmarkblock (Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Türkei und Jugoslawien) zu. Man muß nicht soweit gehen wie Alan Milward und von einer Ausbeutung der wirtschaftlichen Schwäche des Reiches durch die Balkanstaaten ausgehen[54], doch sprechen die wirtschaftlichen Fakten eine klare Sprache. Das Reich konnte weder sein Monopson als Abnehmer agrarischer Überschüsse noch sein Monopol als Anbieter von Investitionsgütern und Waffen in einseitige wirtschaftliche Vorteile umsetzen. Tatsächlich haben sich die Terms of Trade in den dreißiger Jahren signifikant *zugunsten* des „Reichsmarkblocks" verändert. Um mit Erdöl, Bauxit und Chromerzen beliefert zu werden, alles Güter, die durchaus weltmarktgängig waren, nahm Deutschland die agrarischen Überschüsse Südosteuropas zu Preisen ab, die zwischen 20 und 40 Prozent über dem Weltmarktniveau lagen[55]. Weil das Reich mit nicht-konvertiblen Sperrmark oder Askimark[56] bezahlte, mußte es für rumänische Sojabohnen oder türkische Nüsse ein Vielfaches dessen ausgeben, was andere Käufer in konvertierbarer Währung zu zahlen hatten. Deutschland sah sich deshalb gezwungen, immer größere Gütermengen nach Südosteuropa zu exportieren, um jeweils eine Einheit seiner Importe bezahlen zu können. Im jugoslawischen Fall stiegen z. B. die Importpreise von 1935 bis 1936 um 3,8 Prozent, während die Exportpreise um 2,9 Prozent fielen. Insgesamt gesehen mußte das Reich in diesem Jahr 5 Prozent mehr an Waren exportieren, um ein um 8 Prozent geringeres Einfuhrvolumen finanzieren zu können[57]. Von 1936 auf 1937 stiegen die Importpreise um 10,2 Prozent, während sich die Exportpreise nur um 3,6 Prozent erhöhten. Auch gelang es dem Reich nicht, Clearingdefizite in zweistelliger Millionenhöhe zu seinen Gunsten langfristig durchzusetzen, wie es zeitgenössische Kritiker vermuteten[58]. Tatsächlich wurden deutsche Clearingdefizite von den Geberländern nur dann akzeptiert, wenn sie mit vergleichbar hohen Bardeviseneinnahmen für das jeweilige

---

renen Situation sucht Hitler schließlich „in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes", der freilich nicht im Südosten, sondern in der Sowjetunion liegen sollte. Niederschrift des Obersten Hoßbach vom 10. 11. 1937 über eine Besprechung in der Reichskanzlei am 5. 11. 1937, in: IMT, Bd. 25, S. 404f.

[54] Vgl. Alan S. Milward, The Reichsmark Bloc and the International Economy, in: Der „Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 401. Ähnlich argumentieren Larry Neal, The Economics and Finance of Bilateral Clearing Agreements: Germany, 1934–1938, in: Economic History Review 32 (1979), S. 391–404, Philippe Marguerat, Le IIIe Reich et le pétrole roumain 1938–1940, Leiden 1977, und Werner Abelshauser, „Mitteleuropa" und die deutsche Außenwirtschaftspolitik, in: Buchheim/Hutter/James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit, S. 263–286.

[55] Vgl. Claude W. Guillebaud, The economic recovery of Germany, London 1939, S. 157f.

[56] ASKI = Ausländersonderkonten für Inlandszahlungen.

[57] Vgl. Société des Nations: Revue de la situation économique mondiale 1936/37, Genf 1937, S. 41.

[58] Vgl. Antonin Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, London 1944, S. 174; zur Höhe der deutschen Clearingdefizite siehe auch Max Langer, Die Finanzierung des Krieges: Quellen, Methoden und Lösungen seit dem Mittelalter bis Ende des zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945, Luzern 1950, S. 104f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Land verbunden waren[59]. Auch der Ausbruch des Krieges änderte nichts Wesentliches an dieser Lage. In den Kriegsjahren bezog Deutschland den Großteil seiner auswärtigen Ressourcen aus Frankreich und den anderen Ländern der späteren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – und nicht etwa aus Ost- und Südosteuropa[60].

Gewiß zog auch die deutsche Seite Vorteile aus der wirtschaftlichen Sonderbeziehung zum Reichsmarkblock. Vor dem Hintergrund des schrumpfenden Weltmarktes verdoppelte sich der Anteil der Importe aus den Ländern Mittel- und Südosteuropas in den Jahren 1932 bis 1938, der Anteil der Exporte in diese Länder nahm sogar um mehr als das Dreifache zu. Görings Vierjahresplan bezog von dort Rohstoffe nach dem Motto: „Koste es, was es wolle!" Ohne den Neuen Plan wäre das hohe Rüstungstempo nicht zu halten gewesen. Lebensmittelimporte zu höheren als den Weltmarktpreisen waren umso leichter zu verkraften, als auch die deutschen Agrarpreise weit über dem Weltmarktniveau lagen. Mit Hilfe der Sperrmark und der Askimark gelang es darüber hinaus, die Reichsmark de facto zu floaten und dennoch den überbewerteten Goldmarkkurs zur Bedienung der deutschen Auslandsschulden einzusetzen. Doch gerade dies entsprach auch den Interessen der Blockländer, die aus ähnlichen Motiven ebenfalls nicht der Pfundabwertung im September 1931 gefolgt waren. Tatsächlich fand der Neue Plan auf dem Balkan handelspolitische Instrumente vor, die mit der eigenen Außenwirtschaftspolitik kompatibel waren. Die meisten Balkanländer hatten den freien Devisenverkehr bereits 1931 aufgehoben. Staatliche Exportlenkung und bilaterale Clearingabkommen wurden nicht erst im Verkehr mit dem Deutschen Reich eingeführt[61].

Insgesamt lagen die wirtschaftlichen Vorteile also eindeutig auf seiten des Reichsmarkblocks, der die bilateralen Sonderbeziehungen zur Industrialisierung seiner zurückgebliebenen Volkswirtschaften nutzen konnte. Immerhin nahm der Industrialisierungsgrad im Donauraum langsam aber sicher zu, wobei das Hauptgewicht der Entwicklung in allen Ländern auf der Textilindustrie lag. Begünstigt wurden aber auch die chemische Industrie, die Metallindustrie und der Maschinenbau[62]. Das Argument, der bilaterale Handel mit Deutschland habe im Gegenteil den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum der Balkanstaaten eingeengt, geht an der Tatsache vorbei, daß es für die Länder des Reichsmarkblocks in den dreißiger Jahren keine realistische handelspolitische Alternative zum Bilateralismus gab.

---

[59] Vgl. Albrecht Ritschl, NS-Devisenbewirtschaftung und Bilateralismus in Zahlen, in: Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. v. Eckart Schremmer, Stuttgart 1993, S. 298f.

[60] Siehe dazu die präzise Auswertung der Devisenbilanzen durch Ritschl, NS-Devisenbewirtschaftung, S. 309f.

[61] Siehe dazu Roland Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: VSWG 62 (1975), S. 205ff.

[62] Vgl. Alice Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, München 1988, S. 138f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Vierjahresplan

Die Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke allein reichte nicht aus, um die Aufrüstung im geplanten Ausmaß und Tempo zu gewährleisten. Obwohl die Löhne seit 1933 auf dem niedrigen Krisenniveau eingefroren waren, wuchs mit der Wiedereingliederung von 6 Millionen Arbeitslosen bis 1936 doch die Massenkaufkraft unaufhaltsam an. Ohne entschiedene Eingriffe auch in dem Bereich der Binnenwirtschaft drohte die Ausdehnung des staatlichen Anspruches auf das Sozialprodukt an dieser Expansion der privaten Nachfrage zu scheitern. Als 1936 Versorgungsengpässe bei rüstungswirtschaftlichen Rohstoffen und bei Nahrungsmitteln eintraten und Treibstoffknappheit die Handlungsfähigkeit der Wehrmacht in Frage stellte, sollte der Vierjahresplan die akuten Probleme bewältigen, die „Selbstbehauptung unseres Volkes" mit wirtschaftlichen Mitteln sicherstellen und darüber hinaus „die endgültige Lösung [. . .] in einer Erweiterung des Lebensraumes – bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis" vorbereiten[63]. Mit dem Vierjahresplan baute das NS-Regime unter der Leitung von Hermann Göring ein „Führungsorgan der Gesamtwirtschaft"[64] auf, dem sich neben der staatlichen Wirtschaftsverwaltung auch Teile der privaten Wirtschaft unterzuordnen hatten.

Der Vierjahresplan bediente sich bestehender und neuer Instrumente, um Wirtschaftslenkung im Sinne der rüstungspolitischen Ziele des Regimes zu treiben. Dazu gehören Lohn- und Preispolitik, Arbeitskraftlenkung, Investitionslenkung durch Verbote, Auflagen und staatliche Direktinvestitionen sowie Devisenkontrolle und Verbrauchslenkung. In einer grundlegenden Denkschrift zur wirtschaftlichen Mobilmachung vom August 1936 setzte Hitler selbst – im Hinblick auf den kommenden Krieg – das Ziel, „100 %ige Selbstversorgung", wo immer dies irgend möglich erschien, herzustellen und damit innerhalb von vier Jahren die deutsche Armee einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft kriegsfähig zu machen. Dazu forderte er, durch Eigenproduktion Devisen einzusparen, damit wenigstens unabdingbare Importe bezahlt werden könnten; den Ausbau der deutschen Treibstoffindustrie innerhalb von 18 Monaten abzuschließen; die Massenfabrikation von synthetischem Kautschuk; den Ausbau der deutschen Eisenerzbasis und ähnliche Maßnahmen zur Selbstversorgung[65].

Damit wurde die deutsche Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Kosten programmiert auf das Ziel der Hochrüstung. Während die Phase der Arbeitsbeschaffung ex post als „1. Vierjahresplan" gedeutet wurde, sollte nun im „2. Vierjahresplan" die

[63] Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans (August 1936), in: Hans-Adolf Jacobsen/Werner Jochmann (Hrsg.), Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945, Bielefeld 1961, E, S. 2f.

[64] Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 114.

[65] Jacobsen/Jochmann, Dokumente. Denkschrift Hitlers, S. 4f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufrüstung institutionell abgesichert werden. Das Ergebnis dieser Bemühungen war keineswegs Planwirtschaft. Es entstand allenfalls staatliche „Kommandowirtschaft", die mit Hilfe von Teilplänen, neuen Bürokratien, die untereinander und mit den bestehenden Bürokratien der Großindustrie, der Wehrmacht und der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Konkurrenz standen und von Sonderbeauftragten mit immer weiterreichenden Vollmachten unter erheblichen Reibungsverlusten das bisherige, längst nicht mehr marktwirtschaftliche Lenkungssystem der Grundstoffindustrien ablöste.

Zum ersten Mal mußte auch die Privatwirtschaft weitgehende Eingriffe in die relative Autonomie hinnehmen, die sie trotz „Gleichschaltung" ihrer Verbände auch nach 1933 noch genossen hatte. Andererseits bestanden enge personelle und sachliche Verflechtungen einzelner Großunternehmen der Industrie mit der Vierjahresplan-Organisation, die in manchen Bereichen geradezu zu einer Privatisierung staatlicher Wirtschaftspolitik und zur Übernahme von Hoheitsaufgaben des Staates durch private Unternehmen führten. So übernahm die IG-Farbenindustrie AG nach 1938 in zentralen Bereichen des Vierjahresplans Planung und personelle Führung nahezu in die eigene Regie. Andere Unternehmen – vor allem im Konsumgütersektor – verloren allerdings im Zuge der Wirtschaftslenkung wesentliche wirtschaftliche Freiheiten. Selbst die private Verfügungsgewalt über die Investitionen wurde praktisch aufgehoben und ging auf den Vierjahresplan über. Im Konfliktfall galt, was Hitler in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan angekündigt hatte: „Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftlichen Aufgaben zu stellen, und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen. Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen."[66] Daß dies keine leere Drohung war, wurde deutlich, als sich die Stahlindustrie an der Ruhr 1937 weigerte, die Kapazität ihrer Hütten noch über das erreichte Maß hinaus zu erweitern[67]. Mit der Gründung der A. G. für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring" in Salzgitter, die bei der Zuteilung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Anlagegütern zu Lasten der Ruhrindustrie systematisch bevorzugt wurde, demonstrierte das NS-Regime seine Entschlossenheit, auch die Interessen der Großindustrie seinen Zielen unterzuordnen. Die Gründung des Volkswagenwerkes in der Nähe von Fallersleben kann ebenfalls als eine Antwort auf die Weigerung der deutschen Automobilindustrie gesehen werden, sich Hitlers ehrgeizige Motorisierungspläne mit dem erforderlichen Elan zu eigen zu machen[68].

Diese und andere Lenkungsmaßnahmen blieben nicht ohne Folgen für die Struktur und das Produktionsprogramm der deutschen Volkswirtschaft. Durch Investiti-

[66] Ebenda, S. 4.

[67] Vgl. „Denkschrift betreffend Reichswerke" und Protokoll der Diskussion über die Denkschrift in der Reichsgruppe Eisen schaffende Industrie am 24. 8. 1937, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), R 13I/597, Bll. 95–117.

[68] Vgl. Hans Mommsen/Manfred Grieger, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 129.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

onskontrollen und Rohstofflenkung gelang es zwar nicht, die volkswirtschaftliche Investitionsquote an sich zu erhöhen, doch stieg der Anteil der industriellen Anlageinvestitionen am Sozialprodukt deutlich an. Der Anteil der vom Vierjahresplan gelenkten Investitionen nahm dabei seit 1937 mehr als die Hälfte aller industriellen Investitionen ein. Gleichzeitig trat eine – rüstungswirtschaftlich erwünschte – Umschichtung von den Verbrauchs- und den Produktionsgüterindustrien ein. Paradoxerweise schuf der Vierjahresplan damit nicht nur die industrielle Infrastruktur der Aufrüstung, sondern legte auch die Grundlage für den schnellen Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach dem Kriege. Trotz erheblicher Zerstörungen während des Krieges, insbesondere seit 1943, blieb – dank des Investitionsbooms von beispiellosem Ausmaß – 1945 auf westdeutschem Gebiet ein industrieller Kapitalstock zurück, der den Vorkriegsstand immer noch um ein Fünftel übertraf[69] und wegen seines Schwergewichts im Produktionsgütersektor den Anforderungen des Wiederaufbaus in hohem Maße entsprach[70]. Im einzelnen entstand unter der Ägide des Vierjahresplans eine Reihe neuer Grundstoffindustrien, die – vor allem in den Sektoren Mineralöl, Leichtmetall und chemische Erzeugnisse – die Ausgangsstoffe der Rüstungsproduktion bereitstellten. Tatsächlich traten bis zur Kriegswende 1942/43 kaum Engpässe bei Roh- und Grundstoffen auf.

Insgesamt war die Planung der deutschen Wirtschaft aber weit weniger umfassend und das Übergewicht der Wehrwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft geringer, als es das Regime in den späten dreißiger Jahren dem Ausland vorspiegeln wollte. Gerade diese Taktik war jedoch nicht ganz erfolglos: Der Vierjahresplan vermittelte im Ausland den Eindruck einer auf Hochtouren laufenden und auf Autarkie gerichteten, kriegsbereiten Volkswirtschaft, der man – wie man dort glaubte – nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte, und ermöglichte somit dem Regime eine Außenpolitik des äußersten Risikos.

An die Landwirtschaft stellte dieser Kurs vor allem eine Forderung: Sicherung der Ernährungsbasis durch Autarkie. Die Verminderung der Abhängigkeit vom Ausland verfolgte nicht nur unmittelbar wehrpolitische Ziele. Die Landwirtschaft sollte in erfolgreichen „Erzeugungsschlachten" auch zur Entlastung der Handelsbilanz beitragen und Devisen für Rüstungsimporte freimachen. Tatsächlich trat aber das Gegenteil ein: Eine ungünstige Entwicklung der Terms of Trade und sinkende Ernteerträge im Herbst 1934 verschlechterten die Devisenlage des Dritten Reiches dramatisch. Doch auch bei steigender Agrarproduktion gelang es nicht, die Importabhängigkeit auf dem Gebiet der Lebensmittel zu verringern. Der Konjunkturaufschwung ließ die Nachfrage nach Lebensmitteln so schnell wachsen, daß nur umfangreiche Importe den Bedarf decken konnten. 1935/36 erreichte die Devisenknappheit deshalb Ausmaße, welche die gesamte Rüstungspolitik zu gefährden schienen. Um eine Bewirtschaftung wichtiger Nahrungsmittel zu verhindern, wurde nun die Agrarpolitik fak-

[69] Vgl. Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt a. M. 1983, S. 20.

[70] Vgl. Werner Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Stuttgart 1975, S. 118.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tisch dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, unterstellt. Mit preispolitischen Mitteln, d.h. unter anderem durch Senkung der Preise für Düngemittel und Anhebung der Erzeugerpreise für Agrarprodukte, sollten den Bauern Produktionsanreize geschaffen werden. Wo das nicht ausreichte, griff die NS-Agrarpolitik auch zum Mittel der Lenkung durch Aufhebung der freien Verfügungsgewalt des Bauern über seinen Besitz. Daneben wurden alle Anstrengungen unternommen, um den im internationalen Vergleich niedrigen Grad der Mechanisierung in der deutschen Landwirtschaft zu erhöhen. Trotz gewisser Erfolge hielt sich die Produktivitätssteigerung der deutschen Landwirtschaft allerdings in Grenzen.

Dagegen waren die Bemühungen der NS-Propaganda, den Verbrauch der Bevölkerung an Mangelgütern (z. B. Fleisch) auf reichlich vorhandene (z. B. Fisch), von importierten Nahrungsmitteln (z. B. Weizenmehl) auf Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft (z. B. Kartoffeln), von höherwertigen (z. B. Fett) auf geringwertige Ernährungsgüter (z. B. Marmelade) zu lenken, nicht ganz erfolglos. Tatsächlich verdreifachte sich der Absatz von Marmelade bis 1937/38. Der Fischkonsum stieg ebenfalls beträchtlich, wohingegen der Fettverbrauch bis 1940 um 15 Prozent zurückging[71]. Verglichen mit den Verhältnissen im Ausland waren die deutschen Ernährungsgewohnheiten äußerst bescheiden. Die Engländer aßen mehr Fleisch, Weißbrot, Zucker und Eier, während in Deutschland vor allem Kohl, Roggenbrot, Kartoffeln und Margarine auf den Tisch kamen. Auch im Vergleich mit Weimarer Verhältnissen schnitt die Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln im NS-Staat schlecht ab. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch lag 1938 (48,6 kg) noch immer unter dem 1929 üblichen Standard (51,7 kg). Dennoch wurde dieser Zustand zwar nicht ohne Murren, aber ohne größere Proteste hingenommen, weil sich viele Zeitgenossen an die Verhältnisse während der Krise (1930: 43,5 kg) noch allzu gut erinnerten.

Die Gunst des niedrigen Ausgangsniveaus in der Krise kam den Zielen des Vierjahresplans ganz allgemein zugute. Der gewaltige Umfang brachliegender Ressourcen an Arbeitskräften und Technologie machte beides möglich: stetig, wenn auch langsam steigenden Lebensstandard *und* schnelle, wenn auch nicht planmäßige Aufrüstung. Die Orientierung an der Formel „Kanonen *und* Butter" war neben Terror und Manipulation das solideste Fundament der Stabilität des Regimes. Auch unter diesem Aspekt wird der wirtschaftspolitische Erfolg der Arbeitsbeschaffung zu einer Grundvoraussetzung nationalsozialistischer Politik. Der Vierjahresplan hatte die Aufgabe, dieses ökonomische Potential nach dem Motto einzusetzen: „Soviel Butter wie nötig, soviele Kanonen wie möglich". Dieser Kurs, ein Balanceakt zwischen innenpolitischer Stabilität und einer Außenpolitik der Stärke, ist im großen und ganzen gelungen, auch wenn die geplanten Produktionsziele nicht ganz erreicht wurden und die deutsche Volkswirtschaft am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nicht weniger vom Ausland abhängig war als Anfang der dreißiger Jahre. Wenn die hochgesteckten Rüstungsziele verfehlt wurden, so lag dies nicht nur an den auch für den Vierjahresplan – wie für das NS-Regime überhaupt – typischen organisatorischen Reibungsver-

[71] Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 176.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lusten durch konkurrierende Planung und Befehlsgebung. Die deutsche Diktatur entwickelte eine fast ängstliche Sensibilität für die Stimmung innerhalb der Bevölkerung und stützte kurzfristig den Lebensstandard auch auf Kosten rüstungsrelevanter Rohstoffimporte. Es muß im Sinne der NS-Politik allerdings als Erfolg gelten, daß die Importabhängigkeit auf dem niedrigen Stand der Weltwirtschaftskrise gehalten werden konnte, obwohl die deutsche Wirtschaft nach 1933 in bisher nicht gekanntem Tempo expandierte. Schließlich war der Vierjahresplan im Sinne seiner Väter auch deshalb erfolgreich, weil er die außenpolitische Handlungsfreiheit des Regimes erweiterte, indem er schon zu einem frühen Zeitpunkt Kriegsbereitschaft und wehrwirtschaftliche Autarkie vortäuschte.

Bis weit in den Krieg hinein (1942) blieb das Regime auf seinem vorsichtigen Kurs, den es offenbar mit Rücksicht auf die innenpolitische Stabilität für geboten hielt. Deshalb von „Friedenswirtschaft im Kriege" zu sprechen wäre aber ebenso irreführend wie das Etikett „Kriegswirtschaft im Frieden", das im Hinblick auf die wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen und die Finanzierungsmethoden für die zweite Hälfte der dreißiger Jahre verwendet worden ist. Treffender für den Zustand der deutschen Wirtschaft bis 1942 ist vielmehr der Hinweis auf beides: Im System der nationalsozialistischen Wirtschaft finden sich sowohl Elemente der Kriegs- als auch der Friedenswirtschaft. Die Entscheidung für letztere war nicht beabsichtigt, zur Stabilisierung des Systems aber unumgänglich. Eine Entscheidung für die Kriegswirtschaft wurde schon früh gefällt, aber bis 1942 nicht mit letzter Konsequenz durchgesetzt oder aber noch nicht realisiert. Dies erklärt zum einen das „Rüstungswunder", das unter der Ägide des Rüstungsministers Albert Speer nach 1942 durch die Intensivierung der Kriegswirtschaft noch einmal möglich wurde. Dies macht aber auch deutlich, daß die konkreten Erfahrungen im Alltag der Zeitgenossen, vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, nach 1933 mehr durch die Verbesserung des Lebensstandards im weitesten Sinne als durch drückende Rüstungslasten geprägt waren.

3. Mobilisierung für den Krieg – Erbe der Nachkriegszeit

Kriegswirtschaft und Rationalisierung

Mit der quasi amtlichen Darstellung der Entwicklung der deutschen Industrie im Kriege, die Rolf Wagenführ schon 1945 im Manuskript vorlegte, wurde die Forschung über die deutsche Kriegswirtschaft entscheidend beeinflußt. Der Leiter der Industrieabteilung des Berliner Instituts für Konjunkturforschung charakterisierte die kriegswirtschaftlichen Anstrengungen der Jahre 1939 bis 1941 als „Friedenswirtschaft im Krieg"[72]. Zwar ließ auch er keinen Zweifel daran, daß das Regime den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft nicht völlig reibungslos gestalten

[72] Wagenführ, Industrie, S. 25.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte. Immerhin fiel die Zahl der industriell Beschäftigten von 1939 auf 1940 um 10 Prozent[73]. Im Vergleich dieser relativ geringen kriegsbedingten Störung des Produktionsprozesses mit der Katastrophe des „Kriegsstoßes", dem die deutsche Kriegswirtschaft nach dem August 1914 ausgesetzt war, fiel es Wagenführ jedoch leicht, der ersten Generation von Forschern zu suggerieren, daß das NS-Regime bis 1941 im großen und ganzen der Devise „business as usual" folgte.

Wagenführ war auch der erste, der auf die Schwankungen in der Rüstungsproduktion der ersten Kriegsphase hinwies, die angeblich ganz dem Rhythmus der Blitzkriegstrategie folgte. Nach dieser Interpretation wurde die Herstellung von Waffen und Munition nach dem Sieg über Frankreich absichtlich reduziert, während die Produktion von Konsumgütern auf Friedensniveau gehalten wurde[74]. Auch die Veränderungen im Gewicht der einzelnen Industriegruppen an der industriellen Nettoproduktion scheinen diese Position zu stützen[75]. Der Anteil der engeren Rüstungsindustrie, der 1940 noch bei bescheidenen 16 Prozent lag, stagnierte im Jahre 1941. Die Konsumgüterindustrie lag vergleichsweise unverändert bei rund 30 Prozent. Entscheidende Veränderungen weist die Entwicklung vor allem zugunsten der Grundstoffindustrie auf, während die Bauindustrie deutlich einbricht.

Für die Annahme, daß Deutschland verspätet in die Mobilisierung eines totalen Krieges eintrat, spricht noch ein anderes Argument. In der Zeit von Anfang 1942 bis Sommer 1944 verdreifachte sich zwar die deutsche Kriegsproduktion[76], doch war sie selbst in dieser Zeit, wie Alan Milward zu Recht betont, nicht in der Lage, ihr Potential voll auszunutzen: „Weder theoretisch noch in der wirklichen Welt des Krieges hatte die deutsche Rüstungsanstrengung, als sie schließlich ermattete, ihre äußerste Grenze erreicht."[77]

Andere Indikatoren zeigen in dieselbe Richtung, widersprechen aber dem Wagenführschen Erklärungsansatz. Es ist zwar richtig, daß die Konsumgüterproduktion erst 1942 signifikant zurückging. Schon Ende 1940 lieferten die meisten Konsumgüterbranchen aber 40 bis 50 Prozent ihrer Erzeugung an das Militär und stellten entsprechend wenig dem zivilen Verbrauch zur Verfügung[78]. Dies läßt sich aus der Verteilung der Arbeitskräfte auf jene Industriezweige schließen, die an der Erfüllung militärischer Aufträge arbeiteten[79]. Daraus wird deutlich, daß die größte Verschiebung in Richtung Kriegswirtschaft von 1939 auf 1940 stattfand. Das Produktionsniveau der Konsumgüterindustrie kann daher nicht als Beleg für die Hypothese von der „Friedenswirtschaft im Krieg" dienen.

---

[73] Vgl. USSBS, Effects, S. 202, 204, 206, 210 (Tab. 1, 3, 5, und 9 im Anhang).
[74] Vgl. Wagenführ, Industrie, S. 26.
[75] Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 187.
[76] Vgl. USSBS, Effects, S. 283, und Wagenführ, Industrie, S. 178–181.
[77] Alan S. Milward, War, Economy and Society 1939–1945, Berkeley/Los Angeles 1977, S. 82.
[78] Vgl. Richard Overy, Mobilization for total war in Germany, 1939–1941, in: English Historical Review 103 (1988), S. 626–629.
[79] Vgl. Overy, War, S. 294.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß der Lebensstandard 1939 und 1940 nicht länger auf Friedensniveau gehalten werden konnte, läßt sich klar anhand direkter Indikatoren nachweisen. Die statistischen Meßziffern des realen Pro-Kopf-Verbrauchs gingen schon 1939 zurück und lagen 1941 mindestens um ein Fünftel unter der Vorkriegshöhe[80]. Bezieht man die Zahlen auf das Gebiet Großdeutschlands, zeichnet sich diese Entwicklung sogar noch deutlicher ab. Die rasch einsetzende Rationierung verdeckte allerdings zeitweise den Anstieg der Verbraucherpreise[81] und Mangelerscheinungen auf dem Gebiet der Ernährung[82]. Ab 1941 ließen sich aber weder der Anstieg der Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel und ganz besonders Bekleidung noch die Einschnitte im Kalorienwert der Rationen verheimlichen.

Die langsame Entwicklung der Industrieproduktion am Beginn der vierziger Jahre ist ebenfalls als ein Beleg für „Friedenswirtschaft im Krieg" gewertet worden. Tatsächlich stagnierte die Industrieproduktion zwischen 1939 und 1942 im großen und ganzen[83]. Dies kann aber damit erklärt werden, daß der Ausbau der deutschen Kriegsindustrie im September 1939 zwar schon mit voller Kraft lief, dieser Prozeß aber bei weitem noch nicht abgeschlossen war. Die deutsche Industrie war noch nicht kriegsbereit. Gewaltige Projekte, wie die Programme zur Erzeugung synthetischer Treibstoffe und synthetischen Kautschuks („Buna"), der Ausbau der chemischen Werke für die Produktion von Sprengstoff, die Errichtung der „Reichswerke-Hermann-Göring" in Salzgitter und anderer Werke, die zur besseren Nutzung einheimischer Eisenerze beitragen sollten, sowie der Neubau zahlreicher Fabriken für die Massenproduktion von Waffen waren seit Mitte der dreißiger Jahre im Gange, zu Kriegsbeginn aber teilweise noch weit von der Fertigstellung entfernt. Sie zogen große Mengen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit auf sich, ohne selbst schon zur laufenden Erzeugung von Waffen wesentlich beizutragen. Die Arbeitsproduktivität im Rüstungssektor fiel deshalb zwischen 1939 und 1941 um ein Viertel[84]. Zeitweilig nahm die Produktion von Waffen viel langsamer zu als der Ausbau der Kapazitäten, die zu ihrer Produktion errichtet wurden[85]. In dieselbe Richtung weist die Tatsache, daß ebenso aufwendige wie ehrgeizige zivile Projekte, wie der Bau des Reichsautobahnnetzes und des Volkswagenwerkes oder auch der ambitiöse Ausbau der Reichshauptstadt, unter den permissiven Bedingungen der Blitzkriegphase nicht eingestellt wurden.

Noch hinderlicher als diese Verzögerung der deutschen Kriegsbereitschaft war die Übertragung des polykratischen Modells der Herrschaftsausübung, das für das NS-Regime insgesamt typisch war, auch auf die Kriegswirtschaft. Bei Kriegsausbruch

[80] Vgl. ebenda, S. 278.

[81] Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957, S. 470–471.

[82] Siehe Hans-Joachim Riecke, Ernährung und Landwirtschaft im Krieg, in: Werner Picht (Hrsg.), Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1953, S. 337.

[83] Vgl. Petzina/Abelshauser/Faust, Arbeitsbuch III, S. 61.

[84] Vgl. die Berechnungen von Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. II, Berlin (Ost) 1985, S. 265f.

[85] Vgl. Overy, War, S. 346.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kämpften mächtige Instanzen der Kriegswirtschaft um die knappen Ressourcen: Walther Funks Wirtschaftsministerium, das Wirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht unter General Georg Thomas und Hermann Görings Vierjahresplanorganisation. Unterhalb dieser Spitzenebene verstärkten weitere 27 Reichsstellen die vorherrschende Planungsanarchie. Hinzu kam, daß das Beschaffungswesen vorrangig in den Händen der jeweiligen Teilstreitkräfte, also der Waffenämter des Heeres, der Marine und der Luftwaffe lag. Die Führungsrolle des Militärs in der Kriegswirtschaft, die sich daraus ergab, begründete den Vorrang militärischer Überlegungen über wirtschaftliche Notwendigkeiten und mündete in zahllose Konflikte zwischen den drei konkurrierenden Polen der Kriegswirtschaft.

Vor diesem Hintergrund wurde im März 1940 das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition gegründet. Obwohl es sich mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem OKW die Kompetenz für Rüstungsfragen teilen mußte, filterte es doch die miteinander konkurrierenden militärischen Ansprüche und trug so zu einer besseren Koordination der deutschen Kriegswirtschaft bei. Als Albert Speer im Februar 1942 dieses Amt antrat, wurde er gleichzeitig zum Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan ernannt, so daß endlich alle Fäden in einer Hand zusammenliefen – wenn auch vorläufig erst für die Heeresrüstung, die nur knapp die Hälfte des Gesamtvolumens der Rüstung aller drei Teilstreitkräfte der Wehrmacht ausmachte. Inzwischen hatten die Reformen, die sein Vorgänger Fritz Todt eingeleitet hatte, bereits eine neue organisatorische Struktur der Rüstungsproduktion geschaffen, die stärker von der Privatindustrie gestaltet werden konnte: das System der Ausschüsse und Ringe nahm Gestalt an. Mit der Umbenennung in „Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion" trug Speer im September 1943 der Tatsache Rechnung, daß sein Haus zum „Produktionsministerium" geworden war, das in den von Spitzenmanagern der Privatindustrie „selbstverwalteten" Rüstungsausschüssen und -ringen über eine Mittelinstanz verfügte, die als wehrwirtschaftliche Lenkungsinstanzen praktisch an die Stelle der von Militärs geführten regionalen Rüstungsinspektionen und -kommandos traten. Das gleichzeitig geschaffene „Planungsamt" sicherte dem „Produktionsminister" mehr Einfluß auf die „Zentrale Planung", einem Kollegialgremium aller Großauftraggeber der Industrie (OKW, Bahn, Post, Generalbevollmächtigte wichtiger Wirtschaftsbranchen und -sektoren), dessen Entscheidungen es vorbereitete. Im September 1943 war die Reorganisation der deutschen Kriegswirtschaft abgeschlossen und die gesamte Macht auf Speers Ministerium konzentriert – mit Ausnahme der Zuständigkeit für den von Gauleiter Fritz Sauckel organisierten Arbeitseinsatz und die Rüstungsfabriken der SS.

1942 liefen also zwei Rationalisierungsstränge in der deutschen Kriegswirtschaft zusammen und lösten eine gewaltige Expansion der Rüstungsproduktion aus: Zum einen die organisatorische Rationalisierung, die aus der Bereinigung der unübersichtlichen und kontraproduktiven Kommandostruktur im militärischen Beschaffungswesen resultierte, und zum anderen die technische Rationalisierung in der Rüstungsindustrie selbst, die mit den großen Investitionsprojekten in der Mitte der dreißiger Jahre einsetzte, sich aber erst jetzt auszuwirken begann. Damit wurden die techni-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Voraussetzungen für Massenproduktion geschaffen, die es endlich ermöglichten, Großserien in der Waffenherstellung aufzulegen. Die organisatorische Rationalisierung führte gleichzeitig u. a. auch zu einer Konzentration der Produktion auf die Unternehmen, die am effizientesten organisiert waren und beste Produktivitätsziffern auswiesen. 1941 produzierten fast alle deutschen Rüstungsbetriebe noch im Ein-Schicht-System. Durch die Vereinfachung der Fertigungsmethoden und durch technische Veränderungen in den Waffenprogrammen wurde es nun ökonomisch sinnvoll, lange Produktionsserien aufzunehmen. Das Ministerium drängte auch auf die Einführung des Mehrschichtensystems und auf die bessere Ausnutzung bereits vorhandener Arbeitsplätze und Fabrikanlagen. 1942 waren noch 1,8 Millionen Arbeiter mit dem Bau neuer Fabriken beschäftigt, die durch eine rationalere Nutzung bereits bestehender Kapazitäten überflüssig wurden[86].

Beide Rationalisierungsstränge wirkten zusammen und steigerten die Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf dem Rüstungssektor derart, daß dort 1944 der Pro-Kopf-Ausstoß eines Arbeiters mindestens 60 Prozent über dem Niveau von 1939 lag und sich der niedrige Stand von 1941 sogar mehr als verdoppeln ließ[87]. Dies hebt sich nach 1942 deutlich von der schwachen Produktivitätsentwicklung anderer Zweige der deutschen Schwerindustrie ab[88]. Bezieht man alle deutschen Kriegsanstrengungen in die Rechnung ein, wird deutlich, daß Deutschland 1943 nicht weniger als 70 Prozent seines nominellen Bruttosozialproduktes für Kriegszwecke mobilisierte[89]. Berücksichtigt man darüber hinaus jene zusätzlichen Ressourcen, die aus den besetzten Gebieten herausgezogen wurden, sowie andere ausländische Quellen[90] und bezieht die deutschen Kriegskosten auf alle *verfügbaren* Ressourcen und nicht auf das Bruttoinlandsprodukt allein, dann geht der militärische Anteil zwar etwas zurück, liegt aber immer noch bei erstaunlich hohen 60 Prozent. Diese sehr hohe Mobilisierungsquote wäre ohne die beiden Rationalisierungsschübe nicht möglich gewesen, die 1942 auf der Basis früherer Investitionen in neue Rüstungsprojekte zum Tragen kamen.

Eine wesentliche Absicht der neuen Vereinfachungs-, Standardisierungs- und Reorganisationsprogramme für den Produktionsprozeß zielte auf den rationaleren Einsatz von Arbeitskräften. Arbeitskraft im allgemeinen und qualifizierte Arbeit im besonderen erwies sich nach 1942 als der wesentliche Engpaß der Kriegsindustrie. Bis dahin beschränkte sich der Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern, der nötig wurde, um die durch Einberufungen zur Wehrmacht aufgerissenen Lücken zu schließen, hauptsächlich auf die Landwirtschaft, wo berufliche Qualifikation nicht so sehr maßgebend war. Erst seit 1943 überwog der Anteil von Fremd- und Zwangsarbeit in der

[86] Vgl. ebenda, S. 358.
[87] Vgl. Eichholtz, Geschichte, S. 265 f.
[88] Vgl. ebenda und Petzina/Abelshauer/Faust, Arbeitsbuch III, S. 62, sowie USSBS, Effects, S. 228.
[89] Vgl. Klein, Preparations, S. 257.
[90] Vgl. Fritz Federau, Der Zweite Weltkrieg: seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962, S. 33.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Industrie denjenigen der Landwirtschaft. 1945 machte Fremd- und Zwangsarbeit nicht weniger als 25 Prozent der industriellen Beschäftigung und 20 Prozent aller zivilen Verwendungszwecke von Arbeitskraft aus[91]. Erst der Erfolg der Rationalisierungsanstrengungen machte diese Entwicklung möglich. Mit dazu beigetragen haben mag auch die Tatsache, daß dequalifizierende Rationalisierungsfolgen leichter auf Personen überwälzt werden konnten, die sich nicht offen gegen derartige Wirkungen der neuen Produktionsmethoden wehren konnten.

Fertigungsmethoden

Es gehört zu den Paradoxien der deutschen Kriegswirtschaft, daß sie weit über die Rüstungsanstrengungen der ersten Hälfte der vierziger Jahre hinaus auch Voraussetzungen für einen raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach 1945 geschaffen hat. Unter dem Druck der militärischen Erfordernisse und der drohenden Niederlage gelang es der deutschen Industrie, auch innovative Kräfte freizusetzen, die sich in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren unter den restriktiven Rahmenbedingungen der Weimarer Wirtschaft nicht entfalten konnten. Dies gilt insbesondere für die Einführung neuer Management- und Fertigungsmethoden. Auf diesem Gebiet war die deutsche Wirtschaft zwar traditionell hoch entwickelt, doch ist sie bis weit in die dreißiger Jahre hinein über theoretische Sandkastenspiele und technische Experimente nicht hinausgekommen. Bei Ausbruch des Krieges lag die deutsche Rüstungswirtschaft deshalb in Fragen der Massenfertigung, gemessen an den anglo-amerikanischen Verhältnissen, noch weit zurück. Ab Herbst 1941 gelang es dann aber, den Rationalisierungsvorsprung der Gegner deutlich zu verkürzen, um spätestens Ende 1943 ein vergleichbares technisch-organisatorisches Niveau zu erreichen[92]. Freilich stand das Fenster zur Spitzengeltung nur für kurze Zeit offen. Ab 1944 scheiterte die Aufnahme neuer Serienfertigungen oft an Facharbeitermangel und an Rohstoffknappheit. Ein Beispiel dafür ist der mühsame und letzten Endes fehlgeschlagene Aufbau einer neuen, „vollautomatischen" Waffenfabrik der Fried. Krupp AG, des Berthawerkes bei Breslau. Auch wenn die deutsche Rüstungswirtschaft deshalb zu keinem Zeitpunkt während des Krieges den Fortschritt in den Produktionsmethoden in Überlegenheit umsetzen konnte, ändert das nichts daran, daß dieser einmal erreichte Standard der technischen Organisation nunmehr allgemein zur Verfügung stand – freilich erst nach 1945, oder besser nach Einsetzen des sich selbst tragenden Wachstumsprozesses am Ende der Koreakrise.

Ein Beispiel dafür ist die Kraftfahrzeugindustrie. In ihr manifestierte sich während der Weimarer Republik am klarsten die Diskrepanz zwischen technischem Ethos und wirtschaftlichen Zwängen. Zwar waren – wie auch in der übrigen Industrie – das or-

[91] Vgl. USSBS, Effects, S. 202, 204, 206, 210 (Tab. 1, 3, 5 und 9 im Anhang).

[92] Vgl. Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1979, S. 462. Zum internationalen Vergleich siehe Mark Harrisson (Hrsg.), The Economics of World War II. Six great powers in international comparison, Cambridge 1998.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganisatorische und technische Know-how ebenso wie ein hoher Ausbildungsstand der Belegschaften und nicht zuletzt ein starkes Interesse an den neuen „fordistischen" Methoden der industriellen Beziehungen und der Massenproduktion vorhanden. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen standen jedoch der Umsetzung dieser neuen Konzepte in die Praxis entgegen. Die Einführung der Fließ- und Fließbandarbeit ging deshalb nur sehr zögerlich voran, obwohl die ersten Schritte schon 1923 gemacht worden waren. Erst das „deutsche Wirtschaftswunder" der dreißiger Jahre und zuletzt, und mit noch mehr Durchschlagskraft, die Kriegswirtschaft der frühen vierziger Jahre, schafften den Durchbruch und sorgten dafür, daß die deutsche Industrie diese technischen Möglichkeiten nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis beherrschen lernte[93].

Mindestens ebenso wichtig für die partielle Effizienz der Kriegswirtschaft und den Erfolg der westdeutschen Industrie nach 1945 ist die Reform des wirtschaftlichen Lenkungs- und Planungssystems im Rahmen der industriellen Verbände. Das System der „korporativen Marktwirtschaft" des Kaiserreichs, das der deutschen Wirtschaft des augehenden 19. Jahrhunderts ihre spezifische Dynamik verliehen hatte[94], war in der Weimarer Republik zu einer Karikatur des Verbändestaates verkommen und nahm – unter der Herrschaft des „Staatskorporatismus" im Dritten Reich zur „Kommandowirtschaft" pervertiert – weiteren Schaden. Ein wesentlicher Teil der Reform, die unter der Ägide des Todtschen Ministeriums für Bewaffnung und Munition 1940 begann und in der „Ära Speer" fortgesetzt wurde, bestand nicht zuletzt darin, die staatliche Bevormundung und Gängelung der Wirtschaft zugunsten von mehr industrieller Selbstverwaltung zurückzudrängen. Das System der Ausschüsse und Ringe griff zwar ebenfalls massiv in die Autonomie der einzelnen privaten Unternehmen ein, stärkte aber gleichzeitig die korporative Ebene der Wirtschaftsverbände, ohne die Prärogative des Speerschen „Produktionsministeriums" anzutasten. Das „System Speer" verschaffte auch seinen „Wirtschaftsführern" mehr unternehmerischen Handlungsspielraum und brachte unter den Bedingungen des totalen Wirtschaftskrieges einen neuen Typus des jungen, selbstverantwortlich handelnden Managers hervor („Speers Kindergarten"), der auch in der Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 weitgehend auf seinem Posten blieb. Diese in der Ära Speer entstandene Kriegs-Ordnungspolitik hatte nicht zuletzt den Vorzug, mit dem reformliberalen Geist der „Sozialen Marktwirtschaft" kompatibel zu sein. Letztere war – wenn auch nicht unter diesem Namen – nach 1932 zu einem alternativen Angebot deutscher Ordnungspolitik geworden und beeinflußte an den Universitäten, in den Konjunkturforschungsinstituten und den volkswirtschaftlichen Stabsabteilungen der Großbanken und der Groß-

[93] Vgl. Werner Abelshauser, Two Kinds of Fordism: On the Differing Roles of the Automobile Industry in the Development of the Two German States, in: Fordism Transformed. The Development of Production Methods in the Automobile Industry, hrsg. von Haruhito Shiomi und Kazuo Wada, Oxford 1995, S. 269–296.

[94] Vgl. Werner Abelshauser, Wirtschaftliche Wechsellagen, Wirtschaftsordnung und Staat: Die deutschen Erfahrungen, in: Staatsaufgaben, hrsg. von Dieter Grimm, Baden Baden 1994, S. 199–232.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

industrie schon während des Dritten Reiches das wirtschaftliche Denken von Unternehmern und Managern[95]. Nach 1945 wirkten alle drei Elemente der Speerschen Reform des Lenkungs- und Planungssystems zusammen an der Entstehung jener spezifischen Mischung westdeutscher Ordnungspolitik mit, die das deutsche System der korporativen Marktwirtschaft in neuem Glanz erstrahlen ließ[96].

Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte

Obwohl das NS-Regime sich auf die Herstellung der wirtschaftlichen Voraussetzungen des Krieges um Lebensraum und Weltmachtstellung konzentrierte, hat es gleichzeitig auch wirtschaftliche und soziale Großprojekte verfolgt, die zumindest partiell in Konkurrenz zu den Rüstungsanstrengungen standen und ihre Früchte erst in der Nachkriegszeit trugen. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Sozialpolitik entspricht dem die Reform der industriellen Berufsausbildung, deren langfristige Auswirkungen noch höher zu veranschlagen sind. Die Reform der Berufsausbildung wurde seit den zwanziger Jahren von den Gewerkschaften, aber auch von konservativen Kräften im Umfeld der Schwerindustrie propagiert. Zu letzteren zählte vor allem das Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (DINTA), dessen Leiter Karl Arnhold enge Verbindungen zur Schwerindustrie, aber auch zum aufkommenden Nationalsozialismus hatte. 1933 wurde DINTA folgerichtig als Amt für Betriebsführung und Berufserziehung (ABB) in die DAF integriert. Dieses setzte die Vorstellungen des DINTA Zug um Zug in die Praxis um[97]. Im November 1936 wurden alle metallverarbeitenden Unternehmen und Betriebe der Bauindustrie mit 10 und mehr Beschäftigten dazu verpflichtet, eine ihrer Belegschaftsgröße entsprechende Zahl von Lehrstellen einzurichten und entsprechende Ausbildungsprogramme zu organisieren. Die Kontrolle über die industrielle Berufsausbildung war Sache der Industrie- und Handelskammern. Später gingen diese Aufgaben auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über. Mit dem neuen Reichsschulgesetz vom Juli 1938 setzte das Regime schließlich die lückenlose Einführung der industriellen Berufsausbildung im Reich durch. Für alle Schulabgänger war damit irgendeine Art von institutionalisierter Berufsausbildung vorgeschrieben – auch wenn es dabei gelegentlich zu Engpässen in der Lehrlingsausbildung kam. Schon seit 1936 hatte sich die Zahl der Lehrstellen vervielfacht; innerhalb weniger Monate richteten selbst kleinere Betriebe Ausbildungsplätze und Lehrwerkstätten ein. Zwischen 1937 und dem Kriegsende absolvierten nahezu alle männlichen Volksschulabgänger – aber auch eine wachsende Zahl von Mädchen – eine dreijährige Lehre.

[95] Vgl. ebenda, S. 217ff.

[96] Siehe dazu Andrew Shonfield, Modern Capitalism. The changing balance of public and private power, London 1965, Kapitel 11 und 12; Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte.

[97] Vgl. Martin Fiedler, Betriebliche Sozialpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 350–375; vgl. auch die zeitgenössische Darstellung bei Claude W. Guillebaud, The Social Policy of Nazi Germany, New York 1971, S. 58–65 (Erstausgabe Cambridge 1941).

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl intern mit den Erfordernissen der Rüstungswirtschaft begründet, kollidierte das System der beruflichen Ausbildung in der Industrie schon bald mit den rüstungswirtschaftlichen Zielen. Facharbeiter wurden in größerer Zahl, als dies fertigungstechnisch nötig gewesen wäre, ausgebildet und nicht nur in den kriegswichtigen Industriezweigen, auch wenn das Regime versuchte, die Berufswahl von den sogenannten „Modeberufen" weg in die strategisch wichtigen Branchen zu lenken. Vor allem aber verursachte die Ausbildungsoffensive einen starken Mangel an ungelernten und angelernten Kräften, wie sie bei der Durchsetzung von Massenfertigungsprozessen in der Rüstungsindustrie in wachsender Zahl gebraucht wurden. Nachdem das Regime die Ausbildungsfrage Anfang der dreißiger Jahre zu einer wichtigen Propagandasache gemacht hatte, wurde es nun zum Gefangenen seiner eigenen „Facharbeiterideologie". Mit Beginn des Krieges waren es paradoxerweise die metallverarbeitenden Berufe, die als „Modeerscheinungen" charakterisiert wurden, um die Zahl der Ausbildungsverhältnisse auf ein Maß zu reduzieren, das dem Bedarf an ungelernten Kräften in diesem Bereich eher gerecht wurde. Alle Bemühungen, die Zahl der Lehrverhältnisse in den Jahren 1942 und 1943 drastisch zu senken, scheiterten jedoch. Die Zahl der Lehrlinge ging lediglich von 130000 auf 105000 im Jahr zurück. 1943 waren es schon wieder 149000 Schulabgänger, die in der metallverarbeitenden Industrie eine Lehre begannen, und ihre Zahl fiel bis 1945 nur um 10 Prozent. Noch kurz vor Kriegsende bot diese Branche zwischen 450000 und 480000 Lehrstellen an[98].

Auch der Versuch, die Zahl der Lehrverhältnisse in den nichtkriegswirtschaftlichen Bereichen signifikant zu senken, blieb ohne durchschlagenden Erfolg. Noch 1945 planten 19000 Jugendliche, eine Lehre als Metzger, Bäcker oder Konditor anzutreten, während sich 59000 junge Mädchen zu Sekretärinnen ausbilden ließen. Allein im Friseurhandwerk stieg die Zahl der Auszubildenden von 4000 in 1939 auf 5200 in 1941. Noch 1945 wurden 3600 Lehrlinge im Friseurhandwerk zugelassen. Gescheitert ist schließlich auch das dritte Ziel nationalsozialistischer Berufslenkung, den Zugang von Schulabgängern in den Bergbau zu fördern. Hier versagte die sogenannte Berufsnachwuchslenkung völlig[99].

Industrielle Berufsausbildung und Qualifizierung waren während des Dritten Reiches zu einer Massenbewegung geworden. Zu den Berufsbildungsanstrengungen kamen Umschulungsmaßnahmen hinzu. Zu Beginn des Krieges waren in Deutschland 1,143 Millionen Lehrverhältnisse registriert. Allein ihre Aussetzung um ein Jahr hätte die industriellen Arbeitsreserven um 5 Prozent erhöht, doch war dies eine politisch nicht durchsetzbare Option. Statt dessen mußte die Lücke im Arbeitskräfteangebot auf anderem Wege geschlossen werden: durch die Rekrutierung von Frauen und

[98] Vgl. „Nachwuchsplan 1945", in: BA, R 121/301; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 413; siehe dazu auch John Gillingham, The „Deproletarianization" of German Society: Vocational Training in the Third Reich, in: Journal of Social History 19/3 (1986), S. 423–432.

[99] Siehe dazu Theo Wolsing, Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich, Ratingen 1977, S. 194f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fremdarbeitern. Aus beiden Quellen wurden vor allem ungelernte und angelernte Qualifikationen geschöpft. Für einen großen Teil der männlichen Arbeitskräfte bedeutete dies über die berufliche Ausbildung hinaus eine Hochstufung ihrer tatsächlich ausgeübten Tätigkeit. Die Wirkung auf die Qualifikationsstruktur der deutschen Arbeitskräfte durch diesen „learning-by-doing"-Effekt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Entsprechendes gilt für die Auswirkungen des industriellen Berufsausbildungsprogramms, obwohl sie in der Regel nicht mehr der Kriegswirtschaft zugute kamen. Während des Krieges überwogen die negativen Effekte und der Entzug von einfach qualifizierten Arbeitskräften durch den Abschluß von Lehrverhältnissen die ebenfalls vorhandenen positiven Effekte bei weitem. Die Nationalsozialisten beklagten deshalb die Überqualifizierung der Arbeitskraft und wollten die dreijährige Lehre schließlich zugunsten einer einjährigen Grundschulung wieder abschaffen[100]. Für den Wiederaufbau der Jahre nach 1945 war die Reform des Berufsbildungssystems freilich eine wichtige Voraussetzung.

Kapitalstock

Einer der Gründe für die frühe technische Überlegenheit der deutschen Rüstung lag in dem gewaltigen Rückstand, den Reichswehr wie Rüstungswirtschaft gegenüber den potentiellen Gegnern in Ost und West nach 1933 aufzuholen hatten. Vor 1933 lagen die Militärausgaben in Deutschland deutlich unter den Ausgaben der Westmächte, und außer wenigen „Schatten"-Rüstungsfabriken hatte die sagenumwobene „geheime Aufrüstung" der Weimarer Republik das embryonale Stadium der Rüstungsforschung nicht hinter sich gelassen[101]. Die Folgen dieses raschen Aufholprozesses schlugen sich sowohl in der Alterszusammensetzung als auch in der Qualität des industriellen Anlagevermögens nieder. Dies gilt für die industrielle Entwicklung ganz allgemein, doch ganz besonders für die Rüstungswirtschaft im weitesten Sinne, die nach 1935 eindeutig den Vorzug vor zivilen Investitionen genoß. Waren 1935 nur 9 Prozent des gesamten Bruttoanlagevermögens der Industrie weniger als fünf Jahre alt, so wuchs dieser Anteil bis 1945 auf 34 Prozent. Auch der Anteil der fünf- bis zehnjährigen Anlagen stieg in diesem Zeitraum leicht an, so daß 1945 beachtliche 55 Prozent des Bruttoanlagevermögens jünger als zehn Jahre waren[102]. Eine Analyse nach Branchen zeigt, daß die stärkste Verjüngung des Kapitalstocks in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie stattgefunden hat. Nahezu zwei Drittel des Bruttoanlagevermögens sind hier jünger als 10 Jahre. Dies ist umso auffälliger, als der Bergbau, der ebenfalls unter diese Kategorie fällt, nicht zu den Gewinnern des

[100] Arbeitswissenschaftliches Institut der deutschen Arbeitsfront: Das Problem der Ungelernten, Berlin 1942, S. 311–357.

[101] Gerade – und nur – in diesem Punkt wurde Alfred Krupp von Bohlen und Halbach vor dem Nürnberger Tribunal freigesprochen.

[102] Vgl. Rolf Krengel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, Berlin 1958, S. 52ff.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NS-Rüstungsbooms zählte, so daß sich die Erneuerung umso stärker in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie niederschlug. Damit korrespondierte die Relation von Brutto- zu Nettowerten des Anlagevermögens. Dieser „Gütegrad", eine in der deutschen Industriestatistik verbreitete Kennziffer, die mit steigendem Wert eine Verbesserung des Wirkungsgrades der Maschinen und Anlagen widerspiegelt, stieg von 49,7 in 1935 auf 61,3 in 1945 und übertraf damit bei weitem den bis dahin höchsten Wert in den zwanziger Jahren[103]. Noch deutlicher wird diese positive Entwicklung auch hier, wenn man die Investitionsgüter- oder die Grundstoff- und Bergbauindustrie betrachtet. In der Verbesserung des Gütegrades schlägt sich die Tatsache nieder, daß seit der Mitte der dreißiger Jahre das vorhandene Bruttoanlagevermögen um nicht weniger als 75 Prozent vermehrt worden ist[104]. In diesen Investitionen verkörperte sich der neueste Stand der Technik, der in zahlreichen Branchen den Vergleich mit dem Weltniveau durchaus nicht scheuen mußte. Gemessen an der realen Bruttoproduktion der deutschen Industrie waren die bevorzugten Industriegruppen für diesen Investitionsboom die Bau- und Investitionsgüterindustrie sowie die Grundstoffindustrie, während die Verbrauchsgüterindustrien eindeutig zu den Verlierern zählen und abnehmende Bruttoproduktionswerte verzeichnen[105]. Unter den bevorzugten Industriezweigen findet sich vor allem der Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau, die Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie, die feinmechanische und optische Industrie, die chemische und Kraftstoffindustrie sowie die eisenschaffende, Nicht-Metall- und Gießereiindustrie. Wenig verwunderlich ist, daß die Textilindustrie und die Bauindustrie die Schlußlichter der Entwicklung bildeten. Die Wachstumstruktur der deutschen Kriegswirtschaft macht somit deutlich, daß gerade jene Industriezweige am meisten von der Aufrüstung profitieren, die nach 1945 auch die Grundlage für den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft bildeten.

An dieser quantitativen und qualitativen Bilanz können weder die Kriegszerstörungen noch die Demontagen der Jahre 1945–48 Entscheidendes verändern[106]. Für das Verständnis der wirtschaftlichen Dynamik Westdeutschlands nach 1945 ist deshalb nicht zuletzt auch die Analyse der deutschen Kriegswirtschaft unverzichtbar. Westdeutschland brachte offenbar gute materielle Voraussetzungen mit, um in der Nachkriegszeit wirtschaftlich zu reüssieren. Nach dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch von 1945 mochte es arm sein, aber alles andere als unterentwickelt.

---

[103] Vgl. ebenda, S. 79.

[104] Vgl. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 20.

[105] Vgl. Bruno Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft: industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland, Berlin 1956, S. 169.

[106] Vgl. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 20.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Ergebnisse

1. Wer die spezifischen Stärken und Schwächen der deutschen wirtschaftlichen Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg richtig verstehen will, muß die Schlußphase der Weimarer Republik in die Analyse einbeziehen. Die Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre entzog einen großen Teil des materiellen Kapitalstocks und des menschlichen Vermögens (human capital) der produktiven Verwendung und erleichterte somit dessen Lenkung in die Kriegsproduktion. Die Tatsache, daß Deutschland die Weltwirtschaftkrise früher überwinden konnte als alle anderen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Großmächte, war daher eine Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Mobilisierung für den Krieg. Kern dieser erfolgreichen Krisenpolitik war ein „keynesianischer" Ansatz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der mit kreditfinanzierten, zivilen Arbeitsbeschaffungsprogrammen begann und in „militärischem Keynesianismus" großen Stils endete, der diesen Namen bei näherer Betrachtung freilich nicht verdient.

Der extrem niedrige Stand des privaten Konsums erlaubte es dem Regime auch, der Aufrüstung Priorität einzuräumen und dennoch gleichzeitig den Lebensstandard der meisten deutschen Familien kontinuierlich zu verbessern. Die Öffentlichkeit konnte daher die gewaltigen Opfer, die die forcierte Mobilisierung den Verbrauchern abverlangte, nicht in ihrer ganzen Tragweite nachvollziehen. Dies trug dazu bei, die Verteilungskonflikte über knappe Ressourcen zwischen Aufrüstung und privatem Konsum gering zu halten und somit die Stabilität des politischen Regimes zu gewährleisten.

2. Das wirtschaftliche Erbe der Weimarer Republik war aber auch eine Last. Schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war die Weimarer Wirtschaft nicht in der Lage, das gewaltige Produktivitätspotential, das sich seit den zwanziger Jahren angesammelt hatte, voll zu nutzen. Der Rationalisierungsrückstand blieb auch während der ersten Jahre des Dritten Reiches weiter bestehen, weil das Regime aus naheliegenden Gründen seine Wirtschafts- und Krisenpolitik zunächst über Arbeitsbeschaffung und nicht über arbeitssparende Technologien umsetzte. Als sich dann ab Mitte der dreißiger Jahre der Weg sowohl für organisatorische als auch technische Rationalisierung weit öffnete, erlebte die deutsche Kriegsindustrie unter der Ägide von Todt und Speer doch noch ihr „Rüstungswunder". Es kam freilich zu spät, um den Ausgang des Krieges entscheidend zu beeinflussen.

3. Die deutsche Kriegsindustrie war zu einen großen Teil von ausländischen Ressourcen abhängig. Obwohl es zu den zentralen Kriegszielen des Regimes gehörte, sich im Osten Europas und vor allem in der Sowjetunion in den Besitz potentiell reicher Ressourcen zu setzen, kamen aus diesem neueroberten „Lebensraum" bei weitem nicht die größten und wichtigsten ausländischen Hilfsleistungen für die deutsche Kriegsmaschine. Dies gilt auch für die Länder Südosteuropas, denen sich unter dem Neuen Plan des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft Hjalmar Schacht besondere bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland eröffneten. Die wich-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tigste ausländische Grundlage der deutschen Kriegsindustrie lag vielmehr in Westeuropa. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den unter der „neuen Ordnung" des Dritten Reiches stehenden Länder Westeuropas und die Ressourcen, die von dort nach Deutschland flossen, waren nach der Blitzkriegperiode bei weitem wichtiger, um die deutsche Kriegsmaschinerie am Laufen zu halten.

4. Die Analyse der deutschen Kriegsindustrie ist von zentraler Bedeutung, um die wirtschaftliche Dynamik Westdeutschlands nach 1945 zu verstehen. Während der Rüstungs- und Kriegszeit entstanden wichtige materielle Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg der Nachkriegszeit. Die militärische Niederlage und der wirtschaftliche Zusammenbruch des Jahres 1945 machten die Deutschen bettelarm und von fremden Mächten abhängig, konfrontierten sie mit der Zerstörung ihrer Großstädte, mit dem Ruin der Landwirtschaft und der Knappheit von Lebensmitteln aller Art. Das Entwicklungspotential der deutschen Industriewirtschaft war aber gleichwohl beträchtlich verbessert worden, so daß auf vielen Gebieten die Grundlage für die wirtschaftliche Dynamik der Nachkriegszeit gelegt worden war.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HÉLÈNE MIARD-DELACROIX

UNGEBROCHENE KONTINUITÄT

François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984

Als der Sozialist François Mitterrand 1981 in der Nachfolge des Liberalkonservativen Valéry Giscard d'Estaing zum Staatspräsidenten gewählt wurde, markierte dies nur den Beginn eines vollständigen personellen Wandels an der Spitze der Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschlands. Denn kaum hatten sich Mitterrand und der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt richtig kennengelernt, da ergab sich im Herbst 1982 mit der „Wende" in Bonn und der Regierungsübernahme durch den CDU-Politiker Helmut Kohl bereits wieder eine neue Konstellation. Angesichts dieses personellen Umbruchs und der parteipolitischen Kräfteverschiebungen innerhalb beider Länder stellt sich die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, und zwar umso nachdrücklicher, als die internationale Lage ebenfalls immer kritischer wurde. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die dramatischen Ereignisse in Polen, das amerikanische Handelsembargo gegen die UdSSR, der NATO-Doppelbeschluß und die in Frankreich Besorgnis auslösenden Aktivitäten einer wachsenden deutschen „Friedensbewegung" sorgten für einen Krisendruck, der eine enorme Herausforderung für die Stabilität der deutsch-französischen Freundschaft bedeutete.

Die ersten Jahre Mitterrands als Staatspräsident sind unter solchen Gesichtspunkten noch kaum erforscht. Unter den Werken, die diesem Zeitraum gewidmet sind, handelt es sich vorwiegend um Memoiren von Beteiligten, die anhand von mehr oder weniger täglich gemachten Notizen verfaßt wurden; zu nennen sind hier insbesondere das Tagebuch *Verbatim*[1], das von dem früheren Sonderberater Jacques Attali verfaßt wurde, und der Erinnerungsband des diplomatischen Beraters des Präsidenten, Hubert Védrine, *Les mondes de François Mitterrand*[2]. Diese Texte zählen also zur bekanntlich schwierigen Quellengattung der Memoiren, deren Auswahl und Interpretation persönlich, manchmal parteiisch, manchmal lückenhaft ist. Sieht man von den sehr zahlreichen polemischen Werken ab, die hauptsächlich vermeintliche Affären zum Gegenstand haben und ohne Interesse für die Geschichtsforschung sind, so basiert die bislang vorliegende Literatur hauptsächlich auf „oral history".

[1] Vgl. Jacques Attali, Verbatim, Bd. I, Paris 1993.
[2] Vgl. Hubert Védrine, Les mondes de François Mitterrand, Paris 1996.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das wichtigste Buch dieser Art ist nach wie vor *La décennie Mitterrand* von Pierre Favier und Michel Martin-Roland; ein Band, der überwiegend auf den zahlreichen Gesprächen beruht, die Mitterrand den Autoren gewährte[3]. Trotz der Informationsfülle, die diese Werke enthalten, bleiben sie doch an die Zeugenschaft der Akteure gebunden und können nicht mit der Auswertung eines größeren und vollständigeren Dokumentenbestandes konkurrieren.

Glücklicherweise hat jedoch François Mitterrand bereits am Ende seines ersten Septennats das Versprechen abgegeben, Wissenschaftlern den Zugang zu den Archiven des Elysée (für die seine Amtszeit betreffenden Akten) lange vor der üblichen Frist von dreißig Jahren zu ermöglichen. Französische Staatspräsidenten können nach Ablauf ihrer Amtszeit gewöhnlich frei über ihre Archive verfügen, und so wurde 1996 in Paris das Institut François Mitterrand geschaffen. Es archiviert zahlreiche Dokumente, die sich auf die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts beziehen, in erster Linie private Unterlagen Mitterrands aus den beiden Präsidentschaften. Das Institut François Mitterrand, die Archives de France, die mit der Archivierung der offiziellen Dokumente beauftragt sind, und das Centre d'Histoire de l'Europe du XXème siècle (CHEVS) de la Fondation Nationale des Sciences Politiques (FNSP) trafen zunächst eine Vereinbarung über die Öffnung der Archive des Elysée für die Jahre 1981 bis 1984. Die Forscher sollten anschließend ihre Ergebnisse im Rahmen eines Kolloquiums („Changer la vie") präsentieren[4].

In diesem Zusammenhang hat die Verfasserin die Genehmigung erhalten, im Laufe des Sommers 1998 etwas über dreißig Archivmappen in den Archives de France einzusehen, die die deutsch-französischen Beziehungen betreffen. Allerdings muß festgehalten werden, daß der Zugang zu dem Archiv des Elysée vor allem aus zwei Gründen sehr begrenzt bleibt; einerseits weil die Einsichtnahme in die Dokumente nur einer kleinen Zahl von Forschern gewährt wird, andererseits weil spezielle Bedingungen den Archivzugang erschweren[5]. Sicherlich waren die etwa fünfzig Forscher, die die

[3] Vgl. Pierre Favier/Michel Martin-Roland, La décennie Mitterrand, Bd. I: Les ruptures 1981–84, Paris 1990. Siehe auch die Biographie von Franz-Olivier Giesbert, François Mitterrand, une vie, Paris 1996, oder Studien mit politologischem Ansatz wie Jean-Marie Colombani, Portrait d'un président, le monarque imaginaire, Paris 1985, und Alain Duhamel, De Gaulle – Mitterrand, la marque et la trace, Paris 1990. Die Gegenüberstellung verschiedener Quellen hat bereits die Formulierung mehrerer Vermutungen erlaubt, die zu großen Teilen durch die Archivalien bestätigt wurden, insbesondere Hélène Miard-Delacroix, Partenaires de choix? Le Chancelier Helmut Schmidt et la France, 1974–1982, Bern u. a 1993.

[4] Dieses Kolloquium fand unter dem Titel „Changer la vie, les années Mitterrand 1981–1984" vom 14.–16. 1. 1999 in Paris statt, nachdem im Dezember 1998 bereits zwei Diskussionsrunden, die eine „L'impératif économique", die andere „La France et le Monde" betitelt, abgehalten worden waren.

[5] Die Besonderheit der Dokumente dieses Bestandes liegt in der Art ihrer Klassifizierung, die administrativ und nicht thematisch vorgenommen wurde: Die Dokumente wurden durch Berater des Präsidenten geordnet, wodurch aufgrund der Verflechtung der unterschiedlichen Bereiche die Recherche erheblich erschwert wird. Dossiers zur Vorbereitung regelmäßiger, auch multilateraler Gipfeltreffen und bilateraler Kontakte enthalten Dokumente unterschiedlicher Herkunft: Tele-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgewählten Archivalien zur Vorbereitung für das Kolloquium sichten konnten, nicht die einzigen, die seit dem Tod des ehemaligen Präsidenten Zugang zu dieser Art von Dokumenten hatten. Doch erteilt die Generalsekretärin des Institut François Mitterrand, die von dem früheren Präsidenten dazu bevollmächtigt wurde, Benutzungserlaubnis immer mit großer Zurückhaltung. Daraus ergibt sich der Neuigkeitswert des vorliegenden Aufsatzes, der sich auf weit mehr Originaldokumente der Berater François Mitterrands stützen kann als die bisherige Literatur zu diesem Zeitraum.

Dies gilt auch, obwohl man bei der Öffnung der Archive mit einem frappierenden, das außenpolitische Entscheidungssystem Mitterrands charakterisierenden Umstand konfrontiert war: Persönliche Papiere des Präsidenten fehlen vollständig. Trotzdem ist davon auszugehen, daß François Mitterrand, ein Mann der Feder, im Laufe seiner Amtszeit auch Texte verfaßt hat, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren[6]; sie befinden sich indes nicht in diesem Fonds, jedenfalls sind sie bisher der Forschung nicht zur Verfügung gestellt worden. Die Dokumente des Elysée, die ausnahmsweise vor Ablauf der Frist zugänglich gemacht wurden, stammen von Beratern; sie enthalten allerdings mehr oder weniger lange handschriftliche Bemerkungen des Präsiden-

gramme der Botschaft, Aktenvermerke aus dem Quai d'Orsay, insbesondere dem Centre d'Analyse et de Prévision, Vermerke und Berichte aus verschiedenen Ministerien, Vermerke anderer technischer Berater und Mitarbeiter und vor allem Synthesen, die speziell für den Präsidenten verfaßt wurden. Die besonderen Umstände der Öffnung dieser Archive erklären sich durch die Abweichung von der traditionellen dreißigjährigen Sperrfrist. Sie brachte die Archives de France, die damit beauftragt sind, die Dokumente zu archivieren, in eine schwierige Situation, war ihnen doch die gewohnte Entscheidung über die Zugänglichkeit derartiger Dokumente aus der Hand genommen. Außerdem wurde die Gültigkeit der zwischen dem Institut François Mitterrand und der Fondation des Sciences politiques de Paris getroffenen Vereinbarung angefochten, weshalb den Wissenschaftlern der Zugang zu diesen Archiven wochenlang versperrt blieb, bevor es ein Kompromiß erlaubte, das Forschungsprojekt zu realisieren. Dieses Vorhaben war nicht allein von wissenschaftlichem Interesse, sondern entsprach auch dem Wunsch des ehemaligen Präsidenten, die fraglichen Archivalien schnell auswerten zu können. Unter diesen schwierigen Umständen konnten die Bedingungen des Zugangs zu den Dokumenten nur restriktiv ausfallen. Tatsächlich ist den Forschern kein Bestandsverzeichnis zur Verfügung gestellt worden, wie dies üblich ist. Also konnten die Wissenschaftler nur auf gut Glück Wünsche äußern, auf die die Mitarbeiter des Institut François Mitterrand so gut wie möglich zu reagieren versuchten, indem sie jedem eine Liste der Kartons gaben, die sein Forschungsgebiet betrafen. Aber wenn zuvor eine Durchsicht vorgenommen wurde, um diejenigen Mappen mit den Dokumenten, die „secret défense" gestempelt waren oder für geheim gehalten wurden, herauszunehmen, dann ist das Gebiet der deutsch-französischen Beziehungen – verglichen mit anderen Gebieten – anscheinend gut weggekommen. Indes hatte die Auswahl der jedem Forscher zur Verfügung gestellten Akten Konsequenzen: beispielsweise schätzte man diejenigen Dossiers, die Währungsangelegenheiten betrafen, als außerhalb des Studienfeldes der deutsch-französischen Beziehungen liegend ein, und folglich zählten sie nicht zu den mir vorgelegten Kartons. Aus diesem Grunde konzentriert sich der vorliegende Aufsatz ausschließlich auf die wenigen Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen, die in den mir zugänglichen Dokumenten behandelt werden, jedoch kaum auf monetäre Angelegenheiten, deren Dossiers einem anderen Wissenschaftler vorgelegt wurden.

[6] Insbesondere erzählt Hubert Védrine, daß François Mitterrand am 24. 5. 1981 im Verlauf der Unterhaltung mit Helmut Schmidt aus seiner Tasche einige Blätter zog, auf denen er die Schlüsselpunkte festgehalten hatte. Vgl. Védrine, Les mondes, S. 129.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten. Mit diesen Dokumenten bereitete das Team des Präsidenten die Deutschlandpolitik vor. Die handschriftlichen Bemerkungen des Präsidenten erhöhen deren Wert, weil sie seine Einschätzung der Berater oder ihrer Vorschläge vermitteln. Sie sind häufig elliptisch („ja" oder „gesehen"), manchmal negativ, wie im Falle der deutsch-französischen Verhandlungen über den Wald von Mundat, ein 688 Hektar großes französisches Gebiet auf deutschem Territorium[7]. Eine bemerkenswerte Ausnahme zu dieser Praxis der kurzen handschriftlichen Bemerkungen ist die Rede, die der Präsident am 20. Januar 1993 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat. Tatsächlich zeigen seine Eingriffe in die Textvorlage sein persönliches Engagement. Auf diesen wichtigen Punkt wird deshalb später näher einzugehen sein.

Das Team François Mitterrands und Deutschland

Zu Beginn des ersten Septennats von François Mitterrand setzte sich die Gruppe im Elysée, die mit den Beziehungen zu Deutschland befaßt war, aus einer kleinen Zahl von Beratern zusammen, die dem Präsidenten nahestanden und mit ihm – manchmal mehrfach am Tage – mittels der berühmten schriftlichen Noten kommunizierten: Diese umfaßten ein oder zwei Seiten und waren im allgemeinen an den Präsidenten „sous couvert du secrétaire général" adressiert. Das Amt des Generalsekretärs nahm zunächst Pierre Bérégovoy wahr, dann ab 1. Juli 1982 Jean-Louis Bianco. Unter den Beratern, die für die deutsch-französischen Beziehungen zuständig waren, sind an erster Stelle Hubert Védrine als diplomatischer Berater und Pierre Morel zu nennen, der Konzepte für die weitere Entwicklung entwerfen sollte. Eine eigene Rolle spielte aufgrund seiner Verantwortung für die G-7-Gipfel Sonderberater Jacques Attali; daneben sind zu nennen Elisabeth Guigou, die technische Beraterin für internationale Wirtschaftsbeziehungen, und Christian Sautter, dessen Nachfolge sie antrat, als er im Oktober 1982 Stellvertreter von Jean-Louis Bianco wurde. Das Zirkulieren von Noten, aber auch Mitterrands Praxis, mehrere Personen über das gleiche Thema arbeiten zu lassen – meistens ohne Wissen der jeweils anderen –, führten in den Akten zu einer spürbaren Akkumulation oder „Verdoppelung" von Informationen.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit fiel im wesentlichen in die Kompetenz des Elysée; hier wurden Entscheidungen vorbereitet und getroffen. Der Premierminister und seine Mitarbeiter im Hôtel Matignon waren auf diesem Gebiet von nachrangiger Bedeutung. Das Quai d'Orsay dagegen lieferte Informationen und formulierte – im Fall des Centre d'Analyse et de Prévision – auch politische Richtlinien. Aufgrund der vorliegenden Dokumente ist bisher zwar noch nicht klar, in welchem

[7] Am 12. Januar 1984 schrieb der Präsident auf einen Bericht des Außenministeriums über juristische Angelegenheiten, wobei er erneut darauf hinwies, daß dieses Problem schon seit zwei Jahren geregelt sein sollte: „Ich möchte nichts mehr von diesem Dossier hören. Ich verlange, daß man mir die zu ergreifenden Maßnahmen vorlegt. Das ist unerträglich . . .". In: Archives de France, Archive des Elysée (künftig: Karton) 11305.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maße der Staatschef den Empfehlungen des Außenministeriums folgte. Jedenfalls aber war das Team Mitterrands sehr gut über Deutschland informiert, insbesondere über dessen innere Entwicklung. Auch hatten die Deutschland-Experten in bezug auf die Qualität der Informationen sehr hohe Ansprüche[8].

Bei der Analyse der Archivalien des Elysée zeigte sich, mit welch großem Ernst Paris die Beziehungen zu Bonn pflegte. So schloß Pierre Morel im Oktober 1981 eine Note mit dem Satz: „Keine Beziehung ist so komplex, keine bedingt in diesem Maße unsere eigene Zukunft."[9] Wenn dagegen Hubert Védrine erzählt, die Mehrzahl der Berater François Mitterrands, außer Jean-Louis Bianco, hätten ziemlich wenig über Deutschland gewußt und seien deswegen glücklicherweise vor Fehlurteilen über Helmut Kohl gefeit gewesen[10], so überrascht dies, da gerade einige dieser Berater in bezug auf die deutsch-französische Zusammenarbeit außerordentlich engagiert waren. Hubert Védrine selbst, aber auch und sehr oft Pierre Morel, formulierten häufig geradezu kühne Vorschläge. So verfaßte letzterer u. a. einen langen Vermerk, in dem er vorschlug, die Rede Mitterrands im Bundestag 1983 zum Anlaß für eine große deutschlandpolitische Initiative zu nehmen: „Zwanzig Jahre privilegierter deutsch-französischer Beziehungen haben aus den großen Angelegenheiten der beiden Länder ebenso viele konstitutive Elemente *ein und derselben gemeinsamen Innenpolitik* gemacht, selbst wenn täglich kleinere Ereignisse uns das Gegenteil glauben lassen." Im gleichen Text legte Morel nahe, den Deutschen eine deutsch-französische „Große Koalition" vorzuschlagen[11].

Die persönlichen Beziehungen der Staatsmänner

Das Engagement des Elysée für eine enge zwischenstaatliche Beziehung, die Mitterrand nicht „Achse" nennen mochte, mag für die Jahre 1981 bis 1984 überraschen, denn im Unterschied zu den zwölf folgenden Jahren, die als die Zeit des europäischen und deutsch-französischen Engagements François Mitterrands gelten, waren die Anfänge des ersten Septennats nach bisheriger Einschätzung durch relative Zaghaftigkeit, ja sogar eine gewisse Kälte in den Beziehungen zu Bonn geprägt. Hatte sich François Mitterrand auch seit langem für die deutsch-französische Zusammenarbeit ausgesprochen, so hatte er doch einige Jahre vor seiner Wahl zum Präsidenten vom „discutable traité" von 1963 gesprochen[12]. Selbst als er dann 1981 präzise Vor-

[8] So verlieh Generalsekretär Jean-Louis Bianco, der selber Deutsch spricht und ein guter Kenner Deutschlands ist, in einer süffisanten Bemerkung am Rand eines sehr mittelmäßigen Berichts über Bayern, der von einem französischen Konsul verfaßt wurde, seiner Forderung nach wirklich neuen Informationen von echten Experten und „strengen Analytikern" Ausdruck. Vgl. hierzu ein vom 8. 12. 1982 datierendes Dokument, in: Karton 11301, Mappe „2. Halbjahr 1982, Noten".

[9] Vgl. Note von Pierre Morel an den Präsidenten vom 5. 10. 1981, in: Karton 2224.

[10] Vgl. Védrine, Les mondes, S. 290.

[11] Note von Pierre Morel an Jean-Louis Bianco, 17. 1. 1983, in: Karton 6523.

[12] François Mitterrand, Politique, Paris 1977, S. 448. Ebenfalls in einer Erklärung als Kandidat zum Elysée am 21. 4. 1981, in: Le Monde, 23. 4. 1981.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellungen von einer europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit entwickelte, blieb die französische Linke – nach dem Eingeständnis eines diplomatischen Beraters von Mitterrand – in bezug auf die deutsch-französische Kooperation „sehr weit zurück"[13]. Abgesehen davon, daß die Kommunistische Partei, immerhin Partner der Sozialisten in der Regierungskoalition, die Bundesrepublik weiterhin als „NATO-hörig" und „revanchistisch" verurteilte, empfand man im Parti Socialiste die deutsch-französische Zusammenarbeit gerade wegen ihres Pflichtcharakters als etwas „erstickend"[14]. Außerdem stellten ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen dem PS und der SPD von vornherein schlechte Ausgangsbedingungen dar; die Differenzen entpuppten sich als um so störender, als sich François Mitterrand seit Oktober 1982 der neuen christlich-liberalen Mannschaft Helmut Kohls gegenübersah, mit der der Elysée nun zusammenzuarbeiten hatte.

Den Begriff „sozialdemokratisch" empfand man während dieser Phase in der Sozialistischen Partei Frankreichs nahezu als Beleidigung[15]. Die Kritik ging indes nicht nur in eine Richtung, das Mißtrauen war durchaus gegenseitig. Schon die Kritik französischer Linksintellektueller an den Methoden der Bonner Terrorismus-Bekämpfung hatte für eine Abkühlung in den gegenseitigen Beziehungen gesorgt, nicht weniger allerdings die heftigen Bedenken der SPD gegen die Koalition des PS mit der Kommunistischen Partei, die auch innerhalb der Sozialistischen Internationale Irritationen ausgelöst hatte. Bekanntlich war Helmut Schmidt alles andere als angetan gewesen, als ihm Willy Brandt bei der Konferenz in Helsingør im Januar 1976 seinen französischen Freund vorstellte: diesen François Mitterrand, der „in pathetischem Ton" für die Allianz mit den Kommunisten plädierte[16]. Im selben Jahr, in dem die „Union der Linken" in Frankreich geschlossen wurde, erließ die deutsche Regierung die sogenannten „Berufsverbote" und verwehrte Kommunisten den Zugang zum öffentlichen Dienst; hochrangige französische Sozialisten, unter ihnen François Mitterrand selbst, protestierten dagegen[17]. Und 1981 sah Bundeskanzler Schmidt in der Politik des Parti Socialiste und seines zum Staatspräsidenten avancierten Vorsitzenden Mitterrand doktrinären Radikalismus, während er den Kurs Valéry Giscard d'Estaings für vernünftig hielt. Gerade im ökonomischen Bereich befand sich die neue französische Regierung – im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin – in vollkommenem Dissens zum deutschen Partner. Die im Wahlprogramm des neuen Präsidenten propa-

---

[13] Védrine, Les mondes, S. 120.

[14] Ebenda.

[15] 1981 bestätigte Mitterrand, daß die französischen Sozialisten „das Verhältnis zwischen den Klassen und den wirtschaftlichen Strukturen aufmerksamer beobachteten". In: Le Nouvel Observateur, 4. 5. 1981. Noch 1985 urteilte er, daß die Sozialdemokratie gescheitert sei, weil sie „die kapitalistische Gesellschaft nicht in ihren Entscheidungszentren erreicht" habe. Pressekonferenz, 4. 12. 1985, abgedruckt in: Le Monde, 6. 12. 1985.

[16] Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn, Berlin 1990, S. 242.

[17] Im Mai 1976 gründete er, zusammen mit Jean Chevènement, das Comité pour la Défense des droits civiques et professionnels en Allemagne fédérale, auch Comité d'enquête sur les interdictions professionnelles [Untersuchungsausschuß zur Frage der Berufsverbote] genannt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierte Wirtschaftspolitik (Aufstockung des Grundgehalts und verschiedener Zulagen, Einführung der 35-Stunden-Woche, Senkung des Rentenalters und gleichzeitige Schaffung von Arbeitsplätzen) erschien Helmut Schmidt, der als Meister der Sparpolitik in Europa galt, zumindest als abenteuerlich.

Die Dokumente im Archiv des Elysée zeigen, daß die Spannungen mindestens bis Ende 1981 anhielten. Nicht selten empfand der Stab François Mitterrands das Mißtrauen des sozialdemokratischen Kanzlers und seiner Mannschaft als kränkend. Die Unzufriedenheit mit der deutschen Regierung geht beispielsweise aus einer Bemerkung Bérégovoys hervor, in der er sich darüber empörte, daß der Ton der Mitteilungen Schmidts gelegentlich „den Charakter einer Mahnung" annehme[18], eine Form, die für den französischen Staatschef nicht akzeptabel sei. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten im Bereich der Wirtschaft werden darüber hinaus in der Aufzeichnung eines Gesprächs unter vier Augen zwischen Pierre Mauroy und Helmut Schmidt am 29. Januar 1982 offenkundig[19]. Die beiden Regierungschefs unterhielten sich höflich und verteidigten ihre gegensätzlichen Positionen zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur Finanzierung der Senkung des Rentenalters und zur prinzipiellen Frage von Staatseingriffen in die Wirtschaft. Der Kanzler wollte sich offenkundig aus erster Hand über die französischen Projekte informieren, hielt dabei aber mit seiner Skepsis nicht hinter dem Berg. Während der französische Premierminister von der Einführung der 35-Stunden-Woche die Schaffung von 900 000 Arbeitsplätzen erwartete, erwiderte der Kanzler, daß 3 Prozent zusätzliche Produktivität keine Arbeitsplätze schafften und das Land stärker der japanischen Konkurrenz aussetzen würden. Als Pierre Mauroy schilderte, wie er die Herabsetzung des Rentenalters durch öffentliche Mittel finanzieren wollte, was er selbst eine „Roßkur" nannte, erwiderte Helmut Schmidt zurückhaltend, er sei daran interessiert, diese Pläne kennenzulernen.

Die französische Unzufriedenheit mit dem Ton und den Umgangsformen der deutschen Verhandlungspartner speiste sich sicherlich auch aus der Kritik, die die Deutschen immer wieder am Pariser Protektionismus äußerten[20]. Die diesbezüglichen Bedenken mischten sich mit Befürchtungen wegen der Politik der Verstaatlichungen und ihrer Konsequenzen für deutsche Guthaben in Frankreich[21]. So überrascht es, welch versöhnlichen Ton der Präsident im Juli 1981 anschlug, als er eine ökonomische Grundsatzdebatte ablehnte[22]. Helmut Schmidt vermied diesen – seines

---

[18] Bemerkung von Pierre Bérégovoy, damals Generalsekretär des Elysée-Palastes, am Rande einer Mitteilung von Helmut Schmidt an François Mitterrand, 1. 6. 1981, in: Karton 11300.

[19] Vgl. Helmut Schmidt und Pierre Mauroy in Bonn, 29. 6. 1982, in: Karton 4287.

[20] So beispielsweise Horst Schulmann, „Kuli" von Helmut Schmidt, anläßlich einer Versammlung von „Kulis" in der Nacht vom 7./8. Juli 1981 (Gipfel von Ottawa). Vgl. Notiz von Jean-Marcel Jeanneney, „Kuli" des Präsidenten [o. D.], in: Karton 4767.

[21] Vgl. handgeschriebene Notizen von Christian Sautter aus der Plenumssitzung vom 13. 7. 1981 (Deutsch-französische Beratungen), in: Karton 4286.

[22] Vgl. Notiz von Christian Sautter vom 6. 7. 1981, am Ende einer Vorbesprechung für das Gipfeltreffen im Juli 1981, in: Karton 4286.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erachtens völlig unergiebigen – Typ von Debatte gleichfalls[23]. Beide Staatsmänner waren sich bewußt, welch tiefer Graben sie in der Sache trennte, und entschieden sich übereinstimmend für Zurückhaltung.

1983 wurden der Präsident und seine Berater erneut mit diesem Problem konfrontiert, dieses Mal allerdings seitens der Regierung Kohl. Doch die Ausgangspositionen hatten sich zwischenzeitlich gewandelt: Die schlechte wirtschaftliche Situation Frankreichs und die bitter enttäuschten Hoffnungen auf eine stabile Währung waren für die französische Verhandlungsposition nicht gerade von Vorteil. Jacques Attali hat die Aufregung des Präsidenten beschrieben, der es haßte, „die Rolle des Bittstellers einzunehmen". Als Jean-Louis Bianco im März 1983 einen Besuch beim Staatssekretär im Kanzleramt plante, um die Aufwertung der DM zu erbitten, lehnte Mitterrand dies glatt ab[24].

Trotz dieser fundamentalen Meinungsverschiedenheit zeugen die Archivalien von einer zunehmenden Verbesserung der persönlichen Beziehungen zwischen dem Präsidenten und dem sozialdemokratischen Kanzler; und bald verloren auch die ursprünglichen wirtschaftlichen Divergenzen ihre Bedeutung. Aber im Gegensatz zu dem, was der diplomatische Berater Védrine in seinen Memoiren mitteilt[25], sprang der Funke zwischen den beiden Männern nicht schon im Mai 1981 über. Wie Helmut Schmidt bereits in seinen Memoiren berichtet, leitete erst sein kurzer Besuch auf dem Privatbesitz des Präsidenten in Latché Anfang Oktober 1981 diesen Wandel ein. Die Archive zeigen, daß diese Einladung ursprünglich nur als reine Höflichkeitsgeste gedacht war, von zwei Beratern des Präsidenten vorgeschlagen. Der neue Staatschef sollte sich anstelle seines Vorgängers Giscard d'Estaing revanchieren, der eine Gegeneinladung unterlassen hatte, nachdem Schmidt ihn in seinem Privatdomizil in Hamburg empfangen hatte. Eine solche Geste sei „in den Augen des Kanzlers sehr wichtig", denn bekanntlich war für ihn der Einlaß in die Privatsphäre ein Beweis für das höchste Vertrauen[26]. Der Vorgang macht deutlich, wie sehr die Deutschland-Experten von François Mitterrand bestrebt waren, den Kanzler für sich einzunehmen und die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Männern zu verbessern. Die verschiedenen Botschaften des Kanzlers nach diesem Besuch bezeugen die Bedeutung dieses wechselseitigen Kennenlernens und die Qualität der neuen persönlichen Beziehung[27]. Kein

[23] Gespräch mit der Autorin am 24.2. 1987.

[24] Unter dem Datum vom 6. März 1983, in: Attali, Verbatim, S. 406.

[25] Vgl. Védrine, Les mondes, S. 129. Sicherlich unterstreicht Védrine, daß die Verständigung in strategischen Fragen echt ist – was die Archivalien bestätigen –, aber er setzt stillschweigend voraus, daß alle Mißverständnisse ausgeräumt werden würden („Vergessen, die Streitigkeiten der Sozialistischen Internationale"). Helmut Schmidt, Die Deutschen, S. 245f., ist vorsichtiger: „In Latché" habe er „zum ersten Mal das Gefühl gehabt, Mitterand zu verstehen."

[26] Vermerk für den Präsidenten, signiert Hubert Védrine und Christian Sautter [o. D.], Vorbereitung des Gipfeltreffens vom Juli 1981, in: Karton 4286. („Herr Schmidt wäre sicherlich für eine Einladung in das Domizil des Präsidenten anläßlich eines seiner nächsten Besuche empfänglich (in Paris oder in Latché).")

[27] Beispielsweise die Danksagung von Helmut Schmidt an François Mitterrand, die von Botschafter Axel Herbst übermittelt wurde, 10. 10. 1981, in: Karton 11300. Vgl. auch Note vom Quai anläß-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweifel, im Elysée herrschte der Wunsch, die Atmosphäre zu verbessern; ein Bestreben, das sich auch in verschiedenen Noten und Berichten findet, die übereinstimmend auf die Gefahr des „Lavierens" hinweisen, dem schnellstens ein Ende gesetzt werden müsse. So schrieb Pierre Morel im Herbst 1981 dem Präsidenten, eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit besitze entscheidende Bedeutung auch für die zukünftige Regierung von Helmut Schmidt, der „durch innere und äußere Unsicherheiten daran gehindert werde, seine Vision zu verwirklichen"[28]. Morel riet Mitterrand, „die Interessen beider Seiten abzuwägen", und schlug vor, „einen gemeinsamen Handlungsplan" auszuarbeiten, der wechselseitige Information und verstärkte Absprache vorsehen sollte.

Es drängt sich also der Eindruck auf, daß der Elysée-Palast eine schnelle Verbesserung der Beziehungen für notwendig hielt. Ebenso bemerkenswert ist der auf dem Gedanken einer deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft basierende Vorschlag, sich in die innenpolitische Debatte in Deutschland einzuschalten. Tatsächlich geschah dies im Januar 1983. Die Intensivierung der Beziehungen zwischen Elysée und Kanzleramt ging im übrigen mit der verstärkten Nutzung des Telephons einher, das bis dahin vernachlässigt worden war. Von nun an ließen sich Kanzler und Präsident mit Hilfe von Dolmetschern direkt über jeweils aktuelle Entwicklungen informieren.

Nach Kohls Regierungsantritt im Oktober 1982 mußte Präsident Mitterrand „diese privilegierte Beziehung", die Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt begründet und so weise zu nutzen verstanden hatten, mit einem neuen Gesprächspartner aufbauen. Für den Elysée war Helmut Kohl damals praktisch ein Unbekannter. Überraschenderweise hatte man in der Umgebung François Mitterrands kaum Informationen über den Nachfolger im Kanzleramt, obwohl doch der Elysée insbesondere die Friedensbewegung sorgenvoll beobachtete und auch das ganze Jahr 1982 über alarmierende Berichte über einen bevorstehenden Sturz der Regierung Schmidt erhielt.

In einer Mitteilung des Generalsekretärs für nationale Verteidigung (beim Premierminister) wurde schon im Februar vorgeschlagen, „von jetzt ab die Führer der CDU, wie Herrn Kohl", zu hören, für den Fall, daß Herr Schmidt „dazu gebracht werde, die Macht abzugeben"[29]. Im Juni legte das Kabinett des Ministers für Auswärtige Beziehungen Hubert Védrine eine „eventuelle Einladung Herrn Kohls nach Paris" nahe, da die Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 6. Juni (bei denen die CDU die

---

lich des Aufenthaltes von Helmut Schmidt in Paris am 13. 1. 1982: Der Kanzler soll dem französischen Botschafter in Deutschland gesagt haben, wie sehr die Erinnerung an Latché „auf historischer und philosophischer Ebene" ihn bewege. In: Karton 11300. Védrine hingegen datiert die gute persönliche Verständigung aus der Sicht Mitterrands auf den Besuch des Präsidenten in Hamburg einige Monate später. Helmut Schmidt wurde im Juni 1983 noch einmal in Latché empfangen, als er nicht mehr im Amt war. Vgl. auch Schmidt, Die Deutschen, S. 203 und 255 ff.

[28] Vermerk von Pierre Morel für den Präsidenten, 5. 10. 1981, in: Karton 2224.

[29] Information vom Generalsekretär für nationale Verteidigung (beim Premierminister) vom 23. 2. 1982 (Nr. 004/SGDN), in: Karton 11301.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD überholte) „das Interesse daran, daß man Herrn Kohl schnellstens in Betracht ziehen muß", bestätigt hätten[30].

Als Helmut Kohl noch am Abend seiner Regierungsbildung am 4. Oktober nach Paris kam, wurde der Präsident durch eine Notiz von Elisabeth Guigou und Hubert Védrine über die letzten Stellungnahmen des neuen Kanzlers zu den großen aktuellen Themen informiert[31]. Diese offenkundige Improvisation scheint das Vertrauen des Elysée in die Kontinuität der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu bezeugen, die Helmut Kohl nach dem Regierungswechsel auch anstrebte. Die Einschätzung wird übrigens durch das erste Vier-Augen-Gespräch des Präsidenten mit dem neuen Kanzler bestätigt, bei dem beide ihren Willen betonten, die enge Kooperation beider Regierungen trotz der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen politischen Richtungen fortzusetzen. So erklärte François Mitterrand: „Man darf in die deutsch-französischen Beziehungen keine Ideologie einführen: Wir brauchen dauerhafte Beziehungen." An Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt erinnernd, die nicht verwandten Parteien angehört hätten, gelangte er zu dem Schluß: „Daher haben wir keinen Grund, nicht ernsthaft zu reden; sollten Schwierigkeiten auftauchen, seien sie praktischer oder anderer Art, können wir persönlich darüber sprechen."[32]

Die Schicksalsgemeinschaft

Die Verbesserung der persönlichen Beziehung François Mitterrands zu Helmut Schmidt und das rasch wachsende Einvernehmen des Staatspräsidenten mit Helmut Kohl resultierten nicht zuletzt aus dem Druck der internationalen Spannungen, auf die Paris und Bonn mit wechselseitiger Unterstützung und verstärkter Solidarität reagierten. Schwierigkeiten ergaben sich zunächst 1982 aus der Unruhe, die durch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen hervorgerufen wurde, aber auch, mit greifbareren Konsequenzen für Paris und Bonn, aus den amerikanischen Sanktionen gegenüber den europäischen Staaten, die sich am Bau der eurosibirischen Gasleitung beteiligten.

Gerade dieses heikle Thema stellte den Willen, eine gemeinsame deutsch-französische Haltung zu finden, auf eine schwere Belastungsprobe. Ausgangspunkt war der Versuch der Regierung Ronald Reagans, die Europäer zur Beteiligung an dem Handelsembargo gegen die UdSSR zu veranlassen und den mit der Sowjetunion unterzeichneten Vertrag über den Bau der Gasleitung zu brechen. Die Archivalien des Elysée bezeugen, daß die deutsch-französische und die europäische Solidarität im

[30] Vermerk vom Ministerium für Auswärtige Beziehungen, Kabinett des Ministers, gezeichnet Daniel Bernard, für H. Védrine, 9. 6. 1982, in: Ebenda.

[31] Vgl. Vermerk von Elisabeth Guigou und Hubert Védrine, „Entretiens avec M. Kohl", 4. 10. 1982, in: Karton 11300.

[32] Protokoll des Gesprächs zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand, 4. 10. 1982, verfaßt von Brigitte Stoffaes, in: Karton 2224.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konflikt mit Washington kein leeres Wort war. Vielmehr befürwortete der Elysée einen gemeinsamen Versuch Frankreichs und Deutschlands, das amerikanische Embargo durch technische Alternativen zu umgehen, „selbst wenn es", wie Christian Sautter formulierte, „im Interesse unserer Industrie liegt, einen rein französischen Ersatz vorzuschlagen"[33]. Der Präsident stimmte mit einem „Ja" am Rand dieser Notiz zu.

Als am 18. Juni 1982 die Vereinigten Staaten das Embargo auf die ausländischen Filialen von amerikanischen Unternehmensgruppen und europäische Gesellschaften ausdehnten, die unter amerikanischer Lizenz produzierten, entschied Paris gemeinsam mit seinen europäischen Partnern, es auf eine Auseinandersetzung ankommen zu lassen. So gab zum Beispiel der Minister für Forschung und Industrie im August eine Anordnung heraus, die es der Société Dresser-France ermöglichte, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen[34]. Diese feste Haltung Frankreichs diente außerdem dazu, den geschwächten Bundeskanzler zu stützen, dessen Position unter dem Druck der Regierung Reagan zu leiden begann. Helmut Schmidt sah sich damals mit den nachgerade klassischen Problemen einer deutschen Bundesregierung mit der großen amerikanischen Schutzmacht konfrontiert; und zwar in einem Moment, als sich ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland gegen den vermeintlichen „Preis" auflehnte, den die Amerikaner drohend als Gegenleistung für ihren Schutz forderten. Die feste Haltung, die Frankreich jetzt einnahm, war aus der Sicht des deutsch-französischen „Paares" nur die Variation einer von Giscard d'Estaing und Schmidt eingeführten Gewohnheit: nämlich gemeinsam eine Strategie zu konzipieren, dann aber Frankreich im Namen beider Länder sprechen zu lassen.

Es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, daß die Entscheidung, sich bei Schwierigkeiten gegenseitig zu helfen, speziell mit Helmut Schmidt zu tun gehabt hätte. Dies wurde in dem ersten Gespräch deutlich, das François Mitterrand am 4. Oktober 1982 mit dem damals im Elysée noch kaum bekannten Helmut Kohl führte und in dem er seinen jüngeren Gesprächspartner in die Struktur der euro-amerikanischen Beziehungen einweihte: „Wir wollen nicht, daß sich die Vereinigten Staaten zu sehr in unsere Angelegenheiten einmischen." In bezug auf das Gas-Röhren-Geschäft wurde der Präsident konkreter: „Wir haben uns entschieden, nicht mit den Amerikanern darüber zu sprechen. Cheysson hat in New York getan, was ich ihm gesagt habe: Jedesmal wenn Shultz mit ihm über dieses Thema sprechen wollte, hat er geantwortet, er sei nicht auf dem laufenden! Sie fangen an zu verstehen, daß es absichtlich geschieht, und wissen nicht genau, was sie tun sollen."[35]

Die Distanz gegenüber den USA und die gleichzeitige Offenheit gegenüber dem deutschen Partner scheint einem bewußten Kalkül entsprungen zu sein. Der franzö-

[33] Vermerk von Christian Sautter, Vorbereitung der deutsch-französischen Beratungen am 24./25. 2. 1982, in: Karton 2013.

[34] Vgl. Anweisung des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen, Deutsch-Französischer Gipfel vom 21./22. 10. 1982, in: Karton 2224.

[35] Protokoll über das Gespräch zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand, 4. 10. 1982, verfaßt von Brigitte Stoffaes, in: Karton 2224.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sische Präsident erwartete von dem neuen Kanzler die gleiche Offenheit, die er bei dessen sozialdemokratischem Vorgänger angetroffen hatte, als Schmidt die internationale und insbesondere die französische Unterstützung suchte. Als Gegenleistung dafür, daß Paris seine ostpolitischen Initiativen öffentlich unterstützt hatte, ließ Helmut Schmidt im März 1982 François Mitterrand eine sechzehn Seiten lange Kopie von Notizen zukommen, die Herbert Wehner Mitte Februar nach Gesprächen mit Persönlichkeiten der polnischen Kirche und mit General Jaruzelski angefertigt hatte[36]. Im August 1982 schickte der Kanzler dem Präsidenten nicht nur ein kurzes Protokoll, sondern einen ausführlichen Bericht über die Gespräche während seiner jüngsten Reise in die Vereinigten Staaten[37]. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Informationen ausgetauscht wurden, aber auch die Vertraulichkeit, sind für die deutsch-französische Verständigung in dieser Phase durchaus charakteristisch[38].

Dies galt auch für den verteidigungspolitischen Bereich. So lieferte François Mitterrand Helmut Kohl im Oktober 1982 einen Vertrauensbeweis und teilte ihm mit, daß Frankreich trotz seiner distanzierten Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten den Amerikanern die Häfen geöffnet und ihnen das Recht eingeräumt habe, französisches Territorium zu überfliegen; die französische Regierung habe den Amerikanern das Auftanken in der Luft ermöglicht. Der Staatschef präzisierte: „Dies ist vertraulich, aber es ist unsere Maxime, immer mit dem deutschen Kanzler über geheime Verteidigungsprobleme zu sprechen." Welchen Umfang diese vertraulichen Informationen annahmen und ob es sich für den französischen Staatschef in erster Linie darum handelte, den neuen Bundeskanzler für sich einzunehmen, war anhand der zur Verfügung stehenden Quellen noch nicht zu klären.

Die Obsession der Sicherheit und die Rede im Bundestag im Januar 1983

Der Amtsantritt Mitterrands im Elysée brachte keine großen Umwälzungen in der Verteidigungspolitik. Für die Zeit nach 1981 ist die Kontinuität im Hinblick auf die Strategie, auch bezüglich der Atomwaffen, offensichtlich. François Mitterrand hatte sich das von de Gaulle eingeführte Prinzip der französischen Abschreckung („Wir müssen furchterregend sein") zu eigen gemacht. Auch die Feindseligkeit des Staatschefs gegenüber der Friedensbewegung erklärt sich vor allem aus dieser Position. Mitterrand mißbilligte die Vorstellung der Pazifisten, wonach diejenigen, die auf westlicher Seite wieder ein Gleichgewicht der Kräfte herstellen wollten, die Kriegs-

[36] Vgl. Kurierpost von Helmut Schmidt an den Präsidenten, 8. 3. 1982, übermittelt durch die Botschaft in Paris, aber im versiegelten Umschlag, in: Karton 11301.

[37] In diesem Zusammenhang steht auch die Einsetzung einer binationalen Arbeitsgruppe beim bilateralen Gipfeltreffen im Februar 1982, die die Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten koordinieren sollte. Vgl. Kurierschreiben des Kanzlers an den Präsidenten, 15. 8. 1982, in: Ebenda.

[38] Vgl. Handlungsanweisung des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen, Deutsch-Französischer Gipfel vom 21./22. 10. 1982, in: Karton 2224.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treiber seien. Nach seiner Überzeugung war das Gleichgewicht einseitig von den Sowjets gestört worden. Vor diesem Hintergrund waren der Staatschef und seine Experten über die Entwicklung in Deutschland sehr beunruhigt; sie spürten Tendenzen zu einer Neutralisierung der Bundesrepublik und betrachteten sie als Bedrohung für ganz Europa. 1982 wurde die deutsche Friedensbewegung deshalb zum Gegenstand zahlreicher alarmierender Berichte.

In Analysen, die dem Präsidenten vom Centre d'Analyse et de Prévision (CAP) des Quai d'Orsay vorgelegt wurden, hieß es, daß in Deutschland ein tiefes Unbehagen herrsche, das sich vor allem aus der Unsicherheit in bezug auf den amerikanischen Schutz und das französische Engagement im Falle einer wirklichen Bedrohung speiste. Ein Bericht vom Februar 1982 unterstrich den Widerspruch zwischen dem, „was wir von den Deutschen erwarten", und dem, was umgekehrt die Deutschen „an unserer Verteidigung als egoistisch" kritisierten. Die Bundesrepublik, so die französische Erwartung, solle der NATO treu bleiben, „ihre Konzeption nicht zum Schaden unserer lebenswichtigen Interessen vorantreiben" und darüber hinaus in Rüstungsfragen offen für Zusammenarbeit sein. Die Deutschen kritisierten dagegen die Weigerung Frankreichs, das Territorium der Bundesrepublik in den eigenen atomaren Schutzschirm einzubeziehen, und die mangelnde Bereitschaft, über Atomwaffen zu verhandeln[39]. Die intensive Beschäftigung mit dem deutschen Unbehagen entsprach zum einen aktuellen französischen Befürchtungen, die Bundesrepublik könne sich von der gemeinsamen Linie entfernen, zum anderen der grundsätzlichen Vorstellung, daß es Frankreichs Aufgabe sei, dem deutschen Bedürfnis nach Beständigkeit entgegenzukommen. Wenn Frankreich die deutschen Staatsmänner bei der Bewältigung ihrer innenpolitischen Probleme unterstützen wollte, geschah dies letztlich vor allem deshalb, weil es die eigenen nationalen Interessen durch die Friedensbewegung in Deutschland indirekt bedroht sah.

So ist auch die Rede zu erklären, die Mitterrand am 20. Januar 1983 im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Elysée-Vertrages von 1963 im deutschen Bundestag hielt. Die Beziehungen zwischen der Sozialistischen Partei Frankreichs und der SPD waren dadurch auf empfindliche Weise berührt. Nach Durchsicht der Elysée-Dokumente steht außer Zweifel, daß Mitterrand damals beabsichtigte, Kohls Vorgänger Helmut Schmidt öffentlich zu unterstützen, der den Doppelbeschluß der NATO befürwortete und zu dessen Initiatoren gehörte. Der Präsident teilte mit ihm die Einschätzung, es sei notwendig, Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, wenn die Verhandlungen mit der Sowjetunion zu keinem Erfolg führten. Der französische Staatschef sprang damit dem Sozialdemokraten Schmidt gegen die Mehrheit der SPD bei, die sich um Willy Brandt scharte. Mitterrand half also Schmidt, obwohl er gleichzeitig freundschaftliche Beziehungen mit Brandt pflegte.

Die französische Mißbilligung der Stellungnahmen der SPD zur europäischen Sicherheitspolitik und die Sorgen über deren pazifistisches Abdriften werden in der großen Zahl von Berichten über die SPD seit 1981 erkennbar. Die geplante Resoluti-

[39] Bericht des CAP an den Minister für Auswärtige Beziehungen, 12. 2. 1982, (C/581), in: Karton 11301.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

on der SPD über eine Vertagung des endgültigen Beschlusses über die Stationierung der Mittelstreckenraketen bis Ende 1983 bezeichnete die französische Seite als „inakzeptabel". Der Dissens wurde offenkundig, als schließlich 70 Prozent der SPD-Delegierten auf dem Parteitag von 1982 diese Entschließung annahmen und die Einbeziehung der französischen und britischen Waffen bei den Genfer Verhandlungen über das Gleichgewicht der Raketen mittlerer Reichweite empfahlen[40]. Da die Empfehlung auch die sowjetische Auffassung aufnahm, derzufolge die französischen Waffen „mittlere" und keine „strategische" Reichweite hätten[41], bewerteten die Berater Mitterrands diesen Beschluß als reinen Reflex der Partei von Brandt, Bahr und Vogel auf die Moskauer Propaganda[42].

Die Rede Mitterrands vor dem Bundestag wurde als Zeichen eines neuen Atlantismus des französischen Präsidenten gewertet. Die Analyse des europäischen Kontextes und die politische Entwicklung François Mitterrands lassen die Rede aber vielmehr als eine von Grund auf europäisch orientierte Rede erscheinen, die zur Verteidigung der Interessen des bedrohten Kontinent konzipiert worden war. Aus dieser Perspektive heraus war sie auch eine Lektion, die ein europäischer Sozialist der Mehrheit der SPD erteilte, wurde doch der Präsident von der Dienststelle des Quai als die einzige Persönlichkeit beurteilt, „die fähig [sei], das Niveau der Diskussion anzuheben"[43] und, wie Pierre Morel seit 1981 riet, „wenn nötig, auf die politische Diskussion in Deutschland Einfluß zu nehmen"[44].

Die an der Ausarbeitung der Rede Beteiligten haben die Bedeutung, die der Präsident ihr beimaß, unterstrichen und hervorgehoben, daß er bis spät in die Nacht vom 19. zum 20. Januar persönlich an ihrer Gestaltung mitwirkte[45]. Die Archivalien bestätigen ihre Aussagen, insbesondere die aktive – und offenbar ungewöhnliche – Par-

---

[40] Vermerk von Hubert Védrine an den Präsidenten, Deutsch-Französische Beratungen am 24./25. 2. 1982, in: Karton 2013. Die Berücksichtigung französischer und britischer Waffen wird als „inakzeptabel" beurteilt, „weil die französischen Waffen weder vergleichbar noch ersetzbar" seien und weil „wir nicht anderen die Möglichkeit überlassen können, sich von der einen oder anderen Seite über das Niveau unserer Streitkräfte zu äußern". Unter den zahlreichen Berichten über die Haltung der SPD, vgl. die Notiz der „Sous-direction des affaires stratégiques et du désarmement, direction des affaires politiques du Ministère des Relations extérieures" [Unterabteilung für strategische und Abrüstungsfragen, Politische Abteilung im Ministerium für Auswärtige Beziehungen] 16. (26.?) 1. 1982 (Nr. 29/ASP), in: Karton 11301; Notiz vom 27. 4. 1982 (Nr. 140/ASP), in: Ebenda.

[41] Es handelte sich um ein Charakteristikum der Annäherung der beiden Weltmächte, Amerikaner wie Sowjets, diejenigen Waffen als „strategisch" zu bezeichnen, die das Territorium des Feindes erreichen konnten, d. h. mehrere tausend Kilometer fliegen konnten. Frankreich bestritt aber, daß seine Nuklearwaffen als mit „mittlerer Reichweite" bezeichnet und gezählt werden könnten, weil sie wegen ihrer Fähigkeit, sowjetisches Territorium zu erreichen, tatsächlich „strategisch" seien.

[42] Vgl. Vermerk von Hubert Védrine an den Präsidenten vom 12. 1. 1983 zur Vorbereitung des Empfangs von Hans-Jochen Vogel, Kanzlerkandidat der SPD, durch den Präsidenten am 13. Januar, in: Karton 11303.

[43] Vermerk des CAP für Minister Claude Cheysson, 17. 1. 1983, „zum Thema Kontakte in Deutschland am Vorabend des Geburtstages des Elysée-Vertrages", in: Karton 11302.

[44] Vermerk von Pierre Morel an den Präsidenten, 5. 10. 1981, in: Karton 2224.

[45] Vgl. insbesondere Attali, Verbatim, S. 383–386, sowie Védrine, Les mondes, S. 234–237.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tizipation von François Mitterrand, die sich vom Entwurf (der sich in einer handgeschriebenen Notiz an seinen Staatssekretär Jean-Louis Bianco befindet)[46] bis auf den eigenhändig korrigierten Text[47] der Schlußfassung erstreckte. Das zweite Charakteristikum besteht in dem Engagement der Mannschaft des Präsidenten bei der Vorbereitung und der Redaktion der Rede. Der Präsident hatte verschiedene Berater eingesetzt und die Themen verteilt, da die Rede mehrere unterschiedliche Teile enthielt. Schließlich hatte Mitterrand die von seinen Beratern vorgeschlagenen Entwürfe beträchtlich umgearbeitet, insbesondere den über die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa.

Der Eingriff des Präsidenten betraf in erster Linie die Umgestaltung des Textes durch die Hinzufügung einer persönlichen Note. Das gilt auch für die Ersetzung der Formulierung „la France affirme" durch „je pense et je dis", was man nicht als Zeichen einer gaullistischen Haltung interpretieren sollte, sondern vielmehr als Ausdruck des Willens, sich persönlich mit dem Gewicht des „Ich" in die Debatte einzuschalten. Zweitens hat der Präsident auf größter Klarheit im Text bestanden. So fügte François Mitterrand in der zentralen Passage über die Sehnsucht nach Frieden dem Satz: „Krieg muß undenkbar bleiben, und diejenigen, die daran denken, müssen abgeschreckt werden" die Worte hinzu: „Eine einfache Idee beherrscht das Denken Frankreichs". Gewisse Korrekturen aus Mitterrands Feder verstärkten drittens den Aspekt der deutsch-französischen Verlässigkeit und Solidarität. So ergänzte Mitterrand den Entwurf des Textes, in dem Frankreich als „loyaler Partner der Atlantischen Allianz" bezeichnet wurde, durch die Worte: „und treuer Freund der Bundesrepublik Deutschland, der seine *Verpflichtungen* kennt"[48]. Die Eingriffe des Präsidenten in diese Rede zeichneten sich also durch größere Offenheit in bezug auf die Erwartungen Deutschlands aus, aber auch durch große Bestimmtheit in bezug auf die Sowjetunion.

Eine Gesamtinterpretation der Rede Mitterrands vor dem Bundestag im Januar 1983 zeigt folgende Ziele und Beweggründe: Das erste Motiv ergab sich aus der Konzeption eines als notwendig erachteten Gleichgewichts der Kräfte in Europa, das einzig den Frieden garantieren könne. Wie seine wichtigsten Verbündeten, Briten und Deutsche (Helmut Kohl wie Helmut Schmidt), wollte Mitterrand dazu beitragen, das Gleichgewicht der atomaren Rüstung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt – wenn möglich auf einer niedrigeren Stufe – aufrechtzuerhalten.

Ein zweites Ziel des französischen Staatschefs war offensichtlich. Es beruhte auf der gaullistischen Konzeption einer Sonderstellung Frankreichs im System der westlichen Verteidigung; es sollte also verhindert werden, daß die französischen Nuklearwaffen

[46] Vgl. handgeschriebene Notiz von François Mitterrand, [o. D.], „Jean-Louis Bianco, Plan du discours de Bonn", in: Karton 6523 (Plan: 1- France-Allemagne, 2- Défense, sécurité, solidarité, 3- La communauté). So findet sich z. B. eine Mappe mit dem Titel „Version von drei Uhr morgens", in: Ebenda.

[47] Vgl. Entwurf des Teils der Rede über den Frieden in der Mappe: „Défense, sécurité, solidarité", mit handgeschriebenen Korrekturen des Präsidenten, in: Ebenda.

[48] Ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die Bewertung des westlichen Arsenals einbezogen würden[49], indem hauptsächlich über die unterschiedlichen Waffentypen verhandelt wurde. Die Einmischung Mitterrands in die Debatte erklärt sich mithin zum großen Teil aus französischen Sorgen vor einer das militärische Kräfteverhältnis in Europa verfälschenden Berechnung der Streitkräfte; diese hätte auch die Zugehörigkeit Frankreichs zur NATO allzu schonungslos offengelegt, obwohl Paris doch auf seinem Sonderstatus außerhalb der integrierten Kommandostruktur beharrte. Frankreich wollte künftig nicht mehr von dieser Debatte ausgeschlossen sein und sich nicht mit der Rolle eines bloß beunruhigten Beobachters zufriedengeben. Hier ging es dem französischen Präsidenten darum, die „ruhige Kraft" Frankreichs zu demonstrieren.

Angesichts der sehr großen Zahl alarmierender Berichte über das Ausmaß des Pazifismus und der drohenden Gefahr des Neutralismus in der Bundesrepublik Deutschland[50] scheint es ein Hauptanliegen des Präsidenten gewesen zu sein, Einfluß auf die öffentliche Meinung in Deutschland zu nehmen, indem er die Bundesregierung seines Beistands versicherte. Sicher könnte man dem sozialistischen Präsidenten vorwerfen, der christlich-liberalen Koalition in die Hände gearbeitet und bei den vorgezogenen Bundestagswahlen deren Sieg begünstigt zu haben. Aber die Informationen, die der Elysée 1982/83 über die Entwicklung der SPD erhielt, zeigten, daß man auf keine Wende in der Haltung der sozialdemokratischen Partei hoffen konnte. Der Präsident beabsichtigte, Bundeskanzler Schmidt *a posteriori* zu unterstützen, indem er Willy Brandt desavouierte, und die Regierung in Bonn zu stärken, selbst auf die Gefahr hin, den Konservativen zu nützen. Niemand in Paris hat offenbar mehr mit einer Wahlniederlage der CDU/CSU gerechnet.

Neben der unmittelbaren Stärkung der Bundesregierung gegen alle Kritiker der Raketen-Nachrüstung bildete die Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die wichtigste Konsequenz der Rede. Sie entsprach den Wünschen Mitterrands, der im Januar 1982 an Helmut Schmidt geschrieben hatte, er wolle seiner Politik „neue Impulse" verleihen[51], nachdem die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Entwicklung eines Panzers nicht recht vorangekommen war. Um hier Anstöße zu geben, hatte schon am 1. Juli 1982 das erste der regelmäßigen und zunächst vertraulichen Treffen der vier Verteidigungs- und Außenminister stattgefunden, das auf dem Gipfeltreffen vom Februar 1982 beschlossen worden war. Die zweite Konsequenz der Rede Mitterrands vor dem Bundestag lag darin, daß die Bundesregierung nun mit immer größerem Nachdruck Informationen über die französischen Absichten im Konfliktfall wünschte[52]. Tatsächlich war es vorhersehbar gewesen, daß die Bundesregierung die

[49] In der Sache teilte der französische Staatschef diese Sorge mit der britischen Regierungschefin Margaret Thatcher.

[50] Vgl. zahlreiche Berichte aus dem Ministerium für Auswärtige Beziehungen, in einer Mappe mit dem Titel „Presse/discours année 1982", in: Karton 11301.

[51] Brief François Mitterrands an Helmut Schmidt, 13. 1. 1982, in: Karton 4287.

[52] Vgl. Vermerk von Hubert Védrine an den Präsidenten, 25. 4. 1983, in: Karton 6524.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erfüllung des von François Mitterrand gegebenen Versprechens einfordern würde, den verteidigungspolitischen Teil des Elysée-Vertrages zu realisieren. „Wir haben den Wunsch und den Ehrgeiz uns anzuhören, Deutsche, Franzosen, uns zu beraten – nichts, was die Sicherheit Deutschlands angeht, kann ohne Deutschland verhandelt werden –, uns anzuhören, uns zu beraten und uns zu verstehen", hatte der französische Staatschef in Bonn erklärt. Auch wartete der Elysée darauf, daß Kohl den Wunsch seines Vorgängers Schmidt wiederholte, den atomaren Schutzschirm Frankreichs auf Deutschland auszudehnen. Die Schaffung der Schnellen Eingreiftruppe und die Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der konventionellen Rüstung seit Februar 1984 setzten die mit der Regierung Schmidt begonnene gemeinsame Politik tatsächlich fort.

In dieser Perspektive ist es wahrscheinlich, daß die Analyse, die Pierre Morel kurz vor der Rede im Bundestag unterbreitete, Mitterrand überzeugt hat. Diese lange Notiz verdient es, ausführlich zitiert zu werden: „Die Krisen der Bundesrepublik Deutschland, die wir in keiner Weise provoziert haben, sind im höchsten Grade unsere Angelegenheit, und niemand ist mehr als wir in der Lage, darauf zu antworten. Um das zu tun, erlaubt uns die Erfahrung von dreißig Jahren, durch eine große Initiative noch weit darüber hinaus zu gelangen. [. . .]. Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist für uns sehr gefährlich, weil eine Verknüpfung verschiedener Umstände die Deutschen dazu führt, ihre Beunruhigung und das Gefühl, daß ihre Freunde ihnen entgleiten, auf uns zu konzentrieren. [. . .] Hinter dem Wunsch, die französischen Streitkräfte einzubeziehen, muß man – fast psychoanalytisch, so krank ist die deutsche Seele tatsächlich – die implizite Bitte um Unterstützung, um Hilfe, um Trost heraushören. Wenn sie nicht angemessen beantwortet wird, gerät die Entwicklung außer Kontrolle. [. . .] Sie drücken, jeder auf seine Weise, Angst vor der Isolierung aus, die überall hinter der fieberhaften Unruhe der deutschen Politiker steckt. Deshalb sollte der Präsident mit Nachdruck sagen: ‚Deutschland steht nicht allein . . .'" Abschließend empfahl Morel dem Präsidenten, „den Abschluß eines *bilateralen Sicherheitsabkommens* vorzuschlagen", in dem formalisiert werden sollte, „was vor drei Monaten eingeführt wurde"[53].

Europäische Stagnation

Wenn die Septennate François Mitterrands mit dem Aufschwung Europas assoziiert werden, dann entspricht dies erst ab 1984 den historischen Tatsachen, denn die erste Amtszeit stand zumindest anfangs stark im Schatten aktueller Probleme der europäischen Politik, die vorrangig bewältigt werden mußten. Zu diesen Schwierigkeiten gehörten auch einige deutsch-französische Unstimmigkeiten. Eine davon bestand noch immer in der Finanzierung der Gemeinschaft, auch wenn nicht zuletzt die Unnachgiebigkeit der Briten im Europäischen Rat, personifiziert durch Margaret Thatcher,

[53] Notiz von Pierre Morel an Jean-Louis Bianco, 17. 1. 1983, in: Karton 6523.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Annäherung Mitterrands an die beiden Bundeskanzler Schmidt und Kohl bewirkte. Hinzu kam, daß der Beitritt Spaniens und Portugals insofern ein deutsch-französisches Problem darstellte, als Bonn und Paris zwar in dem Ziel übereinstimmten, die Demokratie in den ehemaligen Diktaturen zu verankern, sich jedoch über die Voraussetzungen für den Beitritt der beiden südlichen Staaten uneinig waren. Jedes Dossier zur Vorbereitung der bilateralen Gipfel oder des Europarats enthält ein Blatt, auf dem an einen neuen Punkt der Unstimmigkeit erinnert wurde, wie zum Beispiel 1981 „die Weigerung der Deutschen, die Frage der Fette zu prüfen, die beim Beitritt Spaniens ein Problem darstellt"[54].

Das Jahr 1982 war eindeutig durch eine Verhärtung des Elysée gegen die Bonner Position in der Frage der gemeinsamen Agrarpolitik geprägt. Strittig waren außerdem die Höhe der Entschädigungszahlungen, die Frankreich abschaffen wollte, und überhaupt der jeweilige Beitrag zum gemeinsamen Haushalt. So unterstrichen mehrere Memoranden „den enormen Nutzen, den Deutschland durch seine Industrie und seine Landwirtschaft aus der EG ziehe"[55]; „der industrielle und kommerzielle Vorteil Deutschlands ist evident, um nicht zu sagen erdrückend"; Deutschland habe „eine konkurrenzfähige Landwirtschaft entwickelt, dies habe zu einer erheblichen Belastung des Agrarhaushalts geführt, die Frankreich zunehmend dazu zwinge, seine Agrarprodukte außerhalb des Gemeinsamen Marktes zu verkaufen"[56].

Schließlich wurde der Bundesrepublik vorgeworfen, die europäischen Spielregeln zu mißachten und das stillschweigende Übereinkommen, die Gewinne zwischen Deutschen und Franzosen zu teilen, gebrochen zu haben („Die Öffnung der Grenzen diene dem Ziel, der deutschen Industrie einen riesigen Markt anzubieten, während die gemeinsame Agrarpolitik Frankreich erlaubt, aus seinen Reichtümern größere Vorteile zu ziehen"[57]). Die Bundesrepublik, so hieß es, „erschüttert die Grundlagen der EG", „sie opfert ihre Partner". In bezug auf die Finanzierung der EG wurde die Bundesregierung von Paris beschuldigt, sich „durch die britische Mentalität anstecken zu lassen, indem sie ihren finanziellen Beitrag an die EU verringern wolle"[58], bevor die Berater des Präsidenten 1983 vorschlugen, „eine enge Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wiederherzustellen, um ein Minimum an finanzieller Stringenz zu gewährleisten"[59].

Dieses Bewußtsein der unerläßlichen Abstimmung in europäischen Angelegenheiten ging einher mit der Beunruhigung, die die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in Paris hervorrief: Denn die Handelsbilanz veränderte

---

[54] Zusammenfassung, ohne Datum, Vorbereitung der Sitzung des Europarats in London am 26./27. 11. 1981, in: Karton 4767.

[55] Vermerk von Pierre Morel, 4. 10. 1982, in: Karton 11300.

[56] Vermerk von Pierre Morel an Jean-Louis Bianco, [o. D.], Vorbereitung des Gipfels vom 21./22. 10. 1982, in: Karton 2224.

[57] Ebenda.

[58] Ebenda.

[59] Vermerk von Pierre Morel an den Präsidenten, 19. 1. 1983, Vorbereitung des 20. Jahrestages des Elysée-Vertrages, in: Karton 6523.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich während des gesamten untersuchten Zeitraums zunehmend zuungunsten Frankreichs – eine Entwicklung, die im Frühjahr 1983 kulminierte. Wie ein Berater des Präsidenten notierte, war das Außenhandelsdefizit mit Deutschland sogar noch größer geworden als das mit Saudi-Arabien. Im Mai 1983 betonten Elisabeth Guigou und Hubert Védrine, daß „der Verfall unserer Positionen spektakulär ist", da sich das Defizit in drei Jahren fast vervierfacht habe. Sie schlugen dem Präsidenten vor, „den Versuch zu machen, von Deutschland, das in der Tat von unserem Aufschwung profitiert hat, Konzessionen zu erhalten"[60]. Die Mannschaft des Präsidenten und die betroffenen Ministerien konzentrierten sich auf die Frage der deutschen Normen, die ein Bollwerk gegen die Einfuhr französischer Produkte nach Deutschland seien und also einen versteckten Protektionismus darstellten. Der Präsident wurde sehr genau über den Kreuzzug Edith Cressons informiert, den diese gegen das System der deutschen Normen führte[61]. Auf eine entsprechende Instruktion François Mitterrands hin intervenierte der Premierminister Mauroy bei Bundeskanzler Kohl und machte ihm mehrere Vorschläge, die darauf abzielten, daß Deutschland französische Normen akzeptieren solle und die Verzögerungen bei der Zertifizierung französischer Produkte verkürzt würden[62]. Schließlich erkannten die deutschen Experten am 14. Juni 1983 an, daß das Problem gelöst werden müsse. Die Arbeit einer gemischten Kommission führte im Mai 1984 zur Anerkennung von 120 französischen Normen durch die Bundesrepublik[63].

Schlußbemerkung

Im Gegensatz zu einer verbreiteten Einschätzung steht der Beginn der Amtszeit François Mitterrands aus deutsch-französischer Perspektive im Zeichen großer Kontinuität. Aber diese Kontinuität wurde nicht nur durch die Beachtung des Elysée-Vertrages von 1963 garantiert, der bekanntlich mindestens zweimal im Jahr Treffen auf höchster Ebene zwischen den Staats- und Regierungschefs vorsieht, Zusammenkünfte der Außenminister mindestens alle drei Monate fordert und außerdem den permanenten Dialog zwischen den Abteilungsleitern der Außenministerien regelt, die sich monatlich treffen, um eine kontinuierliche Abstimmung zu gewährleisten und die Begegnungen ihrer Minister vorzubereiten[64]. Die Dokumente der Mitarbei-

[60] Vermerk von Elisabeth Guigou und Hubert Védrine für den Präsidenten, [o. D.], Beratungen vom 16./17. 5. 1983, in: Karton 4767.

[61] Vgl. Vermerk von Elisabeth Guigou für den Präsidenten, 13. 5. 1983, in: Karton 2225.

[62] Vgl. Vermerk von Elisabeth Guigou für den Präsidenten, 16. 6. 1983, in: Karton 6524.

[63] Vgl. Zusammenfassung, unterzeichnet von Elisabeth Guigou und Hubert Védrine, für den Präsidenten, 28. Mai 1984, in: Karton 6809.

[64] Die jeweils zuständigen Ministerien erarbeiteten Dossiers, deren Quintessenz dem Präsidenten in Form eines Vermerks durch die Berater des Elysée vorgelegt wurde. Die deutsch-französische Erklärung, die traditionell am Ende jedes Gipfels veröffentlicht wurde, wurde vor dem Treffen auf der Grundlage eines kurzen Entwurfs, der zwischen Bonn und Paris zirkulierte, ausgearbeitet.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ter François Mitterrands zeigen, daß trotz der Zäsuren von 1981 und 1982/83 der politische Wille zur Kontinuität offenkundig war. Im Falle der ersten durch die Mannschaft François Mitterrands vorbereiteten deutsch-französischen Treffen war so auch das starke Bemühen festzustellen, Problemzonen wenn irgend möglich zu meiden. Über die im Vertrag vorgesehenen regelmäßigen Treffen hinaus zeigte sich Kontinuität auch in der Praxis der bilateralen Konsultationen vor multilateralen Treffen, etwa den Wirtschaftsgipfeln der G-7-Staaten und dem Europäischen Rat, die das alte „Paar" (Giscard-Schmidt) etabliert hatte.

Trotz des Wechsels des Partners auf deutscher Seite Ende 1982 blieb die Praxis der deutsch-französischen Beziehungen unverändert[65]. Die Kontinuität scheint anfangs das Ergebnis eines Zwangs zur Kooperation, eines Aufeinanderangewiesenseins, gewesen zu sein, wie ein Vermerk des Sonderberaters des Präsidenten, Jacques Attali, bezeugt, der Anfang Juli 1981 zur Vorbereitung des ersten bilateralen Gipfeltreffens und des Gipfels von Ottawa verfaßt wurde: „Die deutsch-französischen Beziehungen sind ein unersetzbares Element der multilateralen Strategie Frankreichs. [. . .] Es handelt sich nicht um eine bilaterale Beziehung, sondern um ein ausgewogenes Verhältnis, in das die beiden Länder gemeinsam ihre Trümpfe einbringen." Attali empfahl also, „den Vertrag des Vertrauens und der gegenseitigen Abhängigkeit, der die Grundlage der europäischen Konstruktion ist, nicht nur durch feierliche Deklamationen, sondern sehr konkret zu erneuern"[66]. Tatsächlich ist nicht zu übersehen, daß die Beziehungen Mitterrands und seiner Experten zu ihren deutschen Partnern im Lauf der Zeit an Qualität gewonnen haben. Die Praxis hat auf diese Weise die Ausgangssituation verändert. Die Entwicklung war das Ergebnis wachsenden Realitätssinnes, aber auch des Wunsches, den Prozeß der deutsch-französischen Versöhnung ebenso voranzutreiben wie die Vorgänger.

(Aus dem Französischen übersetzt von Hildegard Möller)

Ein Beispiel bildet das Dossier von Pierre Bérégovoy, das den Konsultationen vom 24./25. 2. 1982 gilt, in: Karton 2013.

[65] Einschließlich der geringen Aufmerksamkeit, die der Kooperation auf kulturellem Gebiet gezollt wird.

[66] Vermerk von Jacques Attali an den Präsidenten, 10. 7. 1981, in: Karton 4767.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

LOTHAR GRUCHMANN

LUDENDORFFS „PROPHETISCHER" BRIEF AN HINDENBURG VOM JANUAR/FEBRUAR 1933

Eine Legende

Es gibt Legenden, die aus der zeitgeschichtlichen Literatur offenbar nicht getilgt werden können. Zu ihnen gehört das angebliche Schreiben des Generals a. D. Erich Ludendorff an Reichspräsident v. Hindenburg kurz nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, in dem Ludendorff dem Reichspräsidenten vorwirft, Deutschland damit einem Demagogen ausgeliefert zu haben, der das Reich in den Abgrund führen und die Nation in Not und Elend bringen werde; kommende Geschlechter würden Hindenburg deswegen noch in seinem Grabe verfluchen.

Diese gewiß eindrucksvolle „Prophezeiung" ist nicht nur in verschiedenen der diesjährigen journalistischen Erinnerungsartikel zum 30. Januar 1933, sondern auch in der jüngst erschienenen, von der Fachwelt sehr positiv aufgenommenen Hitler-Biographie von Ian Kershaw wieder zitiert worden[1]. Dabei ist das erwähnte Schreiben als Dokument nirgends nachweisbar und kann daher von der Wissenschaft nicht als Quelle anerkannt werden. Auf welchem Weg der angebliche Ludendorff-Brief in die Literatur Eingang gefunden und sich dort sogar mit einem Anschein von Glaubwürdigkeit eingenistet hat, sei im folgenden kurz dargestellt.

1. In den nachgelassenen Papieren des Absenders Ludendorff ist das fragliche Schreiben nicht enthalten. Der Herausgeber der Lebenserinnerungen Ludendorffs von 1933–1937, Franz Freiherr Karg von Bebenburg, der im Anhang eine ganze Reihe von Briefen Ludendorffs an Reichspräsident v. Hindenburg im Wortlaut veröffentlicht, erklärt dazu ausdrücklich: „Ein Durchschlag dieses Schreibens oder Telegramms fand sich nicht im Nachlaß, darum sei es nach Hans Frank [vgl. im folgenden unter 3] wiedergegeben."[2]

---

[1] Vgl. Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 471 und 527. Bei Kershaw ist das Schreiben „Ende Januar 1933" datiert. In anderen Veröffentlichungen wird das Datum mit 30. Januar, 31. Januar oder 1. Februar 1933 angegeben, soweit nicht noch allgemeinere Zeitangaben benutzt werden.

[2] General Ludendorff, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung, Band III: Meine Lebenserinnerungen 1933 bis 1937, Pähl 1955, S. 232. Der Band wurde von Frau Mathilde Ludendorffs Schwiegersohn Franz Freiherr Karg von Bebenburg herausgegeben.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Das erwähnte Schreiben findet sich auch nicht in den Akten des Adressaten, d.h. in den Akten der Präsidialkanzlei, die damals von Staatssekretär (ab 1937 Staatsminister) Otto Meissner geleitet wurde. Während die anderen Briefe Ludendorffs an Hindenburg ab 1933, in denen er sich über Gewalttätigkeiten gegen seine Anhänger und deren rechtlose Behandlung beschwerte, in diesen Akten vorhanden sind[3], fehlt das erwähnte Schreiben. Meissner hätte es andernfalls auch kaum unterlassen, dieses aufsehenerregende Dokument in seinen Memoiren[4] zu erwähnen.

3. Der Text des angeblichen Schreibens Ludendorffs taucht erstmals in den Memoiren des ehemaligen Reichsministers und Generalgouverneurs in Polen Hans Frank auf, die er vor seiner Hinrichtung als Hauptkriegsverbrecher im Oktober 1946 im Nürnberger Justizgefängnis schrieb und die posthum im Jahre 1953 veröffentlicht wurden. Frank erwähnt dort, daß Ludendorff nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten „unsagbar ernste Briefe" an Hindenburg geschrieben habe, von deren Inhalt er durch Meissner „vertraulich Kenntnis erhalten habe."[5] Die vertrauliche Information durch Meissner ist dabei durchaus glaubhaft, da Frank von 1933 bis zur Übernahme der Justizverwaltung durch das Reich am 1. Januar 1935 in Ludendorffs Wahlheimat Bayern Justizminister war und sich dort intensiv mit Gewalt- und Straftaten von NS-Anhängern sowie mit ungesetzlichen Eingriffen von Himmlers politischer Polizei in die Strafverfolgung auseinanderzusetzen hatte[6]. In diesen Briefen an Hindenburg gebrauchte Ludendorff in der Tat Formulierungen wie: „Sie tragen für die Zustände der Rechtlosigkeit im Reiche heute die Verantwortung vor Ihrem Gott, vor Ihrem Eide auf die Verfassung und vor dem deutschen Volke!" (6. 7. 1933), oder: „Wenn dereinst die Geschichte des deutschen Volkes geschrieben wird, dann wird das Ende Ihrer Reichspräsidentschaft als die schwärzeste Zeit deutscher Geschichte geschrieben werden" (18. 11. 1933)[7]. Diese Wendungen mögen Frank zu seiner in Nürnberg aus der Erinnerung niedergeschriebenen „prophetischen" Formulierung Ludendorffs veranlaßt haben. Daß er sie auf eine brieflich geäußerte Kritik Ludendorffs an der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bezog, ist allerdings ein schwerer Erinnerungsfehler. Frank gab das angebliche Schreiben Ludendorffs unter dem Datum 1. 2. 1933 wie folgt wieder: „Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einem der größten Demagogen aller Zeiten unser

---

[3] Und zwar in den Vorgängen über Einstellung von Verfahren wegen Mißhandlung von Gefangenen, die als Teilbestand der Akten der Präsidialkanzlei im Zentralen Staatsarchiv („Sonderarchiv") in Moskau liegen. (Vgl. Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach, Teil 2, München u.a. 1995, S. 1 und 313.) Dort hat Kershaw diese Ludendorff-Briefe gefunden. Vgl. Kershaw, Hitler, S. 631 und 897, Anm. 4 und 6.

[4] Vgl. Otto Meissner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950.

[5] Vgl. Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München-Gräfelfing 1953, S. 51.

[6] Vgl. dazu Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München ²1990, S. 380ff.

[7] Ludendorff, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär, S. 234 und 250.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heiliges deutsches Vaterland ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stoßen, unsere Nation in unfaßliches Elend bringen wird, und kommende Geschlechter werden Sie verfluchen in Ihrem Grabe, daß Sie das getan haben."[8]

Erst mit der Veröffentlichung der Memoiren Franks im Jahre 1953 wurde somit das Schreiben Ludendorffs vom Februar 1933 „existent". Deshalb konnte auch Ludendorffs Witwe Mathilde Ludendorff in ihrem Spruchkammerverfahren von 1949 dieses Schreiben als einen – wenn auch wegen seiner Überlieferung äußerst fragwürdigen – Entlastungsbeweis noch nicht vorbringen[9].

4. Fritz Tobias, der sich der Aufdeckung der Legende verdienstvollerweise schon 1990 angenommen hat[10], behauptet, das fragliche Schreiben habe durch ein „Unveröffentlichtes Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte v. 10. Juli 1958" eine „wissenschaftliche Echtheitsbestätigung" erfahren[11]. Ein entsprechendes unveröffentlichtes Gutachten des Instituts mit diesem Datum existiert jedoch nicht. Es gibt nur ein Gutachten des damaligen Institutsmitarbeiters und späteren Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Mainz Hans Buchheim vom 10. Juli 1956, das im Jahre 1958 im ersten Gutachtenband des Instituts veröffentlicht wurde. Es hatte nicht die Prüfung der Echtheit des Ludendorffbriefes zum Thema – wie die Formulierung Tobias' suggeriert –, sondern „Die organisatorische Entwicklung der Ludendorff-Bewegung und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus"[12]. Darin wird tatsächlich u. a. der Wortlaut des Briefes zitiert, allerdings nicht – wie Tobias irrtümlich annimmt[13] – nach Hans Frank, sondern nach den Erinnerungen eines Vertrauten Ludendorffs, des Hauptmanns a. D. Wilhelm Breucker[14]. Bei Breucker bekommt der ohne Quellenangabe zitierte Text noch eine elegantere und für die geschichtliche Überlieferung

---

[8] Frank, Im Angesicht des Galgens, S. 51.

[9] Vgl. Stenographischer Bericht über das Spruchkammerverfahren gegen Frau Dr. Ludendorff vom 23. 11. bis 16. 12. 1949. 1. bis 7. Verhandlungstag, hrsg. von Franz Freiherr Karg v. Bebenburg, Stuttgart 1950.

[10] Vgl. Fritz Tobias, Ludendorff, Hindenburg, Hitler. Das Phantasieprodukt des Ludendorff-Briefes vom 30. Januar 1933, in: Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, hrsg. von Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M./Berlin 1990, S. 319ff.

[11] Ebenda, S. 321 und 340, Anm. 12.

[12] Vgl. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 356ff.

[13] Vgl. Tobias, Ludendorff, S. 322.

[14] Vgl. Wilhelm Breucker, Die Tragik Ludendorffs. Eine kritische Studie auf Grund persönlicher Erinnerungen an den General und seine Zeit, Stollhamm (Oldb.) 1953, S. 136. Die Übernahme des Zitats aus Breuckers Buch bestätigte Prof. Buchheim dem Verf. in einem Telefonat vom 23. 3. 1999. Breucker verkehrte als ehemaliger Angehöriger des Regiments 39 unter Ludendorff in dessen Haus und begegnete dort 1922/23 auch Hitler. Wie nahe Breucker dem Hause Ludendorff stand, geht auch daraus hervor, daß er im Herbst 1933 auf Wunsch Hitlers vergebens versuchte, eine Aussöhnung zwischen Ludendorf und Hindenburg zu erreichen, die sich u. a. wegen des Anteils am Sieg von Tannenberg entzweit hatten. Vgl. die Briefe Breuckers v. 25. 11. 1933 und von Ludendorffs Stiefsohn Heinz Pernet v. 28. 11. 1933 an Hitler, in: Archiv des IfZ, Akten der NSDAP/Hauptarchiv, Sign. MA-744 und Sign. ZS-1193.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geeignetere Fassung: einige Satzteile werden umgestellt, statt „in den Abgrund stoßen" heißt es nun „stürzen", statt „daß Sie das getan haben" flüssiger „wegen dieser Handlung". Es ist auch nicht mehr von einem Brief die Rede, sondern es heißt völlig unbestimmt: „am 1. Februar 1933 ließ Ludendorff dem Feldmarschall mitteilen: ‚Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.'"

Wenngleich sich Buchheims Gutachten nicht speziell auf die Echtheit dieses Dokuments bezog, mußte durch den ohne einschränkende Bemerkungen wiedergegebenen Text der Eindruck entstehen, daß ihn der Gutachter für verbürgt hielt. Hier liegt zweifellos eine Unbedachtsamkeit des Gutachters vor, die weitreichende Folgen zeitigte: Mit der Veröffentlichung des Gutachtens durch das Institut für Zeitgeschichte im Jahre 1958 wurde der Verbreitung des legendären Briefes Tür und Tor geöffnet. Nachdem Dokumentenpublikationen wie z. B. die bekannte Publikation von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler „Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart" das Schriftstück als Dokument in der von Buchheim wiedergegebenen Fassung veröffentlichten und als Quelle den Gutachtenband des Instituts für Zeitgeschichte angaben[15], wurde es nunmehr nach diesen Quelleneditionen unbedenklich zitiert.

5. Der erwähnte Artikel von Tobias hat der Legende offenbar deshalb nicht wirksam entgegenwirken können, weil er an verhältnismäßig „verdeckter" Stelle in einem Sammelwerk erschien, unter dessen Titel man eine solche Studie nicht vermutet[16]. Da das Institut für Zeitgeschichte – wenn auch unbeabsichtigt – zur Verbreitung der Legende nicht unwesentlich beigetragen hat, empfahl sich eine Klarstellung durch die vorliegende Miszelle in seinem am weitesten verbreiteten Publikationsorgan, den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte.

---

[15] Vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraeper, Band VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning-Papen-Schleicher 1930–1933, Berlin [1963], Dok. Nr. 1958, S. 766.

[16] Ian Kershaw, dessen Hitler-Biographie sich durch die Berücksichtigung fast aller einschlägigen literarischen Quellen auszeichnet, teilte dem Verf. am 15. 2. 1999 brieflich mit, daß ihm der Aufsatz von Tobias völlig entgangen sei. Das Ludendorff-Zitat habe er der erwähnten Arbeit von Hans Buchheim entnommen, die schließlich einem „renommierten Forschungsinstitut" entstamme.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

BOGDAN MUSIAL

BILDER EINER AUSSTELLUNG

Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944"

Seit 1995 wird in deutschen und österreichischen Städten die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt, die von einer privaten Einrichtung, dem Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), organisiert und finanziert wurde. Die Ausstellung und mehr noch die Auseinandersetzung um sie sind inzwischen ein Stück deutscher Nachkriegsgeschichte.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich ausschließlich mit einem Aspekt der sog. Wehrmachtsausstellung, jenen Fotografien, die nicht, wie die Aussteller behaupteten, Verbrechen der Wehrmacht, sondern nach Ansicht des Verfassers sowjetische Verbrechen dokumentieren. Das eigentliche Thema der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" ist hier nicht Gegenstand der Untersuchung. Daß die Wehrmacht an Verbrechen, besonders im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan, zum Teil massiv beteiligt war, ist mittlerweile hinreichend belegt, wenngleich auch noch längst nicht flächendeckend erforscht.

In der Ausstellung werden insgesamt 1433 Fotos (davon 735 Paßbilder) gezeigt. 801 (mit Paßbildern) sind im Ausstellungskatalog publiziert, hierauf basiert die vorliegende Untersuchung[1]. Unter diesen Fotografien befindet sich auch eine Reihe von Bildern, die deutsche Soldaten vor Leichenbergen zeigen. Diese Fotografien gehören vermutlich zu den aussagekräftigsten und erschütterndsten der ganzen Ausstellung. In deren Kontext müssen diese Fotos zweifellos den Eindruck erwecken, deutsche Soldaten hätten sich vor ihren erschossenen Opfern fotografieren lassen und die Fotos dann zum Andenken, quasi als „Kriegstrophäe", bei sich getragen.

Betrachtet man diese Fotos genauer, so gibt es Indizien dafür, daß es sich hier um Bilder von exhumierten Leichen handelt[2]. Folgt man den Angaben der Ausstellungs-

[1] Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Ausstellungskatalog, Hamburg 1996. Ein Jahr zuvor publizierte das HIS einen gleichnamigen, sehr viel umfangreicheren Begleitband, in dem neben einigen Fotos vor allem Aufsätze zu diesem Thema veröffentlicht wurden. Hamburg war im Juli 1999 die letzte Station, bei der das Hamburger Institut für Sozialforschung als Träger der Ausstellung fungierte. Im Anschluß wurde sie an einen Trägerverein übergeben.

[2] Wie z. B. die Bilder Nr. 6 auf Seite 41, Nr. 22 auf Seite 204 oder Nr. 30 auf Seite 205 im Ausstellungskatalog.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macher, dann hätten Wehrmachtsoldaten diese Menschen zunächst getötet, sodann vergraben und danach wieder ausgegraben, um anschließend die fraglichen Aufnahmen machen zu können. Ein solch paradoxes Vorgehen ist in der Geschichte der deutschen Verbrechen während der Jahre 1939 bis 1945 indes nirgends belegt.

Bei genauer Betrachtung einiger anderer Fotografien läßt sich dagegen schon aus der Haltung der abgebildeten Soldaten (die sich hier meist waffenlos präsentieren) wie dem Vorhandensein von Zivilisten (darunter auch Frauen und Kinder) schließen, daß es sich bei den hier abgebildeten Wehrmachtsangehörigen um Zuschauer handelt, nicht aber um Täter, wie die Aussteller suggerieren[3]. Auf den Fotos Nr. 1–2 und 4 (Seite 69) kann man sogar Soldaten sehen, die sich Taschentücher vor Mund und Nase halten, was auf einen starken Verwesungsgeruch der abgebildeten Leichen schließen läßt.

Nach allem, was wir wissen, führten die Deutschen ihre Massenerschießungen nach bestimmten Regeln durch: Sie ließen Gruben ausheben – oft von den Opfern selbst – und erschossen diese dann vor oder in den Gruben. Danach wurden die Leichen verscharrt[4]. Die Toten lagen also in aller Regel nicht offen herum, wie dies auf den fraglichen Bildern in der Ausstellung zu sehen ist, zumal man ja meist versuchte, derartige Erschießungsaktionen nach Möglichkeit geheim zu halten oder zumindest doch zu kaschieren.

Nimmt man aber an, daß die fraglichen Fotografien sowjetische Verbrechen vom Sommer 1941 dokumentieren (ein Faktum, auf das noch einzugehen sein wird), dann werden derartige Widersprüche aufgehoben. Nach dem 22. Juni 1941 drangen die deutschen Truppen so schnell vor, daß das NKWD im frontnahen Gebiet mehrere zehntausend Gefängnisinsassen (Ukrainer, Polen, Litauer, Juden, Rumänen, Russen) einfach ermordete, da es sie nicht mehr ins Landesinnere evakuieren konnte. Auch für die Beseitigung der Leichen fand sich meist keine Zeit mehr; sofern sie überhaupt verscharrt wurden, wurden sie nach dem deutschen Einmarsch wieder exhumiert. In der Regel blieben die auf diese Weise präsentierten Opfer des NKWD tagelang an Ort und Stelle liegen, um Angehörigen die Identifizierung zu ermöglichen. Bei dieser Gelegenheit entstanden dann auch die Fotografien, um die es hier geht.

Im Rahmen einer Forschungsarbeit über sowjetische Massenverbrechen im Sommer 1941 stieß ich in deutschen, polnischen und ukrainischen Archiven auf mehrere hundert Fotografien, die diese Verbrechen dokumentieren[5]. Viele dieser Bilddokumente wurden auch bereits nach 1990 in verschiedenen Publikationen veröffentlicht. Wie sich unschwer feststellen läßt, stimmt ein Teil dieser Fotografien – zum Teil auch bereits publizierte Fotos – mit Aufnahmen aus der Ausstellung in dem Sinne überein, daß sie entweder ganz identisch sind oder die Objekte lediglich aus anderer Perspektive zeigen. Diametrale Unterschiede bestehen allerdings bei der Täter-, Tatort- und Tatzeitzuordnung.

---

[3] Exemplarisch das Bild Nr. 3 von Seite 116 oder die Bilder Nr. 58 und 62 von Seite 208 im Ausstellungskatalog.

[4] Vgl. Bilder Nr. 1–4, Seite 119, oder Bilder Nr. 33–35, Seite 205 im Ausstellungskatalog.

[5] Seit Mai 1998 arbeitet der Verfasser an einer Studie über die Dimensionen, den Verlauf und die Folgen der sowjetischen Verbrechen, die in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges im ehemaligen Ostpolen begangen worden sind.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die falsch zugeordneten Fotografien

In der Wehrmachtsausstellung wie im Katalog befinden sich mindestens neun Fotografien, die nach Auffassung des Verfassers nicht Verbrechen der Wehrmacht, sondern die des NKWD zeigen. Im einzelnen sind dies:

1. Das Borysław-Foto

Das Foto Nr. 62 (S. 208) im Katalog hat folgenden knappen Begleittext: „Borislaw, Gebiet Drogobyć, südwestlich von Lemberg, Westukraine, Mai 1942". Eine konkrete Aussage über die Täter und Opfer fehlt; jedoch scheint man von einem Verbrechen der Wehrmacht auszugehen, da das Foto unter der Rubrik „Genickschüsse" eingeordnet ist. Auf dem Foto sind eine Gruppe von Zivilisten (darunter auch Frauen) und ein deutscher Soldat mit Fahrrad vor Leichen zu sehen.

Im Archiv der ehemaligen Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am Polnischen Volk in Warschau (AGK)[6] befindet sich eine Serie von acht Fotos,

Bildnachweis: AGK, Sign. 66831: „Borysław 1941. GPV am Werk"
(Leichen von Häftlingen, die vom NKWD ermordet wurden)

[6] Die Hauptkommission wurde im Januar 1999 aufgelöst. Ihre Bestände und Aufgaben übernimmt das neu eingerichtete Institut Pamięci Narodowej (Institut des Nationalen Gedenkens).

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: Ausstellungskatalog, S. 208, Bild Nr. 62

Bildnachweis: AGK, Sign. 66833: „Borysław 1941. GPV am Werk" (Leichen von Häftlingen, die vom NKWD ermordet wurden)

die nach übereinstimmenden Bildunterschriften die Exhumierung von NKWD-Opfern in Borysław im Sommer 1941 dokumentieren[7]. Bei zwei der acht Fotos ist mit Sicherheit derselbe Sachverhalt wie auf dem erwähnten Foto Nr. 62 dargestellt. Bei einer der Fotografien im AGK ist – verglichen mit dem Foto im Katalog – lediglich

[7] Vgl. AGK, Fotobestand: Sowjetische Verbrechen, Sign. 66827–66834, 66852.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Blickwinkel leicht nach links verschoben, so daß ein zweiter Soldat mit Fahrrad zu erkennen ist.

In Borysław ermordete das NKWD Ende 1941 etwa 100 vor allem ukrainische Jugendliche, aber auch Polen, und ließ ihre Leichen in Kellern des NKWD-Gebäudes zurück. Nach dem Einmarsch der Deutschen wurden die Leichen geborgen und zur Identifizierung im großen Hof vor dem NKWD-Gebäude niedergelegt[8]. Diese Szene beschreibt u. a. Irene Horowitz, eine Augenzeugin, in ihren Memoiren. Ihr Vater wurde damals gezwungen, die Leichen zu bergen[9]. Als ich Frau Horowitz die fraglichen Bilder aus Borysław vorlegte, war sie sich absolut sicher, daß diese Bilder die Bergung von NKWD-Opfern in Borysław von Anfang Juli 1941 dokumentieren[10]. Das Datum bei der Bildunterschrift im Katalog (Mai 1942) legt dagegen nahe, daß es sich hier um ein deutsches Verbrechen handelt, da Borysław zu dieser Zeit von den Deutschen besetzt war.

2. *Die Złoczów-Fotos*

Besonders aufschlußreich sind fünf Fotografien im Katalog, die meiner Auffassung nach die Exhumierung von NKWD-Opfern in Złoczów Anfang Juli 1941 dokumentieren. Die Fotografien Nr. 20–21 (Seite 204) haben folgende gemeinsame Unterschrift: „Unbekannte Orte, gefunden im Juli 1944 bei einem gefallenen deutschen Soldaten in Brest, Weißrußland."[11] Konkrete Angaben zu Täter und Opfer werden

Bildnachweis: Ausstellungskatalog, S. 204, Bild Nr. 20

[8] Vgl. Ermittlungsakten der Bezirkskommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk in Łódź (künftig: Ermittlungsakten OK Łódź), KO 106/92/NK (Borysław).

[9] Vgl. Irene und Carl Horowitz, Of Human Agony, New York 1992, S. 88–91.

[10] Vgl. Schreiben Musial an Horowitz vom 26. 8. 1998; Telefonat Horowitz/Musial vom 2. 9. 1998; Schreiben Musial an Horowitz vom 15. 9. 1998.

[11] Ausstellungskatalog, S. 204.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abermals nicht gemacht, doch wird durch Aufnahme in Katalog und Ausstellung ein Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen suggeriert.

Im Zitadellenmuseum in Złoczów (heute: Solotschiw), etwa 70 km östlich von Lemberg, ist eine kleine Ausstellung zum Thema: „NKWD-Massenmord auf der Złoczower Zitadelle, Sommer 1941" zu sehen. Eine der dort gezeigten Aufnahmen läßt sich unschwer mit Bild Nr. 20 in Beziehung setzen. Es zeigt zweifellos dieselbe Szene, wenn auch aus anderem Blickwinkel. Ukrainische Augenzeugen aus Złoczów

Stellwand in der Ausstellung: „NKWD-Massenmord auf der Złoczower Zitadelle, Sommer 1941", Zitadellenmuseum Złoczów
Bildnachweis: Privataufnahmen Bogdan Musial

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sind sich sicher, daß das Foto die Exhumierung von NKWD-Opfern in Złoczów dokumentiert[12]. Auch polnische Augenzeugen, ehemalige Bewohner von Złoczów, bestätigen diesen Sachverhalt. Im Archiv des Złoczower Klubs in Krakau befindet sich eine Aufnahme, die nahezu identisch ist mit der im Zitadellenmuseum und zugleich Ähnlichkeit mit der reproduzierten Fotografie im Ausstellungskatalog aufweist.

Die Auffassung der heutigen wie der ehemaligen Einwohner von Złoczów stützt eine Fotografie, die sich im Privatbesitz von Dr. Z. (Posen) befindet. Es handelt sich um ein Foto mit der Unterschrift: „Sowjetische Greuel", das aus den Beständen der Hauptabteilung Propaganda, Regierung des Generalgouvernements, stammt. Auch hier ist derselbe Vorgang wie auf dem Foto Nr. 20 zu sehen. Außerdem erkennt man im Hintergrund eine Mauer, bei der es sich um die Außenmauer der Zitadelle in Złoczów handelt. Ferner befindet sich im Ostarchiv (Archiwum Wschodnie) in Warschau ein Foto, das fast identisch mit demjenigen ist, das in der Wehrmachtsausstellung gezeigt wird; es soll aber sowjetische Massenverbrechen vom Sommer 1941 – allerdings irrtümlich Lemberg zugeordnet – dokumentieren[13].

Ermittlungsakten der OK Łódź stützen die Version von sowjetischen Verbrechen in Złoczów im Sommer 1941. Ihnen zufolge fand man nach der Flucht der Sowjets im Gefängnisinnenhof und in einem Obstgarten, der zum Gefängniskomplex gehörte, mehrere Massengräber; nach deren Öffnung entdeckte man dort die Leichen von etwa 700 erschossenen Menschen[14]. Eine polnische Augenzeugin berichtete im Jahr

Bildnachweis: Archiwum Wschodnie Sign. 823: „Sowjetische Verbrechen"

[12] Interview mit Miroslawa Babinska, Leiterin des Zitadellenmuseums in Złoczów (24.–25. 9. 1998); dieses Bild wurde als Bilddokument für sowjetische Verbrechen vom Sommer 1941 im Jahre 1991 veröffentlicht. Vgl. Miroslawa Babinska, Tam, y 1941–my . . ., in: Narodne slowo, 25. 5. 1991.

[13] Vgl. Archiwum Wschodnie (AW), Fotobestand, Sign. 823.

[14] Vgl. Ermittlungsakten OK Łódź zum Fall Złoczów, Sign. S. 5/91/NK.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1991, daß Einwohner von Złoczów „spontan" mit den dazu gezwungenen Juden nach den Opfern zu graben begonnen hätten, als im Obstgarten die mit Rasenstükken getarnten Massengräber gefunden worden seien[15].

Auf den fraglichen Bildern sieht man tatsächlich männliche und weibliche Personen, die in einem Obstgarten nach etwas graben (zu erkennen sind charakteristisch weiß angestrichene Obstbaumstämme zum Schutz vor Insektenlarven). Im Vordergrund liegen offenkundig die bereits geborgenen Opfer. Auf dem Bild der Hauptabteilung Propaganda erkennt man deutlich, daß es sich dabei um exhumierte Leichen handelt. In einem Bericht vom 12. Juli 1941 schreibt Hauptmann Filipow, ein Offizier des NKWD, daß die „nach der ersten Kategorie abgegangenen Gefängnisinsassen" (Tarnbezeichnung für die ermordeten Gefängnisinsassen im Sommer 1941) in Złoczów im Garten vergraben worden seien[16].

Den Obstgarten gibt es noch heute. An der Stelle, wo auf dem Foto Nr. 20 (Katalog, S. 204) das abgelichtete Massengrab entdeckt und freigelegt wurde, steht heute ein Denkmal für die Opfer der sowjetischen Verbrechen vom Sommer 1941. All das spricht dafür, daß das Foto Nr. 20 die Exhumierung von NKWD-Opfern im Obstgarten des Schlosses in Złoczów dokumentiert.

Die Mitarbeiter des HIS sind allerdings nicht die einzigen, die dieses Foto als Beweis für deutsche Verbrechen nahmen und veröffentlichten. So versahen die Herausgeber des Buches „Schöne Zeiten" die Aufnahme, die mit der Fotografie Nr. 20 im Katalog identisch ist, mit folgender Unterschrift: „Litauen. Sommer 1941. Männliche und weibliche Juden müssen in einem Baumstück ein Massengrab ausheben. Im Vordergrund erschossene Juden."[17]

Ein weiteres Foto, das denselben Vorgang dokumentiert, wurde ferner im Bildband „Deutsche Chronik" veröffentlicht, und zwar mit folgendem Begleittext: „In Winniza wühlen Opfer [sowjetische Juden] ihre Gräber mit bloßen Händen."[18] Auch in dem Begleitband zu ihrer Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" veröffentlichten Hannes Heer und Klaus Naumann auf Seite 425 ein ähnliches Bild, das höchstwahrscheinlich die Exhumierung von NKWD-Opfern im Obstgarten in Złoczów dokumentiert.

Im Katalog wurde die Aufnahme Nr. 22 auf Seite 204 mit dem Begleittext „Unbekannter Ort, UdSSR. Tote Kriegsgefangene" versehen. Im Begleitband veröffentlichten Heer und Naumann eine identische Fotografie auf Seite 501 (Abb. 25), allerdings mit noch einer anderen Bildunterschrift: „Amateurfoto eines deutschen Soldaten,

[15] Vern. Katarzyna D. (8. 1. 1991), in: Ebenda. Vgl. Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 62f.

[16] Bericht des Hauptmanns der Staatssicherheit Filipow vom 12. 7. 1941. Streng geheim, in: Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau (künftig: GARF), F. 9413, op. 1, d. 23, Bl. 147–153, hier Bl. 148.

[17] „Schöne Zeiten". Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, hrsg. von Ernst Klee, Willi Dressen und Volker Rieß, Frankfurt a. M. 1988, S. 60.

[18] Heinz Bergschicker, Deutsche Chronik 1933–1945. Alltag im Faschismus, Berlin 1983, S. 394.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

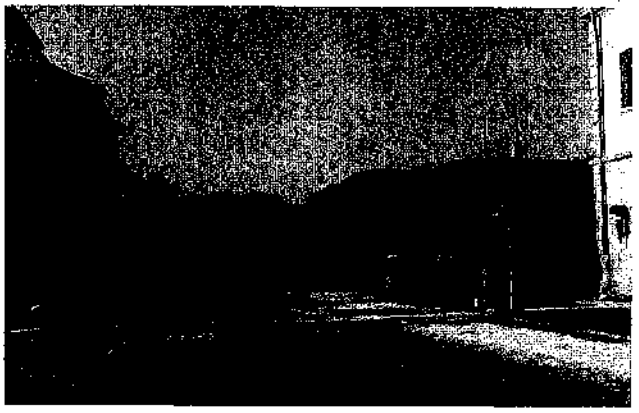
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: Ausstellungskatalog, S. 204, Bild Nr. 22

Bildnachweis: Archiwum Wschodnie, Sign. 821 „Sowjetische Verbrechen, Sommer 1941"

Exhumierte Leichen, Opfer des NKWD, Juli 1941, Zitadelle Złoczów
Bildnachweis: Bogdan Musial



Zitadelle Złoczów, Sommer 1998
Bildnachweise: Privataufnahme Bogdan Musial

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufgenommen im Juli 1944 westlich von Brest bei Biala Podlaska". Bereits die Ortsangaben zu ein und demselben Bild differieren im Katalog und Begleitband, denn Biała Podlaska liegt in Polen und gehörte nie zur UdSSR.

Im Warschauer Ostarchiv befindet sich unter der Signatur 821 ein Foto, das denselben Vorgang wie im Katalog zeigt, der Blickwinkel ist lediglich leicht nach links verschoben. Die Bildunterschrift verortet diese sowjetischen Verbrechen jedoch irrtümlicherweise in Lemberg. Die auf den beiden Fotografien gut erkennbaren Gebäudeteile lassen sich unschwer als Teile der Zitadelle in Złoczów identifizieren, die es noch heute in dieser Form gibt. Im Hintergrund der beiden Aufnahmen sieht man einen Wachturm, dessen Bauweise charakteristisch für sowjetische Gefängnisse war.

Darüber hinaus befinden sich, wie bereits erwähnt, im Archiv des Zitadellenmuseums von Złoczów und im Archiv des Złoczower Klubs in Krakau eine Reihe von Aufnahmen, welche die Exhumierung von NKWD-Opfern in Złoczów dokumentieren. Vergleicht man diese Fotos mit der erwähnten Aufnahme „Tote Kriegsgefangene" im Katalog und der im Warschauer Ostarchiv, dann kann kein Zweifel bestehen: Auf all diesen Fotos sind dieselben Toten und ist derselbe Vorgang abgelichtet. Verändert hat sich nur die Perspektive. Manche dieser Vergleichsbilder sind Nahaufnahmen, auf denen einwandfrei zu erkennen ist, daß es sich hier um exhumierte und in Verwesung übergegangene Leichen handelt.

Auf Seite 205 des Katalogs befinden sich weiterhin drei Fotos (29–31) mit einer gemeinsamen Bildunterschrift: „Gebiet Kiew, Ukraine. Januar 1944 bei dem gefallenen deutschen Unteroffizier Richard Worbs (Feldpostnummer p/p 31102) in der Nähe des Dorfes Winograd gefunden". Auf dem Bild Nr. 30 sieht man zahlreiche in Reihen niedergelegte Leichen, die vermutlich exhumiert worden waren. In de Zayas' Buch „Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle" befindet sich ein Foto, das denselben Vorgang zeigt, allerdings mit dem Begleittext: „Ermordete Volksdeutsche und Ukrainer in Zlochow bei Lemberg."[19] Nach de Zayas haben diese Morde des NKWD in Zlochow (korrekt: Złoczów oder Solotschiw) Ende Juni 1941 stattgefunden.

Die im Hintergrund sichtbaren Gebäudeteile bestätigen die Ortsangabe. Es handelt sich um einen der Zitadellentürme in Złoczów, die bis heute erhalten geblieben sind. Die Angaben zu den Opfern sind bei de Zayas dagegen nur teilweise richtig, denn in Złoczów wurden vom NKWD Ukrainer, Polen und Juden ermordet; Volksdeutsche als Opfer nennt nur de Zayas ohne weiteren Beleg[20]. Ansonsten bestätigen die Ermittlungsergebnisse der OK Łódź de Zayas' Version. Dort ist u. a. die Rede von einer Wiese vor der Zitadelle, auf welcher die meisten exhumierten NKWD-Opfer zur Identifizierung in Reihen niedergelegt wurden.

---

[19] Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle – Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München [5]1995, S. 336.

[20] Vgl. Ermittlungsakten OK Łódź zum Fall Złoczów, Sign. S. 5/91/NK. Bei der Benennung von Ukrainern und Volksdeutschen als Opfer handelt es sich offensichtlich um NS-Propaganda. Polen als Opfer darzustellen, war aus der Sicht der Nazis unerwünscht. Erst recht galt das für jüdische NKWD-Opfer, schon weil man „den Juden" eine Mittäterschaft an diesen Verbrechen vorwarf.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: Ausstellungskatalog, S. 205, Bild Nr. 30

Bildnachweis: Alfred-Maurice de Zayas und Walter Rabus, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. – Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München [5]1995, vor S. 337

Auch die Fotos Nr. 29 und 31 identifizierten polnische und ukrainische Augenzeugen als die Exhumierung von NKWD-Opfern auf der Zitadelle in Złoczów, und zwar auf dem Innenhof des damaligen NKWD-Gefängnisses. Die Zeugen konnten auch präzise angeben, wo sich das Massengrab befand und wo die geborgenen Leichen niedergelegt wurden[21]. Auf Bild Nr. 31 sieht man Soldaten, die offensichtlich auf das mit Hilfe von polnischen und auch ukrainischen Augenzeugen lokalisierte Massen-

[21] Interviews mit Witold Czerny (7. 6. und 11. 8. 1998), Władysława Bernatt (8. 7. 1998), Bolesław Majer (23. 9. 1998), Władysław Krutnik (23. 9. 1998) und Wasyl Kuwalek (22. 9. 1998).

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: Ausstellungskatalog, S. 205, Bild Nr. 29 und 31

grab zugehen. Die auf allen Fotos sichtbaren Gebäudeteile und die Mauer auf dem Bild Nr. 31 existieren bis heute und bestätigen die präzisen Angaben von Augenzeugen. Darüber hinaus stimmen die Aussagen von polnischen und ukrainischen Augenzeugen mit den Ermittlungsergebnissen der OK Łódź zum Fall Złoczów überein[22].

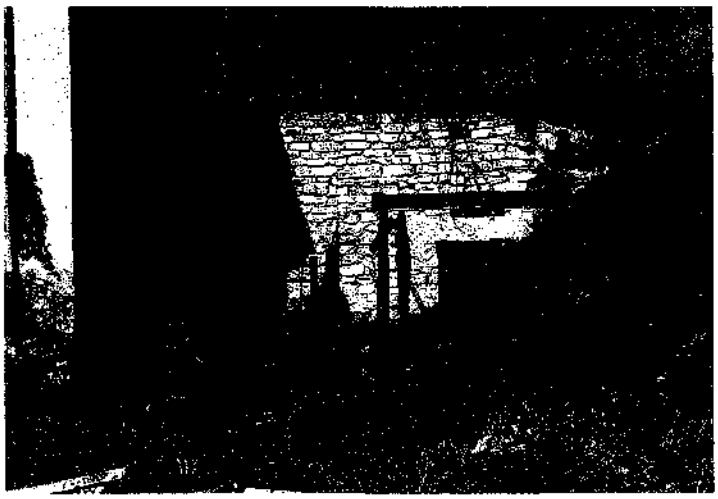
Ferner gibt es in den Beständen der ehemaligen Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk ein Vergleichsbild, das diese Aussagen bestätigt und belegt, daß die Fotos Nr. 29 und 31 denselben Vorgang jeweils aus einer anderen Perspektive dokumentieren. Diese Aufnahme erhielt die Bezirkskommission in Krakau von einem früheren polnischen Bewohner von Złoczów, dessen Verwand-

[22] Vgl. Ermittlungsakten OK Łódź zum Fall Złoczów, Sign. S. 5/91/NK.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: Bezirkskommission Krakau, Sign. 1398: „Innenhof der Złoczówer Zitadelle, Exhumierung von NKWD-Opfern, Juli 1941"



Die Stelle heute
Bildnachweis: Privataufnahme Bogdan Musial

ter damals vom NKWD ermordet worden war[23]. Diese Aufnahme wurde inzwischen mindestens zweimal als „Exhumierung von NKWD-Opfern im Sommer 1941" veröffentlicht[24]. Das Vergleichsbild wurde jedoch vermutlich später als die Fotos

[23] Bezirkskommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk in Krakau, Fotobestand, Sign. 1398; auch in dem bereits erwähnten privaten Archiv des Złoczówer Klubs und im Zitadellenmuseum in Złoczów befinden sich Abzüge von dem Bild.

[24] Biblioteka złoczowska. Szkice historyczne. Materiały z sesji naukowych organizowanych przez Klub Złoczowski w Krakowie poswięconych dziejom Ziemi Złoczowskiej, Bd. 1, Kraków 1996, S. 97; Mirosława Babinska, „Tam, y 1941–my . . ."

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nr. 29 und 31 aufgenommen, denn auf ihnen liegen die exhumierten Leichen in Reihen auf dem Innenhof.

In der Wehrmachtsausstellung im Abschnitt „Genickschüsse", aber nicht mehr im Ausstellungskatalog, befindet sich [Stand Dezember 1998] mindestens noch ein Foto (Nr. 21), das die Exhumierung von NKWD-Opfern in Złoczów zeigt. Dies läßt sich anhand der bereits erwähnten Abzüge und Kopien von Vergleichsbildern belegen.

Auch in einer weit verbreiteten Dokumentation von Gerhard Schoenberner „Der gelbe Stern" finden sich zwei Fotografien, die Exhumierungen von NKWD-Opfern auf dem Innenhof des Gefängnisses (Zitadelle) in Złoczów zeigen[25]; dies läßt sich anhand der bereits erwähnten Vergleichsbilder aus dem Zitadellenmuseum in Złoczów sowie einer Tatortbesichtigung (unverwechselbar die bis heute existierende Wallanlage der Zitadelle) belegen. Der Autor des Buches glaubt irrtümlich, es handele sich hier um Holocaust-Opfer.

Als die Aussteller im Herbst 1997 darauf hingewiesen wurden, daß die Aufnahmen Nr. 29–31 des Katalogs die Exhumierung von NKWD-Opfern darstellen, weigerten sie sich, die fraglichen Fotografien zu entfernen. Diese Haltung begründete Bernd Boll, Mitarbeiter des HIS, in einem Schreiben an mich vom 5. Februar 1998 wie folgt: „Ich habe den Sachverhalt sofort recherchiert und herausgefunden, daß sich unter den Leichen auf den Fotos mit großer Wahrscheinlichkeit auch die mit Billigung, wenn nicht gar indirekter (Absperrungen) Unterstützung der Wehrmachtseinheiten von ukrainischen Nationalisten erschlagenen Juden befinden. [. . .] Es besteht somit kein Grund, die Bilder aus der Ausstellung zu entfernen."

Diese Interpretation wird aber den Besuchern der Ausstellung aus unerklärlichen Gründen vorenthalten. Die Aussteller hielten es offenbar nicht einmal für nötig, den Begleittext zu ändern, und nannten als Tatort weiterhin „Gebiet Kiew, Ukraine". Erst im Mai 1999, nach zahlreichen Pressepublikationen, änderte man die Tatortangabe auf „Zloczow"[26].

Für die These einer indirekten Mittäterschaft der Wehrmacht in Złoczów nennen die Aussteller keine konkreten Belege. Im Widerspruch dazu stehen Augenzeugenberichte von Überlebenden des Holocaust, die freilich noch zu verifizieren wären. Chaim Schoeps berichtete am 14. April 1945, daß das Pogrom in Złoczów und das Massaker auf der Zitadelle ukrainische Nationalisten selbständig organisiert und durchgeführt

[25] Vgl. Gerhard Schoenberner, Der gelbe Stern. Judenverfolgung in Europa 1933–1945, Frankfurt 1993 (Erstauflage Frankfurt a. M. 1960), S. 130 und 131, jeweils oben.

[26] Siehe beispielsweise die Presseveröffentlichungen „Leichen im Obstgarten", in: Spiegel, 25. 1. 1999, oder „Die falschen Fotos zum richtigen Thema", in: Berliner Morgenpost, 25. 1. 1999; Ausstellungskatalog: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg, 4. überarbeitete Auflage Mai 1999, S. 205. In der Errataliste vom Mai 1999 informieren die Aussteller: „S. 205/Bild 29–31. Bild 29 [sic!] wurde in der Neuauflage des Katalogs entfernt, da die Katalogkorrektur vor den neuen Erkenntnissen des Zeitzeugen Wolkowicz lag. Nach dem Gespräch mit Wolcowicz [sic!] für Erhalt entschieden." Tatsächlich handelt es sich dabei um das Foto Nr. 30, das zunächst entfernt und dann wieder eingestellt worden ist.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätten. Erst deutsche Soldaten hätten das Massaker beendet[27]. Ähnlich schildert diese Ereignisse Shlomo Wolkowicz, ein Überlebender des Massakers auf der Zitadelle in Złoczów Anfang Juli 1941. Er berichtet, daß das Massaker von ukrainischen Nationalisten und SS-Männern durchgeführt und von der Wehrmacht unterbunden worden sei[28]. Der Bericht von Wolkowicz muß den Ausstellungsmachern bekannt sein, da sie sich auf ihn berufen.

Auch die „Vermutungs"-These von zwei Opfergruppen läßt sich durch polnische, ukrainische und jüdische Zeugenaussagen widerlegen. Die jüdischen Opfer, welche zuvor die Exhumierung durchzuführen hatten, wurden nämlich von extremistischen Ukrainern und Einheiten der Einsatzgruppe C auf der Zitadelle in den inzwischen entleerten Massengräbern ermordet und dort anschließend vergraben. Die jüdischen Pogromopfer wurden damals weder exhumiert noch in Reihen niedergelegt. Dies geschah erst Anfang der neunziger Jahre. Dabei wurden gleichzeitig weitere Überreste von NKWD-Opfern gefunden und exhumiert[29].

Ab März 1999 führt das HIS als Beweise für seine These von zwei Opfergruppen auf den Fotografien Nr. 29–31 im Katalog (S. 205) die Augenzeugenberichte von General Otto Korfes und Shlomo Wolkowicz an[30]. Im Fall des Generals Korfes handelt es sich um eine Biographie, die seine Tochter fast 30 Jahre nach dessen Tod verfaßte[31]. Die NKWD-Morde auf der Zitadelle in Złoczów werden hier nicht erwähnt. Lediglich auf Seite 97 gibt es zwei Fotografien, die wie folgt beschriftet sind: „Massenmord an Juden, Zitadelle von Chloczow Anfang Juli 1941". Dem HIS erschien der Kommentar nötig: „Korfes besaß Fotos von diesen Morden [an Juden]. Seine Frau beschriftete diese *später* nach seinen Angaben: ‚Massenmord an Juden', ‚von SS ermordete Juden ...'"[32]

Nach eingehender Analyse der Bildinhalte und der damaligen Vorgänge in Złoczów spricht jedoch alles dafür, daß auch die Fotografien in dem Buch von Wegner-

---

[27] Bericht von Chaim Schoeps, 14. 4. 1945, in: Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie, 301/4991 [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau].

[28] Vgl. Interview mit Shlomo Wolkowicz, 13. 5. 1999.

[29] Vgl. Shlomo Wolkowicz, Das Grab bei Zloczow. Geschichte meines Überlebens. Galizien 1939–1945, Berlin 1996, S. 41–57, 131, 157–159; Vernehmung Ryszyard S. (16. 10. 1990), in: OK Łódź S. 5/91/NK; Interviews Witold Czerny (11. 8. 1998), Bolesław Majer (23. 9. 1998), Miroslawa Babinska (24./25. 9. 1998) und Wasyl Kuwalek (25. 9. 1998).

[30] Vgl. Pressemitteilung des HIS vom 1. 3. 1999.

[31] Vgl. Sigrid Wegner-Korfes, Weimar-Stalingrad-Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes, Berlin 1994. Korfes selbst weigerte sich zum Bedauern der DDR-Verlage, seine Biographie aufzuschreiben, denn so Korfes persönlich: „An Schwindelei beteilige ich mich nicht!" Korfes wurde nach der Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft General der NVA und beteiligte sich „überzeugt und engagiert am Aufbau neuer, demokratischer Verhältnisse in seiner Heimat – im Osten Deutschlands", so die Autorin der Biographie im Jahre 1994, in: Ebenda, S. 7f. Später war Korfes Chef des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam.

[32] Pressemitteilung des HIS vom 1. 3. 1999 (Hervorhebung durch den Verfasser). „Später" bedeutet hier wohl nach dem Tod von General Korfes. Da Frau Korfes vermutlich vom NKWD-Massenmord in Złoczów und der anschließenden Exhumierung der NKWD-Opfer nichts wußte, konnte sie diese Bilder nicht anders denn als Massenmord an Juden deuten und beschriften.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Korfes die Exhumierung von NKWD-Opfern dokumentieren. Es steht außer Zweifel, daß auf einem Foto das Massengrab abgebildet ist, in dem nach übereinstimmenden polnischen und ukrainischen Zeugenaussagen NKWD-Opfer lagen. Das im Hintergrund sichtbare Stück Mauer ist bis heute erhalten geblieben und befindet sich genau dort, wo die polnischen und ukrainischen Augenzeugen eines der beiden auf dem Innenhof der Zitadelle befindlichen Massengräber lokalisiert haben. Das Foto zeigt eine Gruppe von Männern, die aus einem Massengrab Leichen bergen. Bei den Männern handelt es sich offenkundig um zur Bergung gezwungene Juden aus Złoczów, bei den Leichen um NKWD-Opfer. Auf dem zweiten Bild sieht man dagegen in Reihen niedergelegte Leichen vor der Zitadelle, die offensichtlich exhumiert wurden. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß es sich um die Leichen der von Ukrainern im Juli 1941 ermordeten Juden handelt, welche zuvor die NKWD-Opfer bergen mußten, da die ermordeten Juden erst Anfang der neunziger Jahre exhumiert wurden. Das HIS hat hingegen angekündigt, die beiden Aufnahmen aus dem Nachlaß von General Korfes in die Ausstellung übernehmen zu wollen[33].

Der zweite Augenzeugenbericht stammt von dem bereits zitierten Shlomo Wolkowicz. Der Bericht von Wolkowicz widerspricht der Interpretation des HIS, denn er schreibt unzweideutig, daß die jüdischen Opfer in den inzwischen entleerten Massengräbern ermordet und anschließend verscharrt wurden und daß sie damals auch nicht exhumiert wurden[34]. Der Bericht von Wolkowicz stimmt mit den erwähnten polnischen und ukrainischen Zeugenaussagen überein.

3. Die Tarnopol-Fotos

Auf Seite 69 des Katalogs befindet sich eine Serie von vier Fotos mit der Unterschrift: „Beim Pogrom in Tarnopol". Die Aussteller suggerieren hier ebenfalls ein Verbrechen der Wehrmacht[35]. Auf den Fotos 1, 2 und 4 sieht man deutsche Soldaten, die sich Taschentücher vor die Nase halten, auf dem Foto 1 sogar vier Särge mit Kreuzen [!].

Czesław Blicharski, ein Zeitzeuge und profunder Kenner der Geschichte Tarnopols, identifizierte die Aufnahmen 1, 2 und 4 als Exhumierungen von NKWD-Opfern auf dem Innenhof des Gefängnisses in Tarnopol. Die Aufnahme Nr. 3 zeige dagegen beim Pogrom Anfang Juli 1941 erschlagene Juden vor dem Gerichtsgebäude (damals Mickiewicz-Straße) in Tarnopol. Seine genauen Ortsangaben kann er mit Vergleichs-

[33] Vgl. ebenda.

[34] Vgl. Wolkowicz, Das Grab bei Zloczow, S. 43–57, 131, 157–159; Dokumentarfilm „Powrót na własny grób" (1995), TVP I; Interview mit Shlomo Wolkowicz, 13. 5. 1999.

[35] Interessanterweise behaupten die Aussteller seit kurzem, daß in der Ausstellung wie auch im Katalog auch Fotografien seien, „die den Kontext [sic!] illustrieren. Das haben wir für die Morde des NKWD am Beispiel Tarnopol exemplarisch dargestellt." So Bernd Boll in den Lübecker Nachrichten vom 28. 1. 1999. In dem zu den Bildern gehörenden Begleittext findet man aber keinen Hinweis darauf, daß diese Fotografien irgend einen anderen „Kontext" darstellen außer Verbrechen der Wehrmacht.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fotos und einer Stadtkarte von Tarnopol aus dieser Zeit belegen[36]. Derselben Auffassung wie Czesław Blicharski ist der zuständige Staatsanwalt der OK Łódź, der das Ermittlungsverfahren im Fall der NKWD-Verbrechen in Tarnopol leitet[37].

Diese Auffassung wird des weiteren durch ein Vergleichsfoto gestützt, das sich im Privatbesitz von Dr. Dieter Schmidt-Neuhaus (Waldkraiburg) befindet. Es zeigt den Vorgang von Foto Nr. 1 allerdings aus einer anderen Perspektive. Auf dem Vergleichsfoto sieht man deutlich zwei Reihen von Leichen und im Hintergrund an einer Mauer elf Särge mit Kreuzen. Vier von diesen Särgen sind auch auf dem Bild Nr. 1 zu sehen. Der Fotograf, damals deutscher Pionier, berichtet, daß er das Foto am 4. Juli 1941 auf dem Hof des Gefängnisses in Tarnopol aufgenommen habe; es zeige NKWD-Verbrechen an deutschen Kriegsgefangenen und ukrainischen Zivilisten in Tarnopol[38]. Diese Angaben decken sich mit den Ermittlungsergebnissen der OK Łódź.

4. Das Lemberg-Foto

Auch das Foto Nr. 5 auf Seite 53 ist offenkundig falsch zugeordnet. Dem Katalog zufolge gehört dieses Foto zu einer Serie, die eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewo (Serbien) dokumentieren soll, und ist beschriftet: „Opfer des Massakers in Kraljewo, Oktober 1941". Es fällt auf, daß die vier anderen Fotos, die zur Serie gehören und denselben Vorgang darstellen sollen, das genaue Datum 16. Oktober 1941 tragen.

In zwei polnischen Archiven und im Fotoarchiv des Holocaust Memorial Museums in Washington (USHMM) befinden sich mindestens sieben Fotografien, die zweifelsfrei dieselbe Szene wie auf dem fraglichen Foto Nr. 5 darstellen, wenn auch jeweils aus einem anderen Blickwinkel[39]. Damit endet aber die Übereinstimmung, denn die fünf Fotografien aus den beiden polnischen Archiven (und jeweils verschiedener Herkunft) haben hinsichtlich Orts-, Zeit-, Opfer- und Täterangaben ein und dieselbe Zuordnung. Danach handelt es sich um Gefängnisinsassen, die Ende Juni 1941 vom NKWD in Lemberg ermordet wurden. Bei drei Fotos gibt es sogar eine noch präzisere Ortsangabe: den Innenhof des Gefängnisses Brygidki in Lemberg.

Tatsächlich ermordeten die Sowjets Ende Juni 1941 vor ihrer Flucht aus Lemberg etwa 3000 bis 4000 Gefängnisinsassen, die meisten in dem Gefängnis Brygidki. Opfer

---

[36] Vgl. Interview mit Czesław Blicharski (12. 7. 1998); vgl. auch Czesław Blicharski, Tarnopolanie na starym ojców szlaku, Biskupice 1994.

[37] Vgl. Interviews des Verfassers mit dem ermittelnden Staatsanwalt der OK Łódź (8., 10. 6. 1998); vgl. auch Ermittlungsakten der OK Łódź im Fall NKWD-Verbrechen in Tarnopol, Sign. S. 33.92/NK.

[38] Vgl. Dieter Schmidt-Neuhaus, „Falsche Bildlegende auf der Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung ‚Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944'" (Manuskript), Waldkraiburg 1999. Möglicherweise ist auf Foto Nr. 1 ein Angehöriger der ukrainischen Miliz zu sehen, der auf einen am Boden sitzenden Rotarmisten (wahrscheinlich) einprügelt.

[39] Vgl. AGK, Fotobestand: Gefängnis Lemberg, Sign. 66819, 66821, 67396; AW, Fotobestand: sowjetische Verbrechen, Sign. 820, 822; USHMM Photo Archives, W/S 25243, 25 243 A.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: Ausstellungskatalog, S. 53, Bild Nr. 5

Bildnachweis: Archiwum Wschodwie, Sign. 822; „NKWD-Opfer, Lemberg, Gefängnis Brygidki, Sommer 1941"

waren Ukrainer, Polen und Juden, aber auch sowjetische und sogar gefangengenommene deutsche Soldaten[40]. Auch die deutsche Wochenschau berichtete im Juli 1941 (das angebliche Kraljewo-Bild soll dagegen im Oktober 1941 – also drei Monate spä-

[40] Vgl. Ermittlungsakten der OK Łódź, S. 9/91/NK (Lemberg). Vgl. auch die Zahlen der NKWD-Berichterstattung in: Jewhen Bilas, Represywno-karalna systema w Ukrajini 1917–1953. Suspilno-polityczchnyj ta istoriko-prawowyj analis, Kyjiw 1994, Band 2, S. 228.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bildnachweis: AGK, Sign. 66821: „Leichen von NKWD-Opfern im Gefängnis Brygidki, Lemberg, Sommer 1941"

ter (!) – aufgenommen worden sein) über sowjetische Massenmorde in Lemberg. Dort wurde auch dieselbe Szene gezeigt, die auf den erwähnten Bildern abgelichtet ist, und zwar mit folgendem Kommentar: „bolschewistische Massaker" im Gefängnis Brygidki in Lemberg.

5. Anhaltspunkte für weitere Fälle von falschen Bildzuordnungen

Die geschilderten Fälle von falsch zugeordneten Bildern sind möglicherweise nicht die einzigen. Vielmehr gibt es weitere Anhaltspunkte und Indizien für falsche Bildinterpretationen, etwa die Haltung der abgebildeten Soldaten und Zivilisten oder die Lage der Leichen. Es waren exakt diese Indizien, die bei mir den Verdacht aufkommen ließen, daß in der Ausstellung auch Fotos gezeigt werden, die sowjetische Verbrechen dokumentieren. Die genauen Nachforschungen haben zumindest in diesen Fällen die Richtigkeit dieser These belegt.

Auch folgende Fotografien könnten unter diese Kategorie fallen, was freilich noch näherer Überprüfung bedürfte: Nr. 6, S. 41 (in Reihen niedergelegte Leichen); Nr. 4 und 5, S. 45; Nr. 2 und 4, S. 69 (zuschauende Soldaten halten sich Taschentücher vor Mund und Nase, offensichtlich wegen Verwesungsgeruchs); Nr. 3, S. 116 (unbewaffnete deutsche Soldaten als Schaulustige, einer mit Fahrrad); Nr. 6–8, S. 197; Nr. 18, S. 203 (derselbe Vorgang wie auf dem Foto Nr. 3, S. 116); Nr. 21, 23–24, S. 204; Nr. 58–59, 63, S. 208; Nr. 64–65, 67, S. 209; Nr. 77, 79–80, S. 210. Es ist inzwischen sicher, daß auf dem Foto Nr. 52 von S. 207 deutsche Soldaten mit

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Errata [Mai 1999]
„S. 207/Bild 52, entfernt, auf Grund der Bildunterschrift des USHMM, die auf NKWD-Opfer hinweist."

NKWD-Opfern zu sehen sind. Dies haben die Aussteller in der Errataliste vom Mai 1999 bestätigt.

Die meisten dieser Fotos sind mit folgendem Begleittext versehen: Unbekannter Ort, unbekanntes Datum, wobei die HIS-Mitarbeiter durch den Kontext der Ausstellung die Wehrmacht als Täterorganisation voraussetzen. Aber auch in den Fällen, in denen sie genaue Orts-, Zeit- und Täterangaben ermittelt zu haben glauben, sind die örtlichen und zeitlichen Zuordnungen zweifelhaft; exemplarisch hierfür sind das Lemberg-Foto (angeblich Kraljewo) und die Złoczów-Fotos.

Die Entstehungsgeschichte der Fotografien von NKWD-Verbrechen und ihr Weg in die Wehrmachtsausstellung

Um zu verstehen, wie die Fotografien in die Wehrmachtsausstellung und den Ausstellungskatalog gelangten, müssen die Umstände, unter denen diese Fotos entstanden sind, und damit auch die sowjetischen Verbrechen im Sommer 1941 geschildert werden.

1. Sowjetische Verbrechen im Sommer 1941

Anfang Juni 1941 befand sich fast eine halbe Million Menschen in den sowjetischen Gefängnissen – etwa 200 000 davon in den westlichen Gebieten der UdSSR (heute

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

baltische Staaten, Nordosten Polens, Weißrußland, Ukraine und Moldawien)[41]. Das Gefängniswesen unterstand in der Sowjetunion dem NKWD[42].

Am 22. Juni 1941 um 3 Uhr morgens überfiel das Deutsche Reich seinen einstigen Verbündeten. Nach den damals geltenden sowjetischen Richtlinien sollten im Fall eines Krieges alle Häftlinge aus den gefährdeten Gebieten ins Landesinnere evakuiert werden. Im Chaos der ersten Tage war dies aber sehr schwierig. So wurden Gefängnisse in unmittelbarer Grenznähe von deutschen Soldaten besetzt und die Insassen freigelassen; sowjetischen Angaben zufolge waren dies über 13000 Häftlinge[43], meist „Klassenfeinde" und „konterrevolutionäre Elemente" – also Todfeinde in der Interpretation des sowjetischen Systems. Daher erteilte der Chef des NKWD, Lawrentij Berija, am 24. Juni 1941 den Geheimbefehl, alle „konterrevolutionären Elemente" unter den Häftlingen pauschal zu erschießen[44]. Dies bedeutete das Todesurteil für mehrere zehntausend Menschen. In den meisten Gefängnissen im Baltikum, Weißrußland, in der Ukraine und in Bessarabien (heute Moldawien) kam es in diesen Tagen und Wochen zu grauenvollen Massakern an Gefängnisinsassen.

In Orten, die nahe an der von Hitler und Stalin im September 1939 vereinbarten Demarkationslinie lagen, hatten die Täter wenig oder keine Zeit, um den Massenmord durchzuführen und anschließend die Leichen zu verscharren. Zu systematischen Vernichtungsaktionen durch das NKWD kam es dagegen in den Gefängnissen in Lemberg, Łuck, Dubno, Sambor und Dobromil, wo die Häftlinge einzeln oder gruppenweise in Zellen, in Kellern und Innenhöfen der Gefängnisse erschossen wurden. In Sambor erschoß man beispielsweise „lediglich" einen Teil der Gefangenen (etwa 600–700), weil die Gefangenen Widerstand leisteten und deutsche Truppen bereits begonnen hatten, die Stadt einzunehmen. In Łuck wurden die NKWD-Mannschaften von deutschen Soldaten daran gehindert, noch die letzten Gefangenen zu „liquidieren". Zuvor hatten sie etwa 2000 Menschen mit Maschinengewehren und Handgranaten ermordet[45].

---

[41] Vgl. Drogi śmierci. Ewakuacja więzień sowieckich z Kresów Wschodnich II Rzeczpospolitej w czerwcu i lipcu 1941, hrsg. von Krzysztof Popiński u. a., Warszawa 1995, S. 69, 135–152. Ferner Bilas, Represywno-karalna systema, S. 222 ff.

[42] Zu den Haftbedingungen siehe Albin Głowacki, Organizacja i funkcjonowanie więziennictwa NKWD na Kresach Wschodnich II Rzeczpospolitej, in: Zbrodnicza ewakuacja więzień i aresztów NKWD na Kresach Wschodnich II Rzeczpospolitej w czerwcu – lipcu 1941 roku, Warszawa 1997, S. 12–43.

[43] Chef der Gefängnisverwaltung NKWD UdSSR Nikolski an Berija, Bericht über das Funktionieren der Gefängnisse NKWD-UNKWD in den Jahren 1941–1944 vom 27. 8. 1944, in: AW, Sign II/4/5 (Kopie); veröffentlicht in: Drogi śmierci, S. 146–152; vgl. auch Głowacki, Organizacja, S. 40.

[44] Vgl. Albin Głowacki, Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczpospolitej 1939–1941, Łódź 1997, S. 299; J. Pazula, Pro slotschynnu dijalnist KPRS-KPU proty naselennia Riwneschtschyny w 1939–1941 rr., in: Tschas, 21. 6. 1996, S. 4.

[45] Vgl. Ermittlungsakten der OK Łódź, S. 9/91/NK (Lemberg), S. 28/92/NK (Dubno), S. 6/91/NK (Łuck), S. 7/91/NK (Sambor) und S. 32/92/NK (Dobromil); Bilas, Represywno-karalna systema, S. 236.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vielfach hatte man auch nicht die Zeit, die Leichen zu verscharren. In Dubno blieben etwa 550 massakrierte Opfer in den Zellen liegen. Die vorrückenden deutschen Soldaten wie auch die Einheimischen wurden nun in den Gefängnissen mit Leichenbergen konfrontiert. Die Zahl der Opfer schwankt zwischen mehreren hundert (Sambor, Dobromil, Dubno) und mehreren tausend (Lemberg, Łuck).

In Weißrußland ermordeten die Sowjets dagegen Tausende von Häftlingen auf sogenannten Todesmärschen. Nach Schätzungen der polnischen Hauptkommission sollen in der ersten Kriegswoche in der Region um Minsk etwa 20000 Gefangene zusammengetrieben und kolonnenweise in Richtung Osten in Marsch gesetzt worden sein. Unterwegs wurden nacheinander ganze Kolonnen ausgelöscht. Etwa 18000 Gefangene sollen diesen Marsch nicht überlebt haben. Die Leichen der Ermordeten wurden entweder verscharrt oder blieben am Tatort liegen, wenn es keine Zeit mehr gab, um sie zu vergraben[46].

In Gefängnissen, die weiter von der Grenze entfernt waren, hatte man in der Regel genug Zeit, um die „Aktion" abzuschließen. Nach dem Abzug der Sowjets und dem Einmarsch der deutschen Truppen machten sich die Angehörigen sofort auf die Suche nach Massengräbern, die man meist innerhalb der Gefängnisse, in Innenhöfen und Kellern fand. Massengräber, die sich außerhalb des Gefängnisgeländes befanden, wurden erst nach und nach gefunden, sofern man sie überhaupt entdeckte. Massengräber von NKWD-Opfern wurden von Einheimischen und deutschen Soldaten u. a. in Złoczów, Tarnopol, Sambor, Borysław, Wilejka, Brzeżany, Drohobycz, Kamionka Strumiłowa, Krzemienec, Równe, Stryj, Wilna und Wołożyn gefunden. Die Zahl der Ermordeten variierte zwischen einigen dutzend und mehreren hundert[47].

Nach Schätzung des polnischen Historikers Popiński wurden in den ersten Kriegstagen allein in den ehemaligen ostpolnischen Gebieten etwa 20000–24000 Gefängnisinsassen von den Sowjets ermordet – eine Zahl, die nach Ansicht des Verfassers nach oben korrigiert werden muß[48]. Hinzu kommen tausende ermordeter Häftlinge in den baltischen Staaten, in den östlichen Teilen Weißrußlands und der Ukraine, in Bessarabien und den übrigen von der deutschen Wehrmacht bedrohten und anschließend eroberten Gebieten. Es ist bekannt, daß die Sowjets in diesen Tagen ihre Häftlinge u. a. in Kaunas, Riga, Schaulen, Tallin, Tartu, Smolensk, Kiew, Rostow, Odessa, Poltawa, Charkow, Dnjepropetrowsk, Saporoshje, Winniza, Kischiniew und Stalinow „liquidierten". Auch „bedrohte" Arbeitslager wurden auf diese Weise „aufgelöst"[49]. Wie

[46] Vgl. Marianna Poduszynska, Więzienia NKWD w Oszmianie, Wilejce, Wołożynie i Minsku w latach 1939–1941, in: Zbrodnicza ewakuacja, S. 93–103.

[47] Vgl. folgende Ermittlungsakten der OK Łódź, S. 10/91/NK (Czortków), S. 8/91/NK (Drohobycz), KO. 106/92/NK (Borysław), S. 91/NK (Złoczów), KO. 31/90/S (Kamionka Strumiłowa), S. 92/NK (Tarnopol), KO. 9/91/NK (Wilno), S. 4/91/NK (Wołożyn), S. 2/91/NK (Wilejka), KO. 50/90/S (Stryj), S. 1/91/NK (Berezwecz) und S. 3/91/NK (Oszmiana).

[48] Dies werde ich in einer Studie über NKWD-Verbrechen im Sommer 1941 ausführlich diskutieren.

[49] Vgl. Drogi śmierci, S. 7–33; Krzysztof Popiński, Ewakuacja więzień kresowych w czerwcu 1941 r. na podstawie dokumentacji ‚Memoriału' i Archiwum Wschodniego, in: Zbrodnicza ewakuacja,

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hoch die Gesamtzahl der Opfer in diesen Gebieten war, läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung noch nicht genau bestimmen.

Die Massaker an Gefängnisinsassen waren aber nicht die einzigen Verbrechen der flüchtenden Sowjets, hinzu kamen Verbrechen von Rotarmisten an der Zivilbevölkerung. Verdächtige Personen wurden erschossen, Geiseln genommen und getötet, Häuser und Dörfer niedergebrannt[50]. Die Zahl der auf diese Weise ermordeten Zivilisten ist nicht zu ermitteln, da es bislang hierüber keine wissenschaftlichen Untersuchungen gibt.

Im Frühjahr 1940 wurden auch 14700 polnische Kriegsgefangene sowie 11000 polnische Zivilisten ermordet, die in sowjetischen Gefängnissen einsaßen[51]. Ähnlich erging es vielen deutschen Kriegsgefangenen, die in den ersten Tagen und Wochen des Krieges in sowjetische Gefangenschaft gerieten und nicht selten zusammen mit sowjetischen Gefängnisinsassen sterben mußten. Die Zahl der in diesen Tagen ermordeten deutschen Kriegsgefangenen geht in die hunderte, möglicherweise liegt sie noch höher[52].

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen und dem Bekanntwerden dieser Verbrechen wurden Massengräber freigelegt, Leichen exhumiert und öffentlich niedergelegt, schon um den Angehörigen die Möglichkeit zur Identifizierung zu geben. Anschließend wurden die Opfer feierlich beigesetzt. Allerdings verzichteten die deutschen Besatzungsorgane aus seuchenpolizeilichen Gründen nicht selten auf eine Exhumierung, weil ein Teil der Leichen in diesem heißen Sommer bereits zu stark in Verwesung übergegangen war.

Zu Exhumierungsarbeiten zwang man in der Regel einheimische Juden, denen man pauschal Mittäterschaft an diesen Verbrechen vorwarf. „In der deutschen und ukrainisch-nationalistischen Propaganda wurden meist" – so Dieter Pohl – „‚die Juden' für die Morde verantwortlich gemacht"[53]. Die Morde des NKWD dienten oft als Vorwand für die sich anschließenden deutschen (und ukrainischen) Vernichtungsaktionen[54].

S. 71–77. Zum NKWD-Massaker in Orjol im September 1941 vgl. Michael Parrish, The Lesser Terror. Soviet State Security, 1939–1953, Westport 1996, S. 69ff.

[50] Vgl. Drogi śmierci, S. 16, 24–26; Vernehmung Władysław B. (8. 1. 1998), in: Ermittlungsakten OK Łódź, S. 32/92/NK; Auszüge aus dem Tagebuch von Mieczysława K., Eintrag vom 23. 7. 1941, in: Ebenda, S. 7/91/NK; Einstellungsverfügung der OK Łódź vom 18. 11. 1996, in: Ebenda, S. 13/91/NK; Vernehmung Prankiewicz (Juli 1941), in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig BA-MA), RW 2/148, Bl. 129f.

[51] Vgl. dazu Drogi śmierci, S. 23f.; ausführlich Głowacki, Sowieci wobec Polakow, S. 170–264. Ferner Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk, in: Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.) Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München u. a. 1998, S. 233f.

[52] Vgl. Bericht der Wehrmacht-Untersuchungsstelle über die Kriegsverbrechen der russischen Wehrmacht 1941, November 1941, in: BA-MA, RW 2/147, Bl. 1–100.

[53] Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 55.

[54] Vgl. ebenda, S. 54–67; Thomas Sandkühler, „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996, S. 114–122; Andrzej Żbi-

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. *Die Fotografien von NKWD-Verbrechen und ihr Weg in die Wehrmachtsausstellung*

Der NS-Propaganda kamen die sowjetischen Massenverbrechen für ihre antisowjetische und antijüdische Kampagne sehr gelegen. Joseph Goebbels schrieb am 6. Juli 1941 in sein Tagebuch: „Großen Propagandafeldzug gegen den Bolschewismus eingeleitet. Mit Presse, Rundfunk, Film und Propaganda. Tendenz: der Schleier fällt, Moskau ohne Maske. Dazu das ganze Greuelmaterial aus Lemberg, wohin ich nun auch 20 Journalisten und Rundfunkmänner schicke. Dort sieht es ganz grauenhaft aus."[55]

Für unser Thema entscheidend ist jedoch die Reaktion der deutschen Soldaten, die mit diesen Verbrechen direkt konfrontiert waren. Die Nachricht von den Massenmorden verbreitete sich sehr schnell in der Truppe. Tausende von Soldaten begaben sich zu den Mordstätten, um mit eigenen Augen die Verbrechen der sowjetischen Kommunisten zu sehen. Nicht wenige besaßen eigene Kameras, mit denen sie die Berge von Leichen fotografierten. Darüber berichten übereinstimmend polnische, ukrainische, jüdische und nicht zuletzt deutsche Augenzeugen.

Leontyna Terlecka aus Złoczów etwa war eine Berufsfotografin. Ihr Bruder war Ende Juni 1941 zusammen mit etwa 700 anderen Häftlingen (Ukrainer, Polen, Juden) im NKWD-Gefängnis auf der Zitadelle in Złoczów ermordet worden. Sie erhielt von einem deutschen Offizier den Auftrag, die freigelegten Massengräber und die exhumierten Leichen zu fotografieren. Frau Terlecka machte mehrere hundert Aufnahmen und entwickelte sie anschließend. Die fertigen Fotos holte dann der Offizier ab und brachte sie nach Lemberg. Die Zeugin sah auf der Zitadelle Hunderte von deutschen Soldaten, die die Mordstätte betrachteten und den Exhumierungsarbeiten zuschauten, viele von ihnen machten Fotos. Ähnliche Aussagen gibt es auch für andere Orte[56].

Deutsche Soldaten fotografierten aber nicht nur Leichenberge, sondern auch brennende Dörfer und Städte, die nicht in allen Fällen durch die Wehrmacht oder Kriegshandlungen in Brand geraten oder zerstört worden waren, denn auch die Rote Armee wandte zum Teil die Taktik der „verbrannten Erde" an, um den deutschen Vormarsch zu behindern. Zur gleichen Taktik griffen bekanntlich später die Deutschen auf ihrem Rückzug.

Diese Fotos hatten ein unterschiedliches Schicksal. Einige Soldaten schickten Abzüge davon nach Hause, andere trugen sie als Andenken bei sich. Wenn deutsche Soldaten auf dem Rückzug fielen oder in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, ge-

---

kowski, Lokalne pogromy Żydów w czerwcu i lipcu 1941 roku na wschodnich rubieżach II Rzeczpospolitej, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego Nr. 2–3 (1992), S. 2–18.

[55] Die Tagebücher von Joseph Goebbels hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, Teil I Aufzeichnungen 1923–1941, Band 9: Dezember 1940 – Juli 1941, bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, S. 428.

[56] Vgl. Interview mit Leontyna Terlecka (21. 8. 1998); vgl. z. B. Ermittlungsakten der OK Łódź, S. 9/91/NK (Lemberg) oder S. 28/92/NK (Dubno).

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

langte das persönliche Eigentum und damit auch die Fotografien meist als Kriegsbeute in sowjetische Hände. Oft wurden dann diese Fotos der „Außerordentlichen Staatskommission für die Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge" (ASK) zugeschickt. Die ASK war eine sowjetische Institution, die am 2. November 1942 errichtet worden war, um die deutschen Verbrechen in der UdSSR zu untersuchen. Bei Arbeiten dieser Institution spielte das NKWD eine entscheidende Rolle. Den Filialkommissionen auf Republik- und Gebietsebene gehörte regelmäßig der jeweilige Chef des NKWD an. Nach Auflösung der Kommissionen wurden die erbeuteten Fotografien sowjetischen Archiven übergeben[57].

Die Unterlagen der ASK sind jedoch mit besonderer quellenkritischer Sorgfalt zu prüfen. Immerhin waren Mitglieder des ASK auch daran beteiligt, die Ermordung polnischer Kriegsgefangener durch das NKWD mit angeblich wissenschaftlichen Beweisen der Wehrmacht anzulasten, und zwar den Angehörigen des Baubataillons 537 unter Führung eines Oberstleutnants Arnes – eine Einheit, die nie existiert hat (tatsächlich gab es das 537. Nachrichten-Regiment unter Führung von Oberst Friedrich Ahrens). Eine eigens hierzu gebildete Kommission stand unter Leitung des ASK-Mitglieds, Militärarztes und Akademiemitglieds Nikolaj Burdenko. Beim Nürnberger Prozeß legte die sowjetische Seite ihre Beweise für dieses „deutsch-faschistische" Verbrechen vor, die aber nicht anerkannt wurden[58].

Nicht zufällig warnte der polnische Historiker Piotr Mitzner, ein profunder Kenner der sowjetischen Archive, daß viele Dokumente, insbesondere des NKWD, aus den sowjetischen Archiven einer aufmerksamen und kritischen Prüfung unterzogen werden müssen[59]. An diesen Ratschlag haben sich die Mitarbeiter des HIS offensichtlich nicht gehalten; denn sonst wäre es nicht zu den dargestellten Fehlzuordnungen gekommen. Es scheint vielmehr, daß Mitarbeiter des HIS bei ihrer Suche nach Bilddokumenten für die Verbrechen der Wehrmacht in postsowjetischen Archiven nach folgenden Prinzipien verfuhren:

- Aufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg, die auf ein mögliches Verbrechen hindeuten (Leichenmassen, Erhängte, brennende Häuser usw.), wurden ohne nähere Prüfung der Wehrmacht als Täterorganisation zugeordnet. Insbesondere dann, wenn auf diesen Fotos Soldaten zu sehen waren oder wenn diese Fotos von gefallenen

[57] Vgl. Alexander E. Epifanow, Einige Besonderheiten der Strafverfolgung von Kriegsverbrechern in der UdSSR, in: Erwin Peter/Alexander E. Epifanow, Stalins Kriegsgefangene. Ihr Schicksal in Erinnerungen und nach russischen Archiven, Graz/Stuttgart 1997, S. 269–285; Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, S. 17.

[58] Vgl. Rosja a Katyn [Eine Sonderausgabe des Verlags Karta], Warszawa 1994, S. 39–48; Stanisław Kaniewski, Sprawa Zbrodni Katynskiej w Procesie Norymberskim, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu Instytutu Pamięci Narodowej, 40 (1997–1998), S. 86–91; ausführlich Adam Basak, Historia pewnej mistyfikacji – zbrodnia katynska przed Trybunałem Norymberskim, Wrocław 1993.

[59] Vgl. Piotr Mitzner, Archiwum kłamstw wewnętrznych, in: Karta Nr. 8 (1992), S. 145f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

oder gefangengenommenen Soldaten stammten. Daß deutsche Soldaten auch sowjetische Verbrechen oder Verbrechen anderer Organisationen, auf der eigenen wie auf der gegnerischen Seite, fotografiert haben könnten, wurde dabei offenkundig nicht in Betracht gezogen.

- Da viele Fotos aus den postsowjetischen Archiven oftmals keine, zuweilen aber auch falsche Angaben über Tathergang, Tatzeit und Täter enthalten, gingen die Aussteller davon aus, daß der tatsächliche Inhalt der Fotos nicht mehr ermittelt werden könne. Pauschalisierend meinte Hannes Heer, als er über die falsche Zuordnung von Bilddokumenten in seiner Ausstellung gefragt wurde: Vieles könne man „nicht mehr nachrecherchieren"[60].

Tatsächlich ist – wie hier gezeigt wurde – das „Nachrecherchieren" aber in vielen Fällen durchaus möglich. Auch müssen sich die Aussteller den Vorwurf gefallen lassen, daß sie sich nicht immer bereit gezeigt haben, die Ergebnisse solcher Nachrecherchen angemessen zu berücksichtigen.

Fazit

Eine quellenmäßige Überprüfung der in der Ausstellung und im Katalog gezeigten Bilddokumente ist schwierig, da die Ausstellungsmacher in ihrem Katalog (Ausgabe 1996, Seite 221) nicht mehr als ein „Bildquellenverzeichnis" bieten, in dem lediglich die Namen der Archive und Institutionen aufgeführt sind, aus denen die Bilddokumente stammen. Präzisere Angaben über Bildnummer, Signatur oder Seitenzahl, mit denen sich die Herkunft der Bilder rekonstruieren ließe, fehlen dagegen.

Friedrich P. Kahlenberg kritisierte als Präsident des Bundesarchivs diesen Verstoß gegen die Grundregeln eines nachprüfbaren wissenschaftlichen Arbeitens bereits in seiner Rede am 12. Juni 1998 anläßlich der Eröffnungsveranstaltung der Wehrmachtsausstellung in Koblenz: „Das ist ein wirklicher Mangel, daß auch im Katalog die Quellenangaben zu wenig detailgetreu, viel zu wenig präzise gesetzt sind. Ich meine: je sensibler die Thematik einer Ausstellung mit zeitgeschichtlichem Quellenmaterial im Kontext der öffentlichen Meinung ist, um so nachdrücklicher sollten die Regeln der wissenschaftlichen Quellenkritik beachtet werden. Ich bedauere, daß früh erkannte Defizite dieser Art, von denen ich sicher bin, daß sie Hannes Heer und seinen Mitarbeitern nur zu gut bekannt sind, nicht gezielt behoben werden." Ferner empfahl Kahlenberg: „Für die Ausstellung selbst wäre zu erwägen, ihr vor einer fest zu buchenden Anschlußpräsentation eine Pause von circa einem Vierteljahr

[60] Die Väter als Täter. „Verbrechen der Wehrmacht": Eine Bilanz der Ausstellung nach vier Jahren Reise durch die Republik, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 2. 1999; in einem Leserbrief in derselben Angelegenheit behauptete Heer: „Wer die Leichen auf den Fotos seien, könne auch von Musial nicht bewiesen werden," in: Berliner Morgenpost, 30. 1. 1999 (Artikel: Aussteller verteidigen umstrittene Fotos).

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu verordnen, um dringende Ergänzungen einzuarbeiten."[61] Diese Kritik hat Kahlenberg unlängst noch einmal bekräftigt[62].

Dem „Bildquellenverzeichnis" ist zu entnehmen, daß ein Großteil der Bilddokumente aus postsowjetischen Archiven stammt. Trotz der genannten Schwierigkeiten konnte das Problem der falschen Zuordnung bei neun Aufnahmen geklärt werden.

Können aber überhaupt neun nachweislich und etwa zwei Dutzend vermutlich oder möglicherweise falsch zugeordnete Fotografien eine ganze Ausstellung in ihren essentiellen Aussagen wirklich in Frage stellen[63]? Schließlich werden im Katalog mit Paßfotos 801 Bilder und in der Ausstellung 1433 Fotos gezeigt. Die Konsequenzen für die Ausstellung sind jedoch sehr viel gravierender, als es dieses quantitative Verhältnis zunächst vermuten läßt.

Denn erstens dokumentiert nur ein Teil der Aufnahmen in der Ausstellung Verbrechen im eigentlichen Sinne (Erschießungen, Erhängungen), sieht man einmal ganz ab von dem nicht einfachen Problem der damaligen Rechtslage. Etwa die Hälfte der Fotos zeigen dagegen Handlungen, die nichts mit Kriegsverbrechen zu tun haben, etwa marschierende Soldaten oder allgemeine Folgen von Kriegshandlungen wie zerbombte Gebäude.

Zweitens handelt es sich bei den oben genannten Bildern um sehr aussagekräftige Fotos, die für die ganze Ausstellung wie auch den Ausstellungskatalog von großer Bedeutung sind. So sind z. B. die Fotos Nr. 33 (S. 204), 29 und 31 (S. 205) auch im Begleitband „Vernichtungskrieg" veröffentlicht, das Foto Nr. 31 sogar zweimal[64]. Im Begleitband werden diese Fotos (Nr. 33 und 29) mit zwei anderen Aufnahmen einer rhetorisch eindrucksvollen psychoanalytischen Deutung unterzogen, um die Motive für die Entstehung dieser Fotografien (deutsche Soldaten vor ihren erschossenen Opfern) herauszuarbeiten. Die Autoren unterstellen den Fotografen dabei Motive wie „Steigerung der sadistischen Schaulust", „Materialisierung des eigenen Körperhasses", „Sexualität", „zerstörerische Fleischlichkeit"[65]. Zwei der vier so gedeuteten Aufnahmen zeigen aber die Exhumierung von NKWD-Opfern in Złoczów, nicht aber deutsche Verbrechen, und auch bei den beiden anderen Fotos ist die angegebene Zuordnung zweifelhaft[66].

---

[61] Friedrich P. Kahlenberg, Rede vom 12. Juli 1998 zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" (Manuskript beim Verfasser). Die 4. überarbeitete Auflage des Ausstellungskatalogs vom Mai 1999 enthält bereits Angaben (mit Seitenzahlen und Bildnummern), welches Foto aus welchem Archiv stammt. Die Signaturen, unter denen die Fotografien in den entsprechenden Archiven zu finden sind, gaben die Aussteller nur für die Fotografien aus dem Bundesarchiv an.

[62] Vgl. Überarbeitung der Wehrmachtsausstellung verlangt, in: Focus, 6. 6. 1999.

[63] Durch Übernahme von Fotografien aus dem Nachlaß von General Korfes erhöht sich die Zahl der Fotos, die NKWD-Opfer darstellen, auf 11.

[64] Vgl. Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 424, 501.

[65] Ebenda, S. 500–502. Der letzte Begriff (S. 502) nach einem Zitat von Jean Améry.

[66] Auf dem vierten Bild soll die erhängte und verstümmelte (abgeschnittene linke Brust) sowjetische Widerstandskämpferin Soja Kosmodemjanskaja abgebildet sein. Als Fundstelle ist die sowjetische Presseagentur Nowosti, Moskau, angegeben. Bei Kurt Zentner, Illustrierte Geschichte des Wider-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Drittens erschüttert dieser Befund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung der übrigen Fotografien in der Ausstellung. Wie ich in mehreren Fällen exemplarisch nachgewiesen habe, zeigen diese Bilder keineswegs das, was die Aussteller vorgeben, annehmen oder mit ihnen suggerieren wollen.

Jeder Fotohistoriker weiß, daß die einem Foto unterstellte Beweiskraft trügerisch sein kann. Dies trifft anscheinend besonders für die Fotografien in der Wehrmachtsausstellung zu. Hier sind wirkliche Dokumentaraufnahmen durch falsche und suggestiv wirkende Bildunterschriften im Sinne der Ausstellung instrumentalisiert worden.

Im Rahmen dieser Untersuchung konnte nur das Problem der Fotografien der Ausstellung besprochen werden, die sowjetische Massenmorde vom Sommer 1941 dokumentieren und nicht Verbrechen der Wehrmacht. Zur Zeit bereite ich eine umfangreichere Publikation vor, in der alle von mir inzwischen ermittelten oder mir bekannt gewordenen Fehler, Mängel, falschen Zuordnungen, Manipulationen, Entstellungen und Ungereimtheiten zusammengestellt werden, etwa: ungarische und finnische Soldaten statt wie behauptet deutsche als vermeintliche Täter[67]; Bildgeschichten, die sich aus mehreren Fotos zusammensetzen und mit denen suggeriert wird, daß sie denselben Vorgang (Verbrechen der Wehrmacht) darstellen, während sie tatsächlich verschiedene Ereignisse zeigen, zudem falsche oder zumindest zweifelhafte Täterzuordnung[68].

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die internationale Forschung hat mittlerweile nachgewiesen, daß die Wehrmacht in Teilen tief in die Verbrechen der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskriege involviert war. In ihrer weit überwiegenden Mehrheit sind diese Verbrechen fotografisch nicht dokumentiert. Dennoch besteht an ihrer Existenz kein Zweifel.

Die Frage nach den Tätern und die Frage, wie groß die Teile der Wehrmacht sind, die für diese Verbrechen die Verantwortung tragen, sind indessen ungleich schwerer zu beantworten. Dabei sollte man auch nicht von der Wehrmacht als „Gesamtorganisation" sprechen, die in einer Diktatur zweifelsohne von den Vorgaben der höchsten politischen und – ihr nachfolgend – militärischen Führung abhängig war, sondern, sehr viel konkreter, von den knapp 18 Millionen Menschen, die der Wehrmacht während der Jahre 1939 bis 1945 angehörten. Was deren Beteiligung an diesen Verbrechen betrifft, so ist die Forschung noch längst nicht zu gesicherten Ergebnissen gekommen; zuweilen hat es den Anschein, als ob die systematische Erforschung dieser Frage erst jetzt beginnt.

---

standes in Deutschland und Europa (München 1966, S. 426), wurde ein Foto ohne Bildnachweis veröffentlicht, das dieselbe Partisanin zeigen soll. Auf den beiden Fotografien (im Begleitband und bei Zentner) wurden aber offenkundig zwei verschiedene Frauen als Partisanin Soja K. abgebildet.

[67] Vgl. Wieder falsche Fotos? Neue Zweifel an der umstrittenen Ausstellung zur Wehrmacht, in: Berliner Morgenpost, 31. 5. 1999; vgl. Errataliste für den Ausstellungskatalog vom Mai 1999.

[68] Vgl. Fałszywe obrazki z wystawy [Falsche Bilder in einer Ausstellung], in: Życie, 8.–9. Mai 1999, S. 14f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine Dokumentation wie diese kann deshalb kaum als eine Antwort auf diese Frage verstanden werden, und sie kann erst recht nicht dazu dienen, jene Verbrechen, die von Wehrmachtsangehörigen begangen worden sind, zu verkleinern oder in einer sonstigen Weise zu relativieren. Aber vielleicht kann sie deutlich machen, daß historische Dokumente dazu dienen sollten, um diese schwierige und komplexe historische Materie zu klären und nicht um eine vorgefaßte Meinung zu bestätigen.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

HANS-PETER SCHWARZ

NACHRUF AUF THEODOR ESCHENBURG

Am 10. Juli 1999 ist Theodor Eschenburg im Alter von 94 Jahren in Tübingen verstorben. Zusammen mit dem Tübinger Kollegen Hans Rothfels hat er 1953 die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" gegründet und ihnen ein Vierteljahrhundert lang das Gepräge gegeben.

Unter seinen vielen Aktivitäten war ihm die Aufgabe des Herausgebers eine der liebsten. Aufsatz um Aufsatz, Dokumentation um Dokumentation hat er mit dem geboten schonungslosen Urteilsvermögen, für das er berühmt und gefürchtet war, geprüft, ob die einzelnen Beiträge der Aufnahme Wert waren. Da er unbeugsam strenge Vorstellungen von öffentlichen Ämtern hatte, konnten für ihn keinerlei Zweifel hinsichtlich der Rechte eines Autors, der Redaktion und der Herausgeber bestehen.

Jeder Autor sollte, so sah er es, das Recht auf seine eigene Deutung von Vorgängen haben, sofern er nur interessante Quellen fand, sie sauber interpretierte und die Befunde klar darzustellen wußte. Die Redaktion hatte völlige Freiheit bei der Auswahl der Themen und im Verhältnis zu den Autoren. Doch er bestand darauf, nach gründlicher Diskussion mit der Redaktion auf den Herausgebersitzungen nur solche Beiträge aufzunehmen, die seinen Qualitätsstandards entsprachen.

Wenn ihm gewisse Bewertungen unrichtig schienen, gab er dem in den Vorbemerkungen der Herausgeber Ausdruck. Diese einordnenden, oft zustimmenden, bisweilen auch auf Distanz gehenden Vorbemerkungen wurden nicht von jedem Autor geschätzt, auch nicht immer von der Redaktion. Sie waren aber aus Eschenburgs Sicht letztlich eine Bekundung von Liberalität – selbst Meinungen, mit denen er nicht übereinstimmte, sollten in der von ihm verantworteten Zeitschrift veröffentlicht werden, aber dann, bitte, mit einem „disclaimer" von seiten der Herausgeber. Im übrigen wußte er, daß ein guter Herausgeber primär auswählen und anregen sollte, ohne die Spalten der eigenen Zeitschrift allzu häufig mit eigenen Beiträgen zu füllen. In den 25 Jahren seiner Herausgeberschaft hat er – jedes Stück freilich gewichtig – sieben Aufsätze, eine Miszelle, vier Dokumentationen und einen Nachruf beigesteuert.

So ist es ihm zusammen mit Hans Rothfels, den langjährigen Leitern der Redaktion Hellmuth Auerbach und Hermann Graml und weiteren Redaktionsmitgliedern gelungen, aus den „Vierteljahrsheften" innerhalb kurzer Zeit die führende Fachzeitschrift der deutschen Zeitgeschichtsforschung zu machen: breit in der Thematik, nicht festgelegt auf einzelne Schulen, überparteilich, feind jedem politischen Duckmäusertum, stets um Präsentation neuer Quellen, origineller Interpretationen und kritischer Positionen bemüht, empirisch fundiert und zugleich klar geschrieben, kein Fachorgan allein für spezialisierte Forscher im Elfenbeinturm, sondern eine Zeitschrift für eine breite Leserschaft zeitgeschichtlich kundiger und interessierter Lehrer, Verwaltungsbeamter, Journalisten, Politiker, Studierender oder auch von Lesern, die in der Wirtschaft und in den Verbänden tätig sind.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn Eschenburg mit Nachdruck und mit Erfolg darauf bestand, die „Vierteljahrshefte" als Publikumszeitschrift mit einem breiten Spektrum von Zielgruppen zu begreifen, so auch deshalb, weil sein eigener Weg zur Zeitgeschichte und zur Politischen Wissenschaft eben nicht über die traditionelle Universitätslaufbahn geführt hatte. Eschenburg war nämlich weder ein Universitätshistoriker traditionellen Zuschnitts noch ein Mann der öffentlichen Verwaltung noch Verbandsfunktionär oder freischaffender Publizist, und er war schon gar nicht Politiker. Die Unverwechselbarkeit seiner Persönlichkeit bestand zu einem gut Teil darin, daß er zwischen der Promotion im Jahr 1928 bis zur Berufung als Ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft im Jahr 1951 auf verschiedenen Sätteln zu reiten verstand; dabei wirkte er stets mit viel common sense und Arroganz, aber zugleich auch umsichtig und mit Feinfühligkeit, die er allerdings hinter konventioneller Distanziertheit oder manchmal auch barschen Umgangsformen gut zu verbergen wußte.

Er hatte für heutige Verhältnisse relativ jung, mit 24 Jahren, bei dem Verfassungshistoriker Fritz Hartung in Berlin promoviert, alsdann noch ein gutes Jahr Jura studiert und 1929 eine Stelle als Referent in der Grundsatzabteilung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) übernommen. Bei den Wirtschaftsverbänden verblieb er auch bis 1945. Somit war er unter den späteren Zeithistorikern und Politologen einer der wenigen, die sich in der Wirtschaft und im Verbandswesen genauestens auskannten. Seine vielbeachtete, durchweg kritische Studie „Herrschaft der Verbände" (1963) fußte auf den persönlichen Erfahrungen und Verbindungen aus diesen Jahren.

Nachdem er sich noch rechtzeitig aus Berlin abgesetzt hatte, fand er 1945 bis 1951 Anschluß an eine Länderverwaltung. 1945 bis 1947 war er Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in dem damaligen von der französischen Besatzung gebildeten Zwergstaat Südwürttemberg-Hohenzollern, 1947 wurde er Stellvertreter des Innenministers, unter anderem mit Zuständigkeit für die Polizei.

Viele Tübinger Professoren betrachteten ihn anfangs als „Seiteneinsteiger". Doch den akademisch unkonventionellen Lebenslauf teilte er mit fast allen Gründergestalten der Politischen Wissenschaft. Diese kamen vielfach aus freien Berufen oder aus der Emigration und gestalteten die neue Disziplin nach Vorstellungen, die sie sich im Studium etablierter Fächer und beim Kennenlernen ausländischer Universitäten angeeignet hatten. Im übrigen erkannte die Universität Tübingen bald, wie nützlich ein verwaltungskundiger Kollege war, der im Land und im Bund über beste politische Konnexionen verfügte. 1961 bis 1963 war er Rektor, und er hat dieses Amt glänzend, mit genuiner Freude am Verwalten und Gestalten wahrgenommen.

Zunehmend gewann er auch Freude an der Publizistik. 1957 stieß er als freier Mitarbeiter zur „Zeit". Diese errang mit ihm, doch auch durch ihn ihr seit Anfang der sechziger Jahre hohes Ansehen. „Praeceptor Germaniae" nannte man Eschenburg jetzt halb spöttisch, halb anerkennend, weil er, politisch nach keiner Seite festgelegt, präzise, sachkundig und kritisch wie damals sonst keiner in der Bundesrepublik, nunmehr an die eineinhalb Jahrzehnte lang in regelmäßigen Kolumnen die politischen Institutionen, das Regieren in den Koalitionen und die maßgeblichen Gestalten auf dem politischen Turf kommentierte. Noch heute gehören die in drei Sammelbänden mit dem Titel „Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik"[1] vereinten Kolumnen aus den Jahren 1957 bis 1970 zu den lesenswertesten Analysen der frühen Bundesrepublik.

[1] Vgl. Theodor Eschenburg, Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. Kritische Betrachtungen 1957–1961, 1961–1965, 1965–1970, 3 Bde, München 1964, 1966, 1972.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter den Gründergestalten der Politischen Wissenschaft galt Eschenburg in den fünfziger und sechziger Jahren als bester Kenner der bundesdeutschen Innenpolitik. Seine Aufnahme in die Friedensklasse des Ordens Pour le mérite bezeugte, daß er sich auch weit über die Fachgrenzen hinaus hohes Ansehen erworben hatte. Er war jedoch ebenso eine Gründergestalt der bundesdeutschen Zeitgeschichte und in dieser Eigenschaft dem Institut für Zeitgeschichte nicht nur als Herausgeber der „Vierteljahrshefte" verbunden. Schon 1947 wurde er im Gründungskuratorium des seinerzeitigen „Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik" (woraus dann 1950 „Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit" und 1952 schließlich die Bezeichnung „Institut für Zeitgeschichte" wurde) als ein möglicher Geschäftsführer diskutiert. Anfangs, 1951/52, hat er noch das Land Südwürttemberg-Hohenzollern und danach, von 1952 bis 1962, das Land Baden-Württemberg als Staatsrat im Kuratorium des IfZ vertreten. Von 1962 bis 1977 wirkte er im Wissenschaftlichen Beirat mit.

Wer seinen Werdegang betrachtet, erkennt genau, daß er vom Training und von seinen wissenschaftlichen Interessen her ein gelernter Zeithistoriker war. Auch die zahllosen Verbindungen im politischen Raum, die er sich in Berlin seit den späten zwanziger Jahren zu schaffen wußte, standen anfänglich in direktem Zusammenhang mit seiner selbstgewählten zeitgeschichtlichen Dissertation, die 1929 unter dem Titel „Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block" erschienen ist.

Der Doktorand Eschenburg ist bei der Recherche für die Dissertation über die damals rund zwanzig Jahre zurückliegenden Vorgänge so individuell und so praktisch vorgegangen, wie dies auch in den fünfziger und sechziger Jahren noch üblich war, als sich eine spätere Generation, damals meist noch ohne Rückhalt bei größeren oder kleineren Institutionen, der gleichfalls kurz zurückliegenden Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus, der Geschichte des Zweiten Weltkriegs oder der Geschichte nach 1945 zuwandte.

Eschenburg hatte für die Doktorarbeit ein Thema gewählt, das viele Fragen des damaligen Parlamentarismus beinhaltete: Rolle, Politik und Charakter der politischen Schlüsselpersonen, die Strömungen im Parteiensystem, auch die auf Parlament und Regierung einwirkenden außerparlamentarischen Kräfte. Aus dem etwas knalligen Titel „Das Kaiserreich am Scheideweg" könnte man den Schluß ziehen, Eschenburg sei schon in den ruhigeren Jahren der Weimarer Republik wie später die deutsche Zeitgeschichte nach 1945 vorwiegend von den Fragen nach den Gründen für den „deutschen Sonderweg" umgetrieben gewesen, also: Steckenbleiben der Parlamentarisierung, politische Unverantwortlichkeit des Monarchen, die problematische Rolle des liberal-konservativen Bülow-Blocks und anderes mehr. Das kam zwar durchweg zur Sprache. Doch wer die Arbeit liest, erkennt, daß es ein viel praktischeres Thema war, das den jungen Eschenburg damals vorrangig beschäftigte, die Frage nämlich: Wie wird regiert? Beim Rückblick auf das spätere Oeuvre ist zu konstatieren, daß er damit schon die leitende Fragestellung seines wissenschaftlichen Lebenswerks entdeckt hatte.

Die Arbeiten an der Dissertation über gerade dieses zeitgeschichtliche Thema hatte für Eschenburg aber noch andere, weitreichende Konsequenzen. Forsch, wie er damals war, gelang es ihm, zu Reichsaußenminister Gustav Stresemann vorzudringen, der seinerzeit Ernst Bassermann im Amt des Vorsitzenden der national-liberalen Reichstagsfraktion nachgefolgt war. Stresemann, der Eschenburg zuvor nicht gekannt hatte, faßte schon bei der ersten Unterredung Gefallen an seinem Besucher, empfahl ihn der Witwe Ernst Bassermanns, bei der sich der bis dahin unbekannte Nachlaß befand, hatte überhaupt seine Freude an häufigen Unterredungen mit diesem jungen Mann, der ebenso wohlerzogen

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie unehrfürchtig und neugierig war, und schrieb schließlich aus eigenen Stücken ein Vorwort zu der Dissertation.

Theodor Eschenburg, der aus angesehener Familie Lübecks stammte (sein Großvater war Senator der Freien und Hansestadt Lübeck), hatte zwar schon einen größeren Bekanntenkreis, nicht zuletzt von Aktiven und alten Herren der Korporationen Tübingens, wo er vier Semester lang bei der schlagenden Burschenschaft Germania aktiv war. Aber zweifellos bildeten die Dissertation über Ernst Bassermann und eine gewisse Nähe zu Stresemann den Ausgangspunkt, der es ihm in kürzester Zeit erlaubte, zahlreiche Parlamentarier, Journalisten und Verbandsgrößen kennenzulernen, vielfach als Interviewpartner oder im Gespräch über seine Darstellung der Vorgänge. Viele von ihnen waren Persönlichkeiten, die im Berlin der späten Weimarer Jahre einen Namen hatten. Das berühmte politische Network Eschenburgs wurde so schon in jungen Jahren 1928 bis 1933 geknüpft.

Nach 1945, als nicht wenige der 1933 abservierten, abgetauchten, verfolgten oder emigrierten Weimarer Politiker ihr Comeback erlebten, verfügte Eschenburg aus den insgesamt 18 Jahren auf dem Berliner Parkett über einen so ausgedehnten Bekanntenkreis in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Publizistik wie kaum ein anderer der damaligen Historiker und Politologen. Seine Tätigkeit in Südwürttemberg-Hohenzollern während der Vorgeschichte der Bundesrepublik sowie zu deren Anfängen bot weiter Gelegenheit, in den Hauptstädten der Länder und in Bonn viele zu treffen, die politisch zählten, und sich über alle sein Urteil zu bilden.

Es war daher ganz natürlich, daß er sich jetzt mit Vorrang der Geschichte der Weimarer Republik zuwandte, wo er sich bestens auskannte. Ungeachtet aller Unterschiede bildeten dabei die Weimarer Epoche und die Frühgeschichte der Bundesrepublik aus seiner Sicht eine innere Einheit. Gewiß blendete er die katastrophalen Jahre der NS-Diktatur nicht aus, aber im Leben Eschenburgs, der das Dritte Reich und den Krieg einigermaßen unlädiert überstanden hatte, waren es eben doch nicht mehr als zwölf Jahre – 1933 war er ein Mann von 29, 1945 von 41 Jahren.

Im Unterschied zu anderen Politologen und Zeithistorikern galt sein Forschungsinteresse nicht vorrangig den ihm innerlich fremden totalitären Bewegungen und Regimen des 20. Jahrhunderts. Das Dritte Reich oder die Geschichte des Zweiten Weltkriegs interessierten ihn nur insoweit, als er beim Studium neu entdeckter Quellen selbst erfuhr, wie es eigentlich gewesen ist. Fasziniert hat ihn vielmehr primär, wie, unter welchen Bedingungen, von welchen Leuten und mit welchen Resultaten in der parlamentarischen Demokratie regiert wird.

Im ersten Band seiner Lebenserinnerungen über die Jahre 1904 bis 1933 (der zweite muß posthum erscheinen) findet sich eine bemerkenswerte Passage, in der er unter Bezugnahme auf eigene Tübinger Aktivitäten Mitte der zwanziger Jahre einiges Grundsätzliche zum Thema „Staatsbürgerkunde" einflocht. Diese sei „die Lehre von der bestehenden Staatsordnung", und sie habe von der geltenden Verfassung auszugehen, „losgelöst von Wunsch- und Ablehnungsvorstellungen". „The Maschinery of Government" (Walter Bagehot), eine „Betriebswirtschaftslehre der Politik" – darum gehe es: „Sinn und Zweck der gesamten Ordnung und ihrer Elemente müssen erklärt werden, dazu die Organe, ihre Kompetenzen und deren Abgrenzung, die Verfahren ihrer Bestellung und Abberufung sowie ihrer Entscheidungen."[2]

[2] Theodor Eschenburg, Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904 bis 1933, Berlin 1995, S. 178f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bemerkenswert scharf, fast verächtlich, hat Eschenburg in diesem Zusammenhang seine Ablehnung normativer oder gar moralisierender Gesichtspunkte formuliert. Staatsbürgerkunde verlange Nüchternheit und Objektivität, aber keine Emotionalität oder Mythologisierung. Es gehe dabei nicht um die Frage, „wie eine Staatsform sein sollte oder nicht sein durfte". „Erziehung zu staatsbürgerlicher Begeisterung", wie sie einmal von Julius Leber gefordert wurde, war nicht seine Sache: „ein so kompliziertes Gebilde wie die föderalistische Demokratie kann nur vom Verstand erfaßt, muß regelrecht gelernt werden". Deshalb sei auch eine gründliche Kenntnis des Verfassungsrechts ganz unerläßlich. Gewiß dürfe man politische Bewegungen des Gemüts, ob positiv oder negativ, nicht unterschätzen: „Aber sie verhelfen nicht zur Mündigkeit."[3]

Ähnlich wie die meisten bundesdeutschen Spitzenpolitiker der beiden Jahrzehnte nach 1945 war auch Eschenburg ein Weimarianer. 1983 hat er, nunmehr bereits fast 80 Jahre alt und unter Aufbietung aller ihm noch verbliebenen Kräfte, eine großangelegte Darstellung des deutschen politischen Lebens in den Besatzungsjahren 1945 bis 1949 zu Ende geführt. Was er dort über den Parlamentarischen Rat schrieb, gilt auch für ihn: „Die Verfassungsväter wollten, was bei ihrer Herkunft nicht verwundert, gemeinsam eine verbesserte Weimarer Verfassung schaffen. Aber die Mitglieder des Parlamentarischen Rats waren viel nüchterner als ihre Vorgänger in der Nationalversammlung. Deren Neigung zu demokratischer Romantik, verbunden mit der Angst vor Schwächung der Staatsgewalt in einer politisch labilen Situation, hatten die Bonner Abgeordneten nicht; dafür besaßen sie Erfahrungen in der Mechanik des Parlamentarismus, über die ihre Vorgänger nicht verfügt hatten."[4]

Nachdem Eschenburg 1930 für die neugegründete Deutsche Staatspartei erfolglos kandidiert hatte, vermied er es freilich künftig, sich nochmals um ein Wahlamt zu bemühen. Er sah vielmehr seine Hauptaufgabe darin, die Entwicklung des zweiten Versuchs mit einer parlamentarischen Demokratie gleichfalls nüchtern und unter Verzicht auf demokratische Romantik zu kommentieren, wobei er zwischen streng wissenschaftlicher Analyse und wissenschaftlich fundierter Publizistik keinen Unterschied machte. Sein großes Lebensthema war und blieb die Kontinuität deutscher parlamentarischer Demokratie vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und die Besatzungsperiode bis in die frühen und mittleren Jahrzehnte der Bundesrepublik. In diesem Geist hat er 1956 die Monographie „Staat und Gesellschaft in Deutschland" veröffentlicht, ein vielgelesenes Buch, das auf die Reedukationsgeneration der Lehrer in den fünfziger und frühen sechziger Jahren stark gewirkt hat. Auch seine zahllosen Vorträge zu institutionellen Fragen waren immer ein Muster der unemotionalen, anschaulichen, argumentativen Analyse. Er verstand es glänzend, durch nüchternste Darlegung der empirischen Gegebenheiten zu fesseln.

Wie so viele, die 1945, aus der Reichshauptstadt Berlin kommend, im Westen Deutschlands Wurzel gefaßt hatten, zeigte auch er sich entschlossen, aus dem anfänglichen „Provisorium" Bundesrepublik Deutschland das Beste zu machen. Die Entscheidung für Bonn als Regierungssitz hielt er zwar für verkehrt. Das weltoffene Frankfurt, so meinte er beim Rückblick, wäre die weitaus geeignetere Hauptstadt gewesen[5]. Doch im deutschen Südwesten, wo über allem „ein milder, schwäbischer demokratischer Liberalismus"[6] liegt, fühlte er sich zunehmend zu Hause. Hier war dieser, so nannte er sich selbst,

[3] Ebenda, S. 179.
[4] Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 511.
[5] Vgl. ebenda, S. 519.
[6] Eschenburg, Also hören Sie mal zu, S. 144.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„entartete Sohn" eines von ihm ansonsten hochgeschätzten, aber noch in den Weimarer Jahren kompromißlos monarchistischen See-Offiziers schon beim Studium Mitte der zwanziger Jahre zum Elternhaus politisch auf Distanz gegangen, hier hatte er auch seine Frau, eine Schwäbin, gefunden. Hier wurde seit 1949 aus diesem „Vernunftrepublikaner", als den er sich beim Blick auf die eigene Entwicklung in den zwanziger Jahren bezeichnete[7], auch eine Art „Vernunft-Bundesrepublikaner". Die Konsolidierung dieses um Mitteldeutschland und den Osten amputierten Verfassungsstaates schien ihm vorerst klüger als riskante, emotional stark befrachtete Initiativen für eine baldige Wiedervereinigung. Darin dachte er ähnlich kühl wie Adenauer.

Es ist auffällig, wie geflissentlich dieser ansonsten furchtlose Publizist es vermied, sich während der frühen und mittleren fünfziger Jahre mit Stellungnahmen zu der so umstrittenen Deutschlandfrage festzulegen. Dies hing einmal mit seiner Zurückhaltung in Fragen der Außenpolitik zusammen, wo er sich kein ganz sicheres Urteil zutraute. Aber er war damals überhaupt skeptisch, ob mittelfristig viel auszurichten sein würde, so daß es ihm klüger schien, die Entwicklung vorerst schweigend zu beobachten.

Erst 1959 meldete er sich mit einem gründlich durchdachten Essay zu Wort, einer Art Denkschrift, der er den harmlos klingenden Titel gab: „Die deutsche Frage. Die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung". Diese Studie eines ansonsten fast nur der „Mechanik" des Verfassungsstaats zugewandten Analytikers ist aus zwei Gründen denkwürdig, zum ersten deshalb, weil sich Eschenburg darin bezüglich der offiziellen Wiedervereinigungspolitik – vorsichtig zwar, aber doch vernehmlich – als illusionsloser Skeptiker demaskierte, zum zweiten, weil er hier ein Szenario entwarf, das 1989/90 dann tatsächlich eintreten sollte.

Ohne auf die vielen Deutschlandpläne im einzelnen einzugehen, diskutierte er in dieser Studie, von der Tagespolitik abstrahierend, aber gedanklich präzise und zwingend, die denkbaren Optionen, um dann abschließend festzustellen: „Wenn man die Vorschläge über einen Wiedervereinigungsprozeß überschaut und gegeneinander abwägt, so will es scheinen, als ob sie entweder erträglich, aber im Augenblick unerreichbar, oder erreichbar, aber unerträglich sind."[8] Zwar vermied er jede Überpointierung. Doch er gehört mit dieser illusionslosen Analyse durchaus zu den Wegbereitern jenes Revisionismus der Wiedervereinigungspolitik, der fast zur gleichen Zeit mit Karl Jaspers und Golo Mann voll einsetzte und schließlich zur „neuen Ostpolitik" führte.

Eschenburg, der, wenn er wollte, auch vorsichtig sein konnte, unterließ hier allerdings programmatische Empfehlungen, begnügte sich vielmehr damit, völlig unprovokativ die Ausweglosigkeit der bisherigen Wiedervereinigungspolitik zu analysieren. Er schloß mit recht kryptischen Worten: „In früheren Zeiten wäre eine Vereinigung von Gebieten so gegensätzlicher Gesellschafts- und Verfassungsordnungen wohl nur auf revolutionärem Weg möglich gewesen. Auch heute würde ein legaler Wiedervereinigungsprozeß gleichsam als Revolutionsersatz wirken. Bei der Abwägung legaler Verfahren lassen sich aber schwer politische Imponderabilien und revolutionäre Überraschungen einkalkulieren. Das heißt aber weder, daß diese wirksam werden müssen, noch, daß sie überhaupt nicht wirksam werden können."[9]

---

[7] Ebenda, S. 133.

[8] Theodor Eschenburg, Die deutsche Frage. Die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung, München ³1960, S. 56.

[9] Ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie ein solches Verfahren – nach dem Eintreten von Überraschungen – in Gang kommen könnte, hatte er ein paar Seiten davor locker, doch mit Weitsicht formuliert. Es „ließe sich denken, daß die SBZ-Bevölkerung zunächst frei und allein über ihre eigene Ordnung entscheidet. Erst wenn sie diese Entscheidung getroffen hätte, und falls sie sich für eine freiheitlich-demokratische Ordnung entscheiden würde, hätte sie zunächst wiederum allein zu befinden, ob sie eine Vereinigung mit der Bundesrepublik zu einem gemeinsamen Staat wünscht. Durch ein derartiges Verfahren würde ein legitimierter Verfassungspartner in der SBZ gegenüber der Bundesrepublik geschaffen werden. Es würde also die Herstellung der prinzipiellen Verfassungsgleichheit dem Wiedervereinigungsprozeß vorgeschaltet."[10]

Genau dies ereignete sich in der ersten Jahreshälfte 1990. Eschenburg erwartete freilich auch für diesen recht unwahrscheinlichen Fall einer „Selbstbestimmung der SBZ-Bevölkerung" durch freie Wahlen (oder ein Plebiszit) keine alsbaldige Lösung der deutschen Frage in Form einer staatlichen Wiedervereinigung. Dies würde für die Sowjetunion „schwer erträglich sein". Denkbar schien aber, daß eine so legitimierte, im Inneren freie DDR gegenüber der Sowjetunion eine ähnliche Position wie Finnland einnehmen könnte[11]. Ob und inwieweit Eschenburgs Gedanken auf die später als „Globke-Plan" bekanntgewordenen Überlegungen für einen Modus vivendi im innerdeutschen Verhältnis[12] eingewirkt haben, bleibt noch zu prüfen.

So ließe sich zeigen, wie Eschenburg auf verschiedensten Feldern die öffentliche Meinung der Bundesrepublik bald mehr, bald weniger stark beeinflußt hat. Immer riet er zur Differenzierung und zum unvoreingenommenen Abwägen von Optionen, wobei eine Mischung von skeptischer Vorsicht beziehungsweise von skeptischem Optimismus für ihn kennzeichnend war.

Nie gab er seine kühle Distanz zu emotional hoch befrachteten Bewegungen auf. Auf die Studentenbewegung reagierte er im großen und ganzen ähnlich wie Mephisto in der Baccalaureus-Szene im Faust II, jedoch etwas sachlicher und weniger zynisch als dieser, so etwa, wenn er im November 1970 bei Abwägung des Für und Wider des Radikalen-Erlasses meinte: „Es lassen sich historische Beispiele anführen, wo junge Radikale in den späteren Jahren sogar zu Konservativen oder diesen Nahestehenden geworden sind."[13]

Denn dieser Analytiker der Institutionen hatte auch ein sicheres Gespür für die Bedeutung des Faktors Persönlichkeit im politischen Prozeß. Menschen interessierten ihn generell, bedeutende Gestalten noch viel mehr. Eschenburg war ein Beobachter mit ziemlich untrüglichem Gespür für die Stärken und die Schwächen seiner Gesprächspartner, auch voller Aufmerksamkeit für das, was Hippolyte Taine als „les pétits faits significatifs" bezeichnet hat. Somit fand er es auch immer reizvoll, die Akteure des Staatstheaters zu porträtieren.

Einige seiner Persönlichkeitsporträts über Weimarer Größen – Prinz Max von Baden, Matthias Erzberger, Hindenburg, Heinrich Brüning, Wilhelm Groener, Kurt von Schlei-

[10] Ebenda, S. 50.

[11] Vgl. ebenda.

[12] Siehe dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 478–480.

[13] Theodor Eschenburg, Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. Kritische Betrachtungen 1965 bis 1970, Bd. III, München 1972, S. 271.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cher, Franz von Papen – sind Meisterstücke der historiographischen Porträtistik[14]. So wie Betriebswirte nicht nur den Führungsstrukturen, sondern auch dem Führungsstil des individuellen Managers Beachtung schenken, hat auch dieser Meister einer „Betriebswirtschaftslehre der Politik" den Faktor Persönlichkeit hoch veranschlagt, unbeschadet der angemessenen Gewichtung institutioneller Gegebenheiten und der Komplexität historischer Konstellationen. „Es liegt nun einmal in der Natur der Dinge", meinte er im Lebensrückblick Mitte der neunziger Jahre etwas entschuldigend, „daß die Rolle der historischen Persönlichkeit sich dem, der sie erlebt, viel stärker aufdrängt als dem, der als Nachgeborener ihre Ergebnisse betrachtet und analysiert."[15]

Aus heutiger Sicht gehört auch Eschenburg selbst zu den historischen Persönlichkeiten in der Frühgeschichte der Bundesrepublik. Wenn erst einmal der Nachlaß gesichtet ist, so daß sein intellektuelles Profil noch schärfer erfaßbar wird, mag sich noch deutlicher erkennen lassen, wie typisch und auch wie prägend er für die sogenannte „alte" Bundesrepublik gewesen ist, die damals nur von wenigen wie etwa Alfred Grosser gelegentlich als „Bonner Republik" bezeichnet wurde.

In Bonn hat sich Eschenburg übrigens in der Zeit seines aktiven Wirkens regelmäßig eingefunden und viele Gespräche geführt. Das hochtrabende Schlagwort „Politikberatung" war damals noch nicht im Schwange. Dieser Mann, der geistig noch ins Umfeld der Honoratiorendemokratie gehörte und sich von den Parteien zumeist fernhielt, fand im gründlichen Gespräch Gehör, wozu seine berühmte Plattform bei der „Zeit" zweifellos auch beitrug.

Selbstkritisch, wie er war, hat er sich im vorgerückten Alter nur noch sehr selten öffentlich geäußert. Auf seine unverwechselbare Weise gehörte dieser in Kiel und Lübeck aufgewachsene Wahl-Berliner und Wahl-Tübinger in den achtziger und neunziger Jahren zum Urgestein der „alten" Bundesrepublik, deren Vorgeschichte und Gründungsgeschichte ihn immer wieder beschäftigte und die er kurz vor dem Jahrhundertende verlassen hat – wenige Monate auch vor Vollendung seines 95. Geburtstages, der am 24. Oktober 1999 zu feiern gewesen wäre.

[14] Vgl. ders., Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963; ders., Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1973.

[15] Eschenburg, Also hören Sie mal zu, S. 235.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ROLF BARTUSEL/DAMIAN VAN MELIS

MV-DATA. BIOGRAPHISCHE INTERNET-DATENBANK FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN 1945–1952

Franz Unikower, 1901 in Breslau geboren, juristisches Studium, Richter und anschließend Rechtsanwalt, als Sozialdemokrat und Jude während des Dritten Reichs verfolgt, im KZ Auschwitz inhaftiert, seit 1945 Präsident des Oberlandesgerichts Schwerin, Leiter der Volksrichterschule des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Präsident des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden und prominentes Mitglied der SED, 1956 nach politischen Auseinandersetzungen in die Bundesrepublik Deutschland geflohen[1]. In den gängigen biographischen Handbüchern zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und DDR finden sich so gut wie keine Informationen über Franz Unikower. Dieses Schicksal teilt der 1997 verstorbene Jurist mit zahlreichen anderen Männern und Frauen, die zwar eine bedeutsame Rolle bei der Entstehung des ostdeutschen Staates spielten, deren Tätigkeitsbereich jedoch auf die Landesebene der SBZ/DDR begrenzt blieb. Dabei wurde die Vor- und Frühgeschichte der DDR in nicht zu unterschätzender Weise von regionalen Funktionseliten geprägt, denn die Zentralisierungsbemühungen der SED gelangten bis 1948 häufig nicht über Ansätze hinaus. Trotzdem konzentrieren sich biographische Lexika zumeist auf die zonalen und gesamtstaatlichen Vertreter von Parteien, Massenorganisationen, Verwaltungsapparaten, Wirtschaft, Kirchen usw. Durch diese Forschungslage stoßen Historiker bei ihren Recherchen regelmäßig auf unbekannte Personen, undurchschaubare Strukturen und zahlreiche politische, organisatorische und personelle Beziehungen, die erst mühsam rekonstruiert werden müssen. Aus diesem Grund hat sich das 1998 an der Universität Münster ins Leben gerufene und von der Fritz Thyssen Stiftung (Köln) geförderte biographische Datenbankprojekt „MV-Data" zum Ziel gesetzt, diese Forschungslücke zumindest in einem Bereich schließen zu helfen: Ausgehend von den biographischen Erkenntnissen bisheriger wissenschaftlicher Arbeiten, werden die vorhandenen Angaben über Funktionsträger in Politik und Gesellschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952 erschlossen und systematisiert. Die zeitliche und geographische Begrenzung orientiert sich an historischen Vorgaben: Das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde 1945 gegründet und 1952 aufgelöst und bildete vor allem in den ersten Jahren unter sowjetischer Besatzung eine wichtige politische und gesellschaftliche Ordnungsgröße[2].

---

[1] Siehe Rolf Bartusel, Biographische Skizze Franz Unikower, in: Zeitgeschichte Regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 2 (1998), Nr. 2, S. 56–61.

[2] Zur Forschungslage siehe Andreas Wagner, Zeitgeschichtliche Forschung über Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Eine kommentierte Literaturrecherche, in: Zeitgeschichte Regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 1 (1997), Nr. 1, S. 3–7. Neueste Forschungsergebnisse vor allem in: Helge Matthiesen, Konservatives Milieu in Demokratie und Diktatur. Eine Fallstudie am Bei-

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Vorhaben ist als „Prozeßprojekt" angelegt, dessen Ergebnisse nicht erst nach seinem Abschluß publiziert werden. Parallel zur Sammlung der Daten über die Funktionseliten in Mecklenburg-Vorpommern sollen bereits erfaßte Informationen zur Nutzung freigegeben werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben die Initiatoren von MV-Data das Internet als Publikationsgrundlage gewählt[3]. Der Einsatz des neuen Mediums bietet die Möglichkeit, interessierten Nutzern den sukzessive anwachsenden Datenbestand frühzeitig zur Verfügung zu stellen. Dadurch sollen sie gleichzeitig ermuntert werden, die gesammelten lexikalischen Einträge durch eigene Anregungen und Forschungsergebnisse zu ergänzen und ggf. zu korrigieren. Darüber hinaus eröffnet das Verknüpfungspotential von Hypertext[4] und von computergestützten Datenverwaltungssystemen neue Perspektiven der Informationsvernetzung, die erheblich über die zumeist alphabetische Ordnung konventioneller Lexika hinausgehen.

Seit November 1998 ist die biographische Datenbank im Internet-Server der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster offen zugänglich *(Adresse: http://www.MV-Data.de)*. Die Präsentation des Datenbestands erfolgt im World Wide Web (WWW) in zwei unterschiedlichen Formaten: als alphabetisch sortiertes Lexikon im statischen HTML-Format[5] und als interaktiv abfragbare Datenbank, mit deren Hilfe die biographischen Einträge nach bestimmten Kategorien wie Zugehörigkeit zu Parteien und Massenorganisationen, beruflicher Tätigkeit oder dem Geburtsdatum ausgewertet werden können. So lassen sich beispielsweise führende Mitarbeiter der Landesverwaltung nach ihrer Mitgliedschaft in politischen Organisationen, möglicher KZ-Haft während des Dritten Reichs und/oder der Zugehörigkeit zu einer Alterskohorte auswählen.

Obwohl es in den historischen (Hilfs-)Wissenschaften bislang nur wenig forschungsnahe Erfahrungen mit dem Internet gibt, läßt die Startphase hoffen, daß die kommunikativen Chancen des Projekts genutzt werden. Die Anzahl der aufgeführten Personen ist mittels regelmäßig erfolgender Aktualisierungen von ursprünglich 70 auf mittlerweile über 180 angewachsen, und auch das Interesse hat innerhalb der ersten Monate merklich zugenommen: Das Rechenzentrum der Universität Münster registriert gegenwärtig pro Woche etwa 30 externe Zugriffe auf die Datenbank. Außerdem steigt die Zahl der Wissenschaftler, die dem Redaktionsteam eigene Daten zur Verfügung stellen, kontinuierlich an.

---

spiel der Region Greifswald in Vorpommern 1900 bis 1990, Bonn 2000 [in Vorbereitung]; Damian van Melis, Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999; Damian van Melis (Hrsg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1999.

[3] Eine umfassende Darstellung des Internets aus Sicht des Historikers bietet Christian von Ditfurth, Internet für Historiker, Frankfurt a. M. u. a. 1998. Siehe auch Thomas A. Schröder, Historisch relevante Ressourcen in Internet und Worldwideweb, in: VfZ 44 (1996), S. 465–477; Martin Grötschel/Joachim Lügger, Wissenschaftliche Information und Kommunikation im Umbruch. Über das Internet zu neuen wissenschaftlichen Informationsstrukturen, in: Forschung und Lehre 3 (1996), S. 194–198.

[4] Grundsätzlich ist Hypertext wie normaler Text linear strukturiert, d.h. er folgt der Leserichtung von oben links nach unten rechts. Zusätzlich ermöglicht Hypertext jedoch, über Knotenpunkte – ‚Links' – Verbindungen zu anderen Stellen innerhalb des Dokuments herzustellen oder ein gänzlich neues Hypertext-Dokument anzusteuern. Dadurch wird eine Informationsvernetzung möglich, die dem vorgegebenen Textaufbau nur bedingt folgt.

[5] HTML (Hypertext Markup Language = Hypertext Beschreibungssprache) ist der Quellcode, in dem Seiten für das WWW erstellt werden.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz der erfolgreichen Startphase des Projekts werden auch Defizite des Internets im Bereich der Geschichtswissenschaften sichtbar. Ganz offensichtlich wird das neue Medium durch Historiker in Deutschland noch weit weniger als in anderen Ländern wie den USA und Großbritannien genutzt[6]. Viele Historiker verfügen noch über keinen Netzzugang, in anderen Fällen bedeutet das MV-Data-Projekt den ersten geschichtsorientierten Kontakt mit dem neuen Medium. Die geringe Akzeptanz des Internets in der Geschichtswissenschaft läßt sich zum Teil auch auf das Problem der Flüchtigkeit von Informationen im internationalen Netzwerk zurückführen. Im Gegensatz zu Büchern können elektronische Daten im Internet jederzeit gelöscht und damit unwiderruflich vernichtet werden, wodurch das Prinzip der nachträglichen Verifizierbarkeit von Informationen grundsätzlich in Frage gestellt wird. Auch die MV-Data-Datenbank sieht sich mit diesem Problem konfrontiert. Es ist daher beabsichtigt, das Lexikon nach Abschluß des Projekts als Buch und auf CD-ROM zu publizieren.

Die bisherige Entwicklung von MV-Data wird seinen beiden wichtigsten Zielen durchaus gerecht: Zum einen wächst das Lexikon über die Funktionseliten in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952 stetig an, und zum anderen bietet das Projekt konkrete Erfahrungen mit dem Internet, mit denen der Nutzen dieses neuen Mediums für gesellschaftswissenschaftliche Projekte ausgewertet werden kann.

[6] Allerdings bestehen auch in der US-amerikanischen Geschichtswissenschaft deutliche Vorbehalte gegen das neue Medium. Vgl. Schröder, *Historisch relevante Ressourcen*, S. 465.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Igor Lukes, The Slansky Affair. A Czechoslovak Intelligence Organisation in Exile and the Fall of a Communist Leader in 1952.

Rudolf Slansky was a lifelong Stalinist, general secretary of the Communist party of Czechoslovakia (1945—1951), and one of the main strategists of the February 1948 coup d'état. His surprising arrest in November 1951 and execution in December 1952 caused a sensation in the history of the Cold War. In seeking to expose the roots of the Slansky affair, this article focuses on the hitherto uncharted terrain defined by the lives of Rudolf Slansky, Noel and Hermann Field, and Major (later Colonel) Frantisek Zdenek Ostry.

The main objective of the article is to expose the role played by OKAPI, an intelligence organization of Czechoslovak émigrés operating out of the American zone in Germany, and its attempt to arrange Slansky's escape to the west. The overall argument is that the impetus for a show trial in Prague came from Moscow while OKAPI's operation aimed at Slansky provided the trigger for his destruction. The affair is seen as a Cold War episode in which the competing forces of east and west worked together in an entirely unintended, yet harmonious manner to cause Slansky's downfall and death.

Werner Abelshauser, War Industry and "Wirtschaftswunder". Germany's Economic Mobilization for World War II and Economic Success in the Postwar Period.

The economic crisis of the early thirties left large capacities of capital stock and human capital idle, a fact which made its direction towards war production easier. Overcoming the crisis earlier than all other World War II powers, therefore, was a precondition for a successful economic mobilization for war. This was achieved by a "Keynesian" approach to economic recovery and employment policy which started with credit financed civilian outlays and ended up with "Military Keynesianism" on a large scale.

The Weimar heritage was, however, a burden, too. Even before the crisis of the early thirties, Weimar's economy could not make full use of the rich rationalization potential which had accumulated since the twenties. This rationalization lag continued during the first years of the Third Reich, because emphasis had to be laid on job creation and not on the use of labour saving technologies. When, after the mid-thirties, the way for organizational as well as technical rationalization was largely open, German war industry, under the aegis of Todt and Speer, enjoyed a "miraculous boom" which, however, came too late to influence the outcome of the war decisively.

Analysis of the German war economy is also essential to understanding the economic dynamism of West Germany after 1945. West Germany had clearly gained the material preconditions for economic success in the postwar period.

Hélène Miard-Delacroix, François Mitterrand and the German Chancellors. The Relationship of the French President to Helmut Schmidt and Helmut Kohl during 1981—1984.

The partial opening of the François-Mitterrand-Archives for the first of François Mitterrand's seven year terms permits first hand evaluation of the Elysée's attitude toward German Chancellors Helmut Schmidt and his successor Helmut Kohl during a critical phase of development in domestic and foreign policy in 1981—1984. How French foreign policy was

© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tailored by the Elysée to fit "*Deutschlandpolitik*", how much importance Paris attributed to German domestic policy and how great the importance was to maintain unbroken bilateral relations between the two countries can be seen in the documents. After a period of mutual distrust, relations between Mitterrand and Schmidt rapidly improved. Especially in the matter of the Siberian pipeline to Europe, German and French solidarity, independent of the United States, led to more openess between Paris and Bonn and was manifested by regular communication. Despite Mitterrand's obsession with national security, he was actively involved in the formulation of the historic speech given on January 20, 1983 in the German Bundestag. Mitterrand's objective here was to back his ally's foreign policy position, placed in jeopardy by the recently arisen German peace movement. In sum, the early years of François Mitterrand's presidency were marked more than assumed by the will to maintain continued stability in Germany's foreign policy.

Lothar Gruchmann, Ludendorff's "Prophetic" Letter to Hindenburg in January/February 1933. A Legend.

The letter allegedly written to *Reichspräsident* von Hindenburg shortly after Hitler's appointment as *Reichskanzler* by General Erich Ludendorff has been repeatedly referred to even in serious historical research. In it Ludendorff accuses von Hindenburg of having delivered Germany into the hands of a demagogue. Yet the letter has never been found: neither in the bequeathed papers of Ludendorff, nor in the files of von Hindenburg or in the presidential cabinet files kept by Otto Meissner.

The letter, however, is a figment of Hans Frank's imagination, who, as the former *Reichsminister* and *Generalgouverneur* of Poland, gave a word for word rendition of the letter in his memoirs shortly before his execution as a major war criminal in Nuremberg. These memoirs were subsequently published in 1953 under the title "*Im Angesicht des Galgens*". In the same year, former Captain Wilhelm Breucker, who was close to Ludendorff, published his own memoirs, and, without naming his source, recounted the Ludendorff letter in a more fluid and eloquent style. The *Institut für Zeitgeschichte* published an anthology in 1958 in which one of the reports dealt with the nature and origin of the "Ludendorff Movement". In this documented report the Ludendorff letter is quoted and has since been considered authentic.

Bogdan Musial, Pictures of an Exhibition. Critical Review of the Exhibition "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944".

The essay discusses the photographs on display in the exhibition entitled "*Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*". The so-called *Wehrmachtsausstellung* caused considerable controversy because the persons responsible for the exhibit claimed that all the photographs displayed showed crimes committed by the *Wehrmacht.* In the author's view important photographs of the exhibiton actually document Soviet crimes during the summer of 1941. The focus of this essay, however, is not to dispute whether or not the *Wehrmacht* committed crimes. Rather, the author sets about to prove that at least nine photographs show crimes committed by the Soviets and that another two dozen of them give grounds to believe the Soviets were involved. In order to identify the source of these photographs and to make clear what they show, the author describes Soviet war crimes during the first weeks of the German-Soviet war. The discovery of the photographs shown, what became of them and how they subsequently found their way into the exhibition are points the author discusses in detail.

Jahrgang 47 (1999), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Igor Lukes*, Associate Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der Boston University (The University Professors, 745 Commonwealth Avenue, Boston, Massachusetts 02215); veröffentlichte u. a.: „Czechoslovakia between Stalin and Hitler: The Diplomacy of Edvard Benes in the Thirties" (New York 1996), „Stalin, Benesch und der Fall Tuchatschewski", in: VfZ 44 (1996), S. 527–547.

Dr. *Werner Abelshauser*, Professor für Allgemeine Geschichte und Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld (Postfach 100131, 33501 Bielefeld); veröffentlichte zuletzt u. a. „Wirtschaft und Rüstung in den Fünfziger Jahren" (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 4/1, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1997), „Vom wirtschaftlichen Wert der Mitbestimmung. Neue Perspektiven ihrer Geschichte in Deutschland" (Gütersloh 1998), (Hrsg.) „Die etwas andere Industrialisierung. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Minden-Lübbecker Landes im 19. und 20. Jahrhundert" (Essen 1999).

Dr. *Hélène Miard-Delacroix*, Dozentin an der Université Paris IV-Sorbonne (21, rue de Clichy, 75009 Paris); veröffentlichte u. a. „Partenaires de choix? Le Chancelier Helmut Schmidt et la France (Bern u. a. 1993), daneben Arbeiten über deutsch-französische Themen sowie deutsche Geschichte seit 1945.

Dr. *Lothar Gruchmann*, von 1960 bis 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Hildebrandstr. 7, 80637 München); veröffentlichte u. a. „Autobiographie eines Attentäters: Johann Georg Elser" (Stuttgart ²1989), „Justiz im Dritten Reich 1933 bis 1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner" (Stuttgart ²1990), „Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik" (München ¹⁰1995), zusammen mit Reinhard Weber (Hrsg.) „Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I", 4 Bände (München 1997–1999).

Dr. *Bogdan Musial*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Warschau (Plac Defilad 1, SKR.33, PL 00-901 Warschau); veröffentlichte u. a.: „NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten", in: VfZ 47 (1999), S. 25–56. Seine Dissertation „Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944" erscheint Ende 1999.

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte